Heft 5 Mai 2000 8,– DM

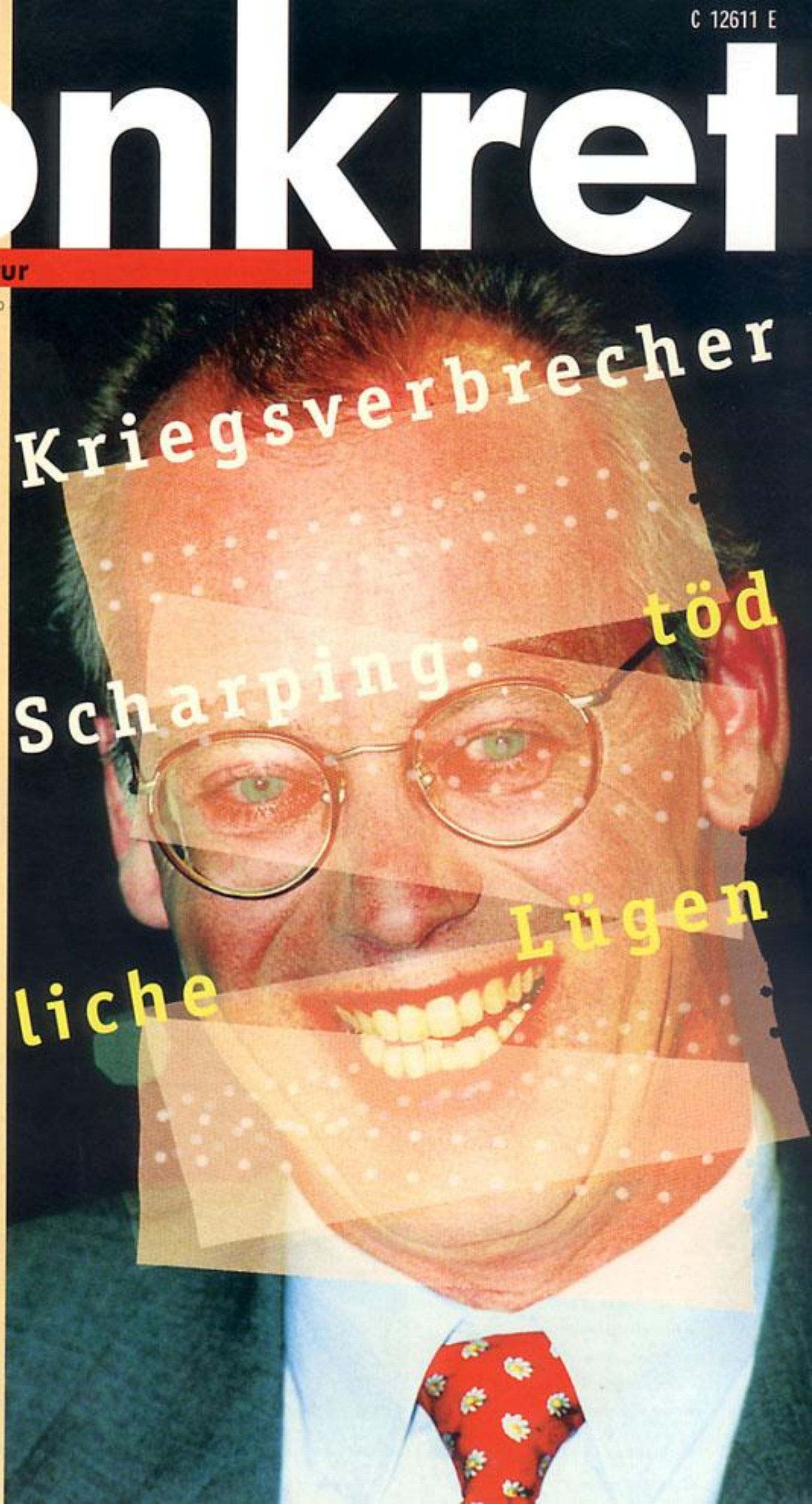
C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A öS 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lit 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

- Das Racak-»Massaker«: Die geheimen Akten
- Operation Hufeisen: Die Fälscher von Bonn
- PDS: Keine Träne für Gysi
- Gauck gegen Kohl: »IM Bimbes«
- Stoibers Farbenlehre: Weiß, blau, blond, braun



4 391202 708006 05

in konkret Mai 2000

hier konkret von Helmut Lippelt
Mußte die Nato Krieg gegen Jugoslawien führen, weil Milosevic ansonsten mit der ethnischen Säuberung des Kosovo Ernst gemacht hätte, oder haben Fischer, Scharping und andere diesen Kriegsgrund nur erfunden? Bisher wurde das angebliche Massaker in Racak, bei dem am 15. Januar 1999 45 Kosovo-Albaner getötet worden sein sollen, von den Bellizisten als einer der wichtigsten Belege für ihre These angeführt – so bis zuletzt auch von Helmut Lippelt, dem außenpolitischen Sprecher von Bündnis90/Die Grünen. KONKRET hat nachgefragt

von konkret

an konkret

Mainstream & Bananen von Hermann L. Gremliza

herrschaftszeiten

Tödliche Lügen von Jürgen Elsässer
Spitzenleistung: Im Krieg gegen Jugoslawien war die Bundesregierung an der Propagandafront international federführend

Geheimakte Racak von Jürgen Elsässer
Die Bundesregierung hält die Autopsieprotokolle der 40 Racak-Leichen seit März 1999 unter Verschluß. Die KONKRET nun vorliegenden Kopien beweisen: Die Nato-Version eines serbischen Massakers an unschuldigen Zivilisten ist nicht haltbar

Scharpings Plan-Spiel von Heinz Loquai
»Operation Hufeisen« – die Geschichte eines Propaganda-Bluffs

Operation »Omerta« von Kay Sokolowsky
Die westliche Wertegemeinschaft hat den Test bestanden: Selbst wenn den Untertanen bewiesen wird, daß Mörder sie regieren und Lügner sie informieren, juckt es keinen. Die Heimatfront steht bombensicher

DokumentationDichtung & Wahrheit von Otto Köhler
O-Töne von Scharping, Schröder und Fischer zum Kosovo-Krieg nebst Würdigung der Quellen und Hinweis auf die Fakten – ein unkommentierter und unvollständiger Überblick

Ehre, Euer Ehren von Oliver Tolmein
Die Grenzen der Kritik an Kriegsherren und Kriegspropaganda sind eng, wie Gerichtsentscheidungen in Berlin und London zeigen

Titos Kapitulation von Mihailo Markovic, Jürgen Elsässer
Daß Jugoslawien unter deutscher Federführung zerstückelt werden konnte, war nicht Milosevics, sondern Titos Schuld – so jedenfalls die Meinung von Mihailo Markovic, dem ehemals führenden Philosophen der Arbeiterselbstverwaltung

Protest und Pogrom von Jan Pehrke
Linker Antisemitismus hat Tradition – seit 1789

Weiß, blau, blond, braun von Joachim Rohloff
Die Ideologie des Dr. Edmund Stoiber: eine Spektralanalyse

Eine Frage für übermorgen von Georg Fülberth

Ein Tip für Arbeitgeber: Wer einen Kündigungsgrund sucht, sollte sich an Joachim Gauck wenden

Eine österreichische Seele von Werner Vogt
Der NS-Euthanasiearzt Heinrich Gross steht mal wieder vor Gericht. Er kann sich weiterhin auf Milde des Gerichts und gefällige Gutachter verlassen

»Eben begeistert« von Marianne Enigl
Ein Kalender zur Vita der Naziarztes Heinrich Gross, zusammengestellt von Marianne Enigl, die in der österreichischen Zeitschrift »Profil« 1995 das entscheidende Belastungsdokument gegen den Mediziner veröffentlicht hat

Wir haben ihn so geliebt, den Klassenkampf von Robert Kurz
Über das letzte Gefecht des Arbeitsmarxismus

Buch des Monats von Frank Schäfer
Karl Ferdinand Gutzkow: Die Ritter vom Geiste. Hg. von Thomas Neumann. Zweitausendeins, Frankfurt/M. 1998, 3 Textbände und 1 Kommentarband, zus. 4.111 S., 99 Mark

In diesem Sinne - Die letzte große Amnes(t)ie von Tjark Kunstreich

In diesem Sinne - Little Volksgenossen von Marcel Malachowski

In diesem Sinne - Sumpfblüten. Ausschuß von Rayk Wieland

Restauration mit Ansage von Rayk Wieland
Kulturkolumne

Kunst & Gewerbe von Christian Y. Schmidt

Matinee mit Mozart von Kay Sokolowsky
Martin Scorseses neuer Film »Bringing out the Dead« ist noch esoterischer und mystizistischer als »Kundun«. Und sowieso reine Privatsache: Ein Apostel legt Zeugnis ab

filmtheater von Marit Hofmann

filmtheater - Die Unberührbare von Jan Pehrke
Regie: Oskar Roehler; mit Hannelore Elsner, Nina Petri, Vadim Glowna; BRD 1999 (Advanced); 100 Minuten; seit 20.4. im Kino

Ferkels Durchbruch von Jürgen Roth
Eine Woche im Griff der Revolverjournalisten: Wie der Autor eines Verona-Feldbusch-Romans von »Bild« berühmt gemacht wurde und was er davon hatte

Buch & Deckel von Marc Fabian Erdl
Georg Bollenbeck: Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880-1945. S. Fischer, Frankfurt a. M. 1999, 463 Seiten, 68 Mark

buch & deckel von Jürgen Roth
Matthias Politycki: Ein Mann von vierzig Jahren. Roman. Luchterhand Verlag, München 2000, 382 Seiten, 44 MarkDietmar Dath: Am blinden Ufer. Eine Geschichte vom Strand und aus den Schnitten. Verbrecher Verlag, Berlin 2000, 230 Seiten, 26 Mark

buch & deckel von Marit Hofmann
Ethan Coen: Falltür ins Paradies. Stories. Goldmann, München 1999, 253 Seiten, 20 Mark

Die Totlacher von Lars Rensmann
Gerhard Scheit hat die Bedeutung dramatischer Inszenierungen in der antisemitischen Kultur untersucht

Das 18. Kamel von Peter O. Chotjewitz
»Campus«-Autor Dietrich Schwanitz hat sich unter die Universalgelehrten verlaufen

Das Ende der Aufklärung von Georg Seeßlen
Was die Titelbilder des »Spiegel« vom Zustand der Welt zu erzählen wissen

Dope fürs Ohr von Mark-Stefan Tietze
Die Poptheorie bei der Arbeit: Vier Bücher zum Thema

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/00, S. 3

Helmut Lippelt

hier konkret

Mußte die Nato Krieg gegen Jugoslawien führen, weil Milosevic ansonsten mit der ethnischen Säuberung des Kosovo Ernst gemacht hätte, oder haben Fischer, Scharping und andere diesen Kriegsgrund nur erfunden? Bisher wurde das angebliche Massaker in Racak, bei dem am 15. Januar 1999 45 Kosovo-Albaner getötet worden sein sollen, von den Bellizisten als einer der wichtigsten Belege für ihre These angeführt – so bis zuletzt auch von Helmut Lippelt, dem außenpolitischen Sprecher von Bündnis90/Die Grünen. KONKRET hat nachgefragt

konkret: In der Kosovo-Debatte des Bundestages Anfang April behaupteten Sie über das »Racak-Massaker«: »Es wurde die bäuerliche Bevölkerung, nicht etwa Kombattanten (der UCK, Anm. d. Red.), umgebracht.« Nach unseren Informationen entspricht das nicht den Fakten. Was sind Ihre Beweise?

Lippelt: Ich begründe das mit dem Bericht der finnischen Ärztekommission, die die Leichen untersucht hat, vom 17. März 1999. Dieser vorläufige Bericht nahm eine Beurteilung aus der Sicht der Gerichtsmedizin vor. Mit einer politischen Bewertung – etwa ob es sich um ein Massaker handelte oder nicht – beschäftigte er sich nicht. Die Pathologen legten Wert auf zwei Punkte: Erstens untersuchten sie die Schmauchspuren an den Händen der Toten, um festzustellen, ob diese selbst geschossen hatten, also Kombattanten waren. Dazu benutzten sie einen Test, der noch zuverlässiger ist als der herkömmliche Paraffintest. Ergebnis: keinerlei Schmauchspuren. Zum zweiten wurde geprüft, ob etwas an der Kleidung manipuliert wurde. Dabei wurde festgestellt, daß die Verbindung zwischen Einschußlöchern an der Kleidung und Schußwunden am Körper so eindeutig war, daß nichts geändert worden sein kann. Damit war klar widerlegt, daß es sich bei den Opfern um UCK-Kämpfer handelte, die nach dem Gefecht ausgezogen und in bäuerliche Kleider gesteckt worden waren.

konkret: Was die Schmauchspuren angeht, sind Sie offensichtlich nicht vollständig unterrichtet. Sie gehen vom Vorbericht der finnischen Kommission vom März letzten Jahres aus. Uns liegen aber mittlerweile die vollständigen Autopsieberichte der Finnen für jede der vierzig Leichen vor. Demnach wurden an den Händen überhaupt keine Schmauchspurentests vorgenommen. Die Kollegen der »Berliner Zeitung«, denen das auch aufgefallen war, sprachen die Kommissionsvorsitzende, Frau Dr. Ranta, auf diesen Widerspruch an, und sie antwortete, nach Schmauchspuren sei nicht an den Händen, sondern nur im Wundbereich gesucht worden, um festzuzustellen, ob die Schüsse aufgesetzt oder aus nächster Nähe abgegeben worden waren. Das sei in der Pressekonferenz am 17. März 1999 »etwas mißverständlich« dargestellt worden, mußte Frau Ranta einräumen.

Lippelt: Ich habe nur den Text vom 17. März 1999 gelesen. Wenn Frau Ranta das jetzt präzisiert hat, kann ich nur sagen: Das ist für mich neu.

konkret: Auch im Ärztebericht vom 17.3.99 müßte Ihnen aber doch aufgefallen sein, daß er an einer Stelle die Frage einer Manipulation explizit offenläßt: Bei 22 der Leichen wird konstatiert, daß sie »höchstwahrscheinlich am Fundort erschossen« wurden. Zu den übrigen 18 heißt es, sie waren »nach ihrem Tod entweder umgedreht oder in Häuser im Dorf verbracht worden« – das heißt, sie können ganz woanders getötet worden sein. Fünf der angeblich ursprünglich 45 Leichen waren von Anfang an verschwunden.

Lippelt: Da würde ich jetzt mal vorsichtig sein. Louise Arbour vom UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag erhielt ja von den Serben keinen Zugang zum Ort des Geschehens. Außerdem wurden die Leichen vom serbischen Militär zur Untersuchung nach Pristina gebracht. Sicherlich gibt es Widersprüche. Das wird vermutlich eine Doktorarbeit werden, das endgültig zu untersuchen, eine Arbeit für künftige Historiker. Nur: Aus den Widersprüchen zu folgern, das festgestellte Ergebnis zu verwerfen, würde ich strikt ablehnen.

konkret: Umgekehrt wird doch ein Schuh draus: Trotz der Widersprüche wurde von westlichen Regierungsstellen sofort und sehr kategorisch behauptet, es habe ein serbisches Massaker stattgefunden. Daraus wurden ultimative Forderungen an Belgrad abgeleitet, und man setzte eine Eskalationsdynamik in Gang, die schließlich am 24. März in den Krieg mündete. Wenn Sie jetzt sagen: Das ganze bedarf ausführlicher Untersuchung – genau das hätte man sich letztes Jahr gewünscht, und nicht schnelle Schuldzuweisungen.

Lippelt: Es hat ja in jener Zeit mehrere Zerstörungen von Dörfern gegeben. Die Berichte der OSZE-Beobachtermission bezeugen das. Insofern ist Racak doch nur eine Sache unter mehreren, die freilich große symbolische Bedeutung bekommen hat. Alle vorliegenden Dokumente stimmen darin überein, daß die serbische Vertreibungskampagne damals schon begonnen hatte.

konkret: Die OSZE-Berichte bezeugen das gerade nicht. Wir haben uns die Mühe gemacht, die OSZE-Berichte vom Dezember 1998 bis zum Abzug der Mission am 20. März 1999 durchzuarbeiten und die Opfer zu addieren. Dabei ergab sich, daß 88 Zivilisten Opfer serbischer Übergriffe geworden sind, aber gleichzeitig auch die UCK 85 Menschen ermordet

hat. Das spricht nicht für eine Säuberungskampagne der serbischen Regierung, sondern für bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen, bei der eine einseitige Schuldzuweisung fehl am Platze ist.

Lippelt: Es gab viel Hin und Her, es gab viele Provokationen, aber es gab sehr wohl eine organisierte serbische Vertreibungskampagne ähnlich wie im Sommer 1998. Frauen aus einem unabhängigen Beobachtungszentrum in Pristina, die den serbischen Einheiten im Sommer 1998 Tag für Tag nachgefahren sind, haben das genauestens dokumentiert (im Internet unter: www.neww.org/Kosova).

Konkret 05/00, S. 4

von konkret

Ein Jahr nach dem Kosovo-Krieg diskutierte die Hamburger Landespressekonferenz die damalige Rolle der Medien und hatte gegen eine erdrückende Übermacht von bürgerlichen Journalisten auch den KONKRET-Herausgeber eingeladen. »Spiegel«-Redakteur Erich Follath beharrte darauf, daß sein Blatt »gar nicht so übel gewesen« sei, und Thomas von Mouillard, der stellvertretende Chefredakteur von DPA, erinnerte voll Stolz daran, daß die Agentur immerhin »schon zwei Tage« nach Beginn der Nato-Bombardements von einem »Krieg« gesprochen habe. Bei soviel faulen Ausreden hatte es Hermann Gremliza leicht, mit den wichtigsten Zeitungsenten der Kriegswochen und den Lobhudeleien auf KZ-Scharping aufzuräumen.

Das Thema dieser KONKRET-Ausgabe soll auch einen Vorgeschmack auf ein Buch in der Reihe **konkret-texte** liefern. *Tödliche Lügen – Wie uns die Bundesregierung im Kosovo-Krieg betrogen hat* erscheint im Herbst 2000. Autor Jürgen Elsässer bittet KONKRET-Leser um Unterstützung durch sachdienliche Hinweise, Zeitungsartikel und Dokumente zum Thema. Jede Zusendung wird mit einer Eintrittskarte zur Buchpremiere auf der Frankfurter Buchmesse belohnt.

Nachdem KONKRET kürzlich selbst vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung schriftlich bestätigt wurde, »eine über die Tagesaktualität hinausreichende Bedeutung (zu) besitzen«, ist mancher um so verdrießlicher, daß uns die Tagesaktualität überholt hat: Die »Megafusion deutscher Banken«, in KONKRET 4/2000 unter »Deutschland fordert die USA offen heraus« rubriziert, ist kurz nach Erscheinen des Heftes geplatzt. Ob die »Blamage« (»Spiegel«) der handelnden Personen die Aggressivität Deutschlands insgesamt bremsen wird, ist jedoch fraglich. Ein kleiner geschichtlicher Rückblick zeigt, daß eher das Gegenteil der Fall war – man denke nur an Reaktionen auf die Blamage beim Panthersprung nach Agadir (1911) und bei der WM-Niederlage gegen die DDR (1974). KONKRET bleibt am Ball.

Autoren von »Wir kneten ein KZ« (**konkret-texte 24**, Herausgeber Wolfgang Schneider) auf Tournee: Am 4. Mai spricht Günther Jacob zum Thema »Deutschland erinnert sich – Wehrmachtsausstellung, Gedenken und die Berliner Republik« im Kulturcafé an der Gesamthochschule Siegen (Adolf-Reichwein-Str. 2). Am selben Ort liest am 18. Mai Joachim Rohloff aus dem Kapitel »Kriegsverwendungsfähig – Zwei Möglichkeiten, Auschwitz zu benutzen, um es zu erledigen«. Die Uhrzeit des jeweiligen Veranstaltungsbeginns ist zu erfragen unter 0171/8640333). Rayk Wieland referiert am 8. Mai um 19 Uhr in Marburg (KFZ, Schulstraße) zur Debatte um das Holocaust-Mahnmal.

KONKRET-Ma-cher unterwegs: Hermann L. Gremliza spricht auf dem »Kongreß 2000 – Ende des globalen Kapitalismus. Das neue historische Projekt« am 20. Mai an der Universität Göttingen (Zentrales Hörsaal-Gebäude, 12.15 Uhr). Jürgen Elsässer streitet mit Juso-Chef Benjamin Mikfeld (und eventuell mit Christian Ströbele) am 16. Mai in der Humboldt-Universität zu Berlin (Unter den Linden 6, Beginn 18 Uhr). Thema: »Kosovo: Ein rotgrüner Krieg?«

Beim KONKRET-Sommergelage für Leserinnen und Leser bis 26 Jahre (von 30. Juni bis 2. Juli in Hamburg) sind noch Plätze frei. Zu Themen wie »Ist der Kapitalismus am Ende?« und »Auschwitz – nur eine Fußnote des Kapitalismus?« könnt ihr u. a. mit Robert Kurz, Thomas Ebermann, Hermann Gremliza und Jürgen Elsässer diskutieren. Wer noch ein Plätzchen bekommen will, fordere schnell die Anmeldeunterlagen bei der Redaktion an. Die Teilnahmegebühr – 150 Mark für Übernachtung, Verpflegung und den Vorbereitungsreader – kann auf Anfrage für Leute, die kein Quartier im Tagungshaus benötigen, reduziert werden.

Konkret 05/00, S. 6

an konkret

Stückwerk

KONKRET 3/2000: »Replik auf eine Provokation« von Gerhard Bolte

Küntzel schlagen und Goldhagen meinen führt zu einer modifizierten Neuauflage der meist oberflächlichen Debatten der 80er Jahre. Begriffe und Bewertungen wie »bürokratische Organisation und Perfektion«, »Schein normaler Arbeitsabläufe« oder auch der sich zunehmender Beliebtheit erfreuende »Verwaltungsmassenmord« (vom Autor nicht verwendet), verschleiern den realen Verlauf des deutschen Mordprogramms. Der Aufsatz beantwortet die Frage nicht, wie sich die Analysen der kritischen Theorie mit dem Bild der deutschen Gesellschaft vereinbaren lassen, die sich ab April 1933 (der Begriff der »Rasse« wird zur Grundlage der staatlichen Gesetzgebung) in eine genozidale Organisation verwandelt. Die aktive Teilnahme aller gesellschaftlichen Vereinigungen und staatlichen Institutionen Deutschlands an der Erfassung (z. B. wäre ohne Öffnung der Taufregister durch die Kirchen die Durchführung der »Nürnberger Rassegesetze« nicht möglich gewesen), der Ausgrenzung, der Ausplünderung und schließlich an der Deportation und Vernichtung der Juden sind in den letzten 20 Jahren in zahlreichen Untersuchungen herausgearbeitet worden. Für die Verwirklichung der großen Utopie, der restlosen Vernichtung des jüdischen Menschen im deutschen Machtbereich, wäre eine zentralistische, nach den tradierten Prinzipien der Bürokratie arbeitende Organisation untauglich gewesen. Die Scheu der Kontrahenten Küntzel und Bolte, den Namen Adolf Hitler auch nur zu erwähnen, ist bemerkenswert. Ich denke, ohne Analyse und Debatte des Verhältnisses von charismatischem Führer und deutscher Volksgemeinschaft wird eine Auseinandersetzung über »kritische Theorie und Holocaust« Stückwerk bleiben.

Erich Später

Saarbrücken

Keine Ersatzhandlung

KONKRET 4/2000: »Die Umnachtung eines Landes« von Michael Scharang

Interessante Gedanken, Michael Scharang. Leider liegen Sie, was die historische Einschätzung des Ersten und Zweiten Weltkriegs angeht, gründlich daneben. Es war 1914 eben nicht Österreich-Ungarn, sondern das wilhelminische Deutschland, das die Hauptverantwortung für die Auslösung des Weltkrieges trug. K.u.K. spielte eher die Rolle des Terriers, der von seinem Berliner Herrchen auf den gemeinsamen Kontrahenten Serbien losgelassen wurde. Das sollte sich spätestens seit Fritz Fischer auch bis nach Österreich rumgesprochen haben. Auch der Nazi-Krieg war nicht, wie der Autor fälschlich suggeriert, von vorneherein zuungunsten der Aggressoren entschieden. Mitte 1941, zum Zeitpunkt des Überfalls auf die UdSSR, beherrschte Hitler-Deutschland den europäischen Kontinent militärisch und ökonomisch. Der Krieg stand auf des Messers Schneide und erst der Abwehrkampf der Roten Armee, die Nicht-Einnahme Moskaus Ende 1941, verhinderte ein mögliches Patt zwischen den faschistischen Achsenmächten und Anglo-Amerika. Unabhängig von der Kriegswende 1941/42 wurde der NS-Genozid schon im Spätsommer/

Herbst 41 in Angriff genommen, war also primär keine – auch hier irrt Scharang – »Ersatzhandlung« für ein verlorengegangenes militärisches Vabanquespiel.

Hadi Geiser

Hofheim

Zuviel Promille?

KONKRET 4/2000: »Nachtigallen in Springerstiefeln« von Marcus Hammerschmitt

Ich meine, daß »Onkel Rudi« (so nannten wir Stuttgarter Waldorfschüler den »Meister«) und sein versprengter Haufen heutiger Anthroposophie die falschen Gegner sind. Wohl auf der Suche nach schwächeren Gegnern hatte schon vor einiger Zeit gegen die Anthroposophie eine Schlammschlacht eingesetzt, deren Ergebnisse nun für Marcus Hammerschmitt

»glücklicherweise den irrationalen und rassistischen Kern der Anthroposophie zeigte«. Die Anthroposophische Gesellschaft (der Niederlande!) hatte allerdings – vom Autor und seiner Mentorin Jutta Ditfurth wohl unbemerkt – selbstkritisch schon vor Jahren das Gesamtwerk von Rudolf Steiner auf Textstellen, die als »diskriminierend erlebt werden können«, untersucht. Von den 89.000 Seiten seiner Schriften wurden weniger als ein Promille solcher Texte gefunden, die in der Zukunft »nur noch kommentiert« veröffentlicht werden sollen. Zu diesen Texten gehörte auch der in KONKRET zitierte. Die niederländische Kommission qualifiziert diese frühe Äußerung des 27jährigen Steiner über die Rolle des – religiösen – Judentums als »Entgleisung« ab. Steiner stellte in einer Buchrezension für »Die deutsche Wochenschrift« 1888 die Eigenständigkeit des Judentums als isolierte Gruppierung innerhalb Europas in Frage, während er gleichzeitig den jüngsten Einfluß des Judentums auf die europäische Kultur in einem breiteren Zusammenhang würdigte. Sämtliche weiteren Aussagen Steiners über Juden, das Judentum und den Zionismus wurden untersucht. Die Studie zeigt, daß Rudolf Steiner sich stark gegen die Verschmelzung der Begriffe »Rasse« und »Volk« zu einem einheitlichen Begriff der »Nation« gewehrt hat. In diesem Zusammenhang zeigt er sich allgemein als Gegner der Bildung ethnisch homogener Staaten. Aus diesem Grund hat er sich zu seiner Zeit auch prinzipiell gegen den Zionismus als staatsbildende Idee ausgesprochen und sich für die Integration des Judentums in eine gemeinsame, jedoch differenzierte europäische Kultur eingesetzt.

Christoph Hofrichter

Stuttgart

Malen nach Zahlen

KONKRET 4/2000: »Stolze Völker« von Justus Wertmüller und Rezension »Grüezi« von Rainer Roth

Justus Wertmüller schreibt: »Den letzten dreizehn im Iran lebenden Juden soll in wenigen Wochen in Teheran der Prozeß gemacht werden.« Im Iran leben schätzungsweise 25-30.000 Juden und Jüdinnen. Dies ist die größte jüdische Gemeinschaft im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika außerhalb Israels und der Türkei. 13 von ihnen wurden Ende März 99 verhaftet und stehen unter Anklage der Spionage. Drei wurden Anfang Februar wieder freigelassen. Ist Justus Wertmüller ein Ignorant oder ein Lügner?

Rainer Roth schreibt in der Buchbesprechung von *Grüezi! Bei welchem Verbrechen dürfen wir behilflich sein?*: »900.000 Schweizer wurden vom Geheimdienst illegal abgehört.« Der Schweizer Staatsschutz hatte über rund 900.000 Personen und Organisationen Akten (»Fichen«) angelegt. Über eine halbe Million davon betrafen Nichtschweizer/innen. Etwa 300.000 der Nichtschweizer/innen lebten in der Schweiz, die anderen 250.000 haben nie dort gelebt oder haben die Schweiz nach kurzer Zeit wieder verlassen, oder sie wurden »ausgeschafft«. Wie viele Schweizer und Schweizerinnen vom »Geheimdienst« abgehört wurden, ist nicht bekannt. Nachdem diese Fichen zu einem Skandal wurden (1989), wurde der Staatsschutz reorganisiert. Die Zahl der Akten dürfte heute kleiner sein. Die Fichierung von rund 900.000 Menschen und Organisationen hatte zwar eine sehr dürftige Rechtsgrundlage und war ein politischer Skandal, aber illegal war sie nicht. Hat Rainer Roth schludrig gelesen oder schludrig geschrieben?

Armin Limmat

per e-mail

Nachtrag

KONKRET 7/99: Leserbrief von Gisela Maier-Kuner

Frau Gisela Maier-Kuners Bemerkung, die KONKRET-Autoren sollten »zwecks Schulung z. B. ›Le Monde diplomatique‹ studieren‹«, da die vorangegangenen »›Kriegsausgaben 1 + 2‹ an Geschmacklosigkeit nicht mehr zu überbieten« seien, macht einen kleinen Nachtrag nötig: Alles, was in der Märzausgabe 2000 von »Le Monde diplomatique« zum Kosovo-Krieg zu lesen ist, konnte man auch schon vor einem Jahr wissen. Damals stand's in KONKRET.

Joseph Gaigl

per e-mail

Konkret 05/00, S. 9

Hermann L. Gremliza

Mainstream & Bananen

Bisky und er selber, erzählte Gysi seiner Parteizeitung, »hätten ihre Aufgabe erfüllt, die PDS in die Gesellschaft einzuführen. Die nächste Führungsgeneration müsse dafür stehen, die PDS zum akzeptierten Teil dieser Gesellschaft zu machen. Als ›eigentliche Enttäuschung‹ bezeichnete es Gysi, daß westdeutsche linke und linksliberale Intellektuelle ›nicht einmal mit kritischster Distanz zur PDS den Mut hatten, gegen den Mainstream zu schwimmen und sich auf dieses Projekt einzulassen‹.«

Fehlte ihnen wirklich der Mut? War es nicht vielmehr so, daß sie, als Linksliberale, schon dort standen, wo der Gysi erst hinwollte: knietief im rotgrünen Biotop, oder daß sie, als Linke, die Aufforderung zum Tanz in den sozialdemokratischen Mai vor Jahren bereits ausgeschlagen hatten?

Gemeint hat Gysi den Grass, den Gaus und vielleicht noch den Franz Alt. Wahr ist, daß der Redner auch den Verfasser einst gebeten hatte, endlich einmal gegen den Mainstream zu schwimmen und sich auf das Projekt einzulassen, und vielleicht ist Gysis Abschied eine gute Gelegenheit, das Geheimnis zu lüften, warum er enttäuscht wurde – zumal keine Gefahr besteht, er und seine Genossen Debütanten, die durch das Projekt in die Gesellschaft eingeführt werden wollen wie höhere Töchter durch den Opernball, könnten es verstehen: daß ein Mensch von einigem Charakter und Geschmack einfach kein höheres Ziel weiß, als von dieser Gesellschaft ein Leben lang nicht akzeptiert zu werden.

Mag sein, daß die erste praktische Erfahrung, die der Verfasser mit dem Projekt im September 1990 machen durfte, seinen Mut besonders tief hatte sinken lassen. Er war damals mit Gysi im Foyer eines Hamburger Hotels verabredet, um sich die autorisierte Fassung eines Interviews (KONKRET 10/1990) abzuholen. Gysi kam zu spät, umringt von »Bild«-Redakteuren, bei denen er den Tag verbracht hatte, sah und schritt an dem Wartenden vorbei, plauderte und scherzte noch ein Viertelstündchen mit den Herren, um schließlich, als die sich schulterklopfend verabschiedet hatten, jenem schnell das korrigierte Manuskript zuzustecken. Es war wie einst in der real existierenden DDR, wo der linke Kritiker leider draußen bleiben mußte, weil drinnen das Politbüro vor den Abgesandten von Bucerius den Schwänzeltanz aufführte.

Schon damals ging es Gysi wie heute, nach dem Reinfall auf dem Parteitag zu Münster, nicht »um ideologische Reinheit«, sondern »um realpolitische Wirksamkeit«, und dazu bedurfte es »klarer Entscheidungen« (für »Bild«) und »symbolischer Akte« (gegen KONKRET). Einige der Fragen, die ich ihm gestellt hatte, konnten durchaus seinen Verdacht erregt haben, daß Leute wie ich es ebenso lustig wie angemessen fänden, wenn ihm zehn Jahre später ein paar freche Delegierte aus Hamburg nach der Rede, in der er sein »Ankommen in dieser Gesellschaft« gefeiert hatte, zur Begrüßung eine Banane überreichten, ein Vorfall, den der Geehrte als einen Akt des »Terror(s) einer Minderheit« erlebte.

Wie ja die Parteispitze auf das Ereignis, daß zum ersten Mal in der Geschichte der SED/PDS das Politikbüro von einem Parteitag überstimmt worden war, im Ganzen so reagierte, als hätte ein ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda die Parolen ausgegeben: Kaum ein Mitglied der Führung, das nicht den (übrigens genuin leninistisch-stalinistischen) Vorwurf des »Sektierertums« wiederholt und paraphrasiert hätte: »weltfremde Prinzipienreiterei«, »nervtötende Überheblichkeit«, »denunziatorischer Diskussionsstil«, »Gettodasein«, »Verweigerungshaltung«, »ideologische Gralshüterei«. Und aus »der Gesellschaft«, zu der, nach Gysis Opportunistenlogik, »gehören muß, wer sie verändern will«, warf ein Generalsekretär der SPD das Echo: »PDS« sei jetzt in »Partei der Sektierer« zu übersetzen.

Um zehn Jahre zurückgeworfen und vielleicht sogar ins Nichts sah nicht allein der deutschnationale »Vordenker« André Brie seine Partei. Und das alles nur, weil zwei Drittel der Delegierten, die ihrem virtuellen Politbüro (Gysi, Bisky, Bartsch und Brie) zehn Jahre lang brav gefolgt waren und immer wieder folgen werden, zum Beweis, daß sie »in der Wirklichkeit angekommen sind« (Petra Pau), nicht auch noch künftigen Kriegseinsätzen jener Bundeswehr zustimmen wollten, bei deren Verbandschef sich der demokratische Sozialist Gysi schon so beliebt gemacht hat.

Begründet hatte der Parteivorstand sein Begehr so wichtigtuerisch wie irgend möglich: »Der Leitantrag hebt die Notwendigkeit der weiteren Entwicklung unserer friedenspolitischen Positionen hervor ... Das Erfordernis, die Arbeit der Partei auf diesem Gebiet zu forcieren, ist angesichts der zunehmenden Konfliktträchtigkeit internationaler Entwicklungen und ihres Zusammenhangs mit der Politik der Bundesrepublik, der Europäischen Union und der Nato unstrittig ... Der Parteivorstand ist der Überzeugung, daß die Forderung nach ausnahmsloser Ablehnung militärischer Gewaltanwendung dem friedenspolitischen und internationalistischen Selbstverständnis des größten Teils der Partei nicht entspricht.«

Was die Wende der Partei, die im Fall des Falles kein Schwein fragt, in der Wirklichkeit des Herrn Gysi und der Frau Pau so notwendig machte, hatte der Vorstandssprecher mit dem Pathos eines »Hier stehe ich, ich kann auch anders« vorgetragen: »Wir können und werden nicht vergessen, daß uns die Scharping und Fischer wegen unseres

friedenspolitischen Engagements zu populistischen Kriegsgewinnlern und zum innenpolitischen Milosevic abstempeln wollten.« Das soll uns nicht noch einmal passieren.

Es wird – wie zuvor bei den Grünen – einen oder zwei weitere Parteitage brauchen, bis auch die Delegierten der PDS von der pazifistischen Überzeugung zur ballistischen sich bekehren. Denn »politikfähig« wollen sie alle sein oder werden, und die meisten auch etwas mehr, nämlich »regierungsfähig«. Das aber heißt, weil die Bourgeoisie die parlamentarische Regierungsform ja nicht erfunden hat, um ihr Eigentum via Hammelsprung in das des Volkes überführen zu lassen, daß die Prüfung der Politik- bzw. Regierungsfähigkeit nur besteht, wer allem abgeschworen hat, was dem gemeinsamen Interesse von Kapital und nationaler Arbeit schaden könnte. (Was passiert, wenn da einer schummelt, siehe: Allende, Salvador, Santiago de Chile, 1973.) Parlamentarismus, laut Karl Kraus die Kasernierung der politischen Prostitution, ist dazu da, gesellschaftlichen Widerstand zu transformieren – erst in staatstragende Opposition, dann in modernisierende Regierungstätigkeit. Weshalb es für den Sparhaushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern ja auch ganz egal ist, ob er mit der Stimme von Helmut Holters PDS beschlossen wird oder in Japan fällt ein anderer Sack um.

Die Politik, welche die PDS, wenn sie ganz und gar politikfähig geworden ist, einmal machen wird, ist die Politik, die heute ohne sie gemacht wird und morgen ohne sie gemacht würde. Ihre eigentliche Aufgabe hat sie, unterm Beifall der Medien, die nach Münster ihren kleinen Helden Gysi tröstend umarmten, schon vollbracht: die Abschaffung einer kommunistischen Partei. Der größte Teil der Mitglieder wurde aus Partei und Politik entfernt, der größere Teil des Rests an die »Wirklichkeit« angepaßt, der kleinere durch Denunziation in einen Trotz getrieben, der DDR-Nostalgie heißt und auf Dauer auch nicht klüger macht. Heute ist es so, daß der größere Teil der Partei den kleineren anlügt und der kleinere sich selber.

Aber kann man denn rein gar nichts tun als bloß kritisieren und miesmachen? Oh, man könnte, und mitten in der Wirklichkeit der Gesellschaft. Man könnte in Gegenden, wo man viele Mitglieder und zwanzig, dreißig Prozent der Wähler hat, realpolitisch, praktisch und effizient dafür sorgen, daß ein Mensch mit anderer Hautfarbe ohne Furcht um Leib und Leben über die Straße gehen kann. Wo aber solche Realpolitik nicht an erster Stelle steht, weit vor dem Leitantrag des Vorstands, der bewegenden Gegenrede der Sylvia-Yvonne Kaufmann und ihrer Klage über den »gnadenlosen Vernichtungsfeldzug der USA gegen Irak«, landet man immer wieder bei der »wirklichkeitsnahen« Hauptaufgabe, »den Deutschen die Angst vor der Linken zu nehmen« (Gysi) statt den afrikanischen Flüchtlingen die Angst vor den Vorpommern und Hinterbayern.

Das wäre, wenn er anderes erwartet hätte, des Verfassers eigentliche Enttäuschung.

Konkret 05/00, S. 10

herrschaftszeiten

Volkseidgenossen

6. März, »Süddeutsche Zeitung«:

Jeder sechste Schweizer haßt Juden. Antisemitismus ist in der Schweiz nach wie vor sehr stark verbreitet. Nach einer vom American Jewish Committee in Auftrag gegebenen Studie bekennt sich jeder sechste Schweizer offen zu seinem Judenhaß. Sechzig Prozent gaben eine antisemitische Tendenz zu. Ein Drittel der Schweizer denkt, daß die Juden zu viel Einfluß auf der Welt haben.

Voilà, un boche (1)

7. März, Zuschrift an die »Saarbrücker Zeitung«:

Nach meiner Auffassung ist der Riß durch die Gesellschaft Österreichs nicht halb so tief, als es den Anschein hat oder haben soll. Ganz offenkundig ist es so, daß diese häufigen Demos von allerlei fragwürdigen Organisationen, darunter jüdische, mit denen Österreichs Normalbürger einschließlich der enttäuschten Sozialdemokraten wenig im Sinn haben, buchstäblich veranstaltet werden. Der Bußprediger und Multi-Kulti-Berater Michel Friedman ist selbstverständlich vor Ort. Um möglichst hohe Teilnehmerzahlen zu erreichen, werden Linksgestrickte mit viel freier Zeit und Trillerpfeifen aus ganz Europa herangekarrt. Auch sah man auf Pressefotos und im Fernsehen selten so viele wenig österreichisch aussehende Schnurrbartmänner und Kopftuchfrauen in eigener Sache auf den Beinen. Das den Bericht ergänzende Foto von einer Demo zeigt sechs Transparente, von denen zwei die Aufschrift »Haider is Hitler« tragen. Nun glaube ich nicht, daß Einheimische bei dem Wort »ist« gleich zweimal das »t« vergessen haben, sondern daß es sich um Claqueure aus England handelt. Die FPÖ/ÖVP-Regierung wird keine kleinen Kinder fressen und keine alten Leute umbringen; sie wird eine gute Politik für die Österreicher machen, aber manche Mitesser, Kriminelle und Profiteure werden schlechte Karten haben.

Wolfgang Heinz, Heusweiler-Holz

Verlorene SöhnInnen

21. März, »Berliner Zeitung«:

Die Berliner »Tageszeitung« (»Taz«) bleibt vorerst weiter ausschließlich in den Händen der »Taz«-Genossenschaft. Gespräche über eine Beteiligung des Hamburger »Spiegel«-Verlags seien nach einem halben Jahr ohne Ergebnis beendet worden, sagte Geschäftsführer Karl-Heinz Ruch. In seinen Gesprächen mit »Spiegel«-Geschäftsführer Karl Dietrich Seikel seien »veschiedene Beteiligungsvarianten erörtert worden« ... Erst auf der letzten Genossenschaftsversammlung hatte ein Teilnehmer die wirtschaftliche Situation wieder mit dem Wort »verheerend« zusammengefaßt.

Amt plusminus Mandat

25. März, »Hamburger Abendblatt«:

Als Fraktionschef verdient der 44jährige Fritz Kuhn 9.577 Mark im Monat, als künftiger Bundesvorsitzender aber nur noch etwa 8.500 Mark. Entfallen werden auch die in Stuttgart gewährte steuerfreie Kostenpauschale von 1.652 Mark, Sitzungsgelder, Auto mit Fahrer und großer Mitarbeiterstab. Renate Künast würde als Bundesparteichefin ein wenig mehr verdienen als in ihrem Fraktionsamt (5.610 Mark plus steuerfreie Aufwandspauschale in Höhe von 1.700 Mark).

Operation Hufeisen, die Zweite

27. März, Bundesministerium der Verteidigung, Intranetredaktion:

»Flüchtlinge« bei Dobro Polje. Französische und deutsche Soldaten üben die Aufnahme von Flüchtlingsströmen aus Montenegro auf bosnischem Gebiet. »Franzosen durchsuchen Deutsche?« Uneingeweihte, die unlängst den Checkpoint auf der Route »Tuna« in der Schlucht von Bistrica südöstlich von Dobro Polje passierten, wunderten sich: Soldaten mit der Trikolore auf der Uniform »filzten« deutsche Sfor-Angehörige, die montenegrinische Flüchtlinge darstellten. Es handelte sich um eine Übungseinlage im Rahmen der dreitägigen Manöver »Hermes«. Es wurde ein Szenario durchgespielt, wie es bald Realität sein könnte: Die Spannungen in der nach Unabhängigkeit strebenden jugoslawischen Teilrepublik Montenegro entwickeln sich zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Tausende Menschen fliehen deshalb nach Bosnien-

Herzegowina in die Obhut der Sfor, die den Flüchtlingsstrom in geordnete Bahnen lenken muß. Der Kommandeur des deutschen Sfor-Heereskontingents, Oberst i.G. Hans-Jochen Annuß, zieht eine positive Bilanz: »Das Ausbildungsziel ist erreicht worden. Zudem haben wir wertvolle Erkenntnisse im taktischen Bereich gewonnen, die für künftige Operationen hilfreich sein könnten.«

Zivilgesellschaft

27. März, »Wall Street Journal«:

Ein Jahr nach Beginn des Nato-Luftkriegs hat es Serbien erneut mit Beobachter-Patrouillen aus Westeuropa, den USA, aber auch Rußland, Israel und China zu tun. Nur tragen die Vorauskommandos diesmal Business-Anzüge, und die Intervention, die sie vorbereiten, ist nicht militärisch, sondern geschäftlich ... Die Geschäftsleute hofieren heimlich Serbien, den Paria-Staat der Region, trotz internationaler Sanktionen, Feindschaft des Westens und politischer Unsicherheit. Einige bereiten sich auf einen schnellen Einzug in Serbien für den Fall vor, daß das Wirtschaftsembargo aufgehoben wird und Stabilität einkehrt, andere unterlaufen die kaum kontrollierten Sanktionen, um bestehende Geschäftsverbindungen auszubauen oder neue zu Schnäppchenpreisen aufzubauen ...

Die Interessen reichen vom Wiederaufbau der zerstörten Ölraffinerien bis zum Erwerb von Serbiens größter Brauerei. Aber es geht um mehr als Bier und Öl. Serbiens geographische Lage, die den Bosporus mit Westeuropa verbindet, macht es geschäftlich für viele ausländische Firmen reizvoll, sagt Neil Richardson, ein Firmenberater, der sich auf den Balkan spezialisiert hat ...

Die Liste der Firmen, die Belgrad besuchen, liest sich wie ein Who's Who internationaler Konzerne: der US-Maschinenbauer Foster Wheeler Corp., die schwedische Telecom-Firma Ericsson, die griechische Hellenic Telecommunication Organization, der russische Ölkonzern OAO Lukoil und die südkoreanische Daewoo Corporation ... Viele Firmen machen kein Geheimnis daraus, daß sie die Sanktionen ablehnen. Letzten Monat schrieb eine Gruppe internationaler Firmen, die einen amerikanisch-europäischen Mini-Marshallplan für den Balkan vorschlagen, an Außenministerin Madeleine Albright, sie hielten das Embargo für kontraproduktiv, und baten sie, es aufzuheben. Die Sanktionen »fördern Verbrechen und Korruption in der ganzen Region, weil Importe und Exporte nur in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Mafia möglich sind«, schrieben ... sie an Frau Albright.

Eine deutsche Mehrheit

5. April, Deutscher Brauer-Bund e.V.:

Jedes Jahr am 23. April wird der Geburtstag des deutschen Reinheitsgebotes als »Tag des deutschen Bieres« gefeiert. Die große Mehrheit der Deutschen, fast 75 Prozent, findet diese Idee gut. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage, die vom Marktforschungsinstitut GfK im Auftrag des Deutschen Brauer-Bundes durchgeführt wurde.

Haiderkraut

6. April, »Hamburger Abendblatt«:

Der 63jährige Johannes Szilvassy ist pensionierter Professor für Anthropologie. Im Auftrag Wiener Justizbehörden vermißt er Afrikaner, um deren Alter zu bestimmen ... Was dann passiert, geht aus einem Szilvassy-Gutachten für den Jugendgerichtshof Wien hervor. In einer Tabelle listete der Professor penibel 14 Körpermaße von der Schulterbreite bis zum Nasenwinkelpunkt auf und stellte sie den Maßen einer »erwachsenen Person der österreichischen Bevölkerung gegenüber. Unter dem Kapitel »Reifezeichen« vermerkte der Gutachter nach Untersuchung der primären Geschlechtsmerkmale: »Stadium 5. Erwachsene Person«. ... In der als rechtsextrem eingestuften Zeitschrift »Aula« warnte Szilvassy 1993 vor dem »ausufernden Problem der Migration und Immigration«, das das »Erscheinungsbild der Österreicher in einigen Generationen verändern wird«. In der Zeitung »Kurier« sprach er sich gegen Mischehen mit Ausländern aus – zu befürchten seien etwa »rezessive Erbmerkmale«. Die »dunkle Hautfarbe« und das »negride Haar« beteilige sich bereits am »österreichischen Genfluß«.

Voilà, un boche (2)

6. April, »Süddeutsche Zeitung«:

Nooke: Nicht immer an die Nazis denken – Berlin vernachlässigt nach Ansicht von CDU-Politikern die Erinnerung an die SED-Diktatur zugunsten des Gedenkens an den Nationalsozialismus. »Die Hauptstadt ist bisher weder finanziell noch konzeptionell ihrer Aufgabe nachgekommen, an das totalitäre Regime der DDR zu erinnern«, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Nooke. So stehe das Dokumentationszentrum Berliner Mauer

wegen Finanznot vor dem Aus, für die Ausstellung des geplanten Jüdischen Museums seien aber 12 Millionen Mark geplant, sagte Nooke. Nach seinen Worten fehlt Politikern in Stadt und Land die »richtige Geisteshaltung«.

Heiliger Joseph

8. April, AP:

Außenminister Joschka Fischer ist im Vatikan von Papst Johannes Paul II. zu einer Privataudienz empfangen worden.

Kanak Absprak

10. April, »Der Spiegel«:

Die Bundesregierung sorgt sich um die Glaubwürdigkeit ihrer Kritik am russischen Vorgehen in Tschetschenien, nachdem bekannt wurde, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) mit dem russischen Inlandsgeheimdienst (FSB) Informationen über tschetschenische Rebellen ausgetauscht hat. Deutsche und russische Geheimdienste haben offenbar enger kooperiert, als bisher angenommen. So teilten sie sich gegenseitig ihre Erkenntnisse darüber mit, ob die Tschetschenen Geld und Waffen für den Kampf gegen die Russen über muslimische Netzwerke beziehen oder mit Drogenhandel finanzieren. Der BND argwöhnt, daß im Kaukasus eine neue Bastion des radikalen Islamismus entstehen könnte.

Voilà, un boche (3)

12. April, DPA:

Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz ist gegen ein Einwanderungsgesetz. Dies mache angesichts von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland keinen Sinn.

Lernprozeß auf der Napola

April 2000, »Deutschland-Magazin«:

Das Holocaust-Denkmal ist nicht als Negativ-Geschichte zu verstehen, sondern im positiven Sinne als eine Mahnung und Warnung, niemals mehr ein totalitäres Regime und eine systematische Verletzung von Menschenrechten zu akzeptieren. In diesem Sinne steht der Beginn einer »Berliner Republik« unter einem guten Vorzeichen.

Konkret 05/00, S. 12

Jürgen Elsässer

Tödliche Lügen

Spitzenleistung: Im Krieg gegen Jugoslawien war die Bundesregierung an der Propagandafront international federführend

»Noch nie haben so wenige so viele so gründlich belogen wie im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg«, sagte CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer Ende März dieses Jahres. Und weiter: »Dafür sind Menschen gestorben.«

Daß die Kritik mittlerweile nicht nur von Pazifisten und Vaterlandsverrätern kommt, sondern auch von Konservativen und Gutbürgerlichen – neben Wimmer sind auch der ehemalige Bundeswehr-Brigadegeneral Heinz Loquai (s. S. 16 ff.) und die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberg (FDP) mit sachkundigen Einwänden hervorgetreten – , verunsichert die rot-grüne Regierung erheblich. Außenminister Joseph Fischer warnte Anfang April vor dem Bundestag vor »den erneuten Versuchen der Mythenbildung in verfälschender Absicht. Diesen Versuchen ist eines gemeinsam, nämlich die Unterstellung, der Westen und vor allem die Bundesregierung habe den Militäreinsatz vor einem Jahr mutwillig herbeigeführt und dazu Fakten manipuliert.«

Dabei sind die Beweise, daß der Westen »und vor allem die Bundesregierung« genau das getan haben, mittlerweile erdrückend. Besondere Verdienste hat sich insbesondere der Bundesverteidigungsminister erworben. So war es Rudolf Scharping, der drei Tage nach Kriegsbeginn als erster westlicher Politiker einen Genozid im Kosovo festgestellt haben wollte: »Im Kosovo wird Völkermord nicht nur vorbereitet, sondern ist eigentlich schon im Gange«, notierte er am 27. März in sein »Kriegstagebuch«. Zur selben Zeit resümierte die regierungsnahe US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch: »Es kommt zu einzelnen Morden, und es gibt auch Hinweise auf größere Mordaktionen. Sie reichen jedoch nicht aus, um von ›Massakern‹ zu sprechen ... Ein Völkermord sei zwar zu befürchten, man könne jedoch nach den vorliegenden Informationen nicht von einem solchen sprechen« (»Tageszeitung«, 3.4. 1999). Auch die UN verwendete damals, so ihr Sprecher Fred Eckardt am 31. März, den Terminus »Völkermord« nicht. Erst am 7. April schloß UN-Generalsekretär Kofi Annan propagandistisch zu Scharping auf und warnte vor einem möglichen Genozid.

Internationaler Stichwortgeber war Scharping beim Terminus Konzentrationslager. Am 28. März berichtete er in der ARD-Talhshow »Christiansen« von einem Konzentrationslager »im Norden von Pristina«. Die deutsche Presse war begeistert und schrieb gleich im Plural. »Scharping enthüllt: Er (Milosevic) baut KZs im Kosovo ... Wo sind ihre Männer, Väter, Brüder? In den KZs von Milosevic, enthüllt Scharping«, titelte das Berliner Boulevardblatt »B.Z.« am 1. April, die »Bild« erschien am selben Tag mit der Riesenschlagzeile »... sie treiben sie ins KZ« (und zeigte darunter ein Foto mit Flüchtlingen auf dem Weg zur mazedonischen Grenze). Doch schon 14 Tage später mußte man zurückrudern: »Kehrtwende auf der Hardthöhe: Nachdem Verteidigungsminister Rudolf Scharping noch vor Ostern von ›Konzentrationslagern‹ im Kosovo gesprochen hatte, sind seine Militärs auf einmal vorsichtiger geworden. In einer Auswertung der Gespräche, die im mazedonischen Flüchtlingslager Neprosteno geführt wurden, äußern die Offiziere den Verdacht, ›daß eine größere Anzahl von Befragten überzeugt ist, den Druck auf die Nato für den gewünschten Einsatz von Nato-Bodentruppen durch einzelne Übertreibungen erhöhen zu müssen.« (»Hamburger Morgenpost«, 15.4. 1999) Die Existenz von Scharpings KZ in Pristina war bereits am 7. April von der »FAZ« (»nichts dergleichen«) dementiert worden.

Nach der Erfindung von KZs wurde das Arsenal der Holocaust-Erinnerungen weiter geplündert. Scharping sah Ende März Anzeichen »für eine systematische Ausrottung, die an das erinnert, was zu Beginn des Zweiten Weltkrieges im deutschen Namen angerichtet worden ist, zum Beispiel in Polen«. Fischer sekundierte eine Woche später: »Der Nationalismus wird auf brutalste Art und Weise von Herrn Milosevic betrieben. Man kann fast schon sagen, in einer Art und Weise, wie sie seit den vierziger Jahren, seit den Nazis und seit der Hochzeit des Faschismus in Europa nicht mehr für möglich gehalten wurde.« Auf die Nachfrage des US-Magazins »Newsweek«, ob er eine direkte Parallele zwischen den Ereignissen im Kosovo und der Nazi-Zeit sehe, antwortete er: »Ich sehe eine Parallele zu diesem primitiven Faschismus. Es ist offensichtlich: Die 30er Jahre sind wieder da, und das können wir nicht akzeptieren.«

Dabei soll nicht behauptet werden, die anderen Nato-Regierungen hätten keine originellen Beiträge an der Propagandafront geleistet. So brachte etwa das US-Außenministerium bereits am 19. April die Rekordzahl von 500.000 kosovo-albanischen Opfern in Umlauf (»es wird befürchtet, daß sie getötet wurden«). Auch als Scharping am 7. April Massakervideos aus »ungesicherten Quellen« (ARD- »Tagesthemen«) vorführte oder am 27. April monatealte Fotos als Beweis neuester Serbengreuel präsentierte, unterschied er sich nur in einer Hinsicht von anderen westlichen Meinungsmachern: Seine Bluffs waren so stümperhaft, daß sie sehr schnell aufflogen – CNN und Pentagon arbeiteten professioneller.

Doch in zwei Fällen war die deutsche Propaganda mehr als eine von weltweit vielen Spitzenleistungen, sondern absolut kriegsentscheidend: beim »Racak-Massaker« und beim »Hufeisenplan«. Racak war der Kriegsauslöser: Nach den dortigen Ereignissen Mitte Januar 1999 verkündete die Nato das Ultimatum, mit dem Belgrad zur Annahme des Rambouillet-Vertrages gepreßt werden sollte. Mit der – von der Nato im voraus kalkulierten und durch den Annex B des Vertrages bewußt provozierten – Ablehnung des Abkommens durch Milosevic war die Bombardierung beschlossene Sache. Bei der

Deklarierung der Racak-Toten zu Opfern eines serbischen Massaker gingen die USA und Deutschland arbeitsteilig vor: Der US-amerikanische OSZE-Missionschef William Walker setzte mit Unterstützung des State Department die Legende von der Massenexekution unbewaffneter Dorfbewohner in die Welt, und das deutsche Außenministerium verhinderte, daß gegenteilige Obduktionsbefunde einer finnischen Ärztekommission veröffentlicht wurden (s. dazu den folgenden Artikel). Bemerkenswert ist, daß Scharping auch im Ausland für diese Version warb. In seinem »Kriegstagebuch« berichtet er über Gespräche am 15./16. März 1999 in New York: »Kissinger argumentierte vehement gegen ein Eingreifen der Nato, wurde aber nachdenklich angesichts der Informationen, die ich ihm über Massaker, Vertreibung und Mord mitteilte. Er beendete das Gespräch mit dem nachdenklichen Satz, daß die Sache bei Völkermord natürlich anders aussehe.«

Im Falle des »Hufeisenplans« handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um eine rein deutsche Erfindung, die selbst in den USA nur sehr zögerlich übernommen wurde. Für die Kriegführung war sie deswegen so wichtig, weil sie in einer kritischen Phase präsentiert wurde: Als nach den ersten Tagen Bombardierung klar war, daß die massenhafte Flucht und Vertreibung der Kosovo-Albaner, die angeblich der Grund für das militärische Eingreifen der Nato gewesen war, erst durch dieses Eingreifen ausgelöst worden war. Der »Hufeisenplan« sollte dieses evidente Argument entkräften und so die zunehmend verunsicherte Öffentlichkeit in den westlichen Staaten beruhigen: Er beweise nämlich – so Außenminister Fischer bei der Weltpremiere der Erfindung am 6. April 1999 – , daß Milosevic die »Deportation eines ganzen Volkes mit verbrecherischen Mitteln« schon lange vorher und völlig unabhängig von der Reaktion der Nato geplant, ja begonnen habe. Bereits zwei Tage später ließ Scharping von Bundeswehr-Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach eine recht detaillierte Aufmarschplanung samt operativen Karten unter der Überschrift »Operation ›Hufeisen‹ (Potkova)« an die Presse verteilen.

Angestoßen durch Heinz Loquais Zweifel an der Existenz eines solchen Planes, hat mittlerweile das »Hamburger Abendblatt« direkt im Verteidigungsministerium recherchiert. »Drei Offiziere erinnern sich an Gespräche, die sie im Herbst vergangenen Jahres mit Oberst Karl Gunter von Kajdacsy, Referatsleiter des Führungsstabes der Streitkräfte, geführt haben. Dabei hat ihnen der Oberst im Generalstabsdienst erzählt, er habe den Titel ›Hufeisen‹ für die Analyse erfunden, die Scharping kurz zuvor aus dem Außenministerium auf die Bonner Hardthöhe geschleppt hatte. ›Für mich war das Scharpings Schmied‹, sagt einer der Offiziere.«

Daß das Copyright der Erfindung nicht bei den Nato-Partnern liegt, wird auch aus dem Umstand deutlich, daß Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark am 19. April 1999 in einer Sendung des BBC jede Kenntnis des Planes bestritt. »...die Nato griff nicht zu, als ihr der Bonner Hufeisenplan in Brüssel zugestellt wurde. ›Das ist nie in unsere Bewertung der jugoslawischen Seite einbezogen worden‹, weiß ein General«, berichtet das »Hamburger Abendblatt«. Auch das UN-Tribunal in Den Haag war nicht bereit, Scharpings Coup zu stützen. »Wäre das ein Dokument mit Deckblatt, Datum und Unterschrift, so wäre es fantastisch. Aber meist sieht so etwas eher nach Gesprächswiedergaben und Schlußfolgerungen aus«, bedauerte Chefanklägerin Louise Arbour, nachdem sie den angeblichen Plan von Scharping erhalten hatte.

In der Bundestagsdebatte Anfang April dieses Jahres darauf angesprochen, versuchte Scharping, sekundiert von Fischer und dem SPD-Abgeordneten Gernot Erler, seine Spuren zu verwischen. Erstens könne er nichts zu der Herkunft des Originaldokuments sagen, weil er seine Quellen schützen müsse. Zum zweiten habe Wesley Clark sich »kürzlich« in einer BBC-Sendung als »certainly familiar« mit dem Plan bezeichnet. (Selbst wenn das stimmen sollte, so wird doch damit nicht dementiert, daß Clark im April 1999 noch nicht »familiar« war). Zum dritten habe die Londoner »Times« schon am 8. April 1999 – also zwei Tage nach Fischer, aber am selben Tag wie Scharping – über den Plan berichtet: »Die CIA erfuhr bereits im Herbst (1998) von einem Plan mit dem Codenamen ›Operation Hufeisen‹ mit dem Ziel, massenweise über Monate hinweg die Albaner zu töten und zu vertreiben.«

Das stand an jenem Tag tatsächlich in der »Times«. Ob damit die CIA den Schwarzen Peter hat, ist dennoch strittig. Ein Artikel des Magazins »U.S. News« vom 12. April 1999 widerspricht. Darin heißt es, im Weißen Haus habe man Kenntnis von einem »sorgfältigen Angriffsplan« Milosevics gehabt. »Tatsächlich waren zwei CIA-Beamte, die zur Rambouillet-Delegation gehörten, so überzeugt von der Tatsache, daß sie die Verhandlungen verließen. Ein europäischer Geheimdienst erfuhr sogar den Namen des Angriffsplans: Er wurde Operation Hufeisen genannt.« Offensichtlich hatte die CIA also gewisse Kenntnisse gesammelt, aber kein vollständiges Dokument mit Titel vorliegen. Vor allem zog der US-Geheimdienst aus diesen Erkenntnissen ganz andere Schlußfolgerungen als Scharping. Die BBC befragte dazu ein Mitglied des Geheimdienstausschusses des US-Repräsentantenhauses: »Im Februar 1999 briefte CIA-Chef George Tenet die Parteiführer ... Er sagte, daß eine Militäraktion zu ethnischen Säuberungen führen könnte ... ›Wenn wir in diesem Wespennest herumstochern, könnte es noch schlimmer werden.« Während für Scharping die Geheimdiensterkenntnisse zur Kriegsbegründung herhalten mußten, waren sie für den CIA-Chef also Anlaß zur Warnung, daß ein Zuschlagen der Nato kontraproduktiv wäre.

Die wahrscheinlichste Version über die Entstehung des »Hufeisenplans« geht aus einer Antwort des Wiener Verteidigungsministers Werner Fasslabend auf eine Anfrage der österreichischen Grünen im Juli 1999 hervor. Demnach hatte der militärische Geheimdienst des angeblich neutralen Landes, das Heeres-Nachrichtenamt (HNA), bereits ab Januar

1999 Einzelerkenntnisse, die es gemeinsam mit US-amerikanischen Diensten gesammelt hatte, zu einem Dossier mit dem Titel »Operation Potkova« zusammengestellt. »Außenminister Schüssel habe die Erkenntnisse Anfang des Jahres (1999) auf einer EU-Außenministerkonferenz an seine Kollegen übergeben«, berichtete das österreichische Magazin »profil«. Dort hat auch Fischer, der damalige EU-Ratspräsident, das Material bekommen. Im Unterschied zu den EU-Partnern und zur CIA entschloß sich die Bundesregierung, aus den bruchstückhaften Elementen einen Plan zu puzzeln und damit in die Offensive zu gehen.

Diese Version wird unfreiwillig selbst von »Bundeswehr aktuell«, einer Zeitung des Scharping-Ministeriums, gestützt. In ihrer April-Ausgabe heißt es zum »Hufeisenplan«: »Das in Militärkreisen hoch gelobte österreichische Heeresnachrichtenamt soll ihn beschafft haben. Dafür sprächen uralte Kontakte des Wiener Abwehrdienstes zum Balkan, die auf die Kaiserzeit zurückgehen.«

Dieselben »uralten Kontakte« zwischen Wien, Berlin und dem Balkan, die Europa in den Ersten Weltkrieg gestürzt und zum Zweiten beigetragen haben, spielen also offensichtlich auch heute noch eine Rolle.

Konkret 05/00, S. 14

Jürgen Elsässer

Geheimakte Racak

Die Bundesregierung hält die Autopsieprotokolle der 40 Racak-Leichen seit März 1999 unter Verschluß. Die KONKRET nun vorliegenden Kopien beweisen: Die Nato-Version eines serbischen Massakers an unschuldigen Zivilisten ist nicht haltbar

»In Racak hat vorgestern ein Massaker stattgefunden, bei dem 45 Albaner ermordet wurden. Der Nato-Rat war zu einer Sondersitzung zusammengetreten ... Intern erwägen wir Maßnahmen, um die Bereitschaft der Nato zum Handeln zu unterstreichen ... Nicht nur in Brüssel wächst die Zahl derer, die glauben, daß ein militärisches Engagement im Kosovo unausweichlich werden kann«, vermerkte Rudolf Scharping in seinem »Tagebuch« am 17. Januar 1999. Auch andere Entscheidungsträger führen den Kosovokrieg unmittelbar auf Racak zurück. »Natürlich war die Episode in Racak entscheidend für die Bombardierungen«, erklärte etwa William Walker, damaliger Chef der OSZE-Mission im Kosovo; für den deutschen Außenminister Joschka Fischer war Racak ein »Wendepunkt«, für seine US-amerikanische Amtskollegin Madeleine Albright ein »galvanisierendes Ereignis«. Die »Washington Post« faßte zusammen, Racak habe »die Balkan-Politik des Westens in einer Weise geändert, wie Einzelereignisse dies selten tun«.

Zweifel an der schnellen Schuldzuweisung an die Adresse der serbischen Sicherheitskräfte hatte es schon unmittelbar nach den Ereignissen gegeben, allerdings vor allem in Frankreich und nur vereinzelt in Deutschland. Dazu hatten insbesondere die Augenzeugenberichte des französischen Fernsehteams der Nachrichtenagentur AP sowie von »Le Monde« und »Figaro« beigetragen. Die serbische Polizei hatte das TV-Team eingeladen, die Umzingelung und Eroberung der UCK-Hochburg an jenem Tag zu filmen. Sowohl die Kameraleute, die die Feuergefechte aus unmittelbarer Nähe verfolgten, als auch die Journalisten und OSZE-Verifikateure, die die Kämpfe von einem Hügel aus beobachteten, bemerkten nichts von dem, was am nächsten Tag Dorfbewohner gegenüber OSZE-Chef Walker behaupteten: daß die serbische Polizei gegen Mittag die Frauen im Dorf von den Männern getrennt, letztere auf einen Hügel geschleppt und dort exekutiert hätte. Als die Reporter und OSZE-Leute nach dem Ende der Kämpfe am Nachmittag Racak inspizierten, fanden sie nur einen toten und fünf verletzte Zivilisten. Die serbische Polizei behauptete ihnen gegenüber, insgesamt 15 UCK-Kämpfer getötet zu haben.

Warum aber wurden dann am Morgen des 16. Januar über 40 Leichen in bäuerlicher Arbeitskleidung, zum Teil in Rohrstiefeln, gefunden? Hatten die Beobachter einfach nicht bemerkt, wie etwa die ungefähr 20 Männer selektiert und dann außerhalb des Ortes hingerichtet wurden? »Le Monde«-Reporter Christoph Châtelot berichtete in der Ausgabe vom 21.1.1999, warum das nicht plausibel ist: »Wie hätte die serbische Polizei die Gruppe von Männern sammeln und ruhig zum Exekutionsplatz führen können, während sie ununterbrochen unter UCK-Feuer lag? Wieso konnte der am Rande von Racak gelegene Straßengraben der Aufmerksamkeit der mit der Umgebung vertrauten Einwohner entgehen, die vor Einbruch der Nacht wieder in ihrem Dorf waren? Oder den OSZE-Beobachtern, die sich mehr als zwei Stunden in dem Ort aufhielten? Warum so wenig Patronen rund um die Leichen, so wenig Blut in jener Senke, wo doch angeblich 23 Menschen aus nächster Nähe mit einigen Kopfschüssen getötet worden sein sollen? Waren nicht eher die Körper der in den Kämpfen mit der Polizei getöteten Albaner in dem Graben zusammengetragen worden, um ein Horror-Szenario zu schaffen, das mit Sicherheit einen entsetzlichen Effekt auf die öffentliche Meinung haben würde?«

In Deutschland war es unter den etablierten Medien einzig die »Berliner Zeitung«, die diesen Fragen nachging. Sie berichtete am 13. März 1999: »Hochrangigen europäischen OSZE-Vertretern liegen ... Erkenntnisse vor, wonach die Mitte Januar im Kosovo-Dorf Racak gefundenen 45 Albaner nicht einem serbischen Massaker an Zivilisten zum Opfer fielen. Intern, so heißt es bei der OSZE, gehe man längst von einer ›Inszenierung durch die albanische Seite‹ aus. Zu diesem Ergebnis sei man auf der Basis der im Meldezentrum der Kosovo-Mission ausliegenden Daten gelangt, also unabhängig von der noch austehenden Expertise der finnischen Gerichtsmediziner. So seien ›die meisten der Toten aus einem weiten Umkreis um Racak zusammengeholt und am späteren Fundort abgelegt‹ worden. Die Mehrzahl der Albaner starb demnach in Kämpfen unter Beteiligung serbischer Artillerie. Vielen von ihnen sei ›nachträglich Zivilkleidung angezogen worden‹, so ein Vertreter der OSZE.« Diese Version erhielt weiteren Auftrieb durch Schmauchspurentests, die ein serbisch-weißrussisches Ärzteteam an den Leichen vornahm: Demnach hatten 37 der 40 Toten Pulverpartikel an den Händen, ein klares Zeichen für Schußwaffengebrauch ihrerseits.

Diese Zweifel verstummten weitgehend am 17. März 1999. An diesem Tag legte eine Kommission finnischer Ärzte, die im Auftrag von EU-Kommission und OSZE die 40 Leichen aus Racak untersucht hatten, weil das serbisch-weißrussische Team als parteiisch galt, ihrerseits einen gerichtsmedizinischen Bericht vor. Selbst in der »Berliner Zeitung« hieß es danach bereits in der Überschrift des entsprechenden Artikels: »Tote von Racak waren Zivilisten«. Tatsächlich war der Bericht in einigen Passagen recht vage gewesen, so etwa in der Frage, ob alle Opfer zur selben Zeit getötet und ob die Leichen post mortem noch transportiert worden waren. Doch am entscheidenden Punkt hatte er keinen Zweifel gelassen: »Es gab keine Hinweise, daß es sich bei den Betroffenen nicht um unbewaffnete Zivilpersonen handelte.« Zwar wurde der Terminus »Massaker« in dem Dokument explizit abgelehnt, da er nicht »in den Zuständigkeitsbereich des forensischen Teams« falle. Doch die von der Kommissionsvorsitzenden Helena Ranta gebrauchte Formulierung der Nürnberger Prozesse »crimes

against humanity« war nicht weniger drastisch und heizte die Stimmung in den westlichen Staaten wenige Tage vor Kriegsbeginn weiter an.

Das an jenem 17. März veröffentlichte Kurzkommuniqué umfaßte nur fünf Seiten – die übrigen Ausarbeitungen und Unterlagen der finnischen Forensiker, laut »Berliner Zeitung« 21 Kilogramm schwer, nahm der damalige EU-Ratspräsident, der deutsche Außenminister Fischer, unter Verschluß. Nicht einmal die Regierungen der anderen EU-Mitgliedsländer scheinen informiert worden zu sein – jedenfalls bestritt zumindest das niederländische Verteidigungsministerium, das Dossier bekommen zu haben. Nach über einem Jahr ist die Strategie der Geheimhaltung gescheitert: Neben der »Berliner Zeitung« ist mittlerweile auch KONKRET im Besitz von Kopien aller 40 Einzelautopsie-Protokolle der Racak-Leichen. Besonders viel journalistischen Aufwand hatte die Beschaffung nicht erfordert: An der medizinischen Untersuchung waren zu viele Leute beteiligt gewesen, weshalb sich die Anfertigung von Kopien der Schriftstücke nicht kontrollieren ließ (Kopien der Autopsiefotos und -videos sind nicht so einfach zu erstellen, deshalb sind davon auch noch keine aufgetaucht). Eher muß gefragt werden, wieso sich in den 16 Monaten seit den Ereignissen außer KONKRET nur noch die »Berliner Zeitung« um das Material bemüht hat. Das Interesse bei den Medien scheint nicht allzu groß zu sein.

Nach Auswertung des vorliegenden Materials steht fest: Es gab keine »Hinrichtung« (Fischer), es gab keine »Verstümmelungen« (Walker), es gab keine Schüsse aus »extremer Nahdistanz« (Walker). Als unbewiesen muß ab sofort auch gelten, daß die Toten Zivilisten waren und daß sie alle in Racak getötet wurden. Damit ist der These vom »Massaker« die Grundlage entzogen.

Zu den Punkten im einzelnen:

· *Besondere Grausamkeit:* Die Opfer waren nicht verstümmelt oder enthauptet worden. Nur in einem Fall gibt es Spuren von stumpfer Gewalt im Gesicht eines Opfers. Die von Augenzeugen festgestellten »enthaupteten Leichen« gab es zwar tatsächlich, doch in beiden Fällen war der Kopf post mortem von Tieren abgerissen und weggeschleppt worden. Sämtliche Opfer starben durch Schußwunden.

· *Zivilisten oder Kombattanten:* Unter den 40 Toten waren eine Frau und ein zehn- bis 15jähriger Junge (letzterer starb durch einen Fernschuß aus mindestens 500 Meter Entfernung, wie ein albanischer Augenzeuge der »Berliner Zeitung« berichtete). Zur Kongruenz der Einschußwunden im jeweiligen Körper und den Einschußlöchern in der Kleidung – wichtig für die Frage, ob die Toten aus- und umgezogen wurden – wurden keine Feststellungen getroffen. Zur Klärung der Frage der Schmauchspuren an den Händen wurden keine Tests vorgenommen. In allen Fällen trägt das Protokoll den Zusatz: »Aufgrund der verifizierten Autopsie kann eine Kategorisierung der Todesursachen, wie sie von der Welt-Gesundheits-Organisation empfohlen wird, nicht erfolgen. Auf den Grundlagen der externen Untersuchungsergebnisse sind die möglichen Alternativen: krimineller Totschlag, Krieg oder unbestimmt.«

· *Nahexekutionen:* Bei 39 der 40 untersuchten Leichen heißt es: »Es gab keinen Beweis für aufgesetzte Schüsse oder Schüsse aus kurzer Entfernung.« In einem Fall war eine von zwei Kugeln »aus relativ kurzer Distanz, jedoch nicht aus aufgesetzter Waffe« abgefeuert worden.

· *Exekutionen überhaupt:* Wird durch ein Erschießungskommando exekutiert, müßten die Schußkanäle ungefähr parallel verlaufen. Die Autopsie erbrachte aber bei allen Leichen mit einer Vielzahl von Kugeln, daß diese aus völlig unterschiedlichen, zum Teil entgegengesetzten Positionen abgefeuert worden waren – eine typische Gefechtssituation.

· *Bestätigung der vorherigen Analysen:* In sieben Fällen trägt das Protokoll den Zusatz: »Die Widersprüche zwischen den erhaltenen vorläufigen Informationen und den Ergebnissen der forensischen Autopsie können nur aufgelöst werden, wenn Informationen über die Todesumstände ... ergänzt oder bewiesen werden.« Damit könnten Widersprüche zu der vorher weitverbreiteten »Massaker«-These gemeint sein.

Offensichtlich hat die finnische Ärztekommission geduldet, daß wesentliche Fakten aus den Autopsieprotokollen in dem Kurzkommuniqué vom 17.3.1999 nicht oder völlig anders dargestellt wurden. In letzterem war etwa behauptet worden, die Kleidung der Toten sei »höchstwahrscheinlich weder gewechselt noch entfernt« worden, und die Schmauchspurentests seien negativ ausgefallen. Aus ersteren geht hervor, daß zu beiden Punkten keine Beweissicherung stattgefunden hat, die Frage »Zivilisten oder Kombattanten« also nicht geklärt wurde.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die Untersuchung der Finnen bereits am 5. März veröffentlicht werden sollte, was dann aber mehrfach verschoben wurde, obwohl – oder weil? – »deren Kern Joschka Fischer, dem Ratspräsidenten der EU, bereits bekannt sein wird« (»Berliner Zeitung«). »Ob es ein Massaker war, will keiner mehr wissen«, titelte die »Welt« am 8. März 1999 und zitierte einen OSZE-Diplomaten mit den Worten: »Eine heiße Kartoffel ist dieser Bericht, keiner will ihn so richtig.« Währenddessen sickerten wohl Teile der Untersuchung durch und unterfütterten die eingangs zitierten »Erkenntnisse« von »hochrangigen europäischen OSZE-Vertretern«, daß in Racak eine »Inszenierung durch die albanische Seite« stattgefunden habe.

Als schließlich die Veröffentlichung eine Woche vor Kriegsbeginn erfolgte, gab der Bericht kaum noch Anhaltspunkte für die These von der »Inszenierung«. War da manipuliert worden? Zu den Verzögerungen teilte die finnische Pathologin jedenfalls mit, »daß das deutsche Außenamt die Verantwortung dafür übernommen hat«. Und über die Phase unmittelbar vor dem 17. März sagte sie an anderer Stelle: »Es gab natürlich Druck von verschiedenen Seiten ... Grundsätzlich habe ich in der Racak-Zeit meine Instruktionen vom deutschen Außenministerium bekommen. Botschafter Christian Pauls hat mich kurz vor der Pressekonferenz (am 17.3.1999, J.E.) instruiert ... Die ganze Situation war sehr delikat. Vielleicht kann ich eines Tages ganz offen darüber sprechen, wie das mit Racak war. Jetzt geht das aber nicht.«

Nur Frau Ranta könnte erklären, warum sich Aussagen aus den Autopsieprotokollen nicht in dem Bericht vom 17. März 1999 finden lassen. Letzterer wird nämlich mit der einschränkenden Formulierung eingeleitet: »Die Kommentare geben die persönliche Meinung der Verfasserin Dr. Helena Ranta wieder und stellen keine autorisierte Mitteilung im Namen der Fachabteilung für forensische Medizin der Universität Helsinki oder des EU-Teams forensischer Experten dar.«

Diejenigen, die Frau Ranta instruiert haben, passen derweil ihre alten Sprachregelungen den neuen Zweifeln an. »AA sieht eigene Haltung zu Toten von Racak bestätigt«, wußte die »Frankfurter Rundschau« Ende März 2000. Dann aber folgen Sätze aus dem Außenamt, die man bis dato von dort noch nie gehört hatte: »Denkbar sei, daß die Zivilisten zwischen die Linien von Serben und UCK-Kämpfern gekommen waren oder daß die UCK sie als Opfer ›instrumentalisierte‹.« Weiter verweist das Außenministerium darauf, »daß die Bundesregierung im Unterschied zu den ›Vorverurteilungen‹ durch die USA nie von einem von Serben verursachten Massaker gesprochen habe ... Außenminister Joschka Fischer (Grüne) ... habe immer nur erklärt, ›alle verfügbaren Anzeichen‹ deuteten auf serbische Täter hin.« Und wenn es verfügbare Anzeichen gab, die nicht darauf hindeuteten, nahm er sie unter Verschluß – wie die Autopsieprotokolle der finnischen Ärztekommission.

Konkret 05/00, S. 16

Heinz Loquai

Scharpings Plan-Spiel

»Operation Hufeisen« – die Geschichte eines Propaganda-Bluffs

Schon bald nach Beginn der Nato-Luftangriffe, als kritische Fragen nach dem Sinn dieses Krieges aufkamen und sich die humanitäre Katastrophe erst in ihrem ganzen Ausmaß zu entfalten begann, wurde die Öffentlichkeit über einen geheimen Plan der jugoslawischen Führung informiert. Am 29. März 1999 wies Clintons Sprecher darauf hin, daß Milosevic ethnische Säuberungen seit langem geplant habe. Er hätte auch ohne Eingreifen der Nato diesen Plan ausgeführt. Von diesem Tag an vertrat auch der Pressesprecher der Nato bei den täglichen Presse-Unterrichtungen wiederholt die gleiche unspezifizierte These. Diese allgemeinen Behauptungen hätten sich aber wohl, als die übliche Kriegspropaganda eingestuft, nach einiger Zeit totgelaufen. Doch Anfang April änderte sich die Qualität der Anschuldigung gegen die BRJ (Bundesrepublik Jugoslawien, d. Red.) ganz erheblich. Der deutsche Verteidigungsminister versicherte nämlich, er habe einen Operationsplan der serbisch-jugoslawischen Führung zur Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo in den Händen. Nach Scharpings Tagebuch ergibt sich folgende Chronologie1:

31. März 1999: *Mich elektrisiert ein Hinweis, daß offenbar Beweise dafür vorliegen, daß das jugoslawische Vorgehen im Kosovo einem seit langem feststehenden Operationsplan folgt ...*

2. April 1999: *Die Hinweise darauf, daß diese Maßnahmen der jugoslawischen Seite von langer Hand vorbereitet waren, hatten sich verdichtet.*

5. April 1999: *Erhalte von Joschka aus Geheimdienstquellen ein Papier, das die Vorbereitungen und die Durchführung der ›Operation Hufeisen‹ der jugoslawischen Armee belegt. Haben wir jetzt einen vollständigen Beweis über lange geplante serbische Vertreibungen im Kosovo? Sofortige Auswertung veranlaßt.*

7. April 1999: *Auswertung des Operationsplans ›Hufeisen‹ liegt vor. Endlich haben wir einen Beweis dafür, daß schon im Dezember 1998 eine systematische Säuberung und die Vertreibung der Kosovo-Albaner geplant worden waren, mit allen Einzelheiten und unter Nennung aller dafür einzusetzenden jugoslawischen Einheiten ... Die Informationen stammten aus einer zuverlässigen Geheimdienst-Quelle. Die Auswertung ergab ein erschreckend klares Bild. Ich entschied, daß dieser ›Hufeisen‹-Plan am nächsten Tag öffentlich dargestellt werden sollte ...*

8. April 1999: *In der Pressekonferenz stellte der neue Generalinspekteur ... die wesentlichen Ergebnisse der Auswertung des ›Hufeisen‹-Plans vor. Dieser sah vor, daß in einer ersten Phase, nach dem Jahreswechsel 1998/1999, die kosovo-albanische Bevölkerung im Norden der Provinz und entlang eines breiten Streifens beiderseits der Hauptverbindungsstraßen im Kosovo vertrieben werden sollte. Das deckt sich mit unseren Informationen, deren Hintergrund wir bisher nicht hatten einschätzen können. Danach begannen im Januar 1999 im Norden jugoslawische Streit- und Sicherheitskräfte in verstärktem Maße mit Angriffen im Gebiet um die Städte Podujevo und Mitrovica. Dazu wurde ein starker, gepanzerter Eingreifverband hereitgestellt. In einer zweiten Phase wurden diese Operationen systematisch nach Süden ausgedehnt und dabei zugleich die jugoslawischen Kräfte erheblich verstärkt. Während wir in Rambouillet (und später in Paris) verhandelten, wurde also eine systematische Vertreibungspolitik auf der Grundlage eines präzisen militärischen Operationsplans begonnen. Gegenüber der internationalen Öffentlichkeit täuschte Belgrad Verhandlungswillen vor, im Kosovo plünderten und mordeten die serbischen Milizen. Eine weitere Phase der Operation war während der Verhandlungen in Paris, also im März 1999, in vollem Gange: Die Kämpfe in der Mitte des Kosovo, im Drenica-Gebirge und auch im Westen des Kosovo sowie in der Umgebung von Pec wurden immer intensiver. Die schrittweise Verwirklichung des Operationsplans ging einher mit der Ablösung solcher Militärs, die sich dem Einsatz von Soldaten gegen Zivilisten widersetzten. Unter ihnen der Chef des Generalstabs der jugoslawischen Armee, General Perisic.*

Das Aufdecken des »Hufeisenplans« bedeutete in einer für die Bundesregierung immer schwieriger werdenden Situation eine exzellente Möglichkeit, den Luftkrieg der Nato gegen die BRJ zu rechtfertigen. Der »Plan« zeigte in besonderer Weise die Perfidie und Niedertracht der jugoslawischen Führung. Die Sitzung des Bundestags am 15. April 1999 demonstrierte die politische Funktion und Wirkung dieses Plans. Der Bundeskanzler erklärte: »Die jugoslawische Regierung hat von Anfang an an den Feldzug der ethnischen Säuberung geglaubt und ihn geplant, einen Feldzug, dessen Zeuge wir heute sind. Das, meine Damen und Herren, kostete bis jetzt Tausende von Menschen im Kosovo das Leben ... Vertreibung und Mord waren längst im Gange, als die Nato ihre Militäraktion begann ...« (Protokoll, S. 2.620). Und der Fraktionsvorsitzende der SPD: »Seit Frühjahr 1998 führt Milosevic in großem Stil Vertreibungsaktionen und Dorfzerstörungen im Kosovo durch. Nach und während des Holbrooke-Abkommens ist der Vertreibungsplan ›Hufeisen‹ entworfen worden, während Milosevic seine Leute am Verhandlungstisch sitzen ließ. Dieser Plan sieht die Entvölkerung des Kosovo von Albanern vor. Dies darf nicht zugelassen werden« (S. 2.628). Rezzo Schlauch (Bündnis 90/Die Grünen): »Es kann kein Zweifel daran bestehen,

daß die Verbrechen von Milosevic gegen die Menschlichkeit von langer Hand geplant waren« (S. 2.633). Der Bundesverteidigungsminister: »Bis heute sind mindestens 900.000 Menschen aus dem Kosovo herausgejagt worden. Das sind mehr als 50 Prozent der Bevölkerung, die dort lebte. Das ist nicht das Ergebnis eines plötzlichen Vorgehens, sondern einer langfristigen Planung« (S. 2.645). Auch Karl Lamers von der CDU wußte, daß »Milosevic die Nato-Luftschläge nutzt, um die schon lange geplante Vertreibung der Albaner mit brutaler Konsequenz umzusetzen und so auch noch den Schein eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen beiden herzustellen ...« (S. 2.649). Ganz erstaunlich ist die Einlassung des Außenministers, von dem Scharping ja den Plan erhalten hatte. Fischer führt aus: »Sie mögen den Plan nennen, wie sie wollen. Entscheidend ist doch die Frage, daß es bereits im letzten Jahr angefangen hat. Lesen Sie doch die Biographien der heute nach Deutschland gekommenen Familien ...« (S. 2.639). Warum verläßt sich Fischer lieber auf die Biographien der Familien als auf den von ihm übergebenen Plan? Vertraut er diesem Plan nicht so recht? Warum ist für Fischer der Name des Plans irrelevant? Gregor Gysi von der PDS merkte als einziger kritisch zum »Hufeisen-Plan« an: »Darf ich Ihnen sagen, was an diesem Plan merkwürdig ist? Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat die Originalüberschrift dieses Planes vorgelesen. Diese Überschrift war in Kroatisch und nicht in Serbisch verfaßt. Kann man sich ernsthaft vorstellen, daß das serbische Militär in kroatischer Sprache einen solchen Plan verfaßt? Da sind doch Zweifel geboten. Man weiß einfach nicht mehr, was man glauben und was man nicht glauben soll« (S. 2.636).

Am 19. April machte Scharping in einer Sondersendung der BBC weitere präzisierende Aussagen. Der Hufeisenplan habe als Ziel, das gesamte Kosovo ethnisch zu reinigen und die gesamte zivile Bevölkerung zu deportieren. Die »Operation Hufeisen« sei »in Belgrad vom Militärstab, von Milosevic und seinem Regime« geplant worden. Der Plan sei Ende November/Anfang Dezember letzten Jahres organisiert worden und werde seit Januar dieses Jahres implementiert.2 Ganz merkwürdig ist, daß der Nato-Oberbefehlshaber General Clark in der gleichen Sendung erklärte, von einem solchen Plan nichts zu wissen. Warum hat der deutsche Verteidigungsminister sein Wissen nicht an die Bündnispartner und die Nato weitergegeben? Hat Scharpings »zuverlässige Geheimdienstquelle« exklusiv nur die Deutschen bedient?

Was soll man nun eigentlich von diesem »Plan« wirklich halten?

Von den Nachrichtenexperten des Verteidigungsministeriums gibt es eine Übersicht des Hufeisenplans.3 Vergleicht man diese mit den obigen Ausführungen des Ministers, stößt man auf eine Reihe gravierender Widersprüche:

lNach Scharping enthält der Plan alle Einzelheiten bis »zur Nennung aller dafür einzusetzenden jugoslawischen Einheiten«, das heißt in der militärischen Terminologie: bis zur Ebene der Kompanien. In der Übersicht steht aber, der Plan sei »in seinen Details nicht bekannt«.4

lScharping behauptet, der Plan habe die ethnische Säuberung des gesamten Kosovo zum Ziel gehabt. In der »Übersicht« liest man: »Hauptziel der Operation ›Hufeisen‹ ist hiesigen Erachtens die Zerschlagung bzw. Neutralisierung der UCK im Kosovo.« Im weiteren Text werden dann vor allem Operationen gegen die UCK und nur örtlich begrenzte Vertreibungen der Zivilbevölkerung dargestellt, um der UCK »Basis und Rückhalt« zu entziehen.

lScharping spricht schon in der Phase II (Februar 1999) von erheblichen jugoslawischen Verstärkungen im Kosovo, in der »Übersicht« werden erst für März »einige Verstärkungen der Landstreitkräfte« im Kosovo erwähnt.

lWährend nach Scharping die Entlassung des Generals Perisic in den Januar 1999 zu datieren ist, wurde der General tatsächlich, wie in der »Übersicht« richtig dargestellt, im November 1998 entlassen.

Bemerkenswert ist, daß die »Übersicht« weder in ihrer Diktion noch in der ganzen Form einem militärischen Operationsplan auch nur ähnelt. Es wird eine Abfolge von Ereignissen beschrieben, wie sie sich aus den vorhandenen Quellen der OSZE und anderer internationaler Organisationen ergibt. Der Plan schien auch kein Operationsziel zu enthalten, denn in der »Übersicht« wird lediglich eines vermutet (»hiesigen Erachtens«). In einem echten Operationsplan ist aber der wichtigste Teil die Absicht, das Operationsziel.

Schon nach diesem Vergleich sind ganz erhebliche Zweifel angebracht, daß die Version »Hufeisenplan« des Verteidigungsministers auch tatsächlich zutrifft.

Am 11. Mai 1999 verschickte der Verteidigungsminister an die Abgeordneten des Bundestages eine schriftliche Information5, in der es heißt: »Wie wir seit April wissen, waren die Vertreibungen und gewaltsamen Übergriffe keineswegs unmittelbare Reaktionen auf die Luftangriffe der Allianz, sondern von vorneherein Teil der so genannten Operation ›Hufeisen‹, die bereits Ende letzten Jahres entwickelt und seit Beginn dieses Jahres ausgeführt wurde.« Unter der Überschrift »Die jugoslawische Führung geht planmäßig vor und setzt seit Januar ihr Vorhaben schrittweise um« werden drei Bilder gezeigt, die dies offenbar beweisen sollen. Das erste Bild bezieht sich auf einen Vorfall, als die serbische Sonderpolizei am 29. Januar bei Rogovo/Rogove einen UCK-Stützpunkt grausam vernichtete, die beiden anderen Bilder, die brennende Häuser zeigen, wurden, wie die auf den Bildern vorhandene Datum-Zeit-Gruppe zeigt, am 10. und 13. April 1999, also etwa drei Wochen nach Beginn der Nato-Luftangriffe von deutschen Drohnen aufgenommen. Kann man mit Bildern, die Mitte April aufgenommen wurden, beweisen, daß etwas schon vor dem 24. März geschehen ist? Kann man mit derartigen Bildern auch nur einigermaßen glaubhaft machen, daß ein langfristiger Plan zur Vertreibung der

Zivilbevölkerung schon seit Anfang des Jahres verfolgt wurde? Hatte der Minister keine beweiskräftigen Bilder zur Verfügung, obwohl die deutschen Aufklärungsdrohnen seit Januar regelmäßig über dem Kosovo flogen? Für diese Bilder trifft im Grunde analog zu, was Robert Leicht über Bilder in der Wehrmachtsausstellung sagt: »Die Bilder ... mögen auf der Ebene der historischen Erkenntnis die dokumentierte Behauptung nur zusätzlich illustrieren. Auf der Ebene der Emotionen sind sie ... die eigentliche Botschaft, ja die Sache selber ... Denn wer die Macht der Bilder beschwört, darf nicht einen einzigen Meineid riskieren.«6

Läßt schon eine Analyse schriftlicher Dokumente von Scharping selbst und aus dem Verteidigungsministerium erhebliche Zweifel aufkommen, ob es einen jugoslawischen Operationsplan »Hufeisen« tatsächlich gab, so werden diese Zweifel noch bestärkt, wenn man sich das tatsächliche Verhalten der jugoslawischen Streitkräfte vergegenwärtigt, wie es sich aus den detaillierten Berichten vor Ort, aber auch aus den einschlägigen Berichten des militärischen Nachrichtenwesens im Verteidigungsministerium ergibt. Es zeigt sich darin, daß bei aller Brutalität des jugoslawischen Vorgehens von einer geplanten und großangelegten Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo vor Beginn der Luftangriffe nicht gesprochen werden kann. Scharping liefert hierfür selbst einen Beweis. In seinem Buch findet sich auf Seite 233 eine Grafik über die Flüchtlingsentwicklung im Kosovo. Dort zeigt sich eine starke Zunahme der Flüchtlinge erst ab dem 27. März 1999, also drei Tage nach Beginn der Nato-Luftangriffe!

Der Verteidigungsminister behauptete im Zusammenhang mit dem »Hufeisenplan« zweierlei: zum einen, es habe einen geheimen Plan der politischen und militärischen serbisch-jugoslawischen Führung zur vollständigen Vertreibung der albanischen Zivilbevölkerung aus dem Kosovo gegeben. Und zweitens sei dieser Plan bereits seit Januar 1999 systematisch ausgeführt worden. Zur ersten Behauptung läßt sich nur feststellen, daß das, was als Fakten dieses Plans vom Verteidigungsminister und seinem Hause präsentiert wurde, von jedem Stabsoffizier aufgrund der Geschehnisse vor Ort zusammengestellt werden konnte. Auch die wahrscheinlichen jugoslawischen Absichten konnten analytisch nachvollzogen werden. Das ganze Geheimnis des Plans ist nicht so sehr sein Inhalt, sondern seine Existenz, d. h. der Nachweis, daß die jugoslawische Führung einen solchen Plan bereits im November 1998 erarbeitete und damit auch zeigte, daß es ihr, während der Westen noch vertrauensvoll an eine friedliche Konfliktlösung glaubte und verhandelte, überhaupt nicht darauf ankam. Die Widersprüche in der Beweisführung des Verteidigungsministers sind jedoch so groß, daß man begründete Zweifel an der Existenz eines solchen Dokuments, das auch tatsächlich echt ist, haben muß. Solche Zweifel könnten am besten ausgeräumt werden, wenn zumindest die Seite mit den Unterschriften der jugoslawischen Planer präsentiert würde. Die zweite Behauptung Scharpings, die BRJ habe bereits im Januar begonnen, großangelegte, systematische Vertreibungen der albanischen Zivilbevölkerung durchzuführen, wird durch die Geschehnisse im Kosovo nicht belegt. Die Informationen, die Scharping anbietet, sind überhaupt nicht geeignet, seine Behauptung zu stützen. Außerdem widerlegen auch die sorgfältigen Analysen der nachrichtendienstlichen Experten die Anschuldigungen ihres Ministers.

Das Beispiel »Hufeisenplan« zeigt auf eindrucksvolle Weise, wie leicht es sein kann, erfolgreiche politische Kampagnen zur Rechtfertigung des politischen Handelns zu führen, wenn der Nährboden bereitet ist. Kein Staatsanwalt würde es in einem Rechtsstaat wagen, mit einer in sich so widersprüchlichen Anklageschrift und mit so schwachen Beweisen Anklage zu erheben. Doch der Verteidigungsminister offerierte seine Anklage nicht nur den Parlamentariern, den Medien und der Öffentlichkeit. Noch bemerkenswerter ist, daß seine Behauptungen bereitwillig und nahezu kritiklos übernommen wurden. Allerdings – seine innenpolitische Funktion erfüllte der »Hufeisenplan«.7 Er schob die öffentliche Kritik an den Nato-Luftangriffen beiseite, er schuf für sie sogar eine zusätzliche Rechtfertigung, von der die Politiker noch gar nichts gewußt hatten, als sie die Entscheidung für den Krieg trafen.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem »Massaker von Racak« und dem »Hufeisenplan«. Der Leiter der KVM, Walker, zündete mit seiner unbewiesenen Version von »Racak« die Lunte zum Krieg gegen Jugoslawien. Scharping löschte mit dem »Hufeisenplan« die Kritik an diesem Krieg. Beide Anschuldigungen wurden, obwohl doch eigentlich Zweifel angebracht waren, ungeprüft für wahr gehalten und konnten so ihren Zweck erfüllen.

Ungekürzter Nachdruck des VIII. Kapitels der Studie *Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg* (Nomos, Baden-Baden 2000, 184 S., 38 Mark)

1 Rudolf Scharping: *Wir dürfen nicht wegsehen.* Berlin 1999.

2 Auszugsweise Mitschrift der Sendung BBC 1, »Panorama« am 19. April 1999, Archiv Loquai.

3 O.V. »Übersicht über den Operationsplan ›Hufeisen‹ (Potkova) der serbisch-jugoslawischen Führung zur Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo«, April 1999.

4 Oberstleutnant Frank Richter, Referent im Führungsstab der Streitkräfte, stellt fest, der Plan »Operation Hufeisen« sei »in seinen Grundzügen teilweise bekannt« geworden. (Frank Richter: »Balanceakt. Die Lage im Kosovo spiegelt die Instabilität der Region«, in: »Information für die Truppe« 7-8/1999, S. 13-19, S. 15).

5 Bundesministerium der Verteidigung, Der Bundesminister: »Der Kosovo-Konflikt«, Bonn 1999.

6 »Die Zeit« 44/1999, S. 1.

7 So wird noch in der bereits erwähnten ARD-Sendung vom 25. Oktober 1999 auf den »Hufeisenplan« verwiesen.

Konkret 05/00, S. 19

Kay Sokolowsky

Operation »Omerta«

Die westliche Wertegemeinschaft hat den Test bestanden: Selbst wenn den Untertanen bewiesen wird, daß Mörder sie regieren und Lügner sie informieren, juckt es keinen. Die Heimatfront steht bombensicher

*Der Krieg gegen Serbien muß nicht durch ein Dokument der Vertreibung gerechtfertigt werden.**

Journalisten melden keine Nachrichten. Sie machen welche. »Bundestag beschließt Rentenanpassung« z. B. ist eine Mitteilung ohne journalistischen Wert. Der Profi überläßt solches Zeug den Volontären. Er lungert lieber in der Lobby rum und fragt jeden Fraktionschef, der ihm nicht entkommt, ob dieser mit seinen Kollegen eine Absprache getroffen habe. Verweist der Politiker auf die Vorarbeit im zuständigen Ausschuß, genügt dies Ja dem Journalisten nicht. Er wird seinen Parlamentsreport mit der Schlagzeile überschreiben: »Der geheime Renten-Deal«.

Der Angriff der Nato auf die Serben war begleitet von propagandistischen Operationen, wie sie den Kriegsherren notwendig zu sein schienen.

Journalisten glauben an die Wahrheit, sofern sie nicht auf der Hand liegt. Sie haben berufsbedingt Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Darum stellen sie sie am liebsten selber her. Sie fallen dabei auf jedes Gerücht herein, und Schaden macht sie nicht klug. Überzeugt, ein höheres Werk zu verrichten, indes sie der Fama auf den Leim gehen, kommt es ihnen gar nicht in den Sinn, die eigene Arbeit kritisch zu überprüfen. Eine Gegendarstellung schert sie nicht. Ein Strafprozeß schon mehr, aber so weit kommt's nur, wenn sie in der Unterwäsche gewühlt haben. Seit Clintons Zigarrenfellatio droht auch von dieser Seite kein Risiko mehr.

Weil nun ein paar Konspirationstheoretiker Zweifel an der Echtheit des (»Hufeisen«-)Plans hegen, zweifeln sie auch an der Legitimation für den Einsatz.

Journalisten gehen einem insgesamt sehr erbärmlichen, unappetitlichen Beruf nach. Was immer Karl Kraus über sie bemerkte, trifft zu; heute, da das Fernsehen die Maßstäbe setzt, tut man ihnen sogar mit Polemik noch zuviel Ehre an. Jede Beleidigung ist da verloren. Die Quoten- und Auflagenschielerei des modernen Medienwesens hat den Berichterstatter endgültig in einen Meinungsmacher und, schönes Schimpfwort, -Multiplikator verwandelt. Abhängig von den Launen des Publikums, versucht er zugleich, sie zu steuern. Reagiert der Mob nicht auf die Headlines, sind auch die Artikel darunter keinen Groschen wert. Sind die Artikel tatsächlich keinen Groschen wert, die Headlines jedoch ein Renner, wird der Journalist am Ball bleiben und umgehend den Schwindel glauben, den er verbreitet. Keine Lüge soll Bestand vor seiner Spürnase haben, außer der eigenen, außer der Hauptaufschneiderei seines Metiers: »Wahr ist, was wir bringen.«

Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat während des Krieges möglicherweise ein paar mal zu häufig den Angriff der Nato mit der Existenz dieses Plans begründet . ... Um es kurz zu machen: Es ist für die Entscheidung der Nato irrelevant, ob der Plan existiert oder nicht.

Die »kritische Öffentlichkeit« gibt es erst, seit es keinen Journalismus mehr gibt, der sich damit begnügt, Nachrichten zu melden statt zu machen. Die Leser- und Zuschauerschaft, die lieber ihren Zeitungen und Fernsehmagazinen vertraut als dem eigenen Kopf, schätzt den Journalisten für seine » Unabhängigkeit« und sieht ihn an als Repräsentanten des eigenen Argwohns. Wenn er »enthüllt«, nickt sie beistimmend. Er sagt, was sie ahnt, und sie ahnt, was er gleich sagen wird. Man versteht sich meistens blendend.

Ob der Plan nun Hufeisen hieß oder gar nicht existiert, interessiert höchstens die Historiker.

Eine »kritische Öffentlichkeit« hat's leider nie gegeben. Im selben Moment, da das Publikum sich schmeicheln ließ als unbestechlich, war es schon eingekauft. »Wahr ist, was wir glauben wollen.«

Oder, wie Scharping sagte: Wer glaube, daß sich 1,4 Millionen Menschen ohne Planung vertreiben ließen, der irre.

Vorspiel, Hauptakte und Epilog des Kosovo-Kriegs stinken vor lauter Lügen; und zwar der Nato-Staaten. Diese Lügen waren sämtlich so primitiv konstruiert, inszeniert, distribuiert, daß es keiner ausgeprägten Skepsis, auch keiner Spürnase bedurfte, sie zu riechen. Dennoch nahmen die Journalisten, deren höchster Ehrgeiz es angeblich ist, faule Fische zu finden, alles, was das Hauptquartier in Brüssel oder der Trottel, der die Tornados rasen ließ, ihnen auftischten, arglos, ja, affirmativ hin. Nur wenige machten dabei nicht mit, und zur Belohnung für ihre Resistenz durften sie nicht länger mitmachen. In diesem Krieg hatten Skandale nichts verloren. Denn er selbst war ein, durchaus welthistorischer, Skandal. Und von den Betrügereien, die ihn begleiteten, konnte nicht geredet werden, ohne den eigenen Anteil am Trug zu erläutern. Journalisten hatten diesen Krieg schon erfunden, als Angelika Beer noch überzeugt war, eine Pazifistin zu sein.

Weil im UN-Sicherheitsrat ... eine exakte Beurteilung der Greuel nicht möglich war, versagte das Gremium die Zustimmung zum Krieg. Dieser Krieg war deshalb moralisch nicht weniger zwingend.

Die kritische Öffentlichkeit kritisierte gar nichts. Die Journalisten, die sagen, was zu sagen der Kundschaft nicht gegeben ist, rissen das Maul allenfalls auf, um die allerneueste Todesmaschine zu preisen - die, zu ihrem Bedauern, dann doch nicht zum Einsatz kam. Die Leser und Zuschauer scherten sich einen Dreck um die aberhundert zermalmten, verbrannten, zerstückelten Menschen, die ohne Scharpings, Fischers, Solanas erlogene Gründe und Rockwells, Messerschmitts, Dargauds höchstreale Mordinstrumente vielleicht nicht das beste, doch weiterhin ein Leben führen würden. Dieser Krieg war nun einmal gerecht. Weil wir ihn führten. Beweise für die Völkermordgeschichten der Kriegsherren verlangte keiner. »Wahr ist, was wir umbringen.«

Der Kosovo verlangte von der westlichen Staatengemeinschaft eine außergewöhnliche Standfestigkeit.

Ein Jahr nach dem Krieg, in dem die Journalisten kurzerhand vergessen hatten, wofür sie da sind, und die kritische Öffentlichkeit alles gefressen, was ihr an sadistischen Phantasien serviert worden war, haben die Medien eine Art Selbstkritik betrieben. Sie haben sich über das »Massaker« von Racak, die Erpressungsdiplomatie von Rambouillet und über einen Plan gewundert, den niemand kennt außer Geheimdienstlern, die auch niemand kennt. Sie haben so getan, als sei nicht schon während des Krieges genug Material gegen die Lügen der Nato parat gewesen, um den Bombenregen zu stoppen, als seien das eigene Blatt, der eigene Sender gar nicht beteiligt gewesen am Rattern der Propagandamaschine. Das Publikum hat sich an dieser Bigotterie nicht gestört, es ist ihm alles wie ein Jahr zuvor völlig gleichgültig. Die Geschäfte müssen weitergehen; und heute ist schon wieder vergessen, was man gestern über den Kerl wußte, der die Kritiker seiner blutigen Märchen »Mythenbildner« nennt, oder über den Buben, der alle, die recht haben, wenn sie ihn der Lüge bezichtigen, der »nachträglichen Rechthaberei« zeiht. Die Kommentatoren verklären diese monströse, omnilaterale Verkommenheit und Ignoranz neuerdings zur »Politikfähigkeit«. Die Geschäfte gehen weiter. »Wahr ist, was wir fälschen.«

... all das zeugt von der verbrecherischen Absicht.

***** Die kursiven Passagen sind dem Artikel »Auf der Suche nach dem Hufeisen« von Stefan Kornelius entnommen (»Süddeutsche Zeitung«, 6.4.2000)

Konkret 05/00, S. 20

Otto Köhler

Dokumentation
Dichtung & Wahrheit

O-Töne von Scharping, Schröder und Fischer zum Kosovo-Krieg nebst Würdigung der Quellen und Hinweis auf die Fakten – ein unkommentierter und unvollständiger Überblick

Wir führen keinen Krieg

»Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Heute Abend hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen ... Wir führen keinen Krieg« (Bundeskanzler Gerhard Schröder am 24. März 1999 in seiner Fernseherklärung).

»Wir führen keinen Krieg, wir leisten Widerstand, verteidigen Menschenrechte, Freiheit und Demokratie. Mir fällt dazu die spanische Widerstandskämpferin ›La Pasionara‹ ein. ›No pasaran‹ hieß die Kampfparole der Republikaner gegen das Franco-Regime – die Faschisten kommen nicht durch« (Außenminister Joseph Fischer im Gespräch mit dem »Spiegel«, 19. April 1999).

»Die Leitung des Verteidigungsministeriums gab die argumentative Marschroute aus, bei den ›Luftschlägen‹ der Nato handle es sich nicht um Kriegshandlungen, weil es keine Kriegserklärung gegeben habe. Hat Hitler dann keinen Krieg gegen Polen und Rußland geführt?« (Brigadegeneral a. D. Heinz Loquai in seinem Buch *Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg,* Baden-Baden 2000)

Vertreibung

»Im März 1999 waren schon Hunderttausende Kosovaren vertrieben, viele ermordet« (Scharping am 23. März 2000 im Interview mit der »Berliner Morgenpost«).

»Schon vor dem Abzug der OSZE-Beobachter waren im Kosovo mindestens 250.000, wahrscheinlich deutlich mehr Vertriebene auf der Flucht« (Scharpings »Tagebuch«, Ergänzung zum Datum 28. März 1999).

»Zur aktuellen Diskussion um den ›Hufeisenplan‹ nur so viel: Unser Ja zu diesem militärischen Einsatz war auf Erkenntnisse über gezielte und zunehmende Vertreibung sowie über die ethnische Verfolgung der Kosovo-Albaner durch serbische Einheiten begründet. Während der Verhandlungen von Rambouillet, also lange vor den Luftangriffen, zählte das UNHCR 210.000 Binnenflüchtlinge und 50.000 Vertriebene. Die Zuspitzung dieser Situation war die Grundlage für unsere Entscheidung« (Angelika Beer vor dem Bundestag am 5.4.2000).

»Im Rahmen von lokalen Operationen der jugoslawischen Armee (VJ) gegen die UCK kam es in den letzten Tagen auch wiederholt zu vorsätzlichem Beschuß von Dörfern ... Die Zivilbevölkerung wird, im Gegensatz zum letzten Jahr, in der Regel vor einem drohenden Angriff durch die VJ gewarnt. Allerdings ist laut KVM (Kosovo-Verification Mission der OSZE) die Evakuierung der Zivilbevölkerung vereinzelt durch lokale UCK-Kommandeure unterbunden worden. Nach Beobachtungen des UNHCR (UN-Flüchtlingshilfswerks) ebnet die VJ die Dörfer entgegen der Vorgehensweise im letzten Jahr nicht völlig ein und zieht ihre Kräfte nach Beendigung der Aktion rasch wieder ab. Nach Abzug der serbischen Sicherheitskräfte kehrt die Bevölkerung meist in die Ortschaften zurück. Das UNHCR schätzt, daß bisher lediglich 2.000 Flüchtlinge im Freien übernachten müssen. Noch ist keine Massenflucht in die Wälder zu beobachten ... anders als im Herbst/Frühwinter 1998 droht derzeit keine Versorgungskatastrophe« (Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 19.3.99).

Völkermord

»Nach der Konvention der Vereinten Nationen gegen den Völkermord war klar: Im Kosovo wird Völkermord nicht nur vorbereitet, sondern ist eigentlich schon im Gange« (Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping in seinem »Tagebuch« *Wir dürfen nicht wegsehen*, Berlin 1999, drei Tage nach Kriegsbeginn am 27. März 1999).

»Alle Alarm-Kriterien der Konvention der Vereinten Nationen gegen den Völkermord waren zu meinem Entsetzen erfüllt« (Scharping im Rückblick auf den März 1999 am 23. März 2000 im Interview mit der »Berliner Morgenpost«).

»Ich habe nie von 100.000 Opfern der Serben oder von Völkermord gesprochen« (Nato-Sprecher Jamie Shea zwei Tage später im Gespräch mit der »Frankfurter Rundschau«).

»500.000 Kosovo-Albaner werden vermißt, und es wird befürchtet, daß sie getötet wurden« (Erklärung des US-Außenministeriums vom 19. April 1999).

»In über 100 Massakern wurden 10.000 Menschen getötet« (Erklärung des britischen Außenministeriums vom 19. Juni 1999).

»Eine Datenbanksuche danach, wie oft das Stichwort ›Völkermord‹ allein während der ersten Kriegswoche in den US-Medien fiel, brach beim Limit von 1.000 Treffern ab« (Noam Chomsky: Zur Logik des militärischen Humanismus, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik«, Heft 4/2000).

»Neun Monate nach der Stationierung der KFOR im Kosovo stützt nichts, was in den Schlußfolgerungen der Ermittler des Internationalen Tribunals für Verbrechen im früheren Jugoslawien (ICTY) wie anderer internationaler Organisationen enthalten ist, die Anschuldigung eines ›Völkermords‹« (»Le Monde Diplomatique«, März 2000).

»Keine Hinweise auf systematisches Massentöten im Kosovo – Die bisher gefundenen Gräber liefern keinen Beleg für den von der Nato stets behaupteten Völkermord ... Dieser Verdacht ist aufgekommen, seit Carla del Ponte, Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals, im November vor dem UN-Sicherheitsrat einen Zwischenbericht gab. 2.108 Leichen haben die gerichtsmedizinischen UN-Teams gefunden ... ›Hier wurden sicher Verbrechen begangen, aber die hingen mit dem Krieg zusammen‹, sagte der Gerichtsmediziner und Chef des spanischen Untersuchungsteams, Emilio Perez Pujol, nach seiner Rückkehr aus dem Kosovo. Sein Team habe statt der erwarteten 2.000 Leichen 187 gefunden« (»Taz«, 3.12.99).

Hufschmiede

»Endlich haben wir einen Beweis dafür, daß schon im Dezember 1998 eine systematische Säuberung des Kosovo und die Vertreibung der Kosovo-Albaner geplant worden waren, mit allen Einzelheiten und unter Nennung aller dafür einzusetzenden jugoslawischen Einheiten. Vor wenigen Tagen hatte mir Joschka Fischer in einem privaten Gespräch die entsprechenden Unterlagen mit der Bitte um Auswertung übergeben« (Scharpings »Tagebuch«, 8.4.99).

»Am Morgen mit Louise Arbour, der Chefanklägerin des Den Haager Tribunals, zusammengetroffen; habe ihr den »Hufeisen«-Plan ... überreicht« (Scharpings »Tagebuch«, 19.4.99).

»Wäre das ein Dokument mit Deckblatt, Datum und Unterschrift, so wäre es fantastisch. Aber meist sieht so etwas eher nach Gesprächswiedergaben und Schlußfolgerungen aus« (Louise Arbour, nach Erhalt von Scharpings »Hufeisenplan«, laut »Hamburger Abendblatt« vom 24. März 2000).

»›Es gibt ihn.‹ Und sofort bricht es wieder aus ihm heraus. ›Wieviele Beweise für systematisches Morden und Vertreiben brauchen Sie eigentlich?‹« (»Berliner Zeitung«, 23.3.2000, über Scharping und seinen »Hufeneisenplan«).

»Recherchen des ›Abendblatts‹ erhärten Loquais These, daß der Hufeisenplan dem Verteidigungsministerium gar nicht vorgelegen hat. ›Wir haben nie behauptet, daß es einen fertigen Plan gibt‹, sagt ein hoher Offizier des Verteidigungsministeriums süffisant lächelnd. Letztendlich habe eine ›Analyse gewisser Nachrichtendienste‹ vorgelegen, nie etwas ›aus erster Hand‹« (»Hamburger Abendblatt«, 21.3.2000).

Scharpings Fötengrill

»Wenn ich leider sehr ernstzunehmende Berichte höre, daß innerhalb einer Nacht ein Stadtteil Pristinas geräumt wurde, daß 3.000 Menschen zusammengetrieben wurden, daß man am nächsten Tag nicht mehr feststellen konnte, wo diese Menschen waren, wohl aber Leichenberge auf dem Friedhof selbst, dann ist das ein solches Beispiel. Wenn ich höre, daß in einem kleinen Ort 28 Lehrer einer Schule aus den Klassenzimmern herausgetrieben und vor den Augen ihrer Schülerinnen und Schüler erhängt werden, dann ist das ein zweites Beispiel. Und wenn einem Flüchtlinge erzählen, und das nicht einmal, sondern mehrfach, daß man Frauen ihre Kinder aus den Armen reißt und ihre Köpfe abschneidet, um mit ihnen Fußball zu spielen, wenn ermordeten Schwangeren der Bauch aufgeschlitzt wird und der Fötus erst gegrillt und dann in den Bauch zurückgelegt wird ... Wenn man dies alles weiß, hoffe ich, kommt jedem in Deutschland die eine oder andere Erinnerung hoch« (Scharping am 21.April 1999 vor der European Business School in Oestrich-Winkel).

»Die OSZE stellte wiederholt fest, wenn sie Meldungen der albanischen Bevölkerung über Massaker und Zerstörungen nachging, daß diese Berichte maßlos übertrieben waren. ›The more drama – the better‹, seemed to be the prevailing attitude among the Kosovo Albanians during this period‹ (OSZE-Wochenbericht Nr. 7)« (Brigadegeneral a. D. Heinz Loquai in seinem Buch *Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg*).

KZ in Pristina – Die Fälschung: »Eine systematische Ausrottung, die in schrecklicher Weise an das erinnert, was zum Beispiel am Beginn des Zweiten Weltkriegs und während des ganzen Zweiten Weltkriegs auch in deutschem Namen angerichtet worden ist.« Scharping am 31.3.99, als die Existenz eines KZ für 100.000 Menschen im Stadion von Pristina durch das ZDF bekannt wurde. Bald darauf dementierte das ZDF in einer ausführlichen Sendung den eigenen Bericht: Die Menschenmassen, die ins angebliche KZ getrieben wurden, waren in Wahrheit aus Furcht vor den Bombenangriffen der Nato auf dem Weg zum Bahnhof.

KZ in Pristina – Das Original: »Der Vollzug der Aufgabe der Waffen-Gebirgs-Division SS Skanderbeg zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung im inneren Kosovo sowie zur Sicherung der Grenzen Kosovos gegen das Eindringen des Kommunismus, machen die Errichtung eines Erziehungslagers für politisch, insbesondere kommunistisch Verdächtige und Schuldige notwendig. Der Aufbau und die Organisation des Erziehungslagers ist nach dem Muster deutscher Konzentrationslager durchzuführen« (Anweisung des SS-Standartenführers August Schmidhuber, Kommandeur der 21. SS-Gebirgs-Division »Skanderbeg« vom 31. Mai 1944). Als Wachmannschaft wurden neben Skanderbeg-Leuten auch die »besonders verläßlichen Mannschaften« aus der 13. bosnisch-muslimischen SS-Division »Handschar«, deren Veteranen ebenso wie die ehemaligen albanischen SS-Leute von der Division »Skanderbeg« beim Anblick deutscher Soldaten noch heute den deutschen Gruß »Heil Hitler« entbieten. Im KZ Pristina saßen, solange sie noch lebten, Serben, Juden und Zigeuner.

Serbische Lügenpropaganda

»Dieser Bericht vom vergangenen September gibt auch wegen der geschilderten Argumentation serbischer Politiker einen Vorgeschmack auf das, was an Propaganda auf die Nato und die internationale Staatengemeinschaft zukommen wird: Behauptungen über Umweltzerstörung, die angebliche Verwendung atomarer Munition usw.« (Scharping, »Tagebuch«, 27.12.98).

»Laut Nato-Mitteilung ... wurden im Kosovo-Krieg bei etwa 100 Angriffsflügen mit der A-10 rund 31.000 Geschosse mit insgesamt zehn Tonnen abgereichertem Uran eingesetzt« (»Süddeutsche Zeitung«, 28.3.2000).

»Die Einlassung von Verteidigungsminister Scharping war nicht besonders glücklich. Auf die liegengebliebene Uran-Munition im Kosovo angesprochen, sagte der SPD-Politiker jüngst in Berlin, ... ein Risiko bestehe nur, wenn jemand Staub dieser Munition unmittelbar einatme, ›zum Beispiel bei der Detonation‹« (»Süddeutsche Zeitung«, 28.3.2000).

Deutsche Wiedergutmachung

Der Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan sei geeignet »die historische Schuld Deutschlands auf dem Balkan wenn nicht vergessen, so doch verblassen zu lassen« (Bundeskanzler Schröder bei seinem Besuch des Bundeswehr-Kontingents im Kosovo am 23. Juli 1999).

»Die meist jungen Soldaten, die dort Dienst taten, haben zu ihrem Beruf ein pragmatisches Verhältnis gefunden und beeindrucken durch souveräne Lässigkeit im Umgang mit der Geschichte: ›Ob mein Großvater auf dem Balkan Greueltaten verübt hat, ist mir Banane‹, sagt Fallschirmjäger Patrick Braun, 26, aus Wiesbaden, ›ich bin hier die Friedensmacht‹« (»Spiegel«-Almanach 2000, Hamburg 1999, Seite 43).

Die Quelle des Ministers

»Schon früher hatte Außenminister Joschka Fischer von den zynischen Sprüchen berichtet, die er sich hatte anhören müssen: ›One village a day keeps Nato away.‹ – ›Wenn wir jeden Tag ein Dorf im Kosovo ausradieren, dann wird die Nato nicht eingreifen.‹ Oder: ›Der entscheidende Unterschied ist: Ich (Milosevic) kann über Leichen gehen, ihr (die westlichen Staaten) könnt das nicht.‹« (Scharping, »Tagebuch«, Ergänzung zum Datum 24.3.99).

»Bisher, so scheint es, hat der Westen keine Antwort auf die schreckliche Wette von Milosevic gefunden: ›Ich kann über Leichen gehen, ihr könnte es nicht.‹« (Peter Schneider in der »FAZ«, 26.5.99).

»Ziemlich erschrocken erinnerte Joschka Fischer sich später einmal an diesen Moment. Milosevic sei ihm vorgekommen wie einer, der ihm in die Augen sieht und schweigend mitteilt: ›Ich gehe über Leichen, und das kannst du nicht!‹ (»Die Zeit«, 12.5.98).

Lob der freien Presse

»Ein Buch des pensionierten Brigadegenerals Heinz Loquai ... nährte indes vorige Woche Schlagzeilen voller Zweifel an der Echtheit des ›Hufeisen‹-Dokuments ... Dabei hatte der ›Spiegel‹ längst aufgedeckt, daß das Papier aus der Giftküche des bulgarischen Geheimdienstes stammt und vom Außenministerium in Sofia an Fischer gespielt worden war« (»Spiegel«, 27.3.2000).

»Weißer Adler, schwarze Hand – ›Operation Hufeisen‹: Lange vor Kriegsausbruch begann Slobodan Milosevic mit der Vertreibung der Kosovo-Albaner« (Titel und Untertitel eines Artikels im »Spiegel« vom 19.4.99).

Konkret 05/00, S. 22

Oliver Tolmein

Ehre, Euer Ehren

Die Grenzen der Kritik an Kriegsherren und Kriegspropaganda sind eng, wie Gerichtsentscheidungen in Berlin und London zeigen

Rudolf Scharping ist als Minister im Bundeskabinett zuständig für eine Armee, die noch nicht gegen einen nach Deutschland eindringenden Feind eingesetzt werden konnte, wohl aber in Kampfeinsätzen out of area. Trotzdem wird der als SPD-Vorsitzender und Kanzlerkandidat gescheiterte Politiker als Minister der Verteidigung geführt. Er hat als Verantwortlicher des deutschen Militärkontingents bei den Angriffen der Nato auf die Bundesrepublik Jugoslawien an herausragender Stelle mitgewirkt. In der internationalen Öffentlichkeit ist er als engagierter Befürworter dieses vom UN-Sicherheitsrat nicht legitimierten Kriegs in Erscheinung getreten, in dessen Verlauf Nato-Truppen die Botschaft der VR China in Belgrad zerstört haben. Sie haben an vier verschiedenen Stellen, über eine Strecke von zwölf Meilen, auf der Straße von Prizren nach Djakovica einen Flüchtlingstreck angegriffen und dabei 74 Menschen getötet. Sie haben eine serbische Fernsehstation in Belgrad angegriffen und zerstört. Auch gezielte Angriffe gegen Fabriken und Versorgungseinrichtungen der zivilen Infrastruktur wurden mehrfach geflogen. Außerdem hat die Nato uranhaltige Waffen und Clusterbomben eingesetzt. Vieles spricht dafür, daß sie insbesondere mit ihren Einsätzen gegen zivile Ziele gegen das Kriegsrecht, wie es in den Genfer Abkommen und den beiden Zusatzprotokollen kodifiziert ist, verstoßen haben. Verstöße gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges sind nach Artikel 3 des Statuts des Internationalen Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) Straftaten, die verfolgt werden können, sofern sie nach 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangen wurden. Eine internationale Vereinigung, in der überwiegend Rechtswissenschaftler und Anwälte aus Commonwealth-Staaten aktiv sind, hat deswegen bereits im letzten Jahr ein Dossier zusammengestellt, das der Chefanklägerin des ICTY als Grundlage für eine Anklage gegen die Verantwortlichen dienen soll.

Individuell verantwortlich für eine Tat im Krieg ist nach Artikel 7 des ICTY-Statuts »wer ein Verbrechen geplant, angeordnet, begangen oder dazu angestiftet oder auf andere Weise zur Planung, Vorbereitung oder Ausführung des Verbrechens Beihilfe geleistet hat«. Ein Minister, der den Oberbefehl über die Streitkräfte seines Landes hat und an der Gesamtplanung des Nato-Einsatzes beteiligt war, ist damit individuell verantwortlich für das, was die Truppen tun. Damit wäre er denn auch, wenn sich die Verstöße gegen das Kriegsrecht zu Kriegsverbrechen summieren, ein Kriegsverbrecher. Vorausgesetzt, er ist nicht gerade deutscher Verteidigungsminister. Rudolf Scharping nämlich darf, ebenso wie Joschka Fischer oder Gerhard Schröder, nicht als Kriegsverbrecher bezeichnet werden, wie das Oberverwaltungsgericht Berlin am 16. März 2000 beschlossen hat (Az.: OVG 1 SN 87.99).

In dem Berliner Verfahren mußten die Richter über die Rechtmäßigkeit eines Polizeieinsatzes entscheiden, in dessen Verlauf ein Wandbild übermalt wurde, auf dem Joschka Fischer, Bill Clinton, Madeleine Albright, Rudolf Scharping, Gerhard Schröder und Slobodan Milosevic als »Kriegsverbrecher« bezeichnet und dargestellt waren. Das Gericht unterstellt in seinem Beschluß, daß »der Antragsteller nicht etwa behaupten (wollte), die gezeigten Personen seien jeweils wegen Kriegsverbrechen rechtskräftig verurteilt oder hätten sich zumindest solcher Taten schuldig gemacht. Auf die Richtigkeit der Tatsachenbehauptung, die in der bekanntgegebenen Äußerung auch gesehen werden könnte, kommt es somit im vorliegenden Verfahren nicht an.«

Daß es für die Frage ob man einen Kriegsverbrecher Kriegsverbrecher nennen darf, nicht von Bedeutung sein soll, ob er ein Kriegsverbrecher ist, scheint ein bemerkenswertes Zugeständnis des Gerichts an die Meinungsfreiheit und damit an die Angeklagten zu sein – ist es faktisch aber auch wieder nicht: In heiklen Fragen ziehen sich deutsche Gerichte gerne darauf zurück, daß es auf die Wahrheit in dem einen oder anderen konkreten Punkt nicht ankomme, weil der Prozeß eine ganz andere rechtliche Frage zum Inhalt habe. Im Fall der sechs an die Wand gemalten Politiker ist nach Auffassung des Richter-Triumvirats alles eine Frage der Ehre: »In der Bezeichnung ›Kriegsverbrecher‹ lag ein schwerwiegender Angriff auf die persönliche Ehre der Betroffenen. Auch dann, wenn mit dieser Bezeichnung nicht zum Ausdruck gebracht werden sollte, die Betroffenen hätten tatsächlich Kriegsverbrechen begangen, beinhaltete die Gleichsetzung mit anderen Kriegsverbrechern eine tiefe Kränkung, die auch als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung nicht mehr durch Artikel 5 Absatz 1 GG gedeckt war.« Wen das Gericht hier mit »anderen Kriegsverbrechern« meint, bleibt offen – ein nicht ganz unwesentliches Detail, ist doch die Gleichsetzung mit diesen der entscheidende Grund dafür, daß das Bild nicht als Ausdruck der Meinungsfreiheit geduldet wird. Ist es Milosevic, gegen den das Den Haager Kriegsverbrechertribunal zwar Anklage erhoben hat, der aber ebenfalls nicht verurteilt worden ist und deswegen im rechtlichen Sinn als unschuldig zu gelten hat? Oder sind es ganz andere Personen, »wirkliche« Kriegsverbrecher? Aber wer sollte das sein, wo es doch »auf die Richtigkeit der Tatsachenbehauptung nicht ankommt«?

Der Berliner Beschluß, der unanfechtbar ist (gegen den aber Verfassungsbeschwerde eingelegt werden kann), besticht durch seinen apodiktischen Gestus, der auf jegliches Argument verzichtet. Die für die Entwicklung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit zentrale »Soldaten sind Mörder«-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird zwar mehrfach

zitiert – aber die Fundstellen sind stets falsch angegeben. Auch sonst spricht einiges dafür, daß die Berliner Richter sich nicht die Mühe gemacht haben, den höchstrichterlichen Text, auf den sie sich berufen, noch einmal zu lesen. Das Bundesverfassungsgericht verlangt, was ihr Beschluß an keiner Stelle leistet, eine sorgfältige und präzise Abwägung der gegeneinanderstehenden Grundrechte – im aktuellen Fall Meinungsfreiheit und aus dem Persönlichkeitsrecht abgeleiteter Ehrschutz. Der Ehrschutz darf aber, stellten die Verfassungsrichter fest, »nicht dazu führen, staatliche Einrichtungen gegen öffentliche Kritik, unter Umständen auch in scharfer Form, abzuschirmen, die von dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit in besonderer Weise gewährleistet werden soll«.

Nun sind Scharping, Schröder und Fischer keine staatliche Einrichtung – sie sind aber auch nicht nur eine kleine Männergruppe, die friedlich ihren Hobbies Radfahren, Marathon und Schnitzelessen frönt. Kritisiert wurden sie als Verantwortliche für einen Kriegseinsatz der Bundeswehr, der Soldaten, wenn auch nicht im rechtstechnischen Sinn des Paragraphen 211 StGB, zu Mördern hat werden lassen. Die persönliche Kränkung, die die drei aus der Kommandozentrale dadurch erfahren haben, daß man den Krieg als Verbrechen und sie folglich als Kriegsverbrecher bezeichnet hat, mag tief gewesen sein – im Ergebnis aber wenigstens nicht blutig und lebensbedrohend wie das von ihnen zu verantwortende Handeln der Bundeswehr.

Daß der Spruch der Verwaltungsrichter aus der Reichshauptstadt just in den Tagen gefällt wurde, als sich der »Hufeisenplan« als Geheimdienst-Fake herausstellte, läßt die Justiz in noch trüberem Licht erscheinen. Es mag zudem paradox erscheinen, daß ein Krieg, der geführt worden sein soll, um Menschenrechte in ausländischen Staaten zu sichern, im Ergebnis dazu führt, daß Grundrechte im eigenen Staat eingeschränkt werden. Andererseits ist es durchaus folgerichtig, daß in einer Gesellschaft, in der das Soldatische seinen Platz zurückerobert und Krieg wieder zum probaten Mittel der Politik wird, der Ehrschutz gegenüber der Meinungsfreiheit an Terrain gewinnt. Charakteristisch für die Verfaßtheit der Berliner Republik ist jedenfalls nicht allein das Urteil, mit dem die eine Staatsgewalt die andere gegen Kritik abschirmt. Bedenklicher ist das formierte Desinteresse, auf das dieser Vorgang in der Öffentlichkeit stieß – in einer Öffentlichkeit, deren maßgebliche Protagonisten zwar gerade zerknirscht »Fehler« in der Kosovo-Kriegsberichterstattung eingeräumt und eine gewisse Leichtfertigkeit bei der Übernahme der Nato-Propaganda zugestanden haben. Jetzt allerdings, da anderen, weniger Leichtgläubigen, die Meinungsfreiheit beschnitten wurde, blieb die halbherzige Selbstkritik ohne weitere Konsequenz.

Daß Krieg das Ehrgefühl stärkt und die Verletzlichkeiten vergrößert, wurde auch in England offensichtlich, wo der High Court in London ein Verfahren entschied, das ebenfalls die Meinungsfreiheit erheblich beschnitten hat. Auch in London hat das Verfahren die Ansicht, die Serben seien nicht die modernen Wiedergänger der Nationalsozialisten, unterliegen lassen. Damit sind die Parallelen allerdings bereits erschöpft. Zum einen fand der Prozeß nach englischem Recht unter reger und kontroverser Anteilnahme der Öffentlichkeit statt. Die Kläger bekleiden auch keine Regierungsämter, sondern sind selber Journalisten. Vor allem aber ist das Verfahren in dieser Form nur aufgrund der Besonderheiten des englischen Libel-Law (etwa: »Verleumdungs-Recht«) möglich gewesen, das dem Ehrschutz prinzipiell erheblich mehr Raum gibt als das deutsche Recht. Grundproblem des englischen Libel-Law ist, daß es unterstellt, eine Behauptung, die jemanden in seiner Ehre verletzt, sei grundsätzlich falsch – der meistens schwer zu führende Nachweis ihrer Richtigkeit obliegt mithin dem Beklagten. Diese Beweislastumkehr (üblicherweise muß die Schuld des Beklagten nachgewiesen werden) führte dazu, daß 1995 ein US-amerikanisches Bundesgericht entschied, Schadenersatzansprüche aus englischen Libel-Law-Verfahren könnten in den USA nicht durchgesetzt werden, weil das englische Libel-Law gegen grundlegende Rechte auf Meinungsfreiheit und faires Verfahren verstieße.

Im Fall Independent Television Network (ITN) gegen die Zeitschrift »LM« (früher »Living Marxism«) ging es um einen Artikel, den der deutsche Journalist Thomas Deichmann in dem linken Blatt veröffentlicht hatte: »The picture that fooled the world« (deutsche Fassungen des Textes sind in KONKRET 3/97 und in »Novo« 1/97 erschienen). Deichmann erläutert in dem Text eingehend, daß Bilder einer ITN-Reportage über das von Serben während des Bosnien-Kriegs eingerichtete Lager Trnopolje, die einen ausgemergelten Mann hinter Stacheldraht zeigen, einen falschen Eindruck hervorrufen, weil nicht der Mann hinter Stacheldraht gestanden, sondern das Film-Team innerhalb eines von Stacheldraht umgebenen Geländes Position bezogen habe, um die Aufnahmen dramatischer zu gestalten. »Das Material, das an Material aus den Nazi-Konzentrationslagern erinnerte, bewirkte einen internationalen Aufschrei und führte dazu, daß sich das militärische Engagement des Westens beschleunigte«, resümierte die Prozeßberichterstatterin des britischen »Guardian« die Wirkung dieser Einstellung. »The Guardian« war in den Rechtsstreit am Rande involviert, weil einer seiner Mitarbeiter, der Balkan-Experte Ed Vulliamy, das Filmteam bei den Dreharbeiten begleitet hatte.

Im Verfahren selbst war allerdings nicht die Frage entscheidend, ob der Stacheldraht die Menschen im Lager einzäunte oder ob er ein Areal am Rand des Lagers begrenzte. Die Kläger argumentierten, Deichmanns Bericht verleumde sie, indem er unterstelle, sie hätten die Fernsehaufnahmen in der Absicht gemacht, die Welt zu täuschen und den falschen Eindruck zu erwecken, daß das Lager Trnopolje einem Nazi-KZ gleiche. In dem Verfahren mußte also zum einen geklärt werden, ob Deichmanns Bericht bei unbefangenen Lesern den Eindruck erwecken konnte, daß die ITN-Journalisten die

Weltöffentlichkeit täuschen wollten. Das wurde bejaht. In einem zweiten Schritt ging es dann darum, ob Deichmann bzw. »LM« diese Täuschungs-Absicht der ITN-Journalisten beweisen konnten. Da über Motive und Absichten anderer Leute schwer Beweis zu führen ist und die ITN-Mitarbeiter eine Täuschungsabsicht verneinten, wurde »LM« verurteilt: Die Fernsehjournalisten erhielten je 150.000 Pfund Schadenersatz zugesprochen, ITN 75.000 Pfund. Außerdem muß »LM« die Anwaltskosten der Kläger zahlen, was mit weiteren 300.000 Pfund zu Buche schlägt. Damit ist das Blatt bankrott und muß sein Erscheinen einstellen.

Dieses Ergebnis war nach englischem Recht zu erwarten – und wirft erneut die Frage auf, inwieweit das englische Libel-Law mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit vereinbar ist, wie es in Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegt und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte konkretisiert worden ist. Diese Frage wird voraussichtlich in den nächsten Jahren mit dem Verfahren von McDonald's gegen zwei Greenpeace-Aktivisten entschieden werden: Der Fastfood-Konzern fühlte sich durch Flugblätter verleumdet, die ihm die Zerstörung des Regenwaldes, Ausbeutung seiner Beschäftigten, Kinderarbeit, Verantwortung für Herz-Kreislauf-Krankheiten und Krebserkrankungen bei seinen Kunden vorwarfen. Mit dem vorläufigen Ergebnis, das McDonald's nach mehr als dreihundert Verhandlungstagen in fast sechs Jahren an einigen Punkten recht gibt, wollen sich die Umwelt-Aktivisten nicht abfinden – derzeit appellieren sie vor dem House of Lords, sind aber auch entschlossen, zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu ziehen.

In dem Verfahren ITN vs. »LM« geht es aber nicht nur um juristische Aspekte und das britische Libel-Law. Deswegen schlußfolgern ITN und etliche Prozeßberichterstatter, daß das Gericht mit seinem Urteil ihre Version der Situation im Lager Trnopolje bestätigt und dem »Revisionismus« Deichmanns eine Absage erteilt habe, während Deichmann und »LM« meinen, daß sie zwar aus rechtlichen Gründen verloren hätten, im Verlauf des Verfahrens aber »eindeutig bewiesen« worden sei, daß das Lager keineswegs mit Stacheldraht umzäunt und kein KZ war. Der Streit um die Wahrheit von Trnopolje ist auch ein Streit über die Perspektive kritischer Berichterstattung in Kriegszeiten, ein Streit darüber, ob ein inszeniertes Bild wahr sein kann und inwieweit Reporter für den Eindruck verantwortlich sind, den bestimmte Bilder und Texte bei den Medienkonsumenten auslösen.

Es ist daher sinnvoll, sich Deichmanns Artikel, den KONKRET in redigierter Fassung nachdruckte, noch einmal zu vergegenwärtigen. Deichmann eröffnet seine Geschichte im »Novo«-Original mit dem Satz: »Es dauerte einige Tage, bis ich selbst daran glauben wollte: Das wohl bekannteste Bild ... des Bosnienkrieges ... war eine Täuschung.« Das Stilmittel, sich, den späteren Entdecker einer Manipulation, als bis dato gläubigen Thomas zu charakterisieren, verwendet Deichmann im folgenden noch einige Male. Als er seine Tätigkeit für die Kanzlei beschreibt, die den später in Den Haag verurteilten Kriegsverbrecher Dusko Tadic verteidigt, betont der Chefredakteur des »Linkswende«-Organs »Novo«: »Meine Aufgabe für die Kanzlei war zunächst einzig und allein, einen inhaltlich neutralen und sachlichen Bericht zu verfassen und später im Gerichtssaal darüber zu referieren, wie oft Bilder des Angeklagten Tadic in den deutschen Medien gezeigt wurden.« Später, nachdem, wie er mitteilt, nicht ihm selbst, sondern seiner Frau ein Detail der Bilder aus Trnopolje aufgefallen war, nämlich daß der Stacheldraht auf der den vermeintlich Eingezäunten zugewendeten Seite befestigt war, reist Deichmann »mit einem etwas mulmigen Gefühl im Bauch, immer noch gehörigen Zweifeln an der Richtigkeit meiner Vermutung und der Befürchtung, möglicherweise umsonst eine Reise nach Bosnien aus eigener Tasche zu finanzieren«, nach Trnopolje und findet dort bestätigt, was »ich nie zu träumen gewagt« hätte. Für die Fakten, die Deichmann präsentiert, um nachzuweisen, daß der Stacheldraht nicht die Menschen im Lager gefangen hielt, sondern dem Filmteam eine gute Kulisse bot, ist es selbstverständlich unerheblich, was er geträumt und wer ihn auf welches Detail aufmerksam gemacht hat.

Deichmann geht es aber um mehr als um die Entdramatisierung der Darstellung von Trnopolje in diesem einen, wichtigen Punkt. Er will nicht nur gegen die fatale Gleichsetzung von deutschen KZs und den Lagern in Bosnien anschreiben, die mit Hilfe der ITN-Bilder etabliert wurde, sondern belegen, daß es sich bei Trnopolje »nicht um ein Internierungs- oder Gefangenenlager gehandelt habe, sondern um ein Sammelzentrum für vertriebene Muslime«, das »eine gewisse Schutzfunktion« hatte. Weil es dabei nicht nur um Fakten, sondern auch um deren Einordnung und Bewertung geht, ist es wichtig, sich selbst als unvoreingenommenen, von Anfang an nur der Wahrheit verpflichteten Reporter zu präsentieren. Die Recherche selber, soweit sie aus Deichmanns Bericht ersichtlich wird, belegt diesen Eindruck nicht: Fakten zur Stützung seiner Position hat er wenige; überwiegend beruft er sich auf Gespräche mit Anwohnern des Lagers und auf in dessen Betrieb involvierte bosnische Serben. Mit Muslimen, die in den Lagern gelebt haben, hat er nicht gesprochen. Und das was ihm seine Augenzeugen berichten, gewichtet er nicht kritisch, sondern ergänzt es durch idyllisierende Informationen: »Igor, der ... sich von mir eine Tafel Nestle-Vollmilchschokolade wünschte, ... hat sich während des Krieges mit einem kenianischen Blauhelmsoldaten angefreundet, der ihm Englischunterricht gab.« Daß es in den Trnopolje zu schweren Menschenrechtsverletzungen kam, daß dort etliche Menschen ermordet und mißhandelt, Mädchen und Frauen vergewaltigt wurden, leugnet Deichmann nicht – er relativiert diese Tatsachen aber: Es seien »extremistische Serben« gewesen, die Deichmann nie ohne ihr Gegenstück, die »extremistischen Muslime«, präsentiert, die von außen »ins Lager einfiel(en)«. Deichmann schreibt von »schwarzen Schafen« und liefert eine bemerkenswerte Analyse des Konflikt: »In diesen Tagen im Mai ergab so eins das andere, und der Konflikt eskalierte.« – »Meine Nachforschungen ließen mich völlig

unvoreingenommen zu dem Schluß kommen, daß die Bezeichnung dieses Ortes als Internierungs-, Gefangenen- oder gar Konzentrationslager ... jeglicher Grundlage entbehrt ... Hätte es dieses Sammelzentrum für Vertriebene ... und den Schutz durch bosnisch-serbische Soldaten nicht gegeben, hätten wohl weitaus mehr schutzlose muslimische Zivilisten ihr Leben verloren.«

Schutzhaft soll es also gewesen sein im Lager Trnopolje, zum Wohle derer, die darin gelitten haben. In dem Londoner Verfahren gegen »LM« sagte der bosnisch-muslimische Arzt Idriz Merdzanic aus, der 1992 zusammen mit anderen Ärzten gegen seinen Willen nach Trnopolje verschleppt worden war und der dem ITN-Team damals heimlich gemachte Fotos mißhandelter Lagerinsassen übergeben hatte. Seine Aussagen über Folter und die Verhältnisse im Lager sind mit der Schutzhaft-These Deichmanns und mit der Behauptung, daß alles Böse in Trnopolje von außen oder wenigen »schwarzen Schafen« im Lager ausging, unvereinbar. Merdzanic stellte ausdrücklich fest, daß sich nach der Ausstrahlung, also wohl auch infolge des Fernsehberichts von ITN die Verhältnisse im Lager gebessert hätten. Deichmann schreibt über Merdzanics Aussage in einem langen Artikel in der »Jungen Welt«: »Der Arzt berichtete von Vergewaltigungen und Übergriffen auf wehrlose Zivilisten – Fakten, die von mir niemals bestritten wurden. Seine Aussage war zweifelsohne die bewegendste während des gesamten Verfahrens. Mein Eindruck war jedoch, daß damit die Jury beeindruckt und ein paar Moralpunkte für ›LM‹ eingestrichen werden sollten. ›LM‹-Anwalt Millar verzichtete auf ein Kreuzverhör, und die später an mich gerichtete Frage, ob ich dem Arzt widersprechen wollte, verneinte ich.«

Vieles spricht dafür, daß Deichmann in seinem Bericht über »das Bild, das die Welt getäuscht hat«, tatsächlich eine dramatisierende Verzerrung aufdecken konnte. Daß sein Bericht als Ganzes dazu beigetragen hat, die Wahrheit über das Lager Trnopolje zutage zu fördern, ist dagegen unwahrscheinlich.

Von Oliver Tolmein ist gerade das Buch »Welt Macht Recht – Konflikte im internationalen System nach dem Kosovo-Krieg« erschienen. Seine Homepage hat die Adresse: www.tolmein.de

Konkret 05/00, S. 25

Mihailo Markovic, Jürgen Elsässer

Titos Kapitulation

Daß Jugoslawien unter deutscher Federführung zerstückelt werden konnte, war nicht Milosevics, sondern Titos Schuld – so jedenfalls die Meinung von Mihailo Markovic, dem ehemals führenden Philosophen der Arbeiterselbstverwaltung

KONKRET: Trotz des Nato-Krieges rangieren Serbien und die Serben auch bei vielen westlichen Linken am unteren Ende der Beliebtheitsskala – irgendwo zwischen Nordkorea und Indonesien. Der »großserbische Nationalismus«, so hört man zur Begründung, habe Ende der achtziger Jahre sowohl dem Sozialismus als auch der Multikulturalität Jugoslawiens den Garaus gemacht. Der entscheidende Schritt sei dabei 1989 die Aufhebung der Verfassung von 1974 bzw. der darin gewährten Autonomie für das Kosovo gewesen.

Markovic: Die Idealisierung der Verfassung von 1974 ist grotesk. Wie kann ein fortschrittlicher Mensch so naiv sein? In Wirklichkeit hat Tito mit dieser Verfassung schon damals vor den sezessionistischen Tendenzen der Teilrepubliken kapituliert, die sich dann Ende der achtziger Jahre durchsetzen sollten.

Ende der sechziger Jahre wurden separatistische Strömungen immer stärker und gipfelten schließlich 1971 in der Massenbewegung des »kroatischen Frühlings«. Tito reagierte spät darauf, feuerte die rabiatesten Nationalisten in Kroatien, ließ aber viele andere im Amt. Mit der Verfassung von 1974 wurde dieser Kompromiß institutionalisiert. Kein Land der Welt hätte mit einer solchen Verfassung überleben können.

Warum?

Der Gesamtstaat wurde qua Verfassung liquidiert. Festgelegt wurde, daß jede Teilrepublik eine eigene Verfassung hatte und daß, falls diese mit Bestimmungen der Bundesverfassung in Widerspruch geriete, die Republiksverfassung Priorität habe. Vor allem aber: In den höchsten Staatsgremien waren sechs Republiken und mit Kosovo und Vojvodina ab 1974 auch zwei autonome Provinzen vertreten; jedes dieser acht Rechtssubjekte hatte ein Veto-Recht und konnte Beschlüsse torpedieren. So konnten, als sich Ende der siebziger Jahre die ökonomischen Probleme vertieften, keine wirkungsvollen Gegenmaßnahmen verabschiedet werden.

Dieser Zerfall war bis zum Tode Titos nicht sichtbar, da er mit seiner Autorität die zentrifugalen Kräfte immer wieder disziplinieren konnte. Aber danach schlugen sie voll durch: Es wurde unmöglich zu regieren.

Waren nicht die erwähnten ökonomischen Probleme der Hauptgrund der Desintegration?

Es besteht ein Wechselverhältnis. Tito hat zum Schluß jedes Darlehen aufgenommen, das er bekommen konnte. Die Auslandsverschuldung summierte sich Anfang der achtziger Jahre auf 22 Milliarden Dollar, allein der Zinsdienst betrug zwei bis drei Milliarden jährlich. Vor allem nach dem weltweiten Anstieg des Zinsniveaus Ende der siebziger Jahre hätten wir zur Bedienung der Kredite dringend Einsparmaßnahmen vornehmen müssen – doch diese kamen nicht zustande, da das Staatspräsidium immer durch das eine oder andere Veto blockiert war. Und hatte man sich einmal in diesem Gremium oder im Parlament auf einen Kompromiß geeinigt, mußten die Vertreter der Teilrepubliken das noch zu Hause, also in Zagreb, Ljubljana oder anderen Republikhauptstädten, absegnen lassen. Das klappte nie.

Sie waren einer der entschiedensten Vertreter der Arbeiterselbstverwaltung. In den achtziger Jahren, so behauptet etwa die kroatische Publizistin Dunja Melcic, seien Sie zu einem »großserbischen Nationalideologen« konvertiert.

Mit welchem Recht wird das behauptet? Weil ich die Verfassung von 1974 kritisiert habe? Aber das tat ich doch unter anderem deswegen, weil diese die Arbeiterselbstverwaltung zerstört hat!

In der Verfassung von 1963 war festgelegt worden, daß sowohl das Bundes- wie die Republiksparlamente als zweite Kammer einen Produzentenrat einrichteten, der die Interessen der selbstverwalteten Betriebe vertreten sollte. Dieses Element hätte man stärken müssen, denn was ist eine Arbeiterselbstverwaltung wert, wenn sie sich nur auf den eigenen Betrieb erstreckt, die makroökonomischen Entscheidungen aber ohne wirksame Mitsprache der assoziierten Arbeiterschaft zustande kommen? Die Verfassung von 1974 aber ging den entgegengesetzten Weg: Als einzige Kammer des Parlaments wurde der »Rat der Republiken und Regionen« gebildet. Auf diesem Weg wirkte das Vetorecht für die einzelnen Republiken auch auf die Legislative und lähmte diese. Eine eigene Kammer für die Vertreter der Arbeiterklasse aber gab es fortan nicht mehr.

Die Arbeiterselbstverwaltung ist ein fortschrittliches Modell, das der bürgerlichen Demokratie weit überlegen ist. Es hätte durch weitere Entbürokratisierung gestärkt werden müssen. Doch statt dessen setzte sich mit der Verfassung von 1974 eine Entzentralisierung durch: Die Mitsprache der Betriebskollektive im Staat wurde beseitigt, die föderativen Organe wurden zugunsten der Republiksbürokratien geschwächt. Das hat den Bürokratismus vervielfacht und die zentrifugalen Tendenzen verstärkt.

Aber die neue Verfassung zerstörte nicht nur die Ansätze zur Arbeiterselbstverwaltung, sondern war auch ein Rückschritt hinter das Verfassungs- und Demokratieverständnis der bürgerlichen Welt: In allen westlichen Staaten wird die Legislative von demokratisch gewählten Vertretern der Bürgerschaft gebildet, Grundlage ist das allgemeine und gleiche Wahlrecht. In Jugoslawien war 1974 die nach dem gleichen und direkten Wahlrecht gebildete erste Kammer des Parlaments – sie entspricht etwa dem Bundestag – , paralysiert durch das Vetorecht der Republiken und autonomen Gebiete. Baut die bürgerliche Demokratie, wenigstens theoretisch, auf dem mündigen Staatsbürger auf, ist sie also eine Staatsbürgerdemokratie, so war Jugoslawien nach 1974 eine Völkerdemokratie.

Um im deutschen Vergleich zu bleiben: Es wäre so, als ob im Bundestag nicht die von der Bevölkerung gewählten Abgeordneten säßen, sondern Deputierte der einzelnen Bundesländer, wobei jedes einzelne Bundesland Mehrheitsbeschlüsse durch sein Veto aushebeln kann. Könnte man sagen: In der Verfassung von 1974 hat der Ethnos nicht nur den Proletarier, sondern auch den Citoyen entmachtet ?

Absolut richtig. Während im Westen die individuellen Menschenrechte großgeschrieben werden, galten in Jugoslawien ab 1974 nur noch die kollektiven Menschenrechte von Volksgruppen.

Hier scheint mir eine Konvergenz stalinistischer und völkischer Anschauungen vorzuliegen.

Das ist ja das Paradoxe: Während Tito gemeinhin als großer Gegenspieler von Stalin gilt, hat er in seiner Nationalitätenpolitik dessen Vorstellungen getreulich durchgeführt. Übrigens unter Ausschaltung einer anderen Traditionslinie des jugoslawischen Kommunismus: Der erste Parteiführer der KPJ, Sima Markovic, war ein Anhänger des Jugoslawismus. Als er im Zuge der Bolschewisierung 1924 ausgeschlossen wurde, wurde die Parteilinie geändert: Unter Stalins Einfluß orientierte die KPJ auf die Zerschlagung des »künstlichen Produktes Jugoslawien« und forderte das Recht für Kroaten und andere, ihre eigenen Staaten bilden zu können. So kollaborierten die Kommunisten schließlich sogar mit der faschistischen Ustascha.

1985/86 erarbeiteten Sie und andere Mitglieder der Serbischen Akademie der Wissenschaften ein Memorandum, in dem das titoistische Modell scharf attackiert wurde. Um dieses Dokument ranken sich viele Legenden. Eine davon besagt – sie findet sich etwa in einem französischen Schulbuch für den Abitursjahrgang 1993 – , daß damit die Theorie von der »ethnischen Säuberung ... lanciert« worden sei. Selbst Autoren dieser Zeitschrift vertreten die Auffassung, daß das Memorandum »den großserbischen Führungsanspruch erneuerte« (K. H. Roth in KONKRET 9/99).

»Ethnische Säuberungen« werden darin weder direkt noch indirekt vorgeschlagen, das Wort »großserbisch« findet sich nirgends. Ich möchte behaupten, daß die Kritiker in der Regel das Memorandum nicht gelesen haben.

Könnte gut sein, denn das Memorandum wurde erst 1993 in eine Weltsprache übersetzt, das Französische, und erst 1996 legte ein Belgrader Verlag eine englische und deutsche Fassung vor. Letztere ist übrigens hierzulande nicht zu kaufen.

Das Memorandum versucht eine Beschreibung der Krise der jugoslawischen Gesellschaft. Es gibt ein Kapitel zur Ökonomie, das unter anderem von Kosta Mihailovic erarbeitet wurde. Für dringend notwendige Reformen, heißt es da etwa, sei »erst die Aufgabe der Ideologie notwendig, die Nationalität und Territorialität in den Vordergrund stellt. Während in der modernen zivilisierten Gesellschaft Integrationsfunktionen an Bedeutung gewinnen, was mit der Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte, der Aufgabe autoritärer Machtformen und einem Demokratisierungsprozeß Hand in Hand geht, erstarken im politischen System Jugoslawiens die Kräfte der Desintegration, ein starker lokaler, regionaler und nationaler Egoismus sowie autoritäre willkürliche Gewalt, welche allgemein anerkannte Menschenrechte auf Schritt und Tritt verletzt. Der Hang zur Teilung und Spaltung von gesellschaftlichen Einheiten, der Kampf gegen eine moderne, demokratische, integrierende Föderation versteckt sich hinter der verlogenen ideologischen Parole vom Kampf gegen ›Unitarismus‹ und ›Zentralismus‹ ... Diese Einstellung Staat und Nation gegenüber ließ keinen Raum für Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung blieb unentwickelt und formlos, und zwar nicht nur aufgrund der Beschränkung auf die Ebene gesellschaftlicher Kleinststrukturen, sondern auch aufgrund der völligen Unterordnung in Bezug auf die Organe der entfremdeten Macht – angefangen von den Gemeinden bis hin zu den Republiken und Provinzen. Die uneinige Arbeiterklasse wurde zu einer Vielzahl von vereinzelten Kollektiven herabgesetzt, die untereinander um die Verteilung des Einkommens kämpfen müssen. Organe der Selbstverwaltung innerhalb von Firmengruppen, Wirtschaftszweigen oder der gesamten Wirtschaft, welche die Produktion rational leiten könnten, gibt es nicht.« Hört sich das nationalistisch oder großserbisch an?

Die westliche Kritik konzentriert sich wohl nicht auf den ökonomischen Teil des Memorandums, sondern auf den Abschnitt »Die Stellung Serbiens und die Lage des serbischen Volkes«.

Aber auch in diesem Abschnitt geht es nicht um serbischen Führungsanspruch, sondern um Gleichberechtigung für die Serben. In der Verfassung von 1974 etwa wurde dem mehrheitlich von ethnischen Albanern besiedelten Kosovo eine sehr weitreichende Autonomie zugestanden – das heißt, die eigentlich übergeordnete Teilrepublik Serbien hatte im Kosovo weniger mitzubestimmen als umgekehrt die Vertreter Kosovos in den gesamtserbischen Institutionen. Vor allem aber: Warum wurde der in Kroatien gelegenen Krajina, die überwiegend von Serben besiedelt war, nicht dieselbe Autonomie

zugestanden wie dem Kosovo? Ich formulierte dazu im Memorandum: »Angehörige des serbischen Volkes, die in großer Zahl in anderen Teilrepubliken leben, genießen – im Gegensatz zu den nationalen Minderheiten – nicht das Recht auf den Gebrauch der eigenen Sprache und Schrift, auf politische und kulturelle Verbände und Pflege des eigenen Kulturgutes. Die unaufhaltsame Vertreibung der Serben aus dem Kosovo führt drastisch vor Augen, daß die Grundsätze, welche die Autonomie einer Minderheit (hier der Albaner) schützen, nicht zur Anwendung kommen, wenn es um Minderheiten innerhalb von Minderheiten geht (Serben, Montenegriner, Türken und Roma im Kosovo).«

Dennoch ist mir im Schlußkapitel des Memorandums aufgestoßen, daß an zwei Stellen vom »Völkermord« an den Serben im Kosovo die Rede ist, und zwar bezogen auf die Situation in den siebziger und achtziger Jahren. Das ist nationalistische Agitation – nicht weniger, als wenn im Westen bereits Anfang der neunziger Jahre vom »Völkermord« an den sogenannten Kosovo-Albanern die Rede war.

Sie haben recht, der Begriff ist nicht gerechtfertigt. Völkermord an den Serben, also physische Ausrottung oder den Versuch dazu, gab es im Ustascha-Staat, aber später nicht mehr. Aber dennoch setzte in der Zeit der Autonomie, als die exekutive Macht im Kosovo fast vollständig in die Hände von Albanern übergegangen war, eine zunehmende Verfolgung ein – eine Welle von Schikanen, Gewalttaten, Plünderungen, Vergewaltigungen und selbst Morden an Serben und anderen Nicht-Albanern. Das wurde von den Behörden der Autonomie-Regierung nicht verfolgt und bisweilen sogar unterstützt. 30.000 Serben verließen zwischen Ende der sechziger und Ende der achtziger Jahre die Provinz.

Bei der Kritik an falschen Begrifflichkeiten müssen Sie auch bedenken, daß das Memorandum niemals von der Akademie verabschiedet wurde. Während der erste Teil des Memorandums – also die Abschnitte zu Ökonomie und Politik – wenigstens dem Diskussionsstand in der eingesetzten Arbeitsgruppe entsprachen, war der zweite Teil – die Ausarbeitung zur Gleichberechtigung für die Serben – nicht einmal dort diskutiert worden. Sie war eine Rohfassung, im wesentlichen das Werk eines einzelnen, Professor Vaslije Krestic. Zur Debatte im Plenum – und damit auch zu möglichen Modifikationen einzelner Argumentationen und Termini – , kam es nicht mehr, weil die unfertigen Teile des Memorandums von einem Journalisten entwendet und im September 1986 publiziert wurden. Die amtierende serbische Parteiführung um Ivan Stambolic nutzte das, um einen großen Skandal gegen die Akademie zu entfachen – damit war eine weitere vertrauensvolle Arbeit an dem Memorandum nicht mehr möglich.

Sie unterstützten lange Jahre Milosevic. Warum?

Als Milosevic 1987 an die Spitze der serbischen Parteiführung gewählt wurde, ließ die demagogische Kampagne gegen die Akademie sofort nach. Auch in vielen anderen Bereichen war eine Wende zum Meinungspluralismus unverkennbar, wissenschaftliche Ausarbeitungen etwa waren nicht mehr von politischer Justiz bedroht. Milosevic führte das Mehrparteiensystem ein, ermöglichte die Arbeit von außerparlamentarischen Initiativgruppen und sicherte den Übergang zur Marktwirtschaft, allerdings unter Beibehaltung eines starken staatlichen Sektors – all diese Reformen sicherten ihm die Unterstützung nicht nur eines Großteils der Bevölkerung, sondern auch der Intellektuellen. Als Milosevic mich also Anfang der neunziger Jahre bat, das Programm für die neugegründete Sozialistische Partei Serbiens (SPS) zu schreiben, habe ich ja gesagt.

Sie waren Vizepräsident der SPS, aber 1995 kam der Bruch.

Auf einer Vorstandssitzung der Partei im August 1995 entschloß ich mich zur Kritik. Es ging mir um drei Punkte: Die Korruption der Macht in Verbindung mit einer falschen Kaderpolitik, die ungerechtfertigt starke Stellung für die Partei der jugoslawischen Linken (JUL) um Milosevics Ehefrau Mira Markovic in allen gesellschaftlichen und staatlichen Gremien, schließlich die Politik des Defätismus. Die beiden letzten Punkte hingen insofern zusammen, daß die JUL den Frieden über jedes vernünftige Maß hinaus glorifizierte. Wenn man immer kapituliert, wird man immer Frieden haben, zweifellos. Aber verspielt man damit nicht alles andere?

Soll heißen, Sie attackierten die mangelnde politische und militärische Unterstützung Jugoslawiens für die Krajina-Serben, deren Republik im Sommer 1995 von Tudjmans Truppen zerschlagen worden war?

Ja. Vor allem das Hin und Her: Zuerst machte man der Krajina Versprechungen, aber als dann Hunderttausende vertrieben wurden, kam man ihnen nicht zu Hilfe.

Nach dieser Kritik wurden Sie abgewählt?

Nein. Auf der Sitzung gab es – ein Novum – keine Kritik an mir, einige wenige stimmten mir sogar ausdrücklich zu. Aber auf der nächsten Sitzung einige Wochen später verkündete Milosevic, daß er mich und zwei weitere Genossen von ihren Ämtern entbunden habe. Einen Beschluß gab es nie. Ich bin auch nie aus der Partei ausgeschlossen worden, geschweige denn selbst ausgetreten – ich habe einfach nie wieder eine offizielle Einladung bekommen. Immerhin: Eine öffentliche Kampagne gegen mich blieb aus.

Auf welche politischen Kräfte setzen Sie heute Ihre Hoffnung?

Die Opposition ist mir zu sehr von der Nato und vom Westen abhängig, die gegenwärtige Regierungskoalition ist die einzige Chance, trotz aller Kritik.

Welche Kritik?

Die mitregierenden Radikalen von Seselj sind mir zu rechts, der kleine Koalitionspartner JUL ist als Partei der Neureichen zu Recht in der Bevölkerung verhaßt. Aber die Sozialisten sind eine sehr pluralistische Partei und haben viele ehrliche, innovative Leute. Man darf die SPS nicht auf Milosevic reduzieren. Überdies erzwingt unsere Verfassung den Wechsel: Milosevics Amtszeit als jugoslawischer Präsident läuft bald aus, eine Verlängerung ist nicht möglich. Jeder Versuch, diesen verfassungsmäßigen Wechsel zu beschleunigen, ist unnötig und gefährlich.

Ist die SPS nicht eine ganz gewöhnliche sozialdemokratische, also kapitalistische Partei?

Keineswegs. Sie hat zwar die Privatisierung von Staatsbetrieben ermöglicht. Aber die letzte Entscheidung fällt immer die Belegschaft des jeweiligen Betriebes. Das ist einmalig in Europa – und der Hauptgrund, wieso bisher bei uns so wenig Betriebe privatisiert worden sind.

Mit Mihailo Markovic sprach Jürgen Elsässer

Konkret 05/00, S. 28

Jan Pehrke

Protest und Pogrom

Linker Antisemitismus hat Tradition – seit 1789

Das Vorhaben, nach dem Scheitern des Kommunismus die Gesamtgeschichte der Linken einer Revision zu unterziehen, ist sinnvoll. Ahlrich Meyer versucht sich in seinem Buch *Die Logik der Revolten* an einer Historiographie aus autonomer Perspektive. Er wendet sich jenen sozialen Protesten im Vorfeld der 1848er Revolutionen in Frankreich und Deutschland zu, deren Protagonisten nicht die Arbeiterschaft, sondern Bauern, Frauen, Handwerker, Arbeitsimmigranten und Lumpenproletarier waren. Der zentrale Aufsatz des Bandes »Massenarmut und Existenzrecht« widmet sich den verschiedenen Erscheinungsformen des Kampfes um das täglich' Brot im Zuge der sog. Subsistenz-Unruhen wie Plünderungen von Bäckereien, die Erzwingung von Festpreisen für Brot, das Verhindern von Getreide-Exporten und Aktionen gegen den »Hungerpakt«, laut Meyer eine »Verschwörung von Politikern, Händlern und Spekulanten, um das Volk auszuhungern«.

Der Widerstand gegen die abstrakten Verkehrsformen des beginnenden Kapitalismus wirft jedoch die Frage auf, ob er in seiner Begriffslosigkeit nicht auch von antisemitischen Vorfällen begleitet war. Und in der Tat berichtet die Literatur von zahlreichen judenfeindlichen Exzessen um 1789, 1830 und 1848 herum. Reinhard Rürup weiß von 180 europäischen Orten, in denen es während der März-Unruhen 1830 zu antisemitischen Vorfällen kam. Jüdisches Eigentum wurde zerstört, Mobiliar geplündert und vereinzelt wurden sogar Morde verübt. Der Historiker zitiert einen zeitgenössischen Journalisten, der in der »Mannheimer Abendzeitung« schrieb, daß »eine barbarische Wut gegen die Bekenner des Mosaischen Glaubens überhaupt sich zu erkennen gab«.

Derlei im Hinterkopf, wartet man gespannt darauf, wann Ahlrich Meyer diese »Dialektik der Revolten« thematisieren wird. Dies geschieht erstmals auf Seite 187. Dort wirft er anderen Protest-Forschern vor, sie würden »Krawall, Tumult und Delinquenz, Katzenmusik und Charivari, Glasbruch und Judensturm« in einem folkloristischen Revolutionspotpourri miteinander vermengen. Ein paar Seiten später kritisiert Meyer einen anderen Historiker dafür, daß er in seiner Parteinahme für die Protestler und ihre im Traditionellen wurzelnde Instant-Ideologie die antisemitischen Ausschreitungen »wegdefiniert«. Wenige Absätze später stellt er dann die rhetorische Frage: »Vielleicht müßten die vormärzlichen Revolten noch einmal in ihrer Gesamtheit analysiert werden, vielleicht auch haben wir ein falsches, unkritisches Bild des Gewaltpotentials, ... jedenfalls kann nicht übersehen werden, daß in diesen Jahren der Übergang vom Aufruhr zum antisemitischen Pogrom in Deutschland stets nahe lag.«

Aber vorerst heißt es ungerührt »weiter im Text«. Mit keinem Wort erwähnt Meyer die antisemitischen Ausfälle von Autoren wie Dézamy, Bakunin, Fourier oder Proudhon. Dem Abbé Constant und seiner Schrift *Die Stimme des Hungers* widmet er sogar einen eigenen Aufsatz. In der Übersetzung des deutschen Sozialisten Moses Hess – tragischerweise selbst Jude – gilt sie ihm als wichtiges Bindeglied zwischen den Subsistenz-Unruhen in Frankreich und der nicht-marxistischen Linken in Deutschland. Mit Radikalität und Schärfe – »wenn auch zugleich ohne jedes analytische Instrumentarium« – spiegelt der Text laut Meyer die soziale Problematik der Jahre 1846/47 wider. Der Vollständigkeit halber muß der Politikwissenschaftler allerdings gegen Schluß einräumen, daß die *Die Stimme des Hungers* bedauerlicherweise anti-jüdische Passagen enthält. Er entschuldigt dies aber unter Berufung auf Hannah Arendt zugleich mit dem Verweis darauf, daß derartiges Gedankengut bei politischen Schriftstellern dieser Zeit weit verbreitet gewesen sei. Bagatellisierung durch Generalisierung.

Der Protestforscher geht stets nur in Einschüben, Randnotizen und Anmerkungen auf den 48er Antisemitismus ein, da eine grundlegende Beschäftigung mit dem Phänomen sein Projekt, die nichtkommunistischen sozialen Proteste zu rehabilitieren, gefährdet hätte. Die Frage, ob es nicht einen Zusammenhang geben könnte zwischen dem bewußtlosen, buchstäblich aus dem Bauch heraus entstandenen Protestformen und den judenfeindlichen Exzessen, stellt er sich nie. Wo Rürup die antisemitischen Vorfälle eindeutig der Frühphase der 48er Revolution zuordnet und sie im Zuge eines politischen Reifungsprozesses verschwinden sieht, bewertet Meyer gerade diese frühe Periode positiv. Für ihn drückt sich in den scheinbar unpolitischen »Abwehrkämpfen gegen den Fortschritt« um 1846/47 ein viel fundamentalerer Antikapitalismus aus, als ihn der Marxismus formuliert, der die Verdammten dieser Erde qua Lohnarbeit erst vollständig unter das Wertgesetz zwingen muß, um sie später einmal umfassend befreien zu können. Die Traditionen der Dorfgemeinschaft, auf die sich die Bauern beriefen, wenn sie etwa das Recht des freien Holz-Einschlages gegen das Zur-Ware-Werden der Natur verteidigten, erscheinen dem Autor als Bastionen wider den Totalitätsanspruch des kapitalistischen Systems. Ob dieser Kampf im Namen des Königs oder der Republik geführt wird, erachtet er dabei als zweitrangig. Mit Blick auf die Brot-Unruhen während der französischen Revolution schreibt Meyer: »So bleibt es letztlich belanglos, mit welcher politischen Fahne, mit der royalistischen oder der von 1793, die Revolten sich auszeichneten. Ihre eigentliche Kampfansage war die, welche noch 1848 von den revoltierenden Frauen erhoben wurde: Du pain ou la mort (Brot oder Leben).«

Natürlich war auch der organisierte Kommunismus nicht vor antijüdischem Gedankengut gefeit. Allzu oft sah er gnädig über den Antisemitismus als »Antikapitalismus des kleinen Mannes« hinweg, da er hoffte, ihn zu einem fundierten Einblick in wirtschaftliche Zusammenhänge hochdialektisieren zu können. Aber geschichtlich betrachtet ist es der marxistischen Lehre zu danken, die in ihrer Komplexität nicht den einzelnen Kapitalisten, sondern die abstrakte Größe »Kapital« als Wurzel allen Übels ansah, daß der Antisemitismus in der Arbeiterbewegung nicht wirklich Fuß faßte. Wie leicht dagegen die Verknüpfung von Kapitalismus-Kritik und Antisemitismus vielen Frühsozialisten, Anarchisten und sonstigen Theoretikern fiel, ist dem Buch *Sozialisten zur Judenfrage* von Edmund Silberner zu entnehmen, der allerdings auch die judenfeindlichen Ausfälle des Juden Marx scharf kritisiert.

Das Ausmaß judenfeindlicher Ausschreitungen gerade während der Zeitenwenden von 1789 und 1848, die dem historischen Bewußtsein als entscheidende Momente in der Geschichte der Selbstermächtigung des Menschengeschlechts gelten, zwingt zu einer distanzierteren Betrachtungsweise dieser Ereignisse, wenngleich sie objektiv die Emanzipation der Juden entscheidend beförderten. Die Pogrome unterstreichen, daß die Interessen gesellschaftlicher Außenseiter nicht nur niemals die der Herrschenden, sondern auch niemals ganz die der sich gegen die Mächtigen erhebenden Volksmassen sein können. Das von dem jüdischen Publizisten Ludwig Philippson gezogene Resümee der März-Ereignisse, das Rürup zitiert, erscheint vor diesem Hintergrund nachvollziehbar: »Überhaupt erkennen wir Juden dankbar an, daß unter allen modernen Momenten immer noch der Staat ... der freisinnigste gegen uns war und ist, denn bei jeder fortstürmenden Periode erhob sich das Volk gegen uns und bei jeder Reaktion Adel und Bürgerstand ...«

Reinhard Rürup: »Der Fortschritt und seine Grenzen«, in: *Europa 1848*, hrsg. v. Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche. J. H. Dietz Verlag, Bonn 1998, 1.296 Seiten, 124 Mark

Ahlrich Meyer: *Die Logik der Revolten*. Verlag Schwarze Risse, Berlin 1999, 320 Seiten, 32 Mark

---

Jan Pehrcke schrieb in KONKRET 2/2000 über neue Filme

Konkret 05/00, S. 29

Joachim Rohloff

Weiß, blau, blond, braun

Die Ideologie des Dr. Edmund Stoiber: eine Spektralanalyse

Ein deutscher Haider hätte keine Chance, belehrte Edmund Stoiber neulich den Korrespondenten von »Le Monde«, denn dank »unserer« gelungenen Vergangenheitsbewältigung müßte jeder, der etwa die Politik des Dritten Reichs zu beschönigen versuchte, mit dem Widerstand von 99,5 Prozent der Bevölkerung rechnen, die ihn unverzüglich von der politischen Bühne fegen würden. Hinter der Empfehlung vom Oktober 1999, die ÖVP solle doch mit der FPÖ koalieren, stecke eine strategische Absicht: Nun müsse natürlich auch die FPÖ, ihren Wahlversprechen zuwider, eine konsequente Sparpolitik treiben, und deshalb werde die ÖVP viele Wählerstimmen zurückgewinnen. Er selbst, Stoiber, habe mit Haider nichts gemein.

In Wahrheit hat er mit Haider alles gemein: die Fremdenfeindschaft, das Ressentiment gegen Europa, die Liebe zu Sicherheit und Ordnung und die Neigung zu einer bodenständigen Kultur. Nur nicht die problematische Identität. Haider mag sich in Österreich, dieser Mißgeburt einer Nation, nicht zu Hause fühlen, Stoiber fühlt sich in Bayern sauwohl. *L'Europe ne sera jamais une terre natale (Heimat)*,* sagt er dem einen, *Europa muß Heimat sein*, ruft er wenige Tage später den anderen zu und meint doch immer nur: *Bayern muß Bayern bleiben!* Selten hört man von ihm ein falsches Wort über die deutsche Vergangenheit, auch sein berühmtes Diktum, die CDU habe leider *nicht immer deutlich gemacht, daß Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren*, diente nicht zur Revision der Geschichte, sondern zur Verleumdung des politischen Gegners. Präsidiale Reden zu peinlichen historischen Anlässen fallen ihm leicht: Es war abscheulich, ist aber Teil unserer Identität. *Vielen ist die zentrale Bedeutung dieser Vorgänge für die deutsche Identität nach wie vor nicht in dem Maße bewußt, wie sie es sein sollte: Der 9. November 1938 markiert einen ganz zentralen Punkt unserer Geschichte.* Damit hat es sich dann aber auch.

Diese Identität mit ihrem Kern aus Massenmord ist ihm gleichwohl teuer, und zu ihrer Verteidigung fühlt er sich berufen, wann immer er sie bedroht wähnt von *einer multinationalen Gesellschaft auf deutschem Boden, durchmischt und durchrasst*. Die größte Feindin der Identität ist nämlich die Integration. Gottlob ist die *Integrationsfähigkeit des deutschen Volkes* sehr gering, und Edmund Stoiber war einer der ersten, die erkannten, daß sie beständig überfordert wird. Die größte Plage war, solange es bestand, das Asylrecht. Eine *nicht hinnehmbare Zumutung und Verhöhnung der deutschen Bevölkerung* nannte Stoiber 1989 den Beschluß des Berliner Senats, ausländischen Straftätern nach Verbüßung ihrer Strafe unter gewissen Voraussetzungen eine »Duldung auf Bewährung« und allen Asylbewerbern, die seit fünf Jahren in der Stadt waren, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Man dürfe *nicht auf Dauer treiben lassen, was auf den erbitterten Widerstand der Menschen stößt,* meint Stoiber, und diese Lebensweisheit wandte er auch auf die gewalttätige Belagerung des Ausländerwohnheims in Rostock-Lichtenhagen an. Die Bundesregierung habe den *hunderttausendfachen Asylmißbrauch* zu beenden und das Individualrecht auf Asyl vollständig abzuschaffen, verlangte er 1992. Eine doppelte Staatsbürgerschaft lehnte er schon damals ab, damit Deutschland nicht *auf kaltem Wege zum Einwanderungsland gemacht* werde. Denn *man kann nur einer Nation dienen*. 1994 durfte Stoiber erste Erfolge seiner Politik verbuchen: Weniger Asylbewerber bedeuteten weniger *Verbrechensimport*. Trotzdem lud *unsere einmalige Rechtslage* auch damals noch *geradezu ein, unlösbare Probleme anderer Staaten in unser Land zu tragen. Das Schließen der Grenzen bei einer Völkerwanderung darf nicht zum Tabu werden.* Unerwünschte Minderheiten, so zitierte ihn die »Taz«, hätten auch dann keinen Anspruch auf deutsches Asyl, *wenn sie in ihren Herkunftsländern massakriert* würden. Und Roma oder Sinti schon gleich gar nicht.

Nur manchmal, wenn die Erntezeit kam oder wenn Bündnistreue zu beweisen war, ließ Stoiber mit sich reden. So verhängte er als bayerischer Innenminister nach dem Golfkrieg einen Abschiebestop für türkisch-kurdische Asylbewerber; schließlich könne man von der Regierung Özal nicht die Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge aus dem Irak verlangen und ihr obendrein ein paar Asylbetrüger aufnötigen, die in Deutschland nur ein *winziges Problem* darstellten. Und 1989 hatte er vorgeschlagen, Asylbewerber mit begründeter Hoffnung auf Anerkennung sollten sich als Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft oder auf dem Bau verdingen dürfen. So werde auch die allgemeine Empörung über ihre Untätigkeit besänftigt.

Haiders Volksbegehren »Österreich zuerst«, das sich u. a. gegen jede »vorzeitige Verleihung« der Staatsbürgerschaft richtete, inspirierte Stoiber einige Jahre später zu einem ähnlichen Versuch. Die Initiative zur Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft kam aus Bayern, die CDU mußte erst überredet werden. *Daß man nach acht Jahren einfach Deutscher werden soll, das regt fast alle auf. Die Menschen spüren, daß das die Grenzen unserer Identität als Deutsche sprengt* und uns außerdem die Kriminalstatistik versaut. Wir können von ausländischen Halunken kaum noch sprechen, geschweige sie *abschieben, wenn sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Wenn wir mit dieser neuen Staatsbürgerregelung etwa die ganze Kurdenproblematik und das damit verbundene massive Gewaltpotential nach Deutschland importieren, schätze ich die Gefährdung der Sicherheitslage höher ein als bei der RAF in den siebziger und achtziger Jahren.* Stoibers Begehren war bekanntlich erfolgreich, trotzdem ist er noch immer *gegen eine lasche*

Handhabung des Staatsbürgerschaftsrechts. Wie sagte Franz Schönhuber 1994? »Wort für Wort« habe die CSU das Programm der »Republikaner« übernommen, eine Koalition sei trotzdem ausgeschlossen, solange »ein übler Rassist wie Stoiber an der Spitze steht«.

Daß Stoiber nicht um der Karriere willen schon als Student der CSU beitrat, sondern weil er sich über die Linken an der Uni ärgerte, die keinen Politiker ausreden ließen, glaubt ihm der »Stern« noch heute. Mit der *bedeutendsten Persönlichkeit in der Bundesrepublik seit Adenauer*, mit dem großen Vorsitzenden Franz-Josef Strauß nämlich, verbanden ihn bald eine *gute persönliche Bekanntschaft* und eine *nahtlose politische Übereinstimmung*. Als Strauß von Bonn nach München heimkehrte, machte er Stoiber zum Generalsekretär der Partei und zum Staatsminister. Aber erst im Kabinett Streibl durfte sich die wahre Leidenschaft des Einserjuristen Stoiber austoben: *Im Punkt Innere Sicherheit brennt es mir ganz heiß unter dem Herzen*.

Als bayerischer Innenminister rechtfertigte er den »Münchener Kessel« mit der Fürsorgepflicht für seine Beamten: *Hat ein Polizeipräsident denn keine Würde? Dem darf man in die Hoden treten, und anschließend läßt man sich theatralisch zu Boden fallen und schreit.* Das Polizeiaufgabengesetz von 1989 dehnte die Vorbeugehaft von 48 Stunden auf vierzehn Tage aus, so wollte Stoiber *den Wanderzirkus der Gewalttätigen und Autonomen treffen*. Die Gewaltbereitschaft gab es damals noch nicht; um trotzdem die Gewalt zu erkennen, bevor sie tätig wird, erdachte Stoiber eine Sicherheitswacht. Zur Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen sollten unbescholtene Bürger mit der Polizei zusammenarbeiten. Denn Stoiber hatte aus der deutschen Geschichte gelernt: Gegen die *Unkultur des Wegsehens* half nur der Blockwart. Anhand der Fälle Speitel und Boock revidierte er den juristischen, wenn nicht gar den theologischen Gnadenbegriff: *Sich von der Tat zu distanzieren und Reue zu zeigen, kann doch wohl allein kein Gnadengrund sein*, vielmehr ist es *geradezu eine Verdrehung des Gnadengedankens, Straftätern, die aus politischer oder sonstiger Überzeugung den Rechtsstaat angreifen, nachträgliche Straffreiheit einzuräumen*, und es muß *das hohe Ansehen des Präsidenten Schaden nehmen*, wenn er die Verdrehung unterschreibt. Selbstredend zählte Stoiber zu den eifrigsten Anhängern des großen Lauschangriffs, trug doch schon seine Doktorarbeit den Titel: *Der Hausfriedensbruch im Licht aktueller Probleme.* Deshalb hielt er die Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger, die sich sträubte, für ein *Sicherheitsrisiko.* Im übrigen brauchen wir *keinen extremen Datenschutz, sondern verdeckte Ermittlungen*. Bei Gelegenheit forderte er schon mal lebenslange Haftstrafen für Drogendealer, im Münchener Biergartenstreit jedoch fand man ihn an der Seite der Weißbier-User, denn *die Mehrheit der Menschen nimmt Alkohol nicht, um besoffen zu werden.*

Strahlend vor Rechtsstaatlichkeit und Katholizität (*Der Begriff »Schwangerschaftsabbruch« ist durch den Begriff »Tötung menschlichen Lebens« zu ersetzen)* wuchs Stoiber zum Favoriten für die Nachfolge des Ministerpräsidenten Streibl heran. 1993 mußte dieser wegen seiner Amigo-Affären zurücktreten, und Stoiber versprach, die CSU gründlich aufzuräumen. Zwar war er selbst von den Firmen MBB, BMW und Audi begünstigt worden, aber aus irgendeinem Grund wollte die Partei ihm verzeihen. Ohnehin ist es schwer erträglich, daß die Gesellschaft ausgerechnet an ihre Politiker moralische Ansprüche stellt, *die sie selbst nicht mehr zu erfüllen in der Lage ist*. Den einzigen Konkurrenten, Theo Waigel, der sich mit seinem doofen Euro nicht eben beliebt gemacht hatte, soll Stoiber, so heißt es, auch mit Hilfe von Indiskretionen über dessen Privatleben beiseite geschafft haben. Seitdem regiert er das Land des größten Wirtschaftswachstums, der niedrigsten Arbeitslosenquote und der dichtesten *Trachtendichte.*

Denn *die Trachtenpflege, die Trachtenvielfalt und die Trachtendichte sind wesentliche emotionale Elemente der Ausstrahlungskraft Bayerns geworden.* Und *die Trachtenvereine mit ihrer wertvollen und wichtigen Jugendarbeit bilden einen unbezahlbaren Schutzwall gegen Werteverfall, gegen Vereinzelung und gegen Kriminalität, vor allem unter Jugendlichen.* Aber man sollte nicht ungerecht sein. Wer im Maximilianeum präsidieren will, muß halt mitunter auf dem Lande derlei Schmus von sich geben. Gefährlich wird es erst, wenn die Mächtigen von den Machtlosen auch noch aus moralischen Gründen eine Toleranz verlangen, die sie ohnehin jederzeit erzwingen. *Nicht nur Minderheiten und solche, die aus der Sicht der Mehrheit exotischen Vorstellungen über Sinn und Zweck des Lebens anhängen, haben Anspruch auf Toleranz. Auch die Mehrheit hat ein Recht, in den Traditionen leben zu können, in denen diese Rechtsordnung wurzelt, die diese Rechtsordnung hervorgebracht haben, die dieser Rechtsordnung Dauer verleihen und die letztlich auch Minderheiten schützt.* Um welche Tradition es sich handelt und wie die Toleranz einer Mehrheit von zuletzt 52,9 Prozent in der Praxis aussieht, daran läßt Stoiber keine Zweifel aufkommen: *Ein Wesenszug einer menschenwürdigen Ordnung ist, daß eben der Zweck nicht die Mittel heiligt. ... Wer die religiösen Empfindungen der großen Mehrheit der Bevölkerung derart verletzt, wie das mit der Darstellung eines ans Kreuz genagelten Schweines kürzlich geschehen ist, der darf sich nicht auf seine künstlerische Freiheit berufen können.* Wer aber die Macht und das Geld hat, kann denselben Gedanken auch anders ausdrücken: *Den Kulturpreis 1998 der Bayerischen Landesstiftung erhält die Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst.*

Eine Fernsehreihe zur Geschichte der Philosophie, die von einer uniformierten Nonne moderiert wird, gibt es bisher nur beim Bayerischen Rundfunk, und bisweilen wundert man sich doch, daß hinterm »Rundschau«-Sprecher noch immer kein Kruzifix hängt. Seit je arbeitet bayerische Kulturpolitik an der Zerstörung der ARD, denn das *Krebsübel* der öffentlichen Anstalten ist ihr *politisches Sendungsbewußtsein*. Natürlich ist die Pressefreiheit ein Grundpfeiler der Demokratie, und deshalb sind Sie, *Herr Dr. Burda, mit Ihrem Weitblick, Ihren innovativen Ideen und Ihrem hohen publizistischen und*

unternehmerischen Verantwortungsbewußtsein ein hochgeschätzter Partner und Ratgeber der Staatsregierung. Und Ihnen, Herr Kirch, hätte die bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung einen Kredit von 500 Millionen Mark gegeben, wenn die Absicht nicht zur Unzeit ruchbar geworden wäre. Immer wieder verlangt Stoiber, die ARD in ihre dritten Programme zu zerlegen und die Werbung im öffentlichen Rundfunk zu reduzieren; notfalls könne man ja die Gebühren erhöhen. *Das Ziel, die Monopolanstalten ARD und ZDF durch Programmvielfalt zu entautorisieren, wurde erreicht*, freut er sich und ist im nächsten Moment *empört über die Schweinereien und Gewaltdarstellungen vor allem in Talkshows und Seriensendungen am hellen Nachmittag*.

Dank Edmund Stoiber und seiner CSU können *die Menschen in Bayern mit Optimismus in die Zukunft blicken: Die bayerische Industrie hat im vergangenen Jahr das beste Ergebnis seit 1990 geschafft. Aber es gibt globale Risikofaktoren für Aufschwung und Frieden: Asien, Rußland, Afrika, Kosovo.* Und, so muß man wohl hinzufügen, Lateinamerika. Wenn aber für Bayern fast die ganze Welt zum Risiko wird, so wird umgekehrt Bayern zur Hoffnung für die Welt. Denn in Bayern grenzt jedes *medical valley* an einen *Life-Sciences-Standort,* und eines ist gewiß: *Nur mit Gentechnik werden langfristig die Welternährungsprobleme gelöst werden können.*

Doch der *Milchstandort* ist bedroht. Schuld daran ist die EU. Spätestens seit 1993 weiß Stoiber, daß Europa eine *Kopfgeburt* ist und daß es gilt, eine *europäische zentralistische Staatlichkeit zu bekämpfen.* Die Zeit, da *Deutscher zu sein insgesamt als belastend empfunden wurde,* sei endlich vorüber, nun *müssen wir uns bewußt werden, was deutsche Identität eigentlich ist*. Die Voraussetzung dafür sei ein Bruch mit der gesamten Nachkriegspolitik der CDU von Adenauer bis Kohl, die einen europäischen Bundesstaat erstrebte. Heute sei allenfalls ein Staatenbund akzeptabel, wenn er die *Chance zum jederzeitigen Austritt* gewähre.

Die EU ist eine Union souveräner Mitgliedstaaten. Brüssel darf nur die Kompetenzen haben, die es zur Erfüllung der wirklich europäischen Aufgaben braucht. Dazu gehören vor allem eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, die Bewahrung und Stärkung des gemeinsamen Marktes und der gemeinsamen Währung und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. In der europäischen Währungspolitik gelten Waigelsche Prinzipien, wird er sich denken, und einen Außen- oder einen Verteidigungsminister hat Bayern ohnehin nicht. Geht es jedoch um Bayerns *vierten Stamm, die Sudetendeutschen*, so mischt sich der sudetendeutsche Außenminister Stoiber in Verhandlungen der tschechischen und der deutschen Regierung und verkündet, ein EU-Beitritt der Tschechischen Republik sei nur unter der Voraussetzung möglich, daß sie sich von den Benesch-Dekreten distanziere und das *Recht auf Heimat* anerkenne.

Was die Flüchtlings- und Sicherheitspolitik betrifft, so wird Stoiber nicht ruhen, bis bayerischer Standard sich in ganz Europa durchgesetzt hat. Sein provinzieller Wohlstandschauvinismus, der sich im Bundesrat mit der Forderung nach einer Reform des Länderfinanzausgleichs und nach einer Regionalisierung der Sozialsysteme ausspricht, heißt in größerem Zusammenhang *Europa der Regionen.* Und das bedeutet: Leistungsprinzip, Eigenverantwortung, Identität bei grenzenloser Polizeiarbeit.

Deutschland bleibt auch in Zukunft Zahlmeister Europas. Denn die gegenwärtige Bundesregierung kann sich in Brüssel einfach nicht durchsetzen. Und *Rot-Grün hat bereits die nächste Weiche falsch gestellt: Der Türkei den Beitritt zur EU in Aussicht zu stellen, kam hauptsächlich auf Betreiben von Schröder und Fischer zustande. Das war ein schwerer Fehler. Denn die entscheidende Frage wurde nicht einmal diskutiert: Wo sind die Grenzen Europas? Was ist mit Tunesien und Marokko – Nachbarländer Spaniens? Gehören die auch in die EU? Irgendwann stehen dann der Iran und der Irak vor der Tür – Nachbarländer der Türkei. Die Integrationsfähigkeit der EU ist doch nicht unbegrenzt!*

Stoiber gilt allenthalben als kommender Kanzlerkandidat der Unionsparteien. Wer vermöchte uns vor ihm zu retten? Rühe, der auch nicht viel besser ist, mag wohl nicht mehr. So bleibt, wenn er sich doch noch zu tun entschließt, wozu sein Name ihn verpflichtet, am Ende nur Cajus Julius Caesar, MdB, ein Forstamtmann aus Ostwestfalen-Lippe.

---

* Kursive Passagen sind Zitate von Edmund Stoiber

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 2/2000 über Kroetz im Berliner Ensemble

Konkret 05/00, S. 32

Georg Fülberth

Eine Frage für übermorgen

Ein Tip für Arbeitgeber: Wer einen Kündigungsgrund sucht, sollte sich an Joachim Gauck wenden

Die Unschuld

Wer sich in den sechziger und siebziger Jahren in politischen Gruppen von linken Intellektuellen umgetan hat – in der »Roten Zelle Ökonomie (Rotzök)«, im »Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)«, in der »Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V.« – hatte gute Chancen, dort den Dr. Rolf Rosenbrock zu treffen. Er galt als zuverlässiger Pragmatiker. Hatte man sich erst einmal der Gemeinsamkeit der Gesinnungen versichert, war er der richtige Mann, wenn gangbare Wege gefunden werden mußten. Daß er in der SPD war und ist, deutete auf Realitätstüchtigkeit hin.

Die bewies er auch im Beruf. Er ist studierter Ökonom, wurde Professor und arbeitete seit 1977 im »Wissenschaftszentrum Berlin (WBZ)«, dem heute größten außeruniversitären Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften in Europa. Dort leitete er die Arbeitsgruppe »Public Health«. Denn das ist sein Spezialgebiet: Gesundheitsökonomie. Hier gibt es kaum ein bundesweit wichtiges Gremium, in dem er nicht gesessen hätte: im wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, im Nationalen Aids-Beirat, in den Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags zu Aids und zur gesetzlichen Krankenversicherung, im Herausgeberbeirat des Bundesgesundheitsblatts, im Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. (Es muß sich um eine ziemlich blühende Industrie handeln.) Die Liste seiner wissenschaftlichen Publikationen ist lang, er war erfolgreich beim Einwerben von Drittmitteln. Zugleich schrieb er unverdrossen in der abweichenden Zeitschrift »Dr. med. Mabuse« und gab das »Jahrbuch für kritische Medizin« heraus.

Das schien also möglich: links bleiben und doch Karriere machen. Ohne Abstriche, Risiken und Nebenwirkungen geht das allerdings nicht. Die Radikalität des Rolf Rosenbrock wird sich wohl schon des längeren immer hübsch im rot-grünen Rahmen gehalten haben. Er schätzt die Gesundheitsministerin Fischer und sie ihn. Und was seine Karriere betrifft ... Damit sind wir beim Thema.

1994 begann das Bundeskriminalamt (BKA) wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen ihn zu ermitteln. Die CIA hatte sich 1990 einen Bestand aus der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR verschafft, aus dem angeblich Klar- und Decknamen der in der BRD tätigen Spione ermittelt werden können. Ca. 1993 wurde bundesdeutschen Verfassungsschützern erlaubt, ca. 1.500 von den US-Amerikanern ausgewählte Karteikarten abzuschreiben. Darunter war eine, aus welcher hervorgehen sollte, daß Rosenbrock mit einem »IM Maurer« identisch sei. Allerdings gab es weder eine Verpflichtungserklärung noch von ihm verfaßte Berichte. Um genau zu sein: Man hatte überhaupt nichts, was gegen ihn hätte verwendet werden können. So wurde das Verfahren 1996 eingestellt, und beide Seiten – Rolf Rosenbrock und das BKA – einigten sich darauf, niemandem etwas von dieser Untersuchung zu sagen.

(Ach, übrigens: Sind sie bei Ihnen auch schon gewesen? Inzwischen sickert durch, daß es seit mehr als zehn Jahren, merkwürdigerweise schon vor 1989, immer wieder einmal solche Besuche freundlicher Herren beim linken Milieu gegeben hat. Manchmal ging es auch gröber zu: Hausdurchsuchungen. In der Regel wurde offenbar anschließend Stillschweigen vereinbart und wohl meist auch eingehalten. Klug war das vielleicht nicht immer. Im politischen Bedarfsfall ist von interessierter Seite manchmal dann doch etwas öffentlich gemacht worden, und die Untersuchten mußten bekanntgeben: Da sei etwas gewesen, aber das Verfahren sei ja ergebnislos eingestellt worden. So ist offenbar einiges aufgemischt worden, und man hat die Belästigung je individuell weggesteckt. Auch ein Stück Geschichte der Linken und ihrer Demoralisierung: Früher wäre wohl eine Anti-Repressions-Kampagne fällig gewesen.)

Anfang 1999 behauptete die Gauck-Behörde, es sei ihr gelungen, eine Datenbank mit dem Namen Sira (System zur Informations-Recherche der Hauptverwaltung Aufklärung) zu entschlüsseln. Dies sei eine Art Posteingangsbuch der HVA, in welchem Absender, Überschriften und Inhaltsangaben von Berichten verzeichnet waren. Als Lieferant firmierte mehrmals auch IM »Maurer«. Tatsächlich fanden sich in Sira für die Jahre 1979-1987 Schlagworte zu Eingangsmeldungen über Berichte aus dem Wissenschaftszentrum Berlin, die dort allerdings nicht als vertraulich gegolten hatten: Sitzungsprotokolle, Projekt- und Personalplanungen, Budgets. Einmal wurde auch Rosenbrock genannt: als Objekt einer Beobachtung. Die Bundesanwaltschaft fertigte im Dezember 1999 einen Aktenvermerk, wonach er »zweifelsfrei« mit der »Quelle Maurer« identisch sei. Heimlich ist sie wohl dankbar dafür, daß sie keine Anklage erheben und ihre These keiner gerichtlichen Überprüfung aussetzen muß: Das Delikt, welches hier vorliegen soll, ist inzwischen verjährt. Rolf Rosenbrock wurde niemals angeklagt oder gar verurteilt. Beides wird in dieser Sache auch künftig unterbleiben. Somit hat er als unschuldig zu gelten.

Das Vertrauen

Seit Dezember 1999 dürfte er Anlaß haben, die Segnungen der Strafjustiz zu preisen, zumindest im Vergleich zu Veröffentlichter Meinung und Arbeitsrecht: Man kann nämlich wegen einer Handlung, für die man nicht vom Staatsanwalt angeklagt wird, dennoch von der Presse schimpfiert und vom Chef entlassen werden.

Im Dezember 1999 verbreitete der »Spiegel« eine Spionage-Story über Rosenbrock, der daraufhin vom Wissenschaftszentrum suspendiert und im Januar 2000 fristlos gekündigt wurde. Der Präsident des WZB, Professor Friedhelm Neidhardt, verlautbarte: Man glaube ihm nicht mehr und habe deshalb das Vertrauen zu ihm verloren. Rosenbrock klagt auf Weiterbeschäftigung. Am 18. Mai ist die erste Verhandlung vor dem Arbeitsgericht.

Jetzt wollen wir uns ein paar Gedanken darüber machen, weshalb sich der Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin so benimmt, wie es hier beschrieben werden mußte.

Wer es nicht vermeiden kann, solche Institutionen zur Kenntnis zu nehmen, gewöhnt sich ziemlich schnell an den larmoyanten und beklommenen Gesichtsausdruck, den ihre leitenden Figuren annehmen, sobald von ihren Geldgebern die Rede ist. Das WZB wird vom Bund und vom Land Berlin unterhalten, und es ist überdies von Drittmitteln abhängig. Um sich dies alles nicht zu verscherzen, braucht man – na was wohl? richtig: – das Vertrauen der genehmigenden Instanzen. Dieses aber, so hört man, sei ein ähnlich scheues Reh wie das Kapital. Der Präsident des Wissenschaftszentrums muß deshalb Wert darauf legen, daß alle seine Untergebenen Gewähr für dieses Vertrauen bieten. Das erklärt er wahrscheinlich mit seiner Verantwortung – noch so ein Unwort aus dem Lexikon des Dr. Kohl – , die er für die Arbeitsplätze in seiner Einrichtung trage.

Ob Mediziner und Naturwissenschaftler mehr Selbstbewußtsein oder gar ein Rückgrat haben, weiß ich nicht. In den Sozialwissenschaften findet man es kaum einmal: Feigheit gilt hier als die eine Hälfte der Intelligenz, Identifikation mit Macht und Staat als die andere. Damit dürfte der rachitische Zustand dieser Disziplinen zum größeren Teil erklärt sein. (Sehen Sie zu, daß Ihre Kinder solches Zeugs nicht studieren.)

Auch darf gerätselt werden, weshalb man sich jetzt ausgerechnet wieder Rosenbrock vorgenommen hat. Er selbst, in die Enge getrieben, scheint zu vermuten, man habe indirekt auch die Ministerin Fischer treffen wollen. Das wäre wohl etwas weit hergeholt. Wahrscheinlich ist alles viel banaler. Es gibt nicht nur politische Bedarfsfälle, sondern auch publizistische, außerdem Wichtigtuereien bei der Bundesanwaltschaft, bei Gauck sowieso.

Was wäre, wenn ...

Somit wäre alles gesagt, was über Rolf Rosenbrock, seinen Arbeitgeber und allerlei merkwürdige Erscheinungen in Presse und offiziöser Politik zu bemerken ist. Es bleibt noch eine Frage. Sie lautet: Was wäre, wenn ...?

Unter den Informanten, welche sich von der Hauptverwaltung Aufklärung des Markus Wolf anwerben ließen, waren auch Linke. Wer ab 1989 enttarnt wurde, kam vor Gericht und wurde bestraft. Einige haben ihre Haft schon abgesessen, andere – so z. B. Rainer Rupp, der unter dem Decknamen »Topas« in der Nato-Zentrale spionierte – sind noch im Knast, und sei es im offenen Vollzug.

Die Sache könnte noch einmal aktueller werden, denn die Gauck-Behörde hat bekanntgegeben, daß die Liste mit den West-Spionen der HVA, die 1990 an die CIA geriet, in diesem Frühjahr von den Vereinigten Staaten an sie übergeben werde. Der Bundesbeauftragte freut sich auf Erkenntnisse über 5.000 bis 30.000 Ex-Agenten aus der alten BRD. Die große Bandbreite der Zahlen ist interessant und bedeutet: In Wirklichkeit weiß er noch gar nichts.

Vielleicht ist also alles nur geprahlt. Die Pastoren in der Berliner Glinkastraße brauchen von Zeit zu Zeit die Ankündigung eines Erfolgs, denn sie haben verständlicherweise keine Lust, nach einer etwaigen Abwicklung ihres Amtes wieder vor leeren östlichen Kirchenbänken zu predigen. Einen Hinweis darauf, daß von dem neuen Material vielleicht gar nicht so viel zu erwarten ist, gibt uns die Tatsache, daß sich ja das Bundeskriminalamt bereits 1994-1996 gegen Rosenbrock daraus bediente und nichts zustandebrachte. Dennoch können wir einige grundsätzliche Überlegungen zu dem Problem anstellen:

Wer vor 1989 im Westen etwas gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus tun wollte, hatte ein paar Optionen: Er (oder sie) konnte einer einschlägigen Partei beitreten, ein Komitee gründen, Artikel schreiben, Geld spenden. Einige nahmen den bewaffneten Kampf auf. Andere kamen zu dem Ergebnis, am effizientesten sei es, wenn sie dem stärksten militärischen und außenpolitischen Feind des deutschen Kapitalismus, der UdSSR, oder der DDR zuarbeiteten, und sei es durch Spionage.

Verloren haben wir schließlich alle, aber der Preis war verschieden hoch. Einige kamen ums Leben, andere sitzen im Gefängnis, wieder andere beziehen ein staatliches Gehalt oder Diäten. Nicht heute, aber hoffentlich doch übermorgen, wenn der Pfarrer Gauck im Himmel ist und dort mit dem Professor Neidhardt Halma spielt, wird über die Frage, welchen Platz die DDR-Spione in der Geschichte der westdeutschen Linken haben, unbefangener gesprochen werden als heute.

Jetzt aber darf man vielleicht schon an eine Antwort von vorgestern erinnern. Sie wurde von August Bebel gegeben. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs lieferte er in der Schweiz Informationen über die deutsche Rüstung an einen britischen Diplomaten, der zugleich für den Geheimdienst seines Landes arbeitete. Bestimmt hätte er diesen Gefallen lieber irgendeinem sozialistischen Ausland erwiesen. Das gab es damals noch nicht.

Ein letzter Blick auf Rolf Rosenbrock: Schade, daß er kein Spion ist. Ich hätte nicht schlecht von ihm gedacht.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 4/2000 über die Haltbarkeit des Kapitalismus

Konkret 05/00, S. 34

Werner Vogt

Eine österreichische Seele

Der NS-Euthanasiearzt Heinrich Gross steht mal wieder vor Gericht. Er kann sich weiterhin auf Milde des Gerichts und gefällige Gutachter verlassen

Das Ritual war kurz, eindrucksvoll und verlief wie geplant. Zuerst setzt Anwalt Lehner seinen berühmt-berüchtigten Klienten auf den Arme-Sünder-Sitz vor den Verhandlungssaal und gibt ihn für die Kameras frei. Armselig, in sich zusammengesunken, unrasiert und in ein abgetragenes Mäntelchen gehüllt, bietet er eine gute Viertelstunde das Bild der unschuldigen Gebrechlichkeit. Dann darf er zur Erholung in das Richterzimmer. Zu Beginn der Verhandlung stellt Richter Karlheinz Seewald sieben bedeutungslose Fragen zur Person, kommt nur einmal zur Sache: »Sie waren schon einmal in Untersuchungshaft?« Gross, der alle Fragen prompt beantwortet, weiß auch, warum: »Wegen des gleichen Delikts, das man mir heute vorhält.«

Was in der Anklageschrift steht, erfährt man nicht, denn nun waltet der Psychiater Primarius Reinhard Haller seines Amtes. Er hat seinen Kollegen Dr. Heinrich Gross zweimal besucht. Im November 1998 findet der Gerichtsgutachter Haller beim ehemaligen Gerichtsgutachter Gross eine beginnende Altersdemenz. Am 20. März 2000, ein Jahr und 299 Tage später, handelt es sich um eine fortschreitende Demenz. Wer hätte das gedacht? Er wird nicht jünger, der alte Euthanasiearzt. Und das macht seinem Kollegen und dem Richter große Sorgen. Er könne dem Verhandlungsgang nur fünf bis zehn Minuten folgen. Als Haller dies behauptet, hatte Gross schon eine gute halbe Stunde lauernd das Ritual der Gerechtigkeit verfolgt, hatte alles verstanden. Fast. Denn das vorgetragene Gutachten, nein, das hat er nicht verstanden. Gehört alles, verstanden nichts. Das war der Schlüsselsatz.

Fragen an Primarius Haller, der, welch ein Hohn, Sigmund Freud für den NS-Arzt Gross bemüht, Fragen gibt es keine. Auch der Staatsanwalt bleibt stumm. Das wird den Justizminister freuen. Was der Staatsanwalt kann, können auch die Geschworenen. Sie halten den Mund. Der Richter verkündet das erwartete Kurzurteil. »Dem Antrag des Verteidigers war stattzugeben«, die Verhandlung ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Gross wird neuerlich Zeit für die fortschreitende Demenz eingeräumt.

Ende des Rituals. Gross, der angeblich nach zehn Minuten wegkippt, hat insgesamt 75 Minuten die einstudierte Rolle bravourös absolviert. Er verläßt die Anklagebank und seinen geliebten Arbeitsplatz, das Graue Haus. Er hat im Kaffeehaus einen Fernsehtermin.

Wiens Anwälte haben den Vorgang seit Wochen lachend vorhergesagt. Im Falle Gross geschehen keine Wunder. Auf die seit 55 Jahren gespielte und geübte Vergeßlichkeit ist Verlaß.

Also ein Justizskandal? Ja, ein Justizskandal, der sich seit 55 Jahren vor unseren Augen ereignet. Der Lebenslauf des Euthanasiearztes Gross ist schlüssig. 1947 flieht er. 1948 wird er verhaftet. 1950 wird er zu zwei Jahren Haft verurteilt, die er bereits in Untersuchungshaft abgesessen hat. Das Urteil wird 1951 aufgehoben, das Verfahren eingestellt. Gross beantragt Haftentschädigung. Da will er also erstmals Geld vom Gericht, das später reichlich fließt. 1951 wird nicht entschädigt, da er nicht beweisen konnte, »daß er an diesen zahlreichen Morden unbeteiligt gewesen war«.

Gross interpretiert die Einstellung fortan dennoch als Freispruch, was sich für ihn äußerst günstig auswirkt. 1981 wird das Oberlandesgericht – Gross hat mich wegen übler Nachrede verklagt – das Vorleben des Psychiaters in unangenehmer Weise beleuchten: Gross, begeisterter Nationalsozialist, mitbeteiligt an der Tötung einer unbestimmten Anzahl von Kindern. Meine üble Nachrede hatte sich als richtig erwiesen.

Das Ausmaß der Vergeßlichkeit des Euthanasiearztes war immer situationsbedingt. In der Phase des Reputationsaufbaues – Kathole, Sozialist, Primarius, Wissenschaftler mit der »weltweit größten Sammlung an Mißbildungen«, Gutachter – weiß er gar nichts. In der Phase des sich mindernden Ansehens ab 1981 – Parteiausschluß, Streichung von der Gutachterliste, Verlust des Ludwig-Boltzmann-Instituts – fällt ihm hin und wieder zu seiner Reichsausschußarbeit »Am Spiegelgrund« etwas ein, womit er allerdings nichts zu tun gehabt hat.

Das Vergessen war nur möglich, weil die Sozialdemokratie, der Wiener Gesundheitsstadtrat, alle Justizminister, die medizinische Fakultät, die lieben Kollegen, die Ärztekammer und vor allem die Strafrichter es mittrugen. Obwohl man Gross ungestraft den Satz umhängen konnte, daß er »an der Tötung mehrerer hundert angeblich geisteskranker Kinder mitbeteiligt war«, blieb er Primarius, Gutachter, werter Kollege.

Bis heute fand sich nicht einer der sonst so leicht abrufbaren Psychointerpreten, der das Phänomen Gross, diese österreichische Seele, erklärt hätte. Allen fiel zu Gross nichts ein, an ihm nichts auf. Nun, da das Geschäft der Weltinterpretation hierzulande in die Hände der Philosophen geraten ist – Rudolf Burger, Konrad Paul Liessmann – , warten wir geduldig auf eine neue Phänomenologie des Vergessens und Verschweigens.

Heinrich Gross jedenfalls hat es geschafft. Was er uns Jahrzehnte vorgespielt hat, ist, laut Gutachter Haller, biologisch eingetreten: Er ist vergeßlich. Die Demenz, im klinischen Wörterbuch »die erworbene Verblödung«, hat ihn und mit ihm alle, die ihn deckten, gerettet.

Vorläufig gerettet. Nachdem dem Staatsanwalt zwei Fernsehinterviews vorliegen, die einen munteren, listigen Dr. Gross zeigen, zweifelt der Ankläger an der psychiatrisch diagnostizierten Verhandlungsunfähigkeit des Euthanasiearztes. Das Gericht fordert eine neuerliche Begutachtung durch einen deutschen Fachmann, hegt also Zweifel an der Objektivität der österreichischen Gerichtspsychiatrie.

Der New Yorker Psychiater und Gerichtssachverständige Peter Stastny sah im vorgelegten Gutachten »grobe Schwächen«, war entsetzt, daß Richter und Staatsanwalt »trotz des unschlüssigen Gutachtens auf die Befragung des Sachverständigen« verzichteten. Die vom Österreicher Dr. Haller angewandten psychologischen Testverfahren seien »überhaupt nicht mehr gängig, seien nicht in der Lage, die Frage des Simulierens zu klären«. Und vieles spreche dafür, »daß Gross sich unter Vortäuschung einer Demenz oder Depression vor der Verantwortung drücken will«.

Im vorgelegten schriftlichen Gutachten, erstellt am Tag vor der Verhandlung, findet sich kein Satz über ein mögliches Täuschungsverhalten. Der psychiatrische Befund ist dünn, umfaßt 26 Zeilen. Es werden belanglose Feststellungen (»Er sitzt im Lehnsessel, Frau K. ist anwesend«) mit wenig erhellenden subjektiven Eindrücken gemischt (»Er wirkt geschwächt, wirkt müde«), dann allerdings werden aus dem banalen Psychomix große Interpretationen geschüttelt: »Merkfähigkeit und Gedächtnis sind stark reduziert, der Kurzzeitspeicher ist schlechter als das Langzeitgedächtnis.«

Kurz wie lang, die Demenz des unter Mordanklage stehenden Dr. Gross beeindruckt den Sachverständigen Dr. Haller. Wenn Gross einer Frage ausweicht, wenn er etwas vergessen hat – alles Verhalten ist ein Symptom der Demenz, was auch wohlerprobte Schlauheit sein könnte. Dreißigtausend Gutachten hat der Euthanasiearzt selbst erstellt. Er hat reichlich Erfahrung im Täuschen und Tarnen, er weiß, wie man sich aus der Verantwortung stiehlt. Im mündlich vorgebrachten Ergänzungsgutachten stellt Dr. Haller die entscheidende Frage: Ist der erfahrene Gerichtsgutachter Gross ein gewiegter Bluffer, ist die »erworbene Verblödung« nur gut gespielt?

Nein, ist er, ist sie nicht. Gerade weil Gross ein derart erfahrener Gutachter ist, sei ein derart primitives Verhalten völlig undenkbar. Gross hat zu viel Erfahrung mit gespieltem Ausweichverhalten, er kann daher selbst nicht ausweichen. Ein alter Psychiater kann keine Altersdemenz simulieren, der hehre Beruf schließt solch ein niederes Verhalten aus.

Hehrer Beruf, niederes Verhalten: Gross war an der Tötung einer großen Zahl von angeblich geisteskranken Kindern beteiligt. Das ist in einem Gerichtsurteil aus dem Jahre 1981 bestätigt. Diesmal geht es um Mitbeteiligung in neun Fällen von Kindesmord. Ist das alles im Langzeitspeicher des Gerichtsgutachters Haller verloren gegangen, wenn er ausgerechnet bei Gross, der noch nie die ganze Wahrheit über sein Wissen im »Euthanasiepavillon Am Spiegelgrund in Wien« ausgesprochen hat, dessen Lebenslauf seit 55 Jahren ständig ergänzt werden muß, wenn Haller also ausgerechnet bei Gross ein derart hehres Berufsverhalten findet, das Lug und Trug ausschließt? Wer mogelt sich hier an der Wirklichkeit vorbei, damit es der österreichischen Justiz erspart bleibt, einen verläßlichen Gutachter als Mörder zu entlarven?

Ein ausländischer Gutachter muß her. Woher aber nehmen wir eine Justiz, die nicht an politisch motivierter Demenz leidet? Wenn alle ein bißchen simulieren, wird man schon um ein Urteil gegen Dr. Gross herumkommen. Auch ein deutscher Gutachter, der von österreichischer Verbrechensbewältigung nichts weiß, wird das nicht verhindern.

P.S. Die SPÖ hat soeben (am 6. April) eine Grundsatzerklärung »zu ihren braunen Flecken« herausgestottert. Anlaß: ihr ehemaliges Mitglied Dr. Gross. Er ist ein »brauner Fleck«. Wird mit einer Entschuldigung weggeputzt. Basta.

Werner Vogt ist Arzt und Publizist in Wien. Eine kürzere Fassung seines Beitrags erschien zuerst in »Profil«

Konkret 05/00, S. 35

Marianne Enigl

»Eben begeistert«

Ein Kalender zur Vita der Naziarztes Heinrich Gross, zusammengestellt von Marianne Enigl, die in der österreichischen Zeitschrift »Profil« 1995 das entscheidende Belastungsdokument gegen den Mediziner veröffentlicht hat

1932: *Der 17jährige Mittelschüler Heinrich Gross tritt der Hitlerjugend bei. Er war »eben begeistert«. Im Jahr darauf ist er »Illegaler« beim SA-Sturm, will diese und weitere SA-Funktionen aber nie ausgefüllt haben.10.2.1939: Gross unterschreibt den Erfassungsantrag zur NSDAP, Mitgliedsnummer 6.335.279, der bereits im Mai 1938 gestellt worden war. Am 15.12.1939 wird er promoviert. Beginnt als Volontärarzt.*

24.7.1940: *Nach »Leermordung eines beträchtlichen Teils der Pavillons« (Anklage) wird die Fürsorgeanstalt »Am Spiegelgrund« mit 640 Betten eröffnet. Gross beginnt seine »oft unterbrochene« Arbeit hier im November 1940.*

31.7.1944: *Gross meldet eines seiner neun mutmaßlichen Mordopfer, den acht Monate alten Lothar R., wegen Mongolismus an den Reichsausschuß. Das Kind stirbt am 14. September 1944.*

15.4.1945: *Im Totenbuch des »Spiegelgrund« wird das letzte von 789 Kindern vermerkt, die der NS-Euthanasie hier zum Opfer gefallen sind. 238 Totenscheine sind nachweislich von Gross unterschrieben, er sagt: »Ich war Euthanasie-Gegner.«*

1.4.1948: *Gross wird verhaftet, Klinikchef Ernst Illing war zum Tod verurteilt und am 13. November 1946 gehenkt worden. Laut Urteil hatte er in rund 200 Fällen »Todesbeschleunigungen« zugegeben.*

29.5.1950: *Gross wird wegen Mitschuld am Totschlag zu zwei Jahren Haft verurteilt. Der Oberste Gerichtshof verweist den Fall an die Vorinstanz zurück. Der Staatsanwalt stellt ein.*

1.6.1955: *Gross kehrt als Arzt in die Heil- und Pflegeanstalt »Am Steinhof« zurück, auf deren Gelände die NS-Morde stattgefunden hatten. Das SPÖ-Mitglied (seit 1953) wird 1957 hier Leiter der II. Psychiatrischen Abteilung.*

21.1.1960: *Gross wird gerichtlich beeideter Sachverständiger für Neurologie, später für Psychiatrie. Allein im Jahr 1980 wird er für 592 Gerichtsgutachten eine Million Schilling Gebühren kassieren.*

1962: *Die Uni Wien lehnt Gross' Habilitierung ab, weil der Neurologe Hans Hoff auf Verwendung von Gehirnen von NS-Opfern hinweist. Zuvor hat Gross zusammen mit dem Mediziner und Ex-SS-Mann Seitelberger publiziert.*

1968: *Gross bekommt von der SPÖ-nahen Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft ein Forschungsinstitut, arbeitet weiter an Gehirnen der Euthanasie-Opfer, die er »ungeniert benützte« (Senatsbericht, Uni Wien).*

1974: *Gross verwendet seine Patienten zu Pharmatests und schreibt über das später verbotene Mittel Clozapin: »Gemessen an der Art des Krankengutes war ein nur bescheidener Therapieerfolg zu erwarten.«*

1975: *Die Boltzmann-Gesellschaft beantragt für Gross »aufgrund seines wirklichen Könnens eine sichtbare Auszeichnung«. Gross bekommt das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse.*

1977: *Gross reist mit den Psychiatern Gerhard Harrer, Otto Schiller und Willibald Sluga in die Sowjetunion. Die Zeitschrift »Eingriffe« der AG Kritische Medizin schreibt von »Weißwäschern der SU-Psychiatrie«.*

1978: *Der ehemalige »Spiegelgrund«-Patient Friedrich Z. hat in seinem Gerichtspsychiater Gross einen der NS-Ärzte wieder erkannt. Der »Kurier« berichtet über den »Arzt aus der Mörderklinik«.*

1979: *Justizminister Christian Broda antwortet dem Gross-Kritiker und Arzt Werner Vogt, daß »die Justizbehörden weiterhin von der Verfahrenslage« der fünfziger Jahre ausgehen, das heißt nicht untersuchen.*

1980: *Gross (»Ich habe Luminal nur zur Beruhigung verordnet«) gewinnt in erster Instanz den Ehrenbeleidigungsprozeß gegen Werner Vogt, der ihm Beteiligung an der Tötung hunderter Kinder vorgeworfen hatte.*

1981: *Freispruch für Vogt durch das Oberlandesgericht. Laut OLG war Gross »nicht bloß an wenigen, sondern sogar an einer größeren Zahl von Tötungen mitbeteiligt«. Dennoch keine Ermittlungen gegen Gross.*

1992: *Die Verfolgungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg informiert Österreich über belastende Unterlagen über NS-Ärzte wie Gross aus Ex-DDR-Archiven. Die Staatsanwaltschaft bleibt untätig.*

19.6.1995: *»Profil« veröffentlicht neues Belastungsdokument gegen Gross. Strafanzeige durch das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW). Die Erhebungen werden im Dezember eingestellt, Gross ist weiter Gutachter.*

10.3.1998: *Neuerliche »Profil«-Veröffentlichung, neue DÖW-Anzeige, Staatsanwaltschaft will Verfahren wieder einstellen. Diesmal gibt jedoch Justizminister Nikolaus Michalek weitere Erhebungen in Auftrag.*

18.3.1998: *Auf Anregung von Untersuchungsrichterin Minou Neundlinger beginnt Voruntersuchung gegen Gross wegen Mordverdachts. Untersuchung der Gehirne von »Spiegelgrund«-Kindern auf Medikamente wie Luminal.*

14.12.1998: *Gross wird erstmals von der Untersuchungsrichterin befragt. Sagt zu schmerzhaften Injektionen zwecks Disziplinierung: »So schlimm war das nicht. Jedenfalls haben sie ihr aufmüpfiges Verhalten eingestellt.«*

16.4.1999: *Fertigstellung der Anklage gegen Gross wegen Mordes (als Beteiligter) an neun Kindern. Der Einspruch von Gross-Anwalt Nikolaus Lehner (»Gross hielt sich strikt an Weisungen«) wird abgewiesen.*

21.3.2000: *Beginn des Geschworenenprozesses im Straflandesgericht Wien. Geplante Dauer: acht Prozeßtage. Tatsächlich wurde der Prozess 40 Minuten nach Eröffnung wegen angeblicher Verhandlungsunfähigkeit des 84jährigen Gross auf unbestimmte Zeit vertagt.*

Konkret 05/00, S. 36

Robert Kurz

Wir haben ihn so geliebt, den Klassenkampf

Über das letzte Gefecht des Arbeitsmarxismus

Endlich kann die zersplitterte Restlinke einmal einig sein, und zwar gegen eine gemeinsam verabscheute Konkurrenz namens »Krisis«. In KONKRET und anderswo tönt es in bester Oberlehrermanier: Das »Manifest gegen die Arbeit« und das *Schwarzbuch Kapitalismus* sind indiskutabel. Und an die Adresse des linken Publikums ergeht der eilige Bescheid: Lesen lohnt nicht! Schon die Heftigkeit und Allgemeinheit der Reaktion will nicht so recht zur Message passen. Warum widmet man einer Position, die ob ihrer Unmöglichkeit eigentlich keinerlei Aufhebens verdient, einen wütenden Verriß nach dem andern? Das fast schon eingeschläferte marxistische Restdenken reagiert deswegen plötzlich allergisch, weil es sich mit der Mobilisierung gerade jener Momente in der Marxschen Theorie konfrontiert sieht, die der Arbeiterbewegungsmarxismus mehr als hundert Jahre endzulagern versucht hat: der emanzipatorischen radikalen Kritik der warenproduzierenden Moderne. Es ist die Furcht vor dem Bruch mit der eigenen linken Identität, die so viel liquidatorischen Eifer hervorruft.

An der Geschichte der letzten beiden Jahrzehnte fällt auf, wie reibungslos die große Mehrheit der ehemaligen radikalen Linken in die offizielle bürgerliche Welt von »Marktwirtschaft und Demokratie« eingetaucht ist. Im Schnelldurchgang hat die westliche Neue Linke den langen Weg der Sozialdemokratie zur mitgestaltenden Instanz in der Krisen- und Menschenverwaltung des kapitalistischen Unwesens und auf die Ministersessel nachvollzogen. Mit derselben Windeseile haben sich die staatskommunistischen Eliten des Ostens ohne schwere innere Kämpfe in eine konkurrenzkapitalistische Mafia verwandelt. Auch die glorreiche KPdSU ist nur noch ein chauvinistischer und antisemitischer »stinkender Leichnam«. Die fast geräuschlose Selbstverständlichkeit dieser Transformationen verrät das Geheimnis, daß selbst die radikalste Linke in der Großepoche von 1789 (oder 1848) bis 1989 immer ein integraler Bestandteil der bürgerlichen Modernisierungsgeschichte gewesen ist. Wir haben es weniger mit einem erschütternden Bruch als vielmehr mit einer Entpuppung zu tun. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist die bisherige radikale Linke dafür ebenso reif geworden, wie es die Sozialdemokratie schon 1914 war.

Jene Trotz-alledem-Linke, die ebenso wie der Kapitalismus bloß übrig geblieben ist, steht zu dieser Entpuppung in einem verzweifelten Verhältnis. Krampfhaft versuchen ihre Vordenker, die kapitalistische Transformation des westlichen Marxismus wie des östlichen Staatskommunismus noch einmal nach dem Muster des Schismas von 1914 zu verarbeiten. Was aber damals noch ging, geht heute nicht mehr. Die Wortführer der Restlinken können und wollen die reale Entwicklung nicht mehr erklären, sondern ziehen sich auf ein ahistorisches Niemandsland zurück. Der Bruch mit dem obsolet gewordenen Arbeiterbewegungsmarxismus soll vermieden werden. So kann sich dieses Denken in seinen diversen akademischen, sektenhaften, nostalgischen und an vergangenen Bewegungen orientierten Verfallsgestalten nicht mehr weiterentwickeln, sondern bleibt auf der historischen Position stehen, von der aus sich die Transformation der ehemaligen Genossinnen und Genossen vollzogen hat. Gegen den neuen kapitalismuskonformen Realismus wird nicht mehr die Zukunft, sondern nur noch die Vergangenheit geltend gemacht. Signifikant in dieser Hinsicht ist die gemeinsame müde und halbherzige Verteidigung des unrühmlich untergegangenen Staatssozialismus als einer »irgendwie« doch nicht dem System kapitalistischer Warenproduktion zugehörigen Formation.

Man sollte meinen, das definitive Ende der Arbeiterbewegung und das ebenso definitive Ende des Realsozialismus hätten eine fieberhafte Debatte um die grundsätzliche Erneuerung der Kapitalismuskritik auslösen müssen. Aber nichts dergleichen ist in der restlinken Szene zu beobachten, deren Wortführer statt dessen die Parole ausgegeben haben: »Es gibt nichts Neues unter der Sonne.« Man hat sich einmal kurz geschüttelt, um dann weiterzumachen, als wäre nichts gewesen. Aus diesem stumpf gewordenen Geist speisen sich auch sämtliche linken Polemiken gegen *Schwarzbuch* und »Manifest«. Obwohl mit Händen zu greifen ist, daß sich ein Epochenbruch vollzogen hat und die abgeschliffenen Statements des Marxismus an der kapitalistischen Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts abgleiten, sind die linken Resteverwerter bloß zum Recycling ihrer beendeten Theoriegeschichte übergegangen. Aber nicht ein ins Leere gehendes »Weitermachen« ist angesagt, sondern jenes schroffe Wort von Marx, der Kommunismus als historische Bewegung müsse seine eigenen gescheiterten Anläufe und vergangenen Versuche »grausam gründlich verhöhnen«.

Die Dechiffrierung des Arbeiterbewegungsmarxismus zeigt, daß er mit seinen Kriterien der Kritik selber noch der bürgerlichen Vernunft verpflichtet blieb. Die Essenz dieses Denkens bildete immer nur einen zweiten Aufguß der Aufklärungsphilosophie, um die Ideale kapitalistischer Rationalität gegen die schlechte kapitalistische Wirklichkeit einzuklagen. Indem sich die Linke ängstlich am bürgerlich-liberalen Fortschrittsbegriff orientierte und in der reaktionären Scheinkritik der Aufklärung nicht die andere Seite derselben Medaille erkennen konnte, ließ sie sich auf die mit jedem Entwicklungsschub des Systems neu aufbrechenden innerkapitalistischen Alternativen vergattern. Diese große historische Bewegung formierte sich daher noch »in« den Realkategorien und Vergesellschaftungsformen des Kapitalismus. Abstrakte Arbeit, Warenform, Wert, Geld, Marktvermittlung, Staat, Nation und Demokratie wurden als quasi neutrale ontologische

Gegenstände behandelt, die sozialistisch umfunktioniert werden sollten. Dieser Antikapitalismus blieb auf das Adjektiv beschränkt, er wollte der abstrakten Arbeit kapitalistischer Warenproduktion die ebenfalls Waren produzierende »sozialistische« Arbeit, der bürgerlichen Demokratie und Politik die »sozialistische« Demokratie und Politik, dem bürgerlichen Geld das »sozialistische« Geld entgegensetzen.

Nachdem sich diese beschränkte Art der Kritik erschöpft hat, kann der emanzipatorische Antikapitalismus nur noch abdanken oder »kategorisch« werden. Die Grundformen kapitalistischer Vergesellschaftung sind jetzt selbst zum Gegenstand radikaler Kritik zu machen. Sie können nicht mehr als neutraler gemeinsamer Kampfboden ausgeblendet bleiben. Diese Aufgabe ist so neu und unentwickelt, daß die Ansätze ihrer Thematisierung sicherlich unvollkommen und daher diskussionsbedürftig sind. An einer solchen Debatte hat die große Koalition der restlinken Wortführer aber nicht das geringste Interesse. Ihre Polemik muß den Gegenstand bis zur Unkenntlichkeit entstellen, weil sie die Aufgabe als solche negiert. Es geht nicht um die kontroverse Klärung offener Fragen, sondern um die ressentimentgeladene Abwehr der Fragestellung.

Diese Vorgehensweise ist nicht nur dem gewöhnlichen Abgrenzungshaß der eitlen Platzhirsche geschuldet, sondern bedient ein nicht zu unterschätzendes Bedürfnis. Was hier ausgetragen wird, ist der Todeskampf einer »klassenkämpferischen« Identität, deren Verteidigung gegen die fortgeschrittene kapitalistische Wirklichkeit zum eigentlichen Inhalt der Restlinken geworden ist. So vertritt die Polemik Freerk Huiskens von der ehemaligen »Marxistischen Gruppe« (»Untergang mit Perspektiven«, KONKRET 3/2000) eine Art skelettierten, von jeder historischen Amalgamierung gereinigten Museumsmarxismus, der unverdrossen »geschult« werden kann wie ein Lehrbuch der Biologie. Dabei kommen die Defizite und inneren Widersprüche des alten Klassenkampf-Paradigmas mit wünschenswerter Deutlichkeit zum Vorschein.

Was das wert-unkritische, sich kategorial bloß innerhalb des warenproduzierenden Systems bewegende Denken der Linken schon immer verfehlt hat, ist das Verhältnis von objektivierten Fetischformen des Kapitals und handelnden gesellschaftlichen Subjekten. Die Dialektik dieses Verhältnisses wurde entweder in einen kruden Objektivismus aufgelöst oder in eine ebenso krude Anrufung diverser sozialer Subjekte. Einerseits beschwor man positiv die ehernen »Gesetzmäßigkeiten« der Ökonomie schlechthin, die noch als angebliche »ökonomische Gesetze des Sozialismus« verlängert werden sollten, und glaubte als Vollstrecker »objektiver Tendenzen« die Macht der Geschichte im Rücken zu haben. Andererseits sollte genau diese steinere Objektivität stets in ein subjektives soziales »Wollen« aufgelöst werden. Das ist das Dilemma des bürgerlichen Aufklärungsdenkens überhaupt, das seinen proklamierten »freien Willen« stets durch dessen eigene gesellschaftliche Form desavouiert sieht.

In der Tradition des westlichen Marxismus hat sich die Restlinke bei ihrem Rückzugsgefecht weitgehend auf die Seite der kruden Subjektivierung geschlagen. Bei MG-Huisken etwa löst sich die positivistisch verkürzte Politische Ökonomie letzten Endes in bloße Willensverhältnisse auf: Die einen beuten aus, weil sie es »so wollen« und »etwas davon haben«, die anderen werden ausgebeutet, weil sie unbegreiflicherweise den »Willen« ihres eigenen Interesses nicht genügend geltend machen, wofür ihnen die MG dann gut aufklärerisch auf die Sprünge helfen möchte. Dieses Konstrukt verkennt völlig, daß die Bewegung des auf sich selbst rückgekoppelten Geldkapitals alle Bedürfniszwecke und Willensinhalte der in seinem Funktionszusammenhang handelnden Subjekte übersteigt, denen gegenüber es einen verselbständigten Mechanismus, gewissermaßen eine gesellschaftliche Maschine oder ein »automatisches Subjekt« (Marx) bildet (»so was gibt's?«, fragt Huisken, seine umwerfende theoretische Naivität enthüllend). Natürlich ist diese aus allen Bedürfnissen »herausgelöste Ökonomie« (Polanyi) ihrerseits wieder ein Resultat gesellschaftlichen Handelns, nämlich der frühmodernen Militärdespotien, deren Protagonisten unbewußt die moderne Logik des auf die gesamte gesellschaftliche Reproduktion übergreifenden »Geldmachens« entfesselten. Einmal konstituiert, hat sich diese Logik aber von ihrem ursprünglichen Zusammenhang emanzipiert und ist zur allgemeinen gesellschaftlichen Form jenseits der subjektiven »Zwecke« geworden.

Die Menschen sind deshalb aber eben nicht »willenlose« Marionetten eines irgendwo sitzenden Phantoms, sondern sie sind im Gegenteil aufgrund ihrer eigenen, bereits vorgefundenen und vermeintlich selbstverständlichen gesellschaftlichen Form dazu verdammt, gerade durch ihre subjektiven Willenshandlungen hindurch die negative Objektivität des Kapitalfetischs tagtäglich zu reproduzieren. Die Formkategorien und Mechanismen des Kapitals bilden keine Funktion von Willensverhältnissen, sondern genau umgekehrt erweisen sich die Willensverhältnisse als abhängige Funktion der verselbständigten Verwertungsbewegung. Es gibt auf dem Boden des Kapitalverhältnisses immer Handlungsalternativen, Willensgegensätze und subjektive Zwecke aller Art, ein buntes Treiben und »Dichten und Trachten« – aber immer nur in derselben eisernen Form des Werts, die das bestimmende Moment ausmacht. In den arbeiterbewegungsmarxistisch vernagelten Schädel will es einfach nicht hinein, daß das bürgerliche Willenssubjekt (selbstverständlich auch das der Lohnarbeit) apriori form-konstituiert ist, bevor es überhaupt irgend etwas »gewollt« hat, und daß diese in den Wert (die Verwertungsbewegung) eingeschlossene Form des Willens, also die allgemeine Denk-, Handlungs- und Subjektform der Wertvergesellschaftung, der eigentliche Gegenstand radikaler Kritik sein muß.

So bleibt es für dieses aufklärerische linke Bewußtsein auch ein Buch mit sieben Siegeln, daß die Verwertung des Werts einen blinden Selbstzweck darstellt. Huisken setzt hinter »blind« sofort sein reizend empörtes Ausrufezeichen. Er patscht sich auf die Schenkel vor Lachen über die Gestörten von der »Krisis«, die im Kapitalismus Irrationalität, Paranoia und metaphysische Verrücktheit am Werk sehen (obwohl doch Marx sogar einem simplen Tisch in seiner Warenform »theologische Mucken« zugesprochen hat). Und er wirft »Manifest« und *Schwarzbuch* vor, daß darin der Kapitalismus »als Mischung aus Irrenanstalt, Morgue und Mafia präsentiert« werde. Daran ist etwas Wahres. Statt die tiefe Irrationalität des Kapitalverhältnisses (und damit der bürgerlichen Vernunft) zu begreifen, unterstellt die abgewetzte aufklärungs-marxistische Ideologie »dem Kapital« lediglich eine (feindliche) Rationalität des Interesses und des dazugehörigen Willens: die subjektive Aneignung und den Genuß des Reichtums durch die einen, von dem die anderen ausgeschlossen bleiben.

Aber im Unterschied zu den Feudalherren verfressen und versaufen weder die Geldkapitalisten noch die Manager das stoffliche Mehrprodukt. Vielmehr muß sich das akkumulierte Kapital bei Strafe des Untergangs in der Konkurrenz unaufhörlich weiterverwerten, also in den Verwertungsprozeß zurückgeschleust werden. Der exklusive subjektive Reichtum ist nicht der Zweck der ganzen Veranstaltung, sondern selber bloß ein unwesentliches Anhängsel und Abfallprodukt des übergeordneten irrationalen Selbstzwecks. Der gewöhnliche linke Willensidiot stellt sich als Repräsentant des kapitalistischen gesunden Menschenverstands so dumm, wie er auch wirklich ist, wenn er dagegen treuherzig einwendet: Es ist doch kein Selbstzweck, daß ich in der Fabrik arbeite und mein Geld verdiene, weil ich mir etwas dafür kaufen »will«, und auch der Kapitalist »will« doch bloß »seinen« Profit machen, wo ist da der Selbstzweck? Unbewußt nimmt das linke aufklärerische Bewußtsein dabei den Standpunkt der Mikroökonomie, des apriori konstituierten bürgerlichen Marktsubjekts ein, dem seine eigene Zweckform unproblematisch bleibt. Es will nicht wahrhaben, daß es seinen (von der kapitalistischen Form keineswegs unbeeinflußten) subjektiven Bedürfniszwecken nur folgen kann, indem es sich bedingungslos an den blinden Bewegungsprozeß des »automatischen Subjekts« ausliefert und anpaßt.

Die nicht nur einem Huisken unbegreifliche radikale Kritik der allgemeinen, in der Tat subjektlosen Form der sozialen Subjekte selber erscheint vom bornierten Standpunkt des konkurrierenden Waren-Interesses aus als eine Art versöhnlerische Menschheitsduselei, eben weil die Begriffe von Kritik und sozialem Kampf in die bürgerliche Hülle eingeschlossen bleiben. Die negative Bestimmung des gemeinsamen (aufzuhebenden, zu sprengenden) Bezugssystems wird absichtlich mit einer klassisch »kleinbürgerlichen« Versöhnungspredigt verwechselt, die aber ja immer gerade die gesellschaftliche Form des warenproduzierenden Systems als positive Gemeinsamkeit beschwört. Diese bauernschlaue Verwirrung der Begriffe soll darüber hinwegtäuschen, wie überaus »versöhnlich« die gestandenen, aber inzwischen nur noch peinlich krachledernen Klassenkämpfer dem kapitalistischen Formzusammenhang gegenüber sind.

Wie der systemtheoretische Objektivist die negative logisch-kategoriale Voraussetzung des Kapitalverhältnisses in einen willenlosen, gar nicht anders möglichen mechanischen Vollzug umdeutet, so löst umgekehrt der willensfromme Subjektemphatiker die kapitalistische Gesellschaft in eine Veranstaltung von lauter letztlich voraussetzungslosen »Tätern« und »Opfern« auf. Huisken wird dabei zum bürgerlichen Obermoralisten und Verantwortungsethiker, der die »tatsächlich Verantwortlichen« vorgeführt sehen möchte, während er sich darüber erregt, das Leben der Manager als so erbärmlich zu bezeichnen, wie es real ist. Das ist auch nur logisch, weil der tumbe Klassenkämpfer die absurde kapitalistische Form des Reichtums positiv voraussetzt, statt sie zu kritisieren.

So bleibt er auf den Kampf um die Verteilung dieses Reichtums in der abstrakten Geldform beschränkt. Würde aber der Geldreichtum der Milliardäre tatsächlich auf die gesamte Menschheit umverteilt, so käme für das (weiterhin abstrakte) Individuum dabei buchstäblich nur eine Handvoll Dollars heraus. Das Problem ist gar nicht dieser persönliche Geldreichtum der kapitalistischen Moguln, sondern die in der verallgemeinerten Geldform als solcher liegende Restriktion der produktiven Potenzen, die dazu führt, daß einerseits massenhaft Menschen von den Mitteln ihrer Bedürfnisbefriedigung abgeschnitten und intakte Produktionsmittel stillgelegt werden, während andererseits ebenso massenhaft Ressourcen in sinnlose oder gemeingefährliche Produktionsprozesse fließen.

Schon seinem Begriff nach ist der »Klassenkampf« ein bloßer Verteilungskampf innerhalb der gar nicht in Frage gestellten kapitalistischen Formen. Denn die »Klassen« sind keine voraussetzungslosen Willensträger, sondern eben vom subjektlosen Systemmechanismus konstituierte. Indem sie ihr konstituiertes Interesse in der Waren- und Geldform verfolgen, erkennen sie ganz bewußtlos die Herrschaft des »automatischen Subjekts« an. Der »Klassenkampf« ist somit eine der sozialen Formen, in denen sich das Kapitalverhältnis selber bewegt, und nicht die Form seiner Überwindung. Er besetzt eine Ebene der allseitigen Konkurrenz, die aber keineswegs die einzige ist. Das Kapitalverhältnis enthält außer der in seinen Systemzusammenhang eingeschlossenen Konkurrenz von Lohnarbeit und Kapitalrepräsentanz nicht nur die Konkurrenz der Einzelkapitalien und Nationalökonomien, sondern eben auch die Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander.

Die niemals vollständige und grundsätzliche, sondern immer bloß partielle und vorübergehende Aufhebung dieser Konkurrenz durch Arbeiterparteien und Gewerkschaften lebte wesentlich von einer relativen Unterentwicklung des

Kapitalverhältnisses: Solange die »unterständische Masse« der Lohnarbeiter noch nicht als vollgültige Rechts- und Staatsbürgersubjekte anerkannt war, enthielt der »Klassenkampf« ein überschießendes Moment, das die anderen Ebenen der Konkurrenz überlagern konnte. Aber gerade dieses Moment war von vornherein nicht auf eine Emanzipation von der Lohnarbeit, sondern im Gegenteil auf eine innerkapitalistische Emanzipation zur und in der Lohnarbeit angelegt. Der »Klassenkampf« wurde so im 19. und 20. Jahrhundert geradezu ein Motor der weiteren kapitalistischen Entwicklung. Erst durch den Clinch der vom Kapitalverhältnis konstituierten sozialen Großsubjekte hindurch konnte das übergeordnete »automatische Subjekt« zum allgemeinen und weltweit gültigen irrationalen Grundmechanismus der Gesellschaft ausreifen. Der Erfolg des »Klassenkampfs« war gleichzeitig eine Falle: Die Menschen wurden so erst vollständig (und auch innerlich) auf die Subjektform des Werts festgenagelt. Je erfolgreicher der Kampf um innerkapitalistische »Rechte« und »Anerkennungen« war, desto bedingungsloser wurde gleichzeitig die Selbstauslieferung an die damit verbundene kapitalistische Form.

In demselben Maße, wie der »Klassenkampf« gerade aufgrund seines Erfolgs das überschießende Moment einbüßte und die kapitalistisch konstituierte Subjektform allgemein verankert war, mußte diese Ebene der Konkurrenz auch wieder hinter die anderen zurücktreten. Die Konkurrenz zwischen Lohnarbeit und Kapitalrepräsentanz wird nun im Zuge der Globalisierung überlagert von der Konkurrenz der Einzelkapitalien und der Lohnarbeiter untereinander (Standortdebatte, »jeder sein eigener Standort«, »der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft« usw.). Die übrig gebliebenen Ideologen des »Klassenkampfs« sind bloß noch intellektuelle Biertisch-Veteranen, die mit den zur Kenntlichkeit veränderten Verhältnissen nicht mehr zurechtkommen. Vollends lächerlich wird in einer verallgemeinerten Welt von abstrakter Arbeit und Geldform die archaische Gegenüberstellung von »Arbeitern« und bärenhäuterischen, bloß aneignenden »Nichtarbeitern« angesichts von fanatisch arbeitssüchtigen Managern und seltsamen »Gründer«-Gestalten, die auch noch stolz auf die 80-Stundenwoche sind, in der sie buchstäblich selbstlos auf den Ruin der Menschheit hinarbeiten.

Wie innerhalb der ausgereiften Wertvergesellschaftung die Konkurrenz eine allseitige und die diversen Funktionsträger übergreifende gemeinsame Form bildet, so auch die Form der abstrakten Arbeit, die sich keineswegs auf die Lohnabhängigen beschränkt. Diese Realabstraktion, vom Arbeiterbewegungsmarxismus als überhistorische, ontologisch-anthropologische Existenzbedingung des Menschen mißverstanden und zum großen Hebel für die Überwindung des Kapitalverhältnisses erklärt (»Befreiung der Arbeit«), erweist sich als spezifisch kapitalistische Tätigkeitsform. Nur im betriebswirtschaftlichen Funktionsraum der aus allen Bedürfnissen »herausgelösten Ökonomie« macht die »gleichsetzende«, dem Inhalt gegenüber gleichgültige Abstraktion »Arbeit« überhaupt Sinn.

Wie Huisken die auch dem »Klassenkampf« inhärente übergreifende Form der Konkurrenz ausblenden muß, um diesem weiterhin einen über das System hinausreichenden Impetus andichten zu können, so muß er auch den kapitalistischen Charakter der Realabstraktion »Arbeit« leugnen. Für ihn handelt es sich wie gehabt unproblematisch und überhistorisch um die schlichte »Erledigung von Notwendigkeiten«, die bloß äußerlich vom kapitalistischen »Willenszweck« der »tatsächlich Verantwortlichen« überformt worden ist. Daß er dabei nicht mehr das Arbeitsethos der alten realen Klassenkämpfer bemüht, sondern gut fordistisch mit dem Warenkonsum als Motiv locken will, verbessert seine Lage nicht. Denn was Huisken nicht weiß, ist jedem Kind bewußt: Warenkonsum ist an Geld, Geld an »Arbeit« und diese wieder an die Konkurrenz gebunden.

Die MG möchte die Lohnarbeiter als »konsequente Interessenkämpfer« zu einer Art bewußter Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Kapitalismus bewegen, ohne jedoch dabei die kapitalistische Form dieses Interesses in Frage zu stellen. Die Aufhebung dieser Form (falls diese überhaupt in Frage käme) erscheint bestenfalls als unbedeutendes technisch-organisatorisches Problem. Geld und Warenkonsum zu fordern ohne Rücksicht auf den kapitalistischen Funktionsmechanismus, ist aber ein Widerspruch in sich. Man kann sich nicht in den kapitalistischen Formen von diesen emanzipieren. Es ist die Subjekt- und Interessenform selbst, die den darin Handelnden eine Verantwortung gegenüber dem »automatischen Subjekt« aufnötigt, wie sie durch die Konkurrenz exekutiert wird.

Was ist nun die Konsequenz? Je lauter die Restlinke »Klassenkampf« schreit, desto weniger wird sie trotz der zunehmenden sozialen Misere gehört. Auch immanente Teilkämpfe etwa gegen den Billiglohn, die unverschämten Zumutungen der Sozialverwaltung usw. sind nur noch möglich, wenn die dafür nötige partielle Aufhebung der Konkurrenz einen anderen Bezugspunkt findet als jene vergangenen überschießenden Momente des alten »Klassenkampfs«. Dieses Moment einer transzendenten Referenz kann jetzt nicht mehr in der Zielsetzung eines weiterhin warenproduzierenden Sozialismus und eines vermeintlich von der Konkurrenz befreiten »Geldverdienens« bestehen, sondern eben nur noch in der radikalen Kritik des bürgerlichen Formzusammenhangs selber, also auch der eigenen Subjekt- und Interessenform.

Und damit ist auch klar, daß es kein vom Kapitalverhältnis selber konstituiertes Sozialsubjekt sein kann, das ausgerechnet qua seiner objektiven Stellung in diesem Verhältnis dessen Überwindung bewerkstelligen soll. Die Anrufung der »Arbeiterklasse« als »an sich« schon prädestiniertes Aufhebungsssubjekt, das nur noch »für sich« bewußt werden muß, hat sich erledigt. Die arbeiterbewegungsmarxistische Vorstellung von einer »objektiv« durch die kapitalistische Konstitution selber angelegten Emanzipation ist bloß absurd. Der linke aufklärerische Willensidiot blamiert sich mit diesem Konstrukt

gerade als blanker Objektivist. Ironischerweise kann die »Willensfrage« erst jenseits des kapitalistisch formbestimmten »Klassenkampfs« in ihr Recht gesetzt werden. Die radikale Kritik des vom Verwertungsprozeß bestimmten subjektlosen Formzusammenhangs ist möglich, weil die davon bedingten Leiden und schreienden Widersprüche praktisch und massenhaft erfahren werden. Die bürgerliche Subjektform ist nicht hermetisch geschlossen. Aber ihre radikale Kritik kann sich auf kein »objektiv« vordefiniertes und abgrenzbares Sozialsubjekt beziehen.

Eine radikale Gegenbewegung kann sich nur selbst konstituieren, indem sie tatsächlich die bürgerliche Interessenform mit allen ihren irrationalen Implikationen bewußt nicht mehr will. Die Gesellschaft polarisiert sich dann quer durch alle Funktionsträger, Klassen, Gruppen, Schichten usw. in ein Lager, das die herrschende Form mit aller Gewalt erhalten, und ein Gegenlager, das sie überwinden will. Der Maschinenarbeiter in der Rüstungsindustrie, die alleinerziehende Mutter, der Langzeitarbeitslose, die Elendsunternehmerin, der Billiglöhner und selbst der Manager usw. können bei dieser einmal in Gang gekommenen Polarisierung hüben oder drüben stehen, das kann gar nicht »objektiv« vorentschieden sein.

Die ihre eigene Beschränktheit nicht begreifenden Restideologen des »Klassenkampfs« blicken mit grundlosem Hochmut auf die Beschränktheit der neuen sozialen Bewegungen seit den 80er Jahren herab. Zum einen waren diese Bewegungen eine unreflektierte Reaktion auf das Ende der Arbeiterbewegung. Zu Recht konnten ihre Träger mit der anachronistisch gewordenen arbeiterbewegungsmarxistischen Form der Kapitalismuskritik nichts mehr anfangen. Damit verloren sie allerdings in falscher Unmittelbarkeit und auf der Grundlage eines kruden Naturbegriffs den kritischen Bezug auf das Ganze der kapitalistischen Gesellschaft. Sie formierten sich als »Einpunktbewegungen«, die auf ihre Weise nicht weniger als die alte Arbeiterbewegung auf die kapitalistischen Formen fixiert blieben. Zum andern aber konstituierten sie sich tatsächlich bereits selbst, es waren der Form nach keine qua »Stellung im Produktionsprozeß« des Kapitals vorsortierten »Klassenbewegungen« mehr.

Die auf die Erscheinungsebene beschränkte Ein-Punkt-Kritik hat sich inzwischen ebenfalls völlig erschöpft. Die Erkenntnis ihrer Grenzen setzt die erneuerte Kritik des gesellschaftlichen Ganzen, also des Kapitalverhältnisses, auf die Tagesordnung. Aber dies kann keine Rückkehr zur Klassenkampf-Ideologie sein. Die Zukunft der radikalen Kapitalismuskritik wird wertkritisch sein, oder sie wird gar nicht sein. Diese radikale Kritik des »automatischen Subjekts« und der davon bestimmten gesellschaftlichen Formen muß keineswegs bei theoretischen Abstraktionen stehen bleiben, die für die meisten Menschen unverständlich sind. Wie sich bereits zeigt, kann die Kritik der »Arbeit« und der Betriebswirtschaft mit den Alltagserfahrungen vermittelt und verständlicher gemacht werden, als es den Wortführern des klassenkämpferischen »unglücklichen Bewußtseins« lieb ist. Deswegen mußten sie ja auch so sauer reagieren.

Fortsetzung im nächsten Heft. Themen: Krisentheorie und Nationalsozialismus

---

Robert Kurz schrieb in KONKRET 6/99 über die Liebe der Börse zur »humanitären Intervention«

Konkret 05/00, S. 40

Frank Schäfer

Buch des Monats

Karl Ferdinand Gutzkow: Die Ritter vom Geiste. Hg. von Thomas Neumann. Zweitausendeins, Frankfurt/M. 1998, 3 Textbände und 1 Kommentarband, zus. 4.111 S., 99 Mark

Vor eineinhalb Jahren hat Zweitausendeins in der Reihe der Arno Schmidt gewidmeten »Haidnischen Alterthümer« Karl Ferdinand Gutzkows Romanmonument *Die Ritter vom Geiste* wiederveröffentlicht. Und noch immer soll es Menschen geben, die es nicht gelesen haben.

Gutzkow verstand etwas von seinem Geschäft, nicht umsonst avancierte er Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts mit seinem »Literaturblatt« im »Phönix – Frühlings-Zeitung für Deutschland« zum publizistischen Hegemon im deutschen Staatengewimmel. Dann jedoch wurden seine liberalen Einlassungen gegen Restauration, politische Repression und religiöse Dunkelmännerei den Metternichen im Deutschen Bund zu viel. Aufgescheucht von Wolfgang Menzels Polemik gegen Gutzkows libertinären Ideenroman *Wally, die Zweiflerin* (mit veritabler Nacktszene und tüchtiger Religionsschelte) phantasierte man sich schnell die »literarische Schule« des »Jungen Deutschlands« zusammen, »deren Bemühungen unverholen dahin gehen, ... die christliche Religion auf die frechste Weise anzugreifen, die bestehenden socialen Verhältnisse herabzuwürdigen und alle Zucht und Sittlichkeit zu zerstören«, und verbot ihre Schriften für jetzt und immerdar. Die Vorwürfe gehen in Ordnung, von einer »Schule« konnte freilich keine Rede sein, einige der darunter subsumierten Autoren (Heine, Heinrich Laube, Ludolph Wienbarg, Theodor Mundt und eben Gutzkow) waren sich nämlich gar nicht grün – aber die Zensurbehörde hatte nun zumindest eine Aufschrift für den Aktenschrank. Damit nicht genug. Gutzkow mußte als vermeintlicher Kopf der unpatriotischen Bande für zweieinhalb harte Monate in den Mannheimer Karzer. Seine Braut, so berichtet Arno Schmidt in seinem Gutzkow-Nachtprogramm »Der Ritter vom Geist«, habe ihn danach nicht mehr wieder erkannt und, als sie ihn dann doch erkannte, vor Schreck fluchtartig den Raum verlassen.

Man hatte Gutzkow vom Sockel gestoßen. Einige der vermeintlichen Bundesgenossen distanzierten sich sogleich von ihm und versuchten durch Kniefälle vor der preußischen Obrigkeit zu retten, was zu retten war. Gutzkow tat, was er Zeit seines Lebens tat: Er schrieb weiter und durfte nach einer Weile auch wieder veröffentlichen, von der Zensurkommission allerdings argwöhnisch beobachtet. Im »Telegraph für Deutschland« fand er ein neues Publikationsorgan, das nun aber ganz im Schatten der »Hallischen Jahrbücher« des Linkshegelianers Arnold Ruge stand. Um Ruge scharten sich die progressiven Intellektuellen, die endlich revolutionäres Denken in revolutionäre Praxis umzusetzen beabsichtigten. Als überzeugter Liberaler konnte Gutzkow diesen Schwenk ins präsozialistische Lager nicht mitmachen. Für Reformen stand er ein, aber seine bildungsbürgerliche Idiosynkrasie gegenüber dem ungebildeten Mob ließ ihn am glücklichen Ausgang einer sozialen Revolution in Deutschland zweifeln. Zudem war er ein Idealist nachgerade klassischen Zuschnitts, überzeugt vom Primat des Geistes und der meliorierenden Kraft einer tätigen intellektuellen Elite.

So zeigt sich Gutzkow denn auch in *Die Ritter vom Geiste*, seinem neunbändigen Riesenroman um jenen titelgebenden idealischen Verein, der sich zwecks religiöser, politischer und sittlicher Erneuerung der Nation zusammenfindet. Gutzkows erstes Opus magnum von 1850/51 – sein zweiter Neunbänder, *Der Zauberer von Rom,* folgte ein Jahrzehnt später (1858-61) – , war ein Buchhandelserfolg. Sein Inhalt traf offenbar einen Massengeschmack. Die beiden Brüder Siegbert und Dankmar Wildungen graben einen wertvollen Schrein mit Urkunden des Johanniterordens aus, die ihren Anspruch auf umfangreichen Grundbesitz der Stadt belegen. Als Dankmar den Schrein dorthin bringen lassen will, kommt der auf mysteriöse Weise abhanden. Eine großangelegte, letztendlich auch erfolgreiche Suche beginnt, an der sich Personen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten beteiligen: Fritz Hackert zum Beispiel, der etwas undurchsichtige Schreiber des Polizeichefs; Justizrat Schlurck, mit dem sich die beiden Wildungen später vor Gericht um die Anerkennung ihrer Besitzansprüche streiten müssen; auch Prinz Egon von Hohenberg. Der ist aus Paris zurückgekehrt, um das geheimnisvolle Testament seiner Mutter zu suchen und regieren zu lernen. Zunächst unterstützt er den Plan der Brüder Wildungen, einen wohltätigen Geheimbund in der Nachfolge des Templerordens zu gründen, entfernt sich aber mehr und mehr von seinen früheren Freunden und verliert sich in einer reaktionären, intoleranten, die sozialen Spannungen im Fürstentum noch verschärfenden Politik. Es kommt zu Unruhen, der Prinz läßt die »Ritter vom Geiste« überwachen, einen Bundesbruder zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilen und schließlich auch Dankmar einsperren, der aber von Hackert befreit werden kann. Der Bund wächst, eine große Versammlung wird anberaumt, da bricht ein Feuer aus (»Von dem Funken aus dem Feuerwerk der Könige?«) und zerstört den Schrein und damit allen Besitz der Geheimbündner, ohne den der »Wettkampf mit den in Gold und Eisen gebetteten Irrthümern und Thatsachen dieser Zeit nicht möglich war«. Der Roman endet offen (und durchaus eskapistisch). Egon von Hohenberg kehrt der Politik den Rücken und geläutert zu seinen Freunden zurück und formuliert die in die Zukunft weisende Aufgabe der »Reisigen vom Geist«: nämlich sich aus »dieser Gesellschaft der ewigen Lüge« zurückzuziehen und weiterhin – privatim! – das Banner des Geistes hochzuhalten.

Was schon in der arg gerafften Inhaltsübersicht nach Kolportage riecht, ist es streckenweise denn auch wirklich. Das wußte keiner besser als Gutzkow selbst, der im Vorwort zur dritten Auflage durchaus eingesteht, daß der »Mechanismus« seines Romans »oft klappert«, dem geschätzten Leser aber sogleich empfiehlt, er möge »doch nicht die Stirne zu sehr in aristarchische Falten ziehen«, sondern vielmehr »darüber lachen«. Julian Schmidt und Gustav Freytag, die Herausgeber des »Grenzboten« und Apologeten der neuen literarischen Avantgarde, des poetischen Realismus, konnten nun aber darüber gar nicht lachen und warfen dem Roman einen Mangel vor, den er eingestandermaßen hatte: Es fehlte ihm Einheit in der Vielheit, eine alle Teile poetisch integrierende »Idee«. Die Folge war ein Literaturstreit, wie er wohl in jedem Jahrhundert einmal ausgefochten wird. Die Verteidiger der hehren Poesie, auch wenn sie sich in diesem Fall »Realisten« nennen, stehen den Weltmitschreibern gegenüber. Gutzkow bekennt sich im Vorwort des Romans unmißverständlich zu letzteren. So etwas wie ästhetische Geschlossenheit gibt er dran für seinen »Roman des Nebeneinander«, der sich breit macht, um mehr Realität in sich aufnehmen zu können, der sich maximale Welthaltigkeit zum Ziel setzt und so, poetologisch wie erzählpraktisch, den Naturalismus um Jahrzehnte vorwegnimmt: »Wieviel drängt sich nicht zwischen einem Schicksal hier und einem Schicksal dort! Und ihr verbandet es doch? Und was dazwischenlag, Das warft Ihr sorglos bei Seite? Der alte Roman that Das. Er konnte nichts von dem brauchen, was zwischen seinen willkürlichen Motiven in der Mitte liegt. Und doch liegt das Leben dazwischen, die ganze Zeit, die ganze Wahrheit, die ganze Wirklichkeit, die Widerspiegelung, die Reflexion aller Lichtstrahlen des Lebens ...«

Gutzkow wollte ein Konterfei Berlins im Revolutionsjahr 1848/9 liefern (der Stadt, die im Roman kein einziges Mal genannt wird, weil sie für andere stehen kann und soll); ein vollständiges Gesellschaftspanorama, das keinen Stand unberücksichtigt läßt. Das ist ihm grandios gelungen; schon Friedrich Hebbel beschied dem Opus, daß es »nicht bloß als Roman, sondern auch als historisches Daguerreotyp einen hohen Rang in Anspruch nehmen« dürfe. Gutzkow sah sich um in den modrig-feuchten, vom Kohlsuppen-Gestank getränkten Hinterhöfen der Mietskasernen, in denen das Industrieproletariat sein Dasein fristete, warf aber auch einen langen Blick ins hocharistokratische Teezimmer, wo die holde Weiblichkeit ihrem spitzbäuchigen Gemahl gerade einen Tee serviert hat und sich dafür nun mit einem Biskuit belohnt.

Noch dazu ist er witzig, schreibt gute Dialoge und kann mit ein paar schnellen Strichen das volle Leben evozieren. Der erklärte Gutzkow-Aficionado Rolf Vollmann bewundert nicht zu Unrecht dessen »ganz und gar unangestrengte Art des Erzählens«, so als wolle er »gar nicht große Kunst, sondern eben bloß einen großen Roman«. Und das sind die *Ritter vom Geiste* allemal. Ein großer Roman. Genau das Richtige für den nächsten Urlaub.

Konkret 05/00, S. 42

Tjark Kunstreich

In diesem Sinne - Die letzte große Amnes(t)ie

Das Bündnis von Staat und Industrie kauft sich für lächerliche zehn Milliarden Mark frei, Lambsdorff hat die deutsche Position durchgesetzt, die Journaille freut sich: Deutschland geläutert, alle zufrieden (bis auf die Opfer, aber wen schert's). So ist die Welt heute; ein weiterer Beleg für die bodenlos zynische Inszenierung der Wiedergutwerdung Deutschlands als Berliner Republik. Aber: Noch hat keine der Ukrainerinnen, die als Mädchen nach Deutschland deportiert und vier Jahre ausgebeutet wurden, einen Pfennig gesehen; noch warten Zehntausende Polinnen und Polen auf ein bißchen Geld zur Erleichterung ihrer ärmlichen letzten Jahre; und noch will die deutsche Seite in Sachen »Rechtssicherheit« nachkarten und einen umfassenden juristischen Schlußstrich unter die deutschen Verbrechen durchsetzen.

Bis zum Ende des Jahres 2000, wenn die ersten Überlebenden Zahlungen erhalten sollen, werden etwa ein Viertel derjenigen gestorben sein, die zu Beginn der Verhandlungen im Februar 1999 noch am Leben waren und Ansprüche hätten stellen können. Einer von ihnen war Hans Frankenthal, der ehemalige Auschwitz-Häftling und IG Farben-Zwangsarbeiter mit der Nr. 104920. Er starb im Dezember letzten Jahres, nur wenige Tage nach der Einigung über die zu zahlende Summe. Frankenthal war die treibende Kraft der Proteste gegen die IG Farben-Abwicklungsgesellschaft (vgl. Otto Köhler in KONKRET 1/92). Die Vorstellung, daß die IG Farben-«Liquidatoren« nun auf eine ruhige Versammlung hoffen, weil ihr heftigster Gegner tot ist, ist so realistisch wie unerträglich – ein Kalkül, das hoffentlich durchkreuzt wird. Aber: Im März begannen die IG Farben-Nachfolger Bayer, BASF und Hoechst, die heute jeweils größer sind, als IG Farben es je war, mit einer erneuten Kooperation. Der einst von den Alliierten zerschlagene Konzern will wieder da anfangen, wo alles einst begann: im Farbengeschäft. Der Preis dafür war die Einzahlung in den Fonds der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft.

Jetzt fehlt nur noch die letzte große Amnes(t)ie, und was keine Bundesregierung vor ihr geschafft hat, wird der rotgrünen vorbehalten sein: die endgültige Abwicklung des deutschen Faschismus. Es läuft alles beängstigend gut für Deutschland. Kein Aber.

Konkret 05/00, S. 42

Marcel Malachowski

In diesem Sinne - Little Volksgenossen

Empirische Studien erweisen sich häufig als Ärgernis – jedenfalls dann, wenn das Untersuchungsergebnis nicht den Erwartungen der Forscher oder des Auftraggebers entspricht: So auch im Fall der neuesten Shell-Studie zur Jugend in Deutschland. Die im Abstand von drei Jahren durchgeführten Studien gelten als Standardwerk der Jugendsoziologie. 1953 gab's die erste, Ende März 2000 die dreizehnte und umfangreichste: über 4.500 15- bis 24jährige wurden befragt. Bei näherer Betrachtung entpuppt sie sich als umfangreich beschriebenes Blatt, das die Zivilgesellschaft vor den Mund nimmt.

Die zutage geförderten Daten sind für die Studienleiter alles andere als erfreulich gewesen: Rund 60 Prozent der West- und rund 70 Prozent der Ostdeutschen halten den »Ausländeranteil in Deutschland« für zu hoch, 38 bzw. 29 Prozent halten ihn für »gerade richtig«. Weiter mußten die Wissenschaftler feststellen, 27 Prozent aller deutschen Jugendlichen, in der Ex-DDR mehr, seien »hochgradig ausländerfeindlich«. Das sei jedoch kein Grund zur Unruhe, denn der Rassismus sei den »schlechten Lebensbedingungen und der schlechten Bildung« der Jung-Nazis geschuldet: »Insofern ist Ausländerfeindlichkeit eher eine Frage der persönlichen Chancen und Perspektiven als eine Frage der Gesinnung.« Nach den Worten des Co-Autors, des FU-Professors Münchmeier, sei das Verhältnis zu Ausländern sogar »lockerer« geworden.

Der »Spiegel« reagierte auf die Studie so harsch (»Die Feindschaft gegenüber Fremden sitzt tief«), daß die Forscher sich zu einer »Richtigstellung« gezwungen sahen – in der sie schlichtweg behaupteten, ihre Ergebnisse seien allein des komplizierten methodischen Verfahrens wegen so hoch ausgefallen, und überdies sei »die Frage, wieviele Jugendliche ausländerfeindlich sind, wissenschaftlich nicht seriös zu beantworten, da es dafür keinen objektiven Maßstab gibt«. So pessimistisch wie das Hamburger Magazin aber mochten andere die Shell-Arbeit nicht sehen: Die »Taz« stellte fest, sie »tauge nicht für eine skandalisierende Schlagzeile«, und wies den »Spiegel« zurecht: »Die Medien zeichnen ein falsches Bild von der Jugend.« Und die »Junge Welt« übernahm nicht nur das »Spiegel«-Bashing, sondern entschuldigte den Rassismus ihrer Landsleute wie gehabt mit »verschiedenen Interpretationsvarianten« der Ergebnisse und »deutlich schlechteren Startbedingungen« der Jung-Ostler in der Leistungsgesellschaft.

Alles in allem: Die aktuelle Shell-Jugendstudie ist bürgerliche, mithin linksliberale Soziologie at it's best. Verkannt wird völlig, daß Globalisierungs-Fitneß und Bereitschaft zu Leistung nicht das Gegenteil von Rassismus sind, sondern daß das eine aus dem anderen erwächst.

Konkret 05/00, S. 42

Rayk Wieland

In diesem Sinne - Sumpfblüten. Ausschuß

Die Stasi war schön blöd, einerseits. Mit ihren umfassenden Informationen über die sogenannte Parteispendenpraxis, über Waffengeschäfte und Begünstigungen, lukrative private Connections von Politikern, Intrigen, Manipulationen und Kampagnen, von denen erst jetzt geringfügige Details bekannt wurden, hätte sie die bundesdeutsche Öffentlichkeit gehörig aufmischen und nicht wenig zur Aufklärung über die offenbar aufs schweinischste korrumpierte politische Klasse dieses Landes beitragen können.

Anderseits: Wem hätte sie diese brisanten Informationen zukommen lassen sollen? Es gab offenbar keinen Adressaten, der in Betracht gekommen wäre. CDU, SPD, FDP und auch die Grünen sind allem, keineswegs überraschenden, Anschein nach nur verschiedene Blüten auf demselben Sumpf. Warum sonst hätten sie 1990 in stillschweigender Übereinkunft die Vernichtung (fast) aller sie betreffenden Akten verfügen müssen? Und warum sonst müßte jetzt der Bundestagsuntersuchungsausschuß in Sachen Parteispendenaffäre plötzlich Bedenken hinsichtlich der moralischen Qualität dieses unverhofft zur Verfügung stehenden Beweismaterials anmelden – wo doch seit zehn Jahren in unzähligen Fällen darauf zurückgegriffen wurde, wenn es darum ging, Institutionen und Personal zu evaluieren oder Agenten und Mitläufer zu entlarven und öffentlich an den Pranger zu stellen. Weder in den diversen Prozessen zur Aufklärung der Anschläge auf das Maison de France oder die Diskothek La Belle, noch im Verfahren um Schalck-Golodkowski, noch in den etlichen Fällen um vermeintliche IMs und Zuträger ging es jemals um die Frage, welche die »FAZ« nun, da zum ersten Mal überhaupt relevante Nachrichten aus dem obskuren Stasi-Apparat anstehen, nämlich über die verkommene Machtpraxis der herrschenden Klasse der BRD, mit Sorgen ventiliert: »ob wir uns als Hehler gestohlener Worte mit den Freiheitsdieben gemein machen wollen«?

Zehn Jahre taten sie es ohne Skrupel. Jetzt fällt's ihnen ein. Ist das schon Panik oder nur noch Arroganz?

Konkret 05/00, S. 43

Rayk Wieland

Restauration mit Ansage

Kulturkolumne

Eine wahre Massensuggestion herrscht. Kaum ist ein Denkmal gesetzt, kaum der Enthüllungsspruch geredet, da sammeln ehrenwerte Männer, denen es um Kunst und Dekoration – besonders ihres Knopfloches – zu tun ist, schon wieder Geld für ein neues. Wie lange wird die Seuche noch wüten? Soll aller Ungeschmack des vergangenen Jahrhunderts in das neue geschleppt werden?

Richard Muther, 1902

Überwindung und Vollendung«, unter diesen Sturmlaternensubstantiven haben ca. 100 Abgeordnete des Deutschen Bundestages einen Antrag eingebracht, der ein neues Nationaldenkmal vor den Toren des ebenfalls noch wiederzuerrichtenden Berliner Stadtschlosses vorsieht, und zwar genau auf dem Sockel des früheren bombastischen Reiterstandbilds Kaiser Wilhelms I., einer Bronze-Prahlerei, die 1950 nach einem Beschluß der DDR-Regierung demontiert und eingeschmolzen wurde. Sicherheitshalber wurde damals das Stadtschloß gleich mit entsorgt und das gesamte Areal, ja die komplette Stadt mit Mauer und Stacheldraht gesichert, aber es half nichts. Zu Beginn hieß es: »Die Mauer muß weg!«, dann: »Wir sind ein Volk!« Und jetzt steigert sich die Partie mit dem Ruf: »Wir wollen unsern alten Kaiser Willem wiederham!«, wenn auch vorerst nur auf dem Sockel.

»Nach der ernsthaften Debatte über die Passiva deutscher Geschichte haben wir auch das Recht, über die Aktiva deutscher Geschichte nachzudenken«, bilanziert Lothar de Maizière, einer der Initiatoren des neuen »Freiheits- und Einheitsdenkmals«, seine Kalkulation, und der Antrag vermerkt akkurat »Denkmäler der Schande«, die wie die »des Stolzes und der Freude ... notwendige Grundsteine des neuen Deutschland« seien.

Gemeint ist, kein Zweifel, das Holocaust-Mahnmal, dem nun ein freundlicherer Konterpart zur Seite gestellt werden soll, eine Art Aufpasser, der dafür sorgt, daß das negative Image der Deutschen auf dem »Bedeutungs«-Gebiet nicht eskaliert. Dieses Verfahren hat sich prima bewährt, seit Beginn der achtziger Jahre geht in beiden deutschen Staaten die Renaissance des Nationalen etwa in Form der Wiederaufstellung von Nationaldenkmälern oder des Rückgriffs auf preußische und wilhelminische Symbole mit der Akzentuierung des Gedenkens an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus Hand in Hand.

Ziel der kulturpolitischen Strategien war erklärtermaßen hüben wie drüben die Vermehrung internationalen Ansehens und die Repräsentation resp. Reklamation eines besseren, auch seiner sog. »dunklen« Geschichte vollauf bewußten Deutschlands. Mit der Wiedervereinigung verwandelte sich die schleichende Annäherung durch Wandel in eine rasante, wurden die bis dahin getrennten Parallel-Bestrebungen in einem dramatischen Maß forciert, denn exakt sie waren auch ihre Voraussetzung: Das neue Superdeutschland wurde vor allem deshalb international – wenn auch zähneknirschend – akzeptiert, weil es die Lehren aus seiner Geschichte zu beherzigen versprach.

So boomen seit Ende der achtziger Jahre vor allem in der deutschen Hauptstadt die Gedenk- und Erinnerungsstätten: 1988 wird die »Stätte zum Gedenken an die Judenverfolgung und -deportation« in Berlin-Tiergarten eingeweiht, 1989 die Ausstellung »Widerstand gegen den Nationalsozialismus« im Bendlerblock eröffnet; 1991 ist das Jahr der Übergabe des Mahnmals Bahnhof Grunewald an die Öffentlichkeit; 1992 kommt es zur Einweihung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz und zweier Mahnmale für die ermordeten und verfolgten Reichstagsabgeordneten ebenfalls in Berlin-Tiergarten; 1993 findet die Übergabe des mehrteiligen Denkmals »Orte des Erinnerns im Bayerischen Viertel« in Berlin-Schöneberg sowie die Umwidmung der Neuen Wache in Berlin-Mitte zur zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland statt; 1994 werden das »Mahnmal KZ-Außenlager Sonnenallee« in Berlin-Neukölln, das Denkmal für die ermordeten Juden von Hannover sowie das Mahnmal für das KZ Columbia-Haus in Berlin-Tempelhof eingeweiht; 1995 verzeichnet die Übergabe des Denkmals zur Erinnerung an die Bücherverbrennung, des Denkzeichens »Ehemalige Synagoge Haus Wolfenstein« in Berlin-Steglitz, der Skulptur »Frauenprotest in der Rosenstraße« in Berlin-Mitte sowie die symbolische Grundsteinlegung für den Neubau eines Dokumentations- und Ausstellungszentrums »Topographie des Terrors« in Berlin-Kreuzberg; 1996 wird ein Denkmal, welches an das Wirken jüdischer Bürger erinnert, in Berlin-Mitte enthüllt; 1997 ist das Jahr der Einweihung des Denkmals »Passagen« am Standort der ehemaligen Synagoge in Berlin-Kreuzberg; 1998 vermerkt die Einweihung des Mahnmals »Gleis 17« am Bahnhof Berlin-Grunewald; 1999 eröffnet das Jüdische Museum von Daniel Libeskind in Berlin; und in diesem Jahr soll der Grundstein für das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« gelegt werden.

Im gleichen Zeitraum kommt im wiedervereinigten Deutschland wie zufällig das komplette Requisiten-Gerümpel aus dem Fundus des deutschen Nationaltheaters wieder zu Ehren. 1991 werden in einem Staatsakt diverse Preußenkönige

umgebettet, 1993 hievt man – ausgerechnet am »Sedanstag« – in Koblenz Wilhelm I., der 1848/49 die Demokratiebewegung zusammenschießen ließ, wieder aufs Deutsche Eck, jenes Reiterstandbild, das Tucholsky einst einen »Faustschlag aus Stein« genannt hatte. Die Beispiele ließen sich, vom Brandenburger Tor bis zur Kampagne um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses, vermehren, doch eine nachhaltige öffentliche Diskussion über diese Sorte Restauration mit Ansage fand so gut wie nicht statt.

Bis jetzt. Und das ist garantiert besser so. Denn die anstehende Debatte um das neue Nationaldenkmal »des Stolzes und der Freude« kann ja nicht anders als schauderhaft werden. Obwohl man schon ein bißchen darauf gespannt wäre, welche positiven Seiten sich die Deutschen etwa ab Reichsgründung 1871 zuerkennen möchten. Eine große Auswahl haben sie nicht, und eigentlich käme dafür nur eine relativ kurze, aber vergleichsweise strahlende Periode ihrer Geschichte in Frage: die DDR, die in puncto nationaler Emphase bekanntlich nicht unempfänglich war. Doch gerade ihre Existenz ist in den letzten Jahren auch symbolisch ausgelöscht, ihre Denkmäler sind demontiert, ihre Straßen, Plätze und Städte umbenannt worden. Der rassistische Mob hetzt jetzt Ausländer durch Straßen, die nicht mehr »Straße der Befreiung 8. Mai 1945«, »Werner-Seelenbinder-Straße«, »Karl-Liebknecht-Straße« oder »Karl-Marx-Straße«, sondern »Dresdner«, »Sarrasani-«, »Molt-ke-« oder »Bismarckstraße« heißen. Solche Szenen sind zweifellos ein schöner Ausblick auf die, die sich auch an einem neuen Nationaldenkmal der Deutschen gut ausnehmen würden.

Die Politik der neuen Mitte ist eine Politik der Versöhnung nicht nur des Staates mit der Wirtschaft, der Öffentlichkeit mit der Privatisierung, sondern auch der Nation mit ihrer Geschichte. Die Last der historischen Schuld soll zwar angenommen werden, aber nur um die Legitimität eines neuerlichen nationalen Aufbruchs abzugeben – ein Projekt, daß der obszöne Kuhhandel auf der symbolisch-repräsentativen Ebene präzise reflektiert. Die Mehrheit der Deutschen, die die Regression in den Wilheminismus gutheißt, hat sowieso längst begriffen, daß die formale Anerkennung der Verbrechen des Naziregimes der Preis ist, der für die nationale Wiedergeburt entrichtet werden muß. Eine im Grunde einfache Rechnung: Die paar »Judendenkmäler« (Junge Union Berlin) sind Spesen, die sich auszahlen. Man investiert in die Nazischuld, weil sie die höchste Rendite verspricht: eine normale und vergangenheitsbereinigte nationale Identität. Das Kapital des zu neuen Weltverbesserungsausflügen aufbrechenden Deutschlands paradoxerweise ist: der Holocaust.

Konkret 05/00, S. 44

Christian Y. Schmidt

Kunst & Gewerbe

Generation Hardcover

Etwa seit Anfang der Neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts hat der Generationenwahn die »Medien« ergriffen. 1991 erschien die deutsche Übersetzung von Douglas Couplands Roman *Generation X*. Die folgenden Jahre mußte sich die Jugend damit abfinden, unter diesem Label zu firmieren. 1992 bastelte sich Reinhard Mohr aus dem Schrott der Frankfurter Spontibewegung die *Generation der 78er* zusammen, 1994 schob der »Zeit«-Redakteur Ulrich Greiner die *Generation der 89er* hinterher. Nicht nur die große alte Tratschtante der deutschen Soziologie, Claus Leggewie (*Die 89er. Porträt einer Generation*), sondern auch der Rechtsradikale Roland Bubik (*Wir 89er. Was wir sind und was wir wollen*) griffen dieses Konstrukt gerne auf. Aus aktuellem Anlaß entdeckte 1998 der Hamburger Teilzeitdenker Heinz Bude die *Generation Berlin*. Und soeben präsentiert uns der »FAZ«-Redakteur Florian Illies die *Generation Golf*.

Jede dieser Generationen soll etwas je Spezifisches auszeichnen. Das behaupten zumindest diejenigen, die über sie schreiben. In der »Süddeutschen Zeitung« hat Diedrich Diederichsen dazu bemerkt: »Nein, die Nachkriegsgenerationen sind weitgehend ähnlich komponiert. Davon unterscheiden sich lediglich die Lebensläufe der fünf Prozent Abenteurer, Abtrünniger, aber auch durchaus die der opportunistischen, von Berufs wegen zu experimentellen Existenzen genötigten Kulturarbeiter. Und die einiger anderer Randfiguren.« So ist es.

Die Konstruktion diverser Generationen aber ist nichts weiter als ein PR-Trick, mit dem die Konstrukteure ihren ureigensten Quark bzw. die Geschichte ihrer eigenen Sozialisation unter die Leute zu bringen gedenken. Deckt sich die Sozialisation bzw. die momentane Befindlichkeit dieser Leute mit der eines Segments einer bestimmten Altersgruppe, dann ist eine frisch in einem Buch zusammengelogene *Generation* für etwa 5.-10.000 verkaufte Exemplare (Hardcover) gut.

So greift beim Generationenerfinden ab, wer kann – wobei diejenigen die Nase vorn haben, die über die besseren Feuilletonkontakte verfügen. Oder hat jemand je etwas von der *Board-Generation* (unter diesem Rubrum beschäftigte sich 1995 ein Buch mit den Figuren, die ein sog. »Snowboard-Feeling« umtreibt), der *Windows-Generation* (1998) oder der *Generation@* (1999) läuten hören? Und was ist mit der *Generation Girl*, über die sich diverse Autoren bereits in mehreren, im Schneider-Verlag, München, erschienenen Bänden ausgelassen haben? Zumindest Band 2 mit dem Untertitel *Susie ist nicht zu bremsen* wäre wirklich einer ausführlichen, harten Debatte im deutschen Feuilleton wert. Wer anfängt, hat gewonnen!

Generation Kiep

Von einer ungemein begrüßenswerten Initiative ist aus Oestrich-Winkel bei Wiesbaden zu berichten. Die hier ansässige European Business School (EBS), eine private Wirtschaftshochschule, die »seit mehr als 20 Jahren Führungspersönlichkeiten für die Wirtschaft« produziert (EBS-Kanzler Wolfgang Ritscherle), hat auf ihrem Campus ein Walter-Leisler-Kiep-Center eröffnet. Herr Kiep, ehemaliger Schatzmeister der CDU, der sich u. a. vom Waffenhändler Schreiber seinen Anwalt bezahlen ließ, ist seit 1984 Präsident dieser Kaderschmiede. Nicht nur Hochschuldirektor Jan de Smit findet die Namensgebung ganz in Ordnung (»Nach wem sollen wir denn sonst den Bau benennen?«), sondern auch die Studierenden. Eine Studentin ließ die »Süddeutsche Zeitung« wissen: »Wir haben erst mal beschlossen, daß das so alles normal ist.« Da allerdings faßt man sich an den Kopf und fragt: Weshalb dieser Beschluß? Denn schließlich *ist* das, was Herr Kiep getan hat, nämlich sich bzw. seine Partei von irgendeinem Kapitalisten kaufen zu lassen, seine allerselbstverständlichste Pflicht, mithin eine ganz normale Sache. Eine Diskussion mit Beschlußfassung erübrigt sich also. Wer das nicht begriffen hat (und sei er oder sie auch Erstsemester), aus dem wird wohl nie ein waschechter Wirtschaftsführer. Wir empfehlen: Wenigstens die Rädelsführer der *Generation Beschluß* standrechtlich relegieren, bevor der Bazillus der Subversion an der EBS weiter um sich greift!

Generation Fun

Ingo Appelt, ein sog. »Comedian«, der seinen Ruhm hauptsächlich dem exzessiven und öffentlichen Gebrauch des Wörtchens »Ficken« verdankt, gibt im »Rolling Stone« zu Protokoll: »Manchmal bin ich selbst erschrocken und erstaunt darüber, wie weit man gehen kann. ... Alles geht, alles ist möglich. Oli P. singt, Schröder ist Bundeskanzler. Wo sind da die Grenzen? Alles ist machbar, alles ist denkbar. Alles muß ausgereizt werden. Wenn ich wirklich Grenzen überschreiten würde, dann wär ich im Knast, dann wär ich ja verboten, und sie würden mich nicht ins Fernsehen lassen. Anscheinend bin ich immer noch zu harmlos.« Und weiter: »Ob man nun ›Ficken‹ schreit oder wie Xavier Naidoo den lieben Gott propagiert, ist letztlich gleich. Es ist dumm, was man da macht. Eigentlich halte ich mich selbst für abschaffungswürdig.«

Manches Buch ist klüger als sein Autor. Und manche Sätze sind intelligenter als der, der sie ausspricht.

Generation Democracy

Zur Demonstration »gegen die faschistischen Strukturen der NPD« in Oberhausen hat im April die »Antifaschistische Gruppe Link« aufgerufen. Was aber will sie von der NPD? Demokratische Strukturen, basisdemokratische gar? Man kann die Forderung drehen und wenden, wie man will: Ihr Gehalt erinnert schwer an den einst von Hans Zippert in satirischer Absicht erfundenen »Arbeitskreis kritischer Faschisten in der NSDAP«.

Generation Hund

Ein Dr. Dieter Fleig hat ein Buch geschrieben. Es ist im Kynos-Verlag erschienen und heißt: »Quo Vadis Canis. Der Hund, eine vom Aussterben bedrohte Tierart.« In einer Pressemitteilung teilt der Verlag dazu

u. a. mit: »In diesem umfassenden Werk werden *alle Aspekte* der Hundehaltung betrachtet und zur Diskussion gestellt. Es werden unter anderem Themen behandelt wie: Roboter als Ersatztiere? Die sieben Drohungen gegen Hunde. Schäden, die wir Menschen unseren Hunden zufügen. Was wir zu verlieren haben. Der Hund als Wirtschaftsfaktor. Forderungen der Hundewelt an die Gesellschaft. Besonders wird der Frage nachgegangen, wie unsere Gesellschaft heute mit den Hunden umgeht und was das für Rückschlüsse auf den gesellschaftlichen Zustand zuläßt.« Wir brauchen das Buch nicht zu lesen, denn wir kennen – zumal in Berlin wohnend – schon lange die Antwort: Voll beschissen ist er, der Zustand der Gesellschaft!

Generation Peek & Cloppenburg

»Wer nimmt Grass jetzt noch ernst?« fragt die »Welt am Sonntag«, weil der Schriftsteller erklärt hatte, daß er sich nicht wundern würde, »wenn sich Stoiber als Mann der rechten Sammlungsbewegung entpuppt und in Deutschland die Rolle übernimmt, die Haider in Österreich spielt«. Und »Joachim Bessing, Schriftsteller« antwortet: »Günter Grass hat den Nobelpreis für sein literarisches Werk erhalten. Daß seinen Äußerungen soviel Bedeutung zugemessen wird, liegt an der Inhaltsleere der rot-grünen Politik. Der Alt-Linke Grass wird von der Neuen Mitte zum Content-Provider gemacht.« Genauso, wie dieses modische Blabla nicht weiter zu kommentieren ist, soll hier von einer Beurteilung von Günter Grass als Autor bzw. seiner politischen Äußerungen abgesehen werden. Der Tatsachenbehauptung der »WamS« aber, daß es sich bei Joachim Bessing um einen »Schriftsteller«, mithin einen Kollegen von Grass, handele, muß dringend widersprochen werden.

Herr Bessing hat bisher lediglich das Manifest der *Generation Peek & Cloppenburg*, »Tristesse Royale«, herausgebracht, das heißt, er hat bei einem Marathon-Talk mitgequatscht und dieses Gequatsche anschließend transskribiert. Ansonsten ist er als Restaurant- und Imbißbudentester unterwegs, und zwar für die »BZ«, das Zentralorgan der Berliner Illiteratengemeinde. Mit Formulierungen wie »Jedoch so groß kann kein Appetit sein, daß man die zarte, ausgezeichnete Riesenroulade ganz bezwingen kann«, versucht er hier allwöchentlich den Gourmet zu geben bzw. einen weltläufigen Dandy, der gerne auch mal einem Wirt zum Rausschmiß seines Kellners gratuliert.

Herr Bessing aber ist so sehr ein echter Dandy wie, sagen wir mal, ein Kunstlederkoffer. Er ist auch kein Schriftsteller. Aber was soll's: Die »WamS« ist ja auch keine Zeitung.

Generation Danone

Nach Ex-Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle hat jetzt Oskar Lafontaine einen Fernsehwerbespot für die Joghurt-Marke Danone gedreht. Das bestätigte jüngst Firmensprecherin Marion Fürst. Unbestätigt blieb das Gerücht, daß Lafontaine mit dem Spruch »Das Herz schlägt linksdrehend« für den Joghurt werben will.

Generation Berlin

»Berliner Republik« ist der Titel eines Heftchen, das von irgendwelchen sich dynamisch dünkenden Sozialdemokraten – tatsächlich, so was gibt's wieder – in ihrer wohl etwas zu reichlich bemessenen Freizeit zusammengebosselt wird. Sein Herausgeber sieht aus wie ein Matze-Mattusek-Verschnitt, ist SPD-Bundestagsabgeordneter und heißt Hans-Peter Bartels. Im Editorial der Ausgabe 1/2000 schreibt er: »Vor elf Jahren hieß dieses Land Bundesrepublik Deutschland oder DDR. Wer Deutschland sagte, machte sich verdächtig, entweder einen bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen zu erheben oder gar den Frieden durch Wiedervereinigungsphantasien gefährden zu wollen. Im Osten sprach man, teilungskorrekt, von der BRD, West-Berlin und der Deutschen Demokratischen Republik, manchmal auch nur von der Republik – der manche sich durch Republikflucht zu entziehen suchten. Heute heißt das alles – und es richtet sich gegen niemanden – Deutschland.« Zum Wahrheitsgehalt der letzten Parenthese befrage man nur einmal einen Bewohner

Belgrads. Allerspätestens dann weiß man: Figuren wie der Editorial-Verfasser der »Berliner Republik« sehen nicht nur unglaublich dreist aus, sie lügen auch genauso.

Generation Stuß

Wir hatten lange darauf gewartet. Sehr lange. Aber wir hatten es kommen sehen, wenn nicht gar definitiv gewußt. Doch ER hat uns zappeln lassen. Jahrelang. Jahrzehntelang. Hinhören – warten, lauschen – warten, an SEINEN Lippen hängen - warten. Aber jetzt, jetzt hat ER es endlich gesagt. Es war kurz vor dem letzten Parteitag SEINER Partei, da zitierte IHN die »Berliner Zeitung« halb in direkter, halb in indirekter Rede. »Die derzeitigen Parteistrukturen stellten eine ›Selbstfesselung‹ dar, die die Grünen ›ein Stück weit in Frage stellen‹ müssen.« Wir erinnern uns: »Ein Stück weit« – das war der Lieblingssprachbrocken des Gecken aus Kiel, des Fant von der Waterkant, des ›role model‹ der *Generation Toscana*, Björn »Ente« Engholm. Doch dann, nachdem er einmal »ein Stück weit« zu viel gelogen hatte, erwischte es ihn. Kurz vor dem Ziel rauschte »Herr« Engholm in den Orkus hinab. Ganz und gar, nicht nur ein Stück weit.

Jetzt aber kommt ER und belebt die Vokabel aufs neue. Diese drei Wörtchen, auf denen ein Fluch lastet, weil sie untrennbar verbunden sind mit dem Namen des unseligen Sozis, den keiner mehr kennt. Und wahrlich, ich sage Euch: Das ist der Anfang vom Ende, damit hat ER SEIN Schicksal besiegelt, sich selbst reingeritten in die Scheiße. ER, unser Außenminister, den man Jockel nennt und mit Zunamen Fischer. Hundertprozentig. Garantiert. Oder doch wenigstens: ein Stück weit.

Generation Okay

Zum Schluß noch ein Hinweis auf zwei Artefakte, die Ihnen das Leben im Deutschland des Jahres 2000 etwas erleichtern dürften: Irgendwann im Herbst wird der neue Film von Wenzel Storch herauskommen. Gedreht wurde er wie immer von einem sich selbst ausbeutenden Kollektiv. Vom Inhalt soll hier noch nichts verraten werden. Nur so viel: Natürlich handelt es sich bei diesem Film um Eskapismus pur. Allerdings herrlichen, lustigen, noch nie gesehenen Eskapismus. Wer es aber bis zum Filmstart gar nicht mehr aushält, kann einmal versuchen, sich die Zeit mit dem Anhören der neuen Primal-Scream-CD »Xtrmntr« angenehmer zu gestalten. Spätestens nach den ersten zwei Minuten dürfte es geklappt haben.

Konkret 05/00, S. 46

Kay Sokolowsky

Matinee mit Mozart

Martin Scorseses neuer Film »Bringing out the Dead« ist noch esoterischer und mystizistischer als »Kundun«. Und sowieso reine Privatsache: Ein Apostel legt Zeugnis ab

Hüter des Schreins

Ich kann über Martin Scorsese nicht reden, ohne persönlich zu werden. Kein anderer Regisseur, dessen Werke mir ebensoviel bedeuten, dessen ästhetisches Programm mir gleich einleuchtend scheint, dessen Blick auf die Welt und ihre Einwohner ich mir mit ähnlicher Passion angeeignet habe. Vor anderen, und gar nicht einmal wenigen, Regisseuren rutsche ich ehrfürchtig auf den Knien. Vor, mindestens, fünf liege ich anbetend auf dem Bauch. Mein Pantheon ist wirklich gut bestückt. Aber neben diesem kleinen, asthmatischen, freundlichen, hyperaktiven Italoamerikaner schrumpfen all die Götterbilder, selbst Kubrick, Ford, Hitchcock, Spielberg und Eisenstein, zu Götzen. Ihn, Marty, liebe ich; ich liebe ihn wie, mindestens, Frau von Bingen ihren mystischen Bräutigam.

Im Grunde also dürfte man mich einen Scorsesefilm nicht kritisieren lassen. Wäre er mißraten, würde ich es wohl merken – Affinität und Empathie machen ja nicht doof, nur maßlos konziliant – , doch keine Rabulistik und Rodomontade ließe ich aus, um den Murks vor dem Publikum und natürlich auch vor mir selbst zu verteidigen. Ich *weiß*, daß »King of Comedy« (1982) es verdient hatte, ein Desaster auf ganzer Linie zu werden: Denn niemand außer Woody Allen darf einen Woody-Allen-Film drehen, nicht einmal Gott. Ich *weiß* aber auch, daß Robert De Niro hier eine der zwei besten Performances seiner Karriere hingelegt und niemand außer Gott es gewagt hätte, viele Millionen Hollywood-Dollar zu dem einzigen Zweck zu verbraten, sich über die Geschäftsgrundlagen von Hollywood angeekelt zu zeigen. Und haben Sie bemerkt, mit welch groteskem Aufwand Scorsese in »King of Comedy« die armselige Bildsprache von TV-Movies persifliert? Damit sie noch erbärmlicher aussieht? Haben Sie nicht? War klar.

Natürlich dürfte, ach was: sollte man niemanden als mich über Scorsesefilme schreiben lassen. Es hat ja keiner eine Ahnung; Säue, Perlen usw. Bis auf den einen. Einen laß ich gelten. Denn der einzige Nebenbuhler, der meine Amour fou besser verstanden hat, als ich es je werde, Michael Powell, der Regisseur von »Black Narcissus« und »Peeping Tom«, ein wahrer rarer Hexenmeister der Leinwand, ist tot. (Als trauernde Witwe übrigens hinterließ er: Thelma Schoonmaker, eine Dschinn am Schneidetisch und Scorseses rechte, vielleicht auch linke, Hand.) Powell also schreibt: »Alle Kunst ist eine, und jeder Künstler dient ihr nach seinen Möglichkeiten. Wir können nicht alle Meister sein, aber wir erkennen einen Meister, wenn wir ihn sehen, denn er hat uns etwas zu sagen, und früher oder später verstehen wir es.«

Mord im Affekt

Die erste Filmkritik, die mehr war als eine Angeberei mit Cineasten-Posen, habe ich über »Wie ein wilder Stier« (1980) geschrieben. Ich habe seither sehr viele Filmkritiken verfaßt – und Zweifel, daß mir das Schreiben über Filme je als ernsthafte Beschäftigung erschienen wäre ohne die Begegnung mit dem wilden Stier. Ich las damals, mit 17, alles, was zu kriegen war an Rezensionen, Home-stories, Interviews, und weil der Film beim einschlägigen Feuilleton großen Anklang fand, kam einiges Material zusammen. Ich las also und: ärgerte mich. Denn statt mir etwas über diesen Scorsese zu verraten, der einen Bildersturm veranstaltet hatte, wie ich ihn nie zuvor gesehen, wurden mir die immergleichen Freakgeschichten über De Niro erzählt, der sich für seine Rolle erst zum brauchbaren Mittelgewichtsboxer hatte ausbilden lassen und dann nach Paris ging, um sich binnen weniger Wochen dreißig Kilo Fett anzufressen. (Daß sein Lehrmeister im Gym der Mann gewesen war, den er, nicht eben schmeichelhaft, im Film darstellte, Jake La Motta, habe ich erst viel später erfahren und jeden einzelnen Filmschwätzer verdammt, der mir vormals diese, viel wichtigere, Information vorenthielt.)

Einen der sehr wenigen Verrisse von »Wie ein wilder Stier« habe ich jahrelang aufgehoben und immer wieder hervorgekramt, wenn mir nach etwas Voodoo-Zauber und Bannfluch war. Wolf Donner empörte sich darin über die Gewalttätigkeit des Films, den Realismus der Kampfszenen, die Verwandlung des Kinos in ein »Schlachthaus« und moralisierte noch einigen Quatsch mehr in die Gegend. Wie konnte das einem der, damals, bekanntesten Filmkritiker der BRD nur passieren? Fragte ich mich. Die Brutalität des Stücks war doch kein Selbstzweck! (Auch erst viel später bekam ich ein Interview zu lesen, in dem Scorsese bekannte, er sei durchaus kein Freund des Boxsports und überhaupt der physischen Gewalt.) Als ich vor einigen Jahren die Meldung von Donners Tod las, hielt ich, Obsessionen sind pietätlos, das für einen späten Erfolg meiner jugendlichen Mordgedanken und zog ein Henkersgesicht. Ich habe nie behauptet, nicht auch gelegentlich ein Arschloch zu sein.

Noch einmal Powell: »Wir sahen uns ›Taxi Driver‹ in einer Privatvorführung an. ›Halt, halt!‹, sagte ich. ›Wer ist dieser verteufelt gute Darsteller, der in der Szene mit Robert De Niro den Teufel spielt?‹ – ›Das ist Scorsese‹, sagte mein Freund, der die Aufführung arrangiert hatte. – ›Nicht möglich! Er kann auch schauspielern?!‹ – Er lächelte. ›Mehr gefällig?‹ – ›Der

kann noch mehr?‹ – Er nickte energisch. ›Viel, viel mehr.‹«

Initiationen

Ich liebte es, als Kind, zur 14-Uhr-Matinee ins schummrige Kino zu laufen, vollgestopft mit Schweinebraten, geblendet vom Mittagslicht. Ich kreischte, wie all die anderen Kinder um mich herum, vor Angst und Lust und Neugier, wenn der Saal richtig dunkel wurde und, rumms!, der feiste Spektralglanz des Projektors die siebzig Quadratmeter Leinwand mit gigantischen Buchstaben illuminierte und, krach!, aus unsichtbaren Lautsprechern die Titelmusik orgelte. Die Filme, die wir Blagen mit viel Gelächter und Geschrei verfolgten, hießen »Guila – Frankensteins Teufelsei« oder »Rückkehr zum Planet der Affen« oder »Perry Rhodan – SOS aus dem Weltraum« und waren der allerletzte Dreck. Was uns aber nicht weiter bekümmerte. Anschließend ging's in die Wildnis rund um den schwarzen, lebensgefährlichen Ziegeleiteich, die aufregendsten Szenen nachzuspielen. Den panischen Japaner, der vor dem fußballfeldgroßen Fuß von Godzilla flieht, hatte ich richtig gut drauf. (Heute ist das Gelände, auf dem wir einst die Zerstörung Tokios nachspielten, fast vollständig erschlossen, zugestellt mit Hockeyplätzen, Schrebergärten und einem Camp für Aussiedler, und im Sommer stinkt der alte Teich zum Himmel, braun und gelb vor Algen und Entengrütze. Aber Kinder-Matineen sind ja auch schon seit Äonen abgeschafft.)

Die Überwältigung, die ich bei egalwelchem Spielfilm erlebte, ließ allmählich nach. Ich begann, mich über die elenden Kopien mit den vielen Kratzspuren, verwüsteten Soundtracks, herausgebrannten und notdürftigst neu verklebten Szenen zu ärgern. Als während einer Vorstellung von »Frankenstein und die Monster aus dem All« das altersschwache, ausgefranste Material sich im Getriebe verfing, der Film zwischen zwei Kadern verhielt und zerschmolz, kam es mir zum ersten nach dutzenden Malen nicht mehr so vor, wollte sich die schöne gruselige Illusion nicht mehr einstellen, die Leinwand selbst würfe Blasen und löste sich sekundenschnell in riesige Fetzen auf. In dem Moment, vermute ich, habe ich den unschuldigen Blick auf Filme verloren und, leider, verstanden, was der Satz bedeutet: »Ist doch bloß Kino.«

Dennoch wollte ich auf die Absorption durch das Filmbild auf keinen Fall verzichten. Ich fing an, mir die Namen von Regisseuren zu merken, die ich irgendwo lobend erwähnen gehört hatte, und nahm mir vor, nur mehr deren Werke zu betrachten. Da ich die jedoch nicht sehen durfte – weil die Kassierer damals noch hohe Stücke auf die FSK hielten bzw. nach 22 Uhr der Fernseher für mich tabu war – schlief meine Kino-Obsession bald etwas ein. Bis »Star Wars« kam. Den mochte ich nicht besonders (und sah ihn mir trotzdem bzw. selbstverständlich fünfmal an). Doch im Schlepptau dieses Monstererfolgs brachte MGM wundervolle, neu gezogene Kopien von »2001« in die Kinos, und ich erlebte nach Jahren der Abstinenz wieder die allerherrlichsten Stunden des Eskapismus. Monatelang träumte ich Szenen des Films und nervte meine Umwelt mit Enthusiasmus; ich bastelte ein Diorama, in dem ein opaker Monolith durchs Weltall segelte, und hängte es in den Deckenwinkel überm Bett, bis es zentimeterdick verstaubt war und die Fäden, an denen der Pappquader hing, aussahen wie die Spinnweben in Draculafilmen. Während der fünften oder sechsten Aufführung von »2001«, die ich besuchte, im späten Sommer 78, nicht mehr in einem weiten Saal mit einer ordentlichen Breitleinwand, sondern in einem jener Schuhschachtelkinos, die damals die Landschaft verheerten: Riß die Kopie, und nun war der Bann für immer dahin. Ich habe nie wieder von Filmszenen geträumt.

Ich entwickelte Geschmack, Vorlieben, großkotzige Snobismen. Ich erlangte Gewalt über die Filme – wie zur Rache, weil sie keine ernsthafte Macht mehr hatten über mich – , indem ich sie nach Genres auseinanderzuhalten lernte, Besetzungslisten studierte, Kinohistorien und alle verfügbare Literatur über die Illusionstechniken des Mediums las. Ich bin nicht sicher, ob man diesen Vorgang eine Emanzipation nennen darf. Immerhin studierte ich jeden Text über Filme mit einem pathetischen Eifer, der in seiner Ausschließlichkeit und Demut vorm gedruckten Wort eigentlich nur variierte, was mir im dunklen Projektionssaal nicht länger möglich war: Selbstauflösung.

»Wie ein wilder Stier« stand im Wettbewerb der Berlinale 1980 und gewann. Das berührte mich nicht. Aber die paar Szenen, die zwecks Promotion freigegeben waren und im Fernsehkasten vorgeführt wurden: hauten mich schier vom Stuhl. Ich dachte, ich wäre abgebrüht: Ich bekam eine Lektion. Da stand, in einer Hotelsuite, ein kräftiger, ziemlich häßlicher Mann und vor ihm eine hübsche wasserstoffblonde Frau, beide viele Meter entfernt von der Kamera, die sich, ein heimlicher Spanner wie ich, durch ein Wandloch drückte, und er schrie sie an, es ging um nichts, doch ihm offenbar um alles, und sie senkte furchtsam den Kopf, und ich wollte das alles nicht sehen und sah dennoch hin, ein ohnmächtiger Zeuge, und dann, ohne Vorwarnung, schlug der Mann der Frau ins Gesicht, und ich fühlte mich wie der Komplize des Drecksacks. Sobald der »Wilde Stier« in den regulären Verleih kam, saß ich im Kino; and I sat on the edge of my chair. Seitdem bin ich vernarrt, verfallen, verloren.

Mit Michael Powells Worten: »Der erste Martin-Scorsese-Film, den ich sah – oder: der mich sah«.

Dr. Ike N. O'Clast

Scorsese hat lange Jahre an der New York University Filmwissenschaften studiert und zeitweilig auch dort gelehrt. Den analytischen, den, wenn man so will, mehr »europäischen« als »amerikanischen« Umgang mit dem Medium, seinen Mitteln und Klischees, welchen er in den 60ern erlernte, hat Scorsese aufs glücklichste vereint mit seiner tiefen Verehrung für die, wenn man auch das so nennen will, »pragmatische« Methode des Hollywood-Kinos. Kein Spielfilm, den er kennt, und er kennt unendlich viele Spielfilme, findet Ungnade vor ihm, kein Kollege hat sich jemals über eifersüchtiges Gerede von Scorsese beschweren müssen. Er bewundert jeden, wirklich jeden Regisseur, vielleicht deshalb, weil ihm die Arbeit am Set ein großes Greuel ist (»Alle sind größer als ich, und überall stehen Lampen im Weg«), und huldigt erst recht, wenn ein Regisseur mitgeholfen hat, das US-Kino zum Heiligen Konzil und Gesetzgeber zu erheben für alle Filme, die rund um die Welt gedreht werden. »Manchmal«, sagt Scorsese, der jährlich ein Pensum von *achthundert* Spielfilmen in seinem Heimkino studiert – »manchmal werde ich von Filmstudenten gefragt, warum sie sich die alten Schinken überhaupt noch ansehen sollen. Sie wüßten doch schon alles. Nun – je mehr Filme ich sehe, desto klarer wird mir, wie wenig *ich* erst weiß.«

In seinen eigenen Werken geht er nicht so freundlich um mit den Altvorderen, und Traditionen nimmt er vor allem zum Anlaß, sie zu beenden – und Genres kurzerhand neu zu erfinden. »Taxi Driver« (1975) z. B. ist die letztmögliche Version des Lonesome-Cowboy-Western, ein Shane, der in Pornokinos rumhängt, ein Davy Crockett, der zur Rettung der heruntergekommenen Nation alle Repräsentanten dieser Nation abknallen will, ein Searcher, dem niemand helfen kann und der ein grauenhaftes Massaker veranstaltet, um ein Mädchen zu retten, das längst verloren ist. Doch in Travis Bickle, dem manisch-paranoiden Taxifahrer, der sich einen Irokesenschnitt verpaßt, ehe er zum Amoklauf antritt, fand nicht allein die etwas später ausbrechende Punkbewegung ein Idol. Bickle ist der Ahnherr aller urbanen Psychopathen, die seither im Film ihr Wesen treiben, ob als rasender Moderator in »Talk Radio« oder als Spießer, der mit der Panzerfaust Verkehrsprobleme beseitigt, in »Falling Down«. Der Film zeugt Jünger bis heute. Kein Quentin-Tarantino-Film, der nicht in allertiefster Schuld bei »Taxi Driver« und seinem, einst, skandalös lakonischen Umgang mit violenten Bildern stünde. (Tarantino haßt es, folgerichtig, wenn Interviewer ihn zum Schüler Scorseses stempeln wollen: Ein Adept, der selbst was werden will und auch das Zeug dazu hat, muß den Meister verleugnen.)

»Kap der Angst« (1991) sollte das Remake eines Psycho-Thrillers werden, und es wurde ein Film daraus, der sein Vorbild und alle anderen Psycho-Thriller beerdigte und nur mehr Raum ließ für Bastarde aus Horror, Sitcom und Soap wie »Scream«. Dennoch hat niemand nach Scorsese sich getraut, über den größten Horror, den das Genre und seine Fans umtreibt, den vorm Sex nämlich, so frank und frech zu reden wie er. Und dies auch noch mit einer sehr ernsten, tiefen Paraphrase der biblischen Schöpfungslegende zu amalgamieren. Allein über die Allegorien, Symbole, Halbzitate, Travestien, Hommagen, die satirischen und religiösen Konnotationen dieses Films, seine Bildkompositionen, Kamerabewegungen und seine vollendet kalkulierte Farbdramaturgie könnte und werde ich mal ein Buch vollschreiben. Eines Tages bestimmt.

Tatsächlich möchte ich über jeden Scorsese-Film enzyklopädisch werden. So angefüllt sind sie mit Verweisen, Anspielungen, ironischen Bemerkungen, und zwar nicht allein zu anderen Filmen, sondern zu allen Künsten. Ein Bild von Scorsese öffnet den Blick auf tausend andere Bilder, die er im Kopf hatte, als er sein eines entwarf; und sein Werk enthält natürlich auch darum die höchsten und tiefsten Wonnen der Interpretation, weil er selbst ein Aficionado ist. Der allerdings eine ganz eigene, nur unter Gefahr der Lächerlichkeit imitable Filmsprache geschaffen hat. Er ist ein Gott, der andere Götter gelten läßt, obwohl und während er sie stürzt; Zeus, der die Titanen scheut, dieweil er sie verknechtet. Nick Pileggi, sein Co-Autor bei den Drehbüchern für »GoodFellas« (1989) und »Casino« (1995), schwärmte, mit Scorsese zu arbeiten sei wie ein Team-up mit Mozart. Ich halte das durchaus nicht für Lobhudelei.

Requiem mit Blaulicht

Martin Scorsese macht Filme für Leute, die verrückt sind nach Filmen, aber zu viele Filme gesehen haben, um sich ihnen bedingungslos ergeben zu können. Er stopft seine Szenen voll mit Ironie, untergräbt sie mit doppelten und dreifachen Böden; er beschäftigt das Hirn von unsereins Filmfexen mit allen Mitteln. Und bedient derweil, sozusagen subkutan, unsere Sehnsucht nach Szenen, in denen wir aufgehen wie der Buddhist im Nirwana. Leider hat sich das aktuelle Kino ein Publikum erzogen, das auf derlei Ambiguitäten und Schizophrenien gar keinen Wert legt und lieber gar nichts mehr ernst nimmt außer dem eigenen »Fun-Faktor«. »Bringing out the Dead«, Scorseses neuestes Werk, hat in den USA, trotz knapp 2.000 Kopien zum Start, wenig Anklang gefunden, es wird auch hier kaum Publikum finden, und ich *weiß* ja selbst, daß mein Meister schon mal besser gezaubert hat. Ich *weiß* aber auch, daß die Geschichte von dem Ambulanzfahrer, dem die Patienten unter den Händen wegsterben, statt wieder zu atmen, in den Händen jedes anderen Regisseurs ein entsetzlicher Riemen geworden wäre.

Scorsese hat die Story genutzt, um den Film, mit dem er berühmt wurde, »Taxi Driver«, und den Film, mit dem er, nach einer Reihe von Flops, wieder Kredit in Hollywood erwarb, die surreale Komödie »Die Zeit nach Mitternacht« (1985), aufs eigenartigste zu verschmelzen. (Ein Jungschnöselkritiker, dem die reife Selbstironie Scorseses auf den Geist ging, weil er,

der Schnösel, bis zur Erschöpfung damit beschäftigt ist, wichtig zu tun, meinte, eine Meinung zu haben, als er über »Bringing out the Dead« verbreitete, der Film »stinke«. Je nun, er, der kleine Blödmann, hatte sogar ein wenig recht. Soll ein Film über den Tod denn nach Rosen duften?)

Alle Werke Scorseses lassen sich in Triptychen einsortieren, und wo es partout nicht geht, wird Scorsese demnächst für Komplettierung sorgen. Er liebt solche Manierismen, er hat eine ausgeprägte Sympathie für die Ästhetik des Hochbarock, Violenz inkl. »Bringing out the Dead« vervollständigt ein dreiteiliges großallegorisches Mysterienspiel über das Jenseits: nach der Höllenfahrt in »Casino« (1995) und dem (verlorenen) Paradies in »Kundun« (1997) nun also das Fegefeuer. Es geht da, ganz im katholischen Sinne, den der Beinahe-Priester Scorsese aus dem Effeff kennt, recht ambivalent und verwirrend zu. Beispielsweise tritt der Teufel als Drogendealer auf und ist die einzige sympathische Figur. Später wird er verwundet, nämlich aufgespießt, direkt durch die Leber, als wie unser Heiland. Und läßt sich retten von dem einen Mann, der daran zugrunde geht, keinen *Menschen* retten zu können.

Dies war, all dies ist nur eine Vorrede zu dem, was ich zu Martin Scorsese zu schwatzen hätte. Seien Sie, wenn Sie nicht weiter interessiert sind, bloß froh, daß die Redaktion mir jetzt Einhalt gebietet. Seien Sie, wenn Sie Blut geleckt haben, bitte nicht böse, daß ich den Film an dieser Stelle reißen lasse. Aber dies sollen Sie noch erfahren: Monatelang hing in der Schwebe, ob Scorsese oder Steven Spielberg »Schindlers Liste« verfilmen würde. Und über folgendes Zitat dürfen Sie gelegentlich nachdenken, es ist aus Spielbergs Mund: »Meine Filme flüstern. Martys Filme sind Schreie.«

Der Mann weiß Bescheid.

»Bringing out the Dead«; mit Nicolas Cage, Patricia Arquette, John Goodman, Ving Rhames; USA 1999 (Buena Vista); 120 Minuten; ab 4. Mai im Kino

Konkret 05/00, S. 49

Marit Hofmann

filmtheater

Three Seasons

Regie: Tony Bui; mit Don Duong, Nguyen Ngoc Hiep, Harvey Keitel; USA 1998 (Arthaus); 113 Minuten; seit 27.4. im Kino

Irgendwo muß ich das schon mal gesehen haben. So viel Wärme in einer kalten, vom Geld beherrschten Großstadt (hier: Saigon). Der Rikschafahrer, der sich eine Nacht mit der vom Schicksal enttäuschten Prostituierten zusammenspart und ihr dann einfach nur beim Schlafen zusehen will. Der kleine Straßenjunge mit Bauchladen und Regencape, der immer nur bei schlechtem Wetter auftritt und sich mit Harvey Keitel anfreundet. Der hat diesen ersten in Vietnam gedrehten US-Film produziert und darin ebenfalls einen rührseligen Part übernommen: den Ex-GI, der seine während des Kriegs gezeugte Tochter sucht. Dann wären da noch die Blumenverkäuferin, die dem leprakranken Dichter beisteht, Lotusblüten im Weichzeichner und die Poesie der Armut: »Die Sonne geht für die Reichen auf. Wir leben in ihrem Schatten.« Lieber nicht mehr drüber nachdenken, wo ich das schon mal gesehen hab. Ein Vietnam-Film kann’s jedenfalls nicht gewesen sein.

Being John Malkovich

Regie: Spike Jonze; mit John Malkovich, John Cusack, Catherine Keener, Cameron Diaz; USA 1999 (UIP); 113 Minuten; ab 4.5. im Kino

Hier versagen alle Vergleiche. Vergessen Sie Monster Movies und das komplette Science-Fiction-Genre – gegen die abgedrehte Story von »Being John Malkovich« sind das alles alte Hüte. Noch mehr als über die Absonderlichkeiten, die sich da vor einer modernen New Yorker Großstadtkulisse abspielen, müßte man allerdings darüber staunen, wie bereitwillig man sie als Gegebenheiten hinnimmt. Hatte man von Video- und Werbefilmer Spike Jonze wie von keinem anderen erwartet, daß er in seinem Kinodebüt auf die zur Zeit auch auf der Leinwand angesagte Clipästhetik zurückgreift, verzichtet er konsequent auf Tricksereien und schnelle Schnitte und inszeniert das Unerhörte, als wär’s das Normalste von der Welt: Der passionierte Puppenspieler Craig (Cusack mit fettigem Langhaar als der geborene Versager) rafft sich zur Jobsuche auf und erhält dank seiner flinken Finger eine Anstellung im siebeneinhalbten Stock eines Bürohauses, in dem man sich wegen der niedrigen Decken nur gebückt fortbewegen kann. Dort entdeckt er hinterm Schrank einen Tunnel, durch den man – für genau fünfzehn Minuten – Zugang zum Hirn des Schauspielers John Malkovich erhält. Und dies, wohlgemerkt, ist nur die Exposition.

Falls Sie gerade ins Grübeln gekommen sind, wo denn John Malkovich noch mal mitgespielt hat, trösten Sie sich. In »Being J. M.« kann sich auch niemand so recht erinnern, außer an »den einen Film mit dem Juwelendieb« – den Malkovich selbst allerdings nicht kennen will. Hier genügt es vollauf zu wissen, daß er berühmt ist – seine charismatische Ausstrahlung und Schauspielkunst sind ohnehin nicht zu übersehen. Der bisher unbekannte Skriptautor Charlie Kaufman schrieb dem Star die Rolle auf den Leib, ohne freilich je an eine Umsetzung zu glauben. Malkovichs selbstironischer Auftritt als divenhafter Snob verrät jedoch nur scheinbar etwas über seine Person. In Wirklichkeit wird er als bloßes Projektionsobjekt für die Wunschidentitäten der anderen mißbraucht. Craigs Kollegin Maxine (Keener als tougher Businessvamp) wittert ein glänzendes Geschäft und ködert jede Menge zahlungskräftige Kunden mit der Warholschen Verheißung, jeder könne für 15 Minuten berühmt sein. Craigs Frau Lotte (kaum wiederzuerkennen: Diaz als unbedarftes Naivchen) entdeckt während ihres Aufenthalts im Leib des Mimen die lesbische Liebe. Craig selbst wiederum sieht seine Chance, die abweisende Maxine für sich zu gewinnen. Ihm als begnadetem Marionettenspieler gelingt es schließlich, von Malkovich so ganz und gar Besitz zu ergreifen, daß der nicht nur Craigs dümmliche Mimik und seine tapsigen Bewegungen annimmt, sondern auch verkündet, John Malkovich sei doch nichts als ein »überschätzter Sack Scheiße«.

Wie der fremde Körper als Gefäß für die verschiedensten Phantasien dient, so bietet der Film eine breite Projektionsfläche für Deutungen. Nach Herzenslust können Sie mit postmodernem Theorievokabular um sich werfen: Sex und Gender, Macht und Begehren. Und haben Sie sich schon mal gefragt, was passiert, wenn Malkovich selbst einmal durch den Tunnel in sein Hirn gelangt? Sie können sich den Kopf zerbrechen oder köstlich amüsieren. Sehen Sie selbst.

Konkret 05/00, S. 49

Jan Pehrke

filmtheater - Die Unberührbare

Regie: Oskar Roehler; mit Hannelore Elsner, Nina Petri, Vadim Glowna; BRD 1999 (Advanced); 100 Minuten; seit 20.4. im Kino

»Die Unberührbare« kramt einen Stoff aus dem Müllhaufen der Geschichte hervor. Der Film erzählt vom tragischen Ende einer großbürgerlichen kommunistischen Schriftstellerin, die in den 60er Jahren mit Erkundungen der deutschen Spießer-Seele erfolgreich debütierte, seit den 80er Jahren aber zunehmend ins Abseits des Literaturbetriebs geriet. Diese Motiv-Wahl ist autobiographisch begründet: Bei dem Regisseur Oskar Roehler handelt es sich um den Sohn von Gisela Elsner, dem Vorbild für die Hauptfigur Hanna Flanders. Was im Film allerdings nie deutlich wird.

Die Handlung setzt mit dem Mauerfall ein. Die TV-Chronik der laufenden Ereignisse kann Flanders/Elsner nur zugedröhnt und abgefüllt ertragen. Sie erlebt die »Wiedervereinigung« als persönliche historische Niederlage und beschließt Hals über Kopf ins Herz der Finsternis, nach Berlin, umzuziehen. Dort findet die Schriftstellerin dann weder bei ihrem Sohn noch bei ihrem Ost-Verlag oder bei Zufallsbekanntschaften Halt und verliert zunehmend den Boden unter den Füßen. In einer Szene irrt sie mit ihrem Dior-Mantel verloren durch ein Ost-Berliner Niemandsland – ein eindringlicheres Bild von Einsamkeit war im Kino lange nicht zu sehen.

Die Haltung des Films zu seiner Protagonistin erschließt sich trotz oder wegen der Verwandtschaftsbeziehung nur schwer. Er ist weder eine aus intimen Kenntnissen gespeiste Analyse noch eine Abrechnung, der Versuch einer Rettung oder ein nüchternes, streng an den Fakten orientiertes Doku-Drama. Sein Hauptanliegen scheint es zu sein, einer Verlorenen in ihrem Scheitern ein wenig Würde zurückzugeben – ein Akt »nachgetragener Liebe«.

Den inneren Antrieb der Hanna Flanders legt Roehler hingegen nicht bloß. Dafür hätte er sich tief in die 50er Jahre hinab begeben und zeigen müssen, wie der Muff der frühen Jahre eine Frau in bürgerlichem Selbsthaß zum Klassenverrat trieb. Diese Geschichte der Oberschichts-Dissidenz wäre ein Biopic Scorsesescher Dimension geworden – und viel zu teuer. Der bundesdeutsche Film der letzten Zeit, der sich die ambitioniertesten Ziele steckt und diese auch erreicht, bleibt Roehlers Werk trotzdem.

»Wenn es eine Film-Geschichte gäbe« – um einen Stoßseufzer von Jean-Marie Straub zu zitieren – dann würde »Die Unberührbare« eine Zäsur markieren. Der Regisseur hätte mit seinem Sinn fürs historisch Abseitige, seinem reflektierten Anknüpfen an die Autorenfilm-Ästhetik und mit seinem traditionsbewußten Unterfangen, im Darsteller-Ensemble drei Schauspieler-Generationen zu versammeln, den Beginn eines neuen Neuen deutschen Films eingeläutet. Was Roehler aber wohl nicht vergönnt sein wird.

Konkret 05/00, S. 50

Jürgen Roth

Ferkels Durchbruch

Eine Woche im Griff der Revolverjournalisten: Wie der Autor eines Verona-Feldbusch-Romans von »Bild« berühmt gemacht wurde und was er davon hatte

»Andererseits interessiere ich mich auch sehr für Menschen.«

Verona Feldbusch

Um die Mittagszeit des 4. März 2000 erreichte mich aus der politökonomischen Praxis Dr. Thormaier, Hamburg, ein Not- und Eilfax:

Nicht nur das Zwerchfell tätscheln, sondern auch sämtliche TV-Angebote der Privaten und Ö-Rechtlichen annehmen; Interviewhonorare aushandeln mit Gründen nach Bock und Laune (Autounfall gehabt, 30 Mille Sachschaden, nicht versichert gewesen o. s. ä.); bei TV-Interviews prinzipiell aushandeln, daß das Buch in die Kamera gehalten wird; den Haffmän zu verschärftester Bewerbung des Werkes verdonnern; Internet und was weiß ich für neumodische Kabelatorien sofffffort ausnutzen; sofffffort eine Lesereise beginnen; nicht erst warten, bis die Luft raus is, die von »Bild« geschwängerte Luft.

Jürschen, Glückwunsch!!!!

Schön hingekriegt, den Wurph!!!!

Es war bereits zu spät und die »blitz«-Crew von Sat.1 schneller gewesen. Wie die Hyänen hatten sie mich überfallen, mich arme, bald gebeutelte Sau, mich Beutelschneider; der zwar, ich geb's zu, mit der zu einem Achtel ermogelten, zu einem Viertel von wohligsten erotischen Nuancen, Schummelklängen und Schimmeldüften durchzogenen, zu zwei Achteln erdichteten und sonst aber klirrend klar recherchierten, der Wahrheit und wahrhaftigen Lebensforschungskunde dienenden Publikation *Verona Feldbusch – Roman eines Lebens* (Haffmans Verlag) die Rattenpresse zu erreichen wünschte, indes nicht erwarten durfte, die bundesweite Hauptheadline der größten Zeitung Europas abzustauben. Jetzt passierte es, er fand statt, der Super-Gau.

An einem Samstag war's, als früh das Telephon klingelte: »Kauf' dir die ›Bild‹, du hast es gepackt!« schrie ein alter Kumpel und las vor: »Voll mit Sex-Phantasien über sie – Wenn Dieter Bohlen das liest, schwillt ihm der Kamm: Ferkel-Buch schockt Verona«. Sauber, dachte ich, die Jahresmiete ist gesichert. »Hör' dir das an«, japste mein Freund, »ein saftiges Ferkelbuch schockt die schöne Verona Feldbusch (31). Jürgen Roth (31), Philosophiewissenschaftler – genau: Phi-lo-so-phie-wissen-schaft-ler! – aus Frankfurt schrieb« usf. »Fast alles ist erfunden. So eine Sexnacht mit Bohlen: ›Sie stimmte der Pendel-Party auf der Liebesschaukel ... ohne größere Umstände letztlich zu.‹ Verona fassungslos: ›Ich habe den Buchschreiber nie gesehen. Alles Phantasie!‹ Das Skandalbuch – Seite 8.«

Ebenda fand der Buchschreiber ein zweites gigantisches Reizwäschemodellfoto der schönen Frau Feldbusch (»Verona in weißen Dessous und wallendem Haar. Da kann man schon ins Phantasieren kommen!«) und eine halbe Seite saftige Zitate. Sogar der Verlagsname war korrekt. Mit gesträubtem Haupthaar nahm ich zur Kenntnis, was ich getan: »Roth mixt alle diese Phantasien, benutzt aber wirkliche Namen, Freunde aus Veronas Vergangenheit«, bei einer Biographie nicht unüblich, »viele fühlen sich verletzt. Das Ergebnis: ein Ferkelbuch.«

Schon gut, schon gut, soweit einwandfrei. Daß man einen billigen literarischen Trick zum völlig unsinnigen Dementi umbog und -log (»Der Verlag entschuldigt sich in Extra-Texten bei Verona«), tat herzlich wenig. Viel eindrücklicher prangte der reine Nonsens der schmählich in den Schmutz Gezerrten (»Ich kenne den Mann nicht, und sein Buch verstehe ich sowieso nicht. Es ist eine Aneinanderreihung von Ferkeleien und Fremdwörtern.« Sagt irgendwie die Richtige. »Herr Roth hat von mir und meinem Sex-Leben gar keine Ahnung.« Hat die eine Ahnung.)

Wer den Boulevard reizt, darf sich nicht wundern. Günther Koch warnte prompt per Handy: »Fenster schließen! Wohnungstür verrammeln! Nicht ans Telephon gehen!« Und Kay Falkenberg prophezeite: »Jetzt machen sie dich zur Minna!« Den Takt schlug entschlossen das grundanständige Blatt: »Auch Veronas Familie wird im Buch lächerlich gemacht. Lange Beschreibungen über Dreck, Elend und Streit im Hause Feldbusch. Dazu wissenschaftlich klingende Passagen, gespickt mit Fremdwörtern. Ein Wissenschaftler auf Abwegen. Und immer wieder diese schwülen Phantasien ...« Ich erspare mir zu erläutern, aus welchen Quellen sich die langen Beschreibungen speisen. »Roth kennt in dem Buch keine Grenzen. Er geht sogar soweit, nach den erfundenen Sex-Spielen eine gefälschte Frauenarzt-Diagnose zu drucken.« Des Gynäkologen Thormaier.

Ich war, prima, auserkoren, der Krakeeler, der Arsch vom Dienst zu sein, »in Impudentia (heißt: komplett schamlos)« (»Bild«). Während »Bild« wahrscheinlich noch einen Hiwi verdonnert hatte, die 240 Seiten zu sichten und die *Stellen* herauszufischen, lehnten es alle umgehend einschreitenden TV-Zuhälter sowieso schlankweg und instinktiv ab, das inkriminierte Werk bzw. die ohnehin viel zu ausführlichen »Bild«-Passagen zur Kenntnis zu nehmen. Die ersten, die »blitz«-Herr- und Damschaften, stehen nach zwei Stunden auf der Matte. Man wolle, man müsse bei mir zu Hause drehen, Sie verstehen, der *Dichter* und der TV-Star, »wir brauchen den *Kontrast,* das *Team* ist unterwegs«. Frau XY stampft herein, im Schlepptau einen Tonassistenten, der augenblicklich meine Bücherregale inspiziert. Der aufs schamloseste lederbehoste Kameramann fordert, das Fenster zu verhängen, packt mich am Arm und schiebt mich durch die Wohnung. »Du, Jürgen, jetzt stell' dich mal da hin, ich zieh' das auf, und dann einen Close-up. Und du mußt locker bleiben. Setz' dich an den Computer und schreib' was.« Ungefragt geduzt folge ich willig. »Hey, Jürgen, los, da rüber, ja, steck' dir eine an, komm', das muß gut aussehen, das ist dein Durchbruch, kennst du den Lothar Baier? Mit dem hab' ich neulich gedreht, nein, noch mal am Schreibtisch.« Ich verbitte mir, das Schlafzimmer zu filmen, komme aber sonst kräftig unter die Räder, rauche, posiere, mime und lasse mich instruieren: den Satz zu wiederholen, kürzer!, den Kopf etwas nachdenklicher, schiefer zu halten, das halbe Arbeitsgemach umzubauen und zu bekennen, beinahe, doch, ja, ich wolle doch eh nur die Feldbusch auch ganz gerne usf. Unsre Billigredakteurin investigiert scharfzüngig und -sichtig und offenbart von selbst, das Buch nicht zu kennen, »der Beitrag muß schnell raus, morgen kommt's«.

Nix kommt, nie kommt's. Mir, dem Lügner und Phantasten, der alle Grenzen des Anstands und des Geschmacks niederwalzte (»Stimmt das, daß Sie der ›Woche‹ gesagt haben, Naddel sei ›die allerdümmste Nuß‹?«; ich zeige ihr die »Woche«, die sie nicht zu lesen versteht), bleibt der »blitz«-Schmutz erspart, wohl weil RTL, dreifache, vierfache Einschaltquote, den größeren Hammer rausholt und anruft, bevor der Du-Jürgen meine Dichterfüße, die über den schmutzigen Gehsteig des heruntergekommenen Gallusviertels schlappen, aus drei Perspektiven ablichtet und mir die Info steckt: »Als nächstes kommt der Biolek, da mußt du hin! Echt, Jürgen, das ist stark, das ist total wichtig!«

Total wichtig finde ich, der RTL-Koordinatorin, die »das Kölner Team« bereits on the road geschickt hat, ziemlich dezidiert und schon recht angeknockt zu verraten, ich würde sie nicht hereinlassen. Okay, verstehen wir, aber der Dichter und seine Bücher ... Nein. Miete man halt die Suite des Intercity-Hotels. Lederjürgen ist keine zwanzig Minuten weg, und es klingelt. Natürlich vergesse ich, Honorar zu fordern. Natürlich möchte Reporter Jörg Peters wissen: »Stimmen die Zitate aus der ›Bild‹? Alles erfunden?« Nein, nicht alles erfunden, jene Lücken hätte ich geschlossen, die ... monatelang recherchiert ... ferngesehen ... »Bild« und »die zwei« und überhaupt jeden Mist gelesen ... eine Kunstfigur, über die man nur Kunst machen ... Zitate samt und sonders authen ... Aha, ob er von mir ein Buch bekäme, er bezahle es. Ich gebe ihm eins. Kann er den Titel lesen. Tut er nicht. Er legt es weg.

Wir brausen zum Bahnhof. Stimmungsvolle Genrebilder. Herrn Peters Auftraggeberin, Frauke Ludowig, klagt die seelenlose Hansdampfmaschine, habe ihn aus dem Friseursalonsessel heraus hierher geschickt. Ein Streß, das. »Sie kriegen fünf, sechs Minuten, beste Sendezeit, morgen abend, Exclusiv – Weekend.« Davor setzt der Fernsehgott den Schweiß, den Schweinen zu dienen. Sie jagen mich über Bahnsteige, durch die Halle, die Buchhandlung, »langsamer gehen«, »geradeaus gucken«. Der Kameramann verfolgt glänzende Ideen, umkreist mich, wählt die Frosch-, die Frontalsicht, gibt alles. Peters bequakt das Handy. »Die Frauke!« Die Buchhändlerin schüttelt den Kopf. Ich trampele vor Regalen hin und her, blättere stilvoll in meinem Buch und tue so, als läse ich. »Wir brauchen noch eine Einstellung vom Kiosk«, entscheidet der flinke Peters und erklärt vertrauensvoll, RTL arbeite seriös, »nicht wie Sat.1«. Klar werde er den literarischen Charakter berücksichtigen und unterstreichen.

Sie saugen dich leer. Sie vernutzen dich. Sie wissen nichts und wollen nichts wissen. Abends steigt der Frankfurter Opernball. RTLs Spitzenreporterin (Textkenntnis: minus 12), der man ein Exemplar des Schweinebuchs per Taxi sendet, um ihr zu ermöglichen, den Titel zu belugen, examiniert mich via Funk: »Stimmt das, daß Sie alles erfunden haben? Das geht doch nicht!« – »Nein, nicht alles. Ich habe dort, wo sich Frau Feldbusch ausschweigt, in einer Mischung aus hohem und ordinärem Ton versucht, mich dem Wahrscheinlichen anzunä...« – »Soso, Sie haben also mit Verona Feldbusch überhaupt nicht gesprochen?« Ich kaufe mir ein Weizenbier.

In der Suite das übliche Beleuchtungs-, Positions- und Wichtigtuerprozedere. Seit sieben Stunden bin ich unterwegs, vor der Kamera. Rede pausenlos denselben Stuß. Die lackierten Mistvisagen färben ab. Boulevardjournalisten sind das Pack, Fernsehboulevardjournalisten der Ausbund an Infamie, an Ganovengesinnung und Kanaillengebaren. Das Vorgespräch diene bloß seiner Information, er kenne das Buch ja gar nicht und habe die »Bild«-Zeitung nur überfliegen können, gesteht Peters und hält mich an, knapper zu antworten: »Ja, das noch mal, kürzer, knackiger!« Meine Meise befiehlt mir, seiner Bitte zu entsprechen.

Ich dachte, abends, vollständig durch die Mangel gewürgt: Der ist halbwegs freundlich, interessiert gewesen, nahm etwa zur Kenntnis, daß die *Stellen* höchstens 20 Seiten ausmachen. Am Sonntag, dem 5. März, sieht man das Resultat. »Ein Buch sorgt für Empörung«, geifert Lügenlumpenbaronin Ludowig zu Beginn, »es geht um Verona Feldbusch, genauer: um das Intimleben von Verona Feldbusch. Ein Philosophiewissenschaftler« – da ist er wieder – »hat den Skandalschinken

geschrieben. ... Ihr Sexleben wird darin in allen Einzelheiten beschrieben. ... Jürgen Roth nimmt kein Blatt vor den Mund, so als wäre er höchstpersönlich immer dabeigewesen. Ferkelbuch oder Literatur? Will einer nur auf Kosten einer Prominenten die schnelle Mark machen?«

Mir kommen die Tränen. Was ein Dreck und Lügenbrei und verheuchelter Bullshit. Tigertitten-, Bikinibilder. Wassernixenbilder. Arsch- und Strandräkelbilder. »Verona Feldbusch«, die arme, keusche Maus, »sexy, ein Männertraum«, schwabert Peters aus dem Off, »eine Frau, die für viele märchenhaft schön und rein ist«, genau; und, das vor allem, »eine Prominente mit einem ganz durchschnittlichen Liebesleben«. Sie wissen eben Bescheid. »Doch nun kommt jemand, der will ihr sauberes Ansehen in den Schmutz ziehen.«

Schnitt. Close-up. Meine Visage, entschlossen, grimmig, erzschurkisch, zu Mord und Dolchstoß entschlossen. Der Niederknüppler. Die Pottsau. Der Malefizbube. Ein Schuft. »Das ist er. Jahrelang, sagt er, hat er Verona Feldbusch für sein Buch genaustens studiert.« Sagte er das? Er fährt Rolltreppe, der Höllenhund. Ich möchte speien. Alain, Veronas »Ex« und derzeitiger »Manager«, blättert entzückt im aktuellen Veronakalender. Opfer der Heimtücke. Ich höre mich *Stellen* rezitieren. »Gestern auf dem Societyparkett in Frankfurt: Prominente diskutieren über den etwas merkwürdigen Roman«, raunt der Topjournalist, und es treten auf drei Zombies, denen die rasende Faslerin vom Vortag den Roman unter die Triefnasen hielt mit der mutmaßlichen Bemerkung, man kenne das Buch zwar nicht, habe aber sicherlich eine Meinung dazu. Zunächst salbadert der Literatursachverständige Patrick Lindner: »Wenn man so ’n paar Dinge versucht für sich zu behalten und dann jemand die Dreistigkeit besitzt, irgendwie eine Phantasiestory über ihr Sexleben zu schreiben, also, das finde ich schon sehr hart«, und ihm assistiert der vom Antialkoholismus schwer gezeichnete H. Juhnke, seinen höchstpersönlichen Beitrag zur Linguistik der Lüge und zur Ethik der Öffentlichkeit liefernd: »Nein, also man darf nicht alles schreiben, was auch vielleicht nur andeutungsweise stimmt, nicht? Also«, und er registriert nicht mal das Cover, »ich finde das unmöglich.« Während die kein Gran schamlose, dazumal in einen Beleidigungswettstreit mit Verona F. verstrickte »Schauspielerin« Sonja Kirchberger entscheidet: »Ich finde das eine unheimliche Frechheit, und ich hoffe, daß auch Frau Feldbusch was dagegen tut.« Auch? Will sie den Anfang machen?

Ich hoffe, das nimmt ein Ende. Doch da schreitet er vor Frankfurts verlotterten Puffkulissen einher, der böse Mann, zersetzenden, zermalmenden Henkerblickes. Logisch, ich beabsichtige, Verona Feldbusch zu vernichten. Ungespitzt in die Bühnenbretter zu rammeln. »Publicity hat er durch den Namen Feldbusch schon genug. Passieren kann ihm nichts, meint der Autor. Und der Verlag Haffmans, in dem das Werk erschienen ist, unterstützt Roth.« Gegen die Vereinbarung flimmern Fetzen des Vorgesprächs über die Scheibe. Aha. So funktioniert das. Gerne sähen sie den juristischen Kampf heraufziehen, gerne hetzt der abgehetzte Herr Peters: »Zu früh gefreut.« Neuerlich zackig montierte Meeresbikinibrüsteselbstbefummelungsshots. »Kann jeder dahergelaufene Schreiberling einem real existierenden Prominenten erotische Passagen andichten?«

Ein »Jurist«, der, wettet Bruder Thomas, nie einer war und dem das aufgeschlagene Buch des Gesetzes, scheint’s, ein besonders vertracktes Rätsel ist, hockt im offenbar unbenutzten Fakebüro und plästert, keine einzige Zeile gelesen, aus der pelzigen Birne: »Egal, welche Inhalte geschildert werden in dem Buch, ob die jetzt möglicherweise erotischen Inhalts sind oder einfach andere Unwahrheiten, dann können die natürlich nicht geschildert werden, und dagegen kann sich Frau Feldbusch sehr wohl zur Wehr setzen. Und da spielt es keine Rolle, ob diese Inhalte erotische darstellen oder möglicherweise anderweitige.« Es ist eh anything hundswurscht. Hauptsache Bambule: »Verona Feldbusch hat uns telephonisch ausrichten lassen, daß sie sich in der kommenden Woche zu dem Machwerk äußern will.« (Sie hielt, ein einziges Mal, die Klappe.) »Falls beide (Feldbusch und Dieter Bohlen; J. R.) klagen, würden die einstigen Eheleute diesmal nicht als Gegner vor Gericht stehen.« Rückenundarschbild.

Natürlich samt und sonders Unflat und barer Unfug, gedroschenes Stroh, simulierte Kenntnis der Sachlage, erschwindelte Kompetenz – RTL schreckt vor nichts zurück. Sie lügen wie (ab-)gedreht, kleistern Sentenzen aneinander, die nicht zusammengehören, denn es spielt keine Rolle, ob diese Inhalte erotische darstellen oder möglicherweise andere. Die »Nordschiene« des Kölner Halunkenhauses geißelt am 16. März (»Guten Abend RTL«) denn auch folgerichtig »eine heftige Verletzung der Intimsphäre«, und dem nunmehr via Bildschirm konsequent angeduzten »Jürgen« unterstellt man leichthin: »Daß seine lustvollen Phantasien Veronas Anwälte nicht abtörnen, da ist Jürgen ganz zuversichtlich.«

Die Republik sieht mit. Die nähere und entferntere Verwandt- und Bekanntschaft berät darüber, den Schmutzfinken zu verstoßen. Erläuterungen nützen nichts. Man liest »Bild«. Ich verweise auf die kluge Besprechung der »Süddeutschen Zeitung«. Aber die liest niemand. Vielleicht das österreichische »Format« (8. März), das Verona Feldbusch kurzerhand irgendwie zur Autorin erklärt? Oder die Schweizer »SonntagsZeitung« (12. März), deren Mitarbeiter a) die »Süddeutsche« und b) den juristischen Vorsatz gelesen hat und feststellt: »Kaum hatte die TV-Frau das Buch *Verona Feldbusch – Roman eines Lebens* gelesen« – eine höchstens Viertelwahrheit – , »sagte sie gleich, was sie davon hielt: ›Alles Lügen‹ – als ob der Autor je behauptet hätte, sein biographischer Roman über Deutschlands berühmtestes Fernseh-Produkt sei wahr«?

Kaum anzunehmen. Der Wille, betrogen, geneppt, verarscht zu werden, obsiegt. Mir vergeht die Lust, gebetsmühlenartig darzulegen, warum welche Partien unter Rückgriff auf welche Preßerzeugnisse parodistisch-pornographisch verfahren.

Meinethalben ist's »poetische Onanie« (»Prinz« 2/2000), und ebenjener Drang dürfte dafür verantwortlich gewesen sein, dem Wunsch des Sat.1-Frühstücksfernsehens nachzukommen, gen Berlin zu rasen, vier schlaflose Stunden im Inter-Conti zu verbaseln und am 6. März um 6.22 Uhr das berühmte rote Hauptstadtstudiosofa zu besitzen.

Mich empfängt eine der sattsam strammdummen Assistentinnen, die Dreistheit, Frechheit und Unfreundlichkeit in Person. Ich qualme, sie hält mir Stegreifvorträge, das gehe nicht, hier werde nicht, höchstens in der Raucherecke, und um die Zeit schon, das sei doch äußerst ungesund. Ob sie einen Kaffee hätte? Ja, da hinten steht die Maschine. Warten. Irgendwelche Karnevalskasper lärmen, ein einsamer Gitarrist probt im Brötchenraum. Der Mops sei auf Diät, bitte nicht füttern! Gestern erkundigte sich die Redakteurin, ob das stimme, was die »Bild«-Zeitung schreibe, ob alles erfunden usw. Das Buch? Nein, das habe man nicht da. Ich solle es mitbringen. »Nicht vergessen. Das ist Werbung für Sie.«

»Hier geht's gleich weiter mit Andrea auf der Couch«, droht der Trailer zu Eislutschveronabildern. Turbopampmaske, Mikro dran, ein Händedruck. »Wie heißen Sie noch mal?« Das Moderatorinnenwesen aus der seltsamen Welt, dem Osten Deutschlands, preßt sich neben mich. Der Einspieler nagelt die Maßstäbe fest: »Das Ferkelbuch über Veronas Liebesleben: Wie der Autor die intimsten Geheimnisse rausbekam, das verrät er uns gleich.« Schlauchbootbikinitittenimpressionen.

Andrea startet: »Die Frau vieler Männerphantasien schafft es immer wieder, in die Schlagzeilen zu kommen.« Sie kann lesen. Keine Bücher, die Blue Box. »Ein Buch ... sorgt für Riesenaufregung. Darin geht es haarklein um Veronas Sexleben – was sie mag, wie sie's mag und mit wem sie's mag ... Jürgen, ich muß mal beginnen mit einem Satz aus diesem Buch, den ich nicht ganz verstehe«, es ist der Satz aus »Bild«, aus einem der großen Zitatkästen: »›Sie stimmte der Pendel-Party auf der Liebesschaukel in der Spreiz-Dehn-Stellung ohne größere Umstände letztlich zu.‹ Was bedeutet das? Was ist eine Pendel-Party? Was ist die Spreiz-Dehn-Stellung? Und was ist eine Liebeschaukel?«

Ich laß mich nicht verschaukeln, sinniere ich still, das ist eine Livesendung, die können mich kreuzweise, und sabbele, unterbrochen von Andreas Reinreiter- und Reinquakstimme und den sehr gescheiten »Jaas?« und »Hmms«, diversen automatisierten Käse über Presse und Fernsehen daher, über Feldbuschs Intimitätenshow und Kult und Kunstfigur und Tinnef, und Miss Arierschädel wedelt mit den gelben Pappdeckeln und möchte halt ganz gewieft und gewitzt herauskitzeln, ob ich Verona nicht eigentlich nur – bzw.: »Vielleicht haben Sie jetzt 'ne extrem schmutzige Phantasie?« – »Nein, nicht besonders schmutzig.«

»Nicht eher Sie«, hätte ich retournieren müssen, »und ihr Spitzensender? Der Stunde um Stunde nichts als Obszönität und Niedertracht produziert und dokumentiert?« Man regrediert zur müden Tüte, zur falschen Flasche, man geht ihnen auf den Leim, geht aufs Geseich ein, man hört sich flunkerfrei palavern wie die Redlichen, die Ahnungsvollen drum herum und läßt die ungeheuerlichsten Heucheleien unwidersprochen. Andrea: »Niemand hat bis jetzt ein Buch über das Sexleben eines anderen geschrieben, ohne mit ihm gesprochen zu haben. Ich mein', Sie sind ja auch Journalist, gibt's da nicht auch so 'ne Form von Ehre?«

Gewiß.

Sofern ich unterdessen ebensosehr von Andreas Credo und Resümee, unsere weitherzige, wahrheitsbegierige Medienwelt auslotend, überzeugt bin: »Ich würde mir wünschen, daß Menschen wie Verona Feldbusch auch nach wie vor einfach 'n bißchen Respekt erwarten können, was ihr Privatleben betrifft.«

6.28 Uhr: Klappe. Abmarsch. Taxi. »Und das Rauchen aufgeben!«

Die Reisekosten (232,80 Mark) sind erstattet worden. Danke.

Am Bahnhof Zoo erwerbe ich »Bild«. »Ferkelbuch: Noch mehr TV-Stars in den Dreck gezogen – Deutschlands Show-Promis sind empört!« Ich auch. Die ökonomische Ausbeute: Shampoo Inter-Continental, Hand & Body Lotion Inter-Continental und Natural Milled Soap Inter-Continental. Die Handtücher hab' ich liegenlassen.

PS: Nach drei Tagen TV-Terror fordere ich horrende Gagen. Weitere Sat.1-Termine platzen oder werden abschlägig beschieden. Außerdem entschlummert Lolo Ferrari. Ihr Tod verschafft mir Ruhe. Merke: »Lolo Ferrari starb nicht, weil ihre Brüste explodierten, sondern ihre Seele« (RTL, »Exclusiv – Das Star-Magazin«, 12. März). Wahr gesprochen.

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 3/2000 über die Essays des Malers Hans Platschek

Konkret 05/00, S. 54

Marc Fabian Erdl

Buch & Deckel

Georg Bollenbeck: Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880-1945. S. Fischer, Frankfurt a. M. 1999, 463 Seiten, 68 Mark

Im Februar 1933 sticht Thomas Mann in ein Wespennest: Anläßlich eines Vortrags über Richard Wagner attestiert er dem Komponisten »Modernität«, sein »Deutschtum« sei »gebrochen und zersetzt, analytisch, intellektuell«. Der Schriftsteller äußert den Verdacht, daß Wagner »im *Tristan* mit einem Fuß auf atonalem Boden steht und man (ihn) heute ganz sicher einen Kulturbolschewisten nennen würde«. Wie in solchen Fällen üblich, aber folgenreicher als im Kaiserreich oder in Weimar, flippen Teile des Bildungsbürgertums aus, hat Mann doch eine Ikone der deutschen Kultur sowie der neuen Zeit der »nationalen Erhebung« auf das Übelste besudelt. Die Repressalien gegen die Familie Mann nehmen ihren Anfang.

Mit dieser Anekdote beginnt Georg Bollenbeck seine Darstellung des Streits um die kulturelle Moderne in Deutschland. Er isoliert drei Argumentationsfiguren der bildungsbürgerlichen Semantik, die er für die Zeit von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1945 durchbuchstabiert: Ursprungsmythologische Genese (Wechselbeziehung Kunst-Volk), bildende Funktion, und Schöner Schein, d. h. das Widerspiegeln einer autonomen, zeitenthobenen Wahrheit. Diese drei Ingredienzien des deutschen Kunstverständnisses durchlaufen als angebliche Garanten der deutschen Einheit verschiedene Stadien, bis sie sich in Weimar sukzessive in ein explosives Gemisch verwandeln.

»Deutsche Kunst«, semantisch bis zum Bersten aufgeladen mit sinn- und einheitstiftenden Zuschreibungen, wird für die Kulturträger zum Fetisch, an allen politischen und ökonomischen Tatbeständen vorbei und zuletzt unter Zurücklassung jeder liberalen Tradition. Die Erfolgsgeschichte einer weitgehend international ausgerichteten Moderne wird von einer diskutablen Irritation zu einer nationalen Bedrohung umgedeutet, spätestens dann, als dem Bildungsbürgertum nicht nur die Definitionshoheit über die Kunst, sondern nach 1918 auch die gesellschaftliche Akteptanz und ökonomische Basis abhanden kommen. Ab nun ist die Moderne nicht mehr integrierbar, sie gilt konsensuell als »verjudet« »französelnd«, »amerikanisiert«, »zersetzend«, »kulturbolschewistisch« usf.

Ein Heiland, der die deutsche Kultur aus den Fängen der Moderne und der Demokratie retten soll, wird herbeigesehnt und läßt auch nicht lange auf sich warten. Mit Hilfe der Nazis gelingt dem Bildungsbürgertum schließlich ein Pyrrhussieg über die kulturelle Moderne, von dem es sich nicht mehr erholen wird. Hitler, ebenso zutreffend wie entdämonisierend als »Kostgänger der bildungsbürgerlichen Kunstsemantik« charakterisiert, und die Nationalsozialisten müssen nur noch die vulgäridealistischen Trümmer zusammenfegen. Der Autor macht deutlich, daß es sich bei der Selbstpreisgabe der Gebildeten nicht um eine Zwangsläufigkeit oder die Folge einer Verführung handelte, sondern daß aus diversen Motiven heraus »Hitler entgegengearbeitet« wurde – mit Hilfe einer radikalnationalistischen, xenophoben Ausprägung der Argumentationsfiguren.

Georg Bollenbeck hat, nach *Bildung und Kultur* (1994), eine zweite Studie in Trostlosigkeit über das deutsche Bildungsbürgertum vorgelegt, eine in weiten Teilen überzeugende Arbeit, souverän und kenntnisreich, jedoch im Umgang mit den zahlreichen Belegen manchmal allzu nonchalant. Das Buch ist erfreulich kühl geschrieben und, trotz durch den Text irrlichternder Redundanzen, gut zu lesen – angesichts der hier angezettelten Materialschlacht keine Selbstverständlichkeit.

Konkret 05/00, S. 54

Jürgen Roth

buch & deckel

Matthias Politycki: Ein Mann von vierzig Jahren. Roman. Luchterhand Verlag, München 2000, 382 Seiten, 44 Mark
Dietmar Dath: Am blinden Ufer. Eine Geschichte vom Strand und aus den Schnitten. Verbrecher Verlag, Berlin 2000, 230 Seiten, 26 Mark

Matthias Politycki: Ein Mann von vierzig Jahren. Roman. Luchterhand Verlag, München 2000, 382 Seiten, 44 Mark

Was man der »Ästhetik«, einem der unterdessen verbreitetsten und wirkmächtigsten Schundbegriffe der Neuzeit, einem ubiquitär gültigen Ticket für feuilletonistische Falotts und betriebliche Bluffer, Blender, Beutel- und Couponschneider, an feinen Dingen anlasten kann – zum Beispiel: im Gefolge literaturkritischer Essays, des 97er *Weiberromans* und in Verlängerung des neuen Politycki *Ein Mann von vierzig Jahren* (der nicht nur wegen des Titels der Nähe zu Svevos *Ein Mann wird älter* freundlich geziehen werden darf) eine des »Dritten Weges« (Friedhelm Rathjen), des »Klassenkompromisses« (»Freitag«, 25. Februar 2000) zu sein, eine »Kompromißästhetik« (»Freitag«), die angeblich die Parameter liefert, um des äußere Dienste schiebenden Superlumpen Joseph Fischers Flucht aus den gleichermaßen angeblich avantgardistischen Milieus der Sechziger in die situierte Welt der Politik zu illustrieren; etwa so.

Politycki, der nicht selten, äußert er sich poetologisch, dem miesen Gemeinplatz treuherzig traut (»Mehrfachcodierung« forderte er in einem Interview mit der »Taz«, 22. Februar 2000, simultan eine – keinesfalls neue noch »vormoderne« – »neue Lesbarkeit« von habermasiensischen Gnaden), »agiert«, kasperte der »Freitag«, »wie ein Joschka Fischer der Gegenwartsliteratur, sammelt die ›pragmatischen Kultur-Realos‹« – täte er das, und auf welche Manier er's immer bewerkstelligte, die alle zusammenzuklauben, er wäre des Satans – »gegen eine ›altgewordene literarische Kultur‹, deren Leitstern er im Roman mit dem schönen Satz: ›Es gibt kein richtiges Fremdgehen mit der falschen Frau‹ einen kleinen Seitenhieb verpaßt.« Da offenbar kein kluger Klugscheißer mehr ohne – huhu – »Seitenhieb« auf den für Weltkrieg II, Vietnam, Stammheim und Waldsterben verantwortlichen Adorno meint auszukommen und, des geringsten Schimmerdämmers entbehrend, weit hinter Robert Gernhardts Diktum »Es gibt kein richtiges Leben im valschen« bzw. Hermann Gremlizas noch etwas stärker stringente Sentenz »Es gibt kein richtiges Leben in Flaschen« zurückfällt, fällt auch nicht ins Gewicht, daß die beschworene Politycki-»Ästhetik« dem, achgottele, Blendwerkmeister »Nietzsche« zu danken sei und, trompetete der Autor selbst kreischkrampfig, als »Kampf für eine neue Äußerlichkeit« die sattsam doppelt doofdeutsche »Oberfläche aus Tiefe« generieren soll.

Dabei hat Politycki einen Roman geschrieben, der, entgegen den Gepflogenheiten der journalistisch versauten neusten dt. »Popliteratur«, rechtens das Etikett »Roman« trägt. Er versammelt Zeile um Zeile »Realia« (Politycki), lauscht der gewöhnlichen Welt deren Töne, Schwingungen, Markenmassen, habituelle Accessoires, Bedeutungsverschiebungen, Konfusionen und Tücken ab und transformiert sie, formal fürstlich verspielt (er versteht den Doppelpunkt, die Ellipse, den Gedankenstrich, das Semikolon), in ein Werkstück, das der »Genauigkeit« (Politycki) verpflichtet ist. Nichts sonst markiert die Differenz zwischen Modenepp und Kunst.

Ob »90er-Jahre-Roman«, »München- oder Neue-Medien-Roman« (»Süddeutsche Zeitung«, 23. Februar 2000), Liebesgeschichte, Komödie des Alterns oder, wenn's denn sein muß, Inspektion einer, der »78er-Generation«: Politycki verflicht brillant präzise Treppenhaus-, Striplokal- und Salonszenen, die jeweils soviel Gewicht besitzen wie jene Konzeption, die zeigt, daß es mit dem »Erzählen« nicht zu Ende geht. Protagonist Gregor Schattschneider führt eine sympathische Mogel- und Wurschtelexistenz, deren nicht unerhebliche Momente die drollige Verstrickung an diversen Fronten (Weiber, Arbeit, Interieur) und die Selbstbeschreibung resp. -erkenntnis bilden. Der Klappentexter weiß um den Trug der Branche, und das verschafft ihm den Vorteil der kühlen (nicht verkündeten) Desillusionierung: »Den ganzen restlichen Tag bemühte sich Gregor, Papier aus seinem Zimmer zu schaffen – zumindest von der linken Seite des Schreibtischs auf die rechte. ... Wahrscheinlich war er nicht zuletzt deshalb so erfolgreich in seinem Beruf, weil er jedes Buch von vornherein ablehnte, weil er's nicht wie ein Stückchen Weltliteratur besang, sondern wie ein notwendiges Übel: weil er also nicht versuchte, beim Lügen ein bißchen Wahrheit zu sagen, sondern klappentextete um des Klappentextes willen. Und: weil er im Lauf der Jahre hunderte von Lobeshymnen, nach diversen Genres sortiert, im Ordner ›Phrasendreschmaschine‹ als eine Art Notfundus für schlechte Tage abgespeichert hatte.«

»Ein Autor ist kein Popstar«, dekretiert Politycki. Die Wahrheit liegt auf dem Satz.

Dietmar Dath: Am blinden Ufer. Eine Geschichte vom Strand und aus den Schnitten. Verbrecher Verlag, Berlin 2000, 230 Seiten, 26 Mark

Muß eins Dietmar Dath heißen, um im Jahr 2000 einen »Roman« derart blindlings mit dem Satz beginnen zu können: »C. schlug die Augen auf, unterm Eis, im Wasser«? Ist er wirklich noch bekloppter? Als er selbst? Als er 1995, ebenfalls c/o Verbrecher Verlag, den 6-Punkt-»Roman« *Cordula killt dich!* erbrach?

Dath braucht wie eh die kleinste Schrift, seinen sibirischen Sermon auf unwirtschaftlichen 230 Seiten unterzubringen. Dafür füllen bereits Pagina eins aufmotzend »mottomäßig« (»FAZ«) peinsame A.-Schmidt-Attitüden (»Rauhreif. Atemdampf. / Schneeblinde Welt. / Bäume am Hang standen schwarz, starr. / Kälte lähmte alles an dem Ort. Die Zeit verging dennoch zu schnell«) und eine – des weiteren sehr unlesbar ausgewalzte – Szene, die Luise Rinser-Ransmayr nicht schöner hergebracht hätte: »Hier sollte sie sterben. Ihr Gesicht unter dem weißblauen Eis schimmerte wie Milchglas. Er sah die Luftblasen aus ihrer Nase, perlend viel zu viele kleine Luftblasen. Stumm starb sein Name einen raschen Tod auf ihren blaßlila Lippen. Letzte Splitter von Leben schwammen im gefrierenden Blut ihrer Lungen.« Das, allerdings und ja immerhin wasserdicht, vermag Dath: den Begriff des Kunstgewerbes zu entwerten. »Ein inneres Auge aber sah nun schon das Bild ihres Grabes. Er hörte vom Ufer her die Schreie und das Johlen der Freunde. Sie kreischten ein Entsetzen, das hier, auf dem Eis, zu groß war für seine Stimmbänder: er konnte nicht kreischen.«

Er und seine Stumpfkulturkompagnons haben recht. »Endlich wieder klar« mache Dath, urteilte »De:Bug«, »daß es beim Schreiben um Worte geht, Worte, nicht abgehalfterte Ideen, Meinungen und mau realisierte Medienpräsenz.« Deshalb geht es beim Schreiben von Waschzetteln zu Dath-»Romanen« um mehr Worte: »Dietmar Dath ..., seit 1989 erratische Präsenz in Zeitschriften ... mit ›Science und Non-Science, Fiction und Non-Fiction‹ (Diedrich Diederichsen)«, offeriere einen »Science-Fiction-Roman über Meeresbiologie, Liebe, Topologie, Nutztierhaltung und Militarismus. ... Die Welt des Romans unterscheidet sich von der, die man kennt, dadurch, daß sie aus denselben Grundtatsachen, aber unter Weglassung des Unwesentlichen und unter mehrfacher Drehung entlang der Zeitachse konstruiert ist.« Konstruktion, Unterscheidung und Weglassung sind schwer. Wollen wir windelwindige Wagneriana? »Höhnendes höchstes Hochamt des Rabengottes: hohl blasende Höhenwinde vom Himmel waren die einzige Antwort. Aus seiner Nase schnaubten Schübe von Dampf.« Oder lieber hören, »seine Hoden waren zu harten Haselnüssen zusammengefroren«? Leider nein, denn es ist alles falsch. Woran liegt's? Am freimütig ausgeplauderten Anspruch? »Das Buch greift auf die ›speculative fiction‹ der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts zurück wie auf Bilder und Chiffren des Horror-Stammvaters H. P. Lovecraft, die mathematischen Axiome der Geometrodynamik ergänzen die weniger exakten Ungleichungen der Sehnsucht« rammrammramm.

Schützt Lovecraft und uns vor atomarem Schwachsinn, dessen Urheber, der metaphysische Nullinger, »schreibt und schreibt und schreibt« (Abwaschzettel). Schade um das scheußliche Papier.

Konkret 05/00, S. 55

Marit Hofmann

buch & deckel

Ethan Coen: Fallt□r ins Paradies. Stories. Goldmann, München 1999, 253 Seiten, 20 Mark

»Ja, es interessiert Sie vielleicht, Fremder, daß der Barhocker, auf dem Sie gerade sitzen, genau der ist, auf dem Ronnie Harper saß, als seine Frau durch die Tür gestürmt kam, auf ihn losging und ihm in den Hals stach ...« Nee, nee, bleiben Sie ruhig sitzen, wollte nur mal demonstrieren, wie das so ist, den Kreaturen von Coen dem Jüngeren beim Redenschwingen zuzuhören. Glauben Sie nicht, daß Sie da mal zu Wort kommen. Wie? Ja, richtig, die Rede ist von einem dieser Filmbrüder, ich sag nur: »Fargo« oder Bowling mit John Goodman, Sie erinnern sich (alles weitere können Sie bei Schorsch Seeßlen nachlesen: *Joel & Ethan Coen*, Bertz Verlag, Berlin 1998). Bruder Ethan behauptet selbst übrigens, Oberzuchtmeister des Männerchors von Glamorgan und anerkannter Nudist zu sein und obendrein mehrere Gedichtbände in der Mache zu haben, nein, das hab ich mir nicht ausgedacht, können Sie mir ruhig glauben, steht alles in seiner neuen Short-Story-Sammlung. Mannomann, muß schon sagen, sind ne Menge üble Geschichten, die Meister Coen da so tagtäglich im Kopf rumschwirren müssen. Monologe im Kurzfilmformat, Fingerübungen vom Feinsten, nicht gerade verwertbar für große Kinowürfe, aber auch viel zu schade zum Wegwerfen. Rabenschwarzer Humor – wenn Sie wissen, was ich meine. Jede Wette, da fallen Ihnen die Ohren ab. Apropos, eine Geschichte erzählt son schmieriger Privatschnüffler, dem aus Rache doch tatsächlich ein Ohr *abgebissen* wird und der sich dann als tauber Detektiv durchschlagen muß, aber bei seinen ausführlichen Beschwerdetelefonaten gegen die alltägliche Diskrimierung nicht mal weiß, »ob irgend jemand den Hörer abgenommen hat«. Und selbst wenn mal ein Gottgesandter auftritt, hat der nicht gerade feine Manieren, sondern befiehlt einem braven Talmud-Schüler, den eigenen Vater um die Ecke zu bringen. Warum? – »Hey Schlaumeier, brauche ich jetzt auf einmal Gründe, oder was?« Aber sagen Sie mal ehrlich, mit dem impotenten Typen aus der Story »Red Wing«, der seine ewig nörgelnde Frau umbringt, mit dem könnt man direkt Mitleid kriegen, was? Nein, nein, bleiben Sie ruhig sitzen. He, ich denk das doch nur mal so durch, rein theoretisch.

Konkret 05/00, S. 56

Lars Rensmann

Die Totlacher

Gerhard Scheit hat die Bedeutung dramatischer Inszenierungen in der antisemitischen Kultur untersucht

»Jene, die vor lauter Liebe zu den Thieren zerfließen, würden Mord an jüdischen Menschen mit aller Ruhe gewähren lassen. ... Die Anhänger der Wagner'schen Kunst- und Geistesrichtung sind daher im hohen Grade geeignet, als Typus, eigentlich als Quintessenz der neudeutschen (oder neugermanischen) Entwicklung einen klaren Überblick zu gewähren.«

Josef Popper-Lynkeus

Der Wiener Sozialphilosoph Popper-Lynkeus hat in seinem Werk *Fürst Bismarck und der Antisemitismus* aus dem Jahre 1886 genauestens die deutsche Vernichtungsmentalität bestimmt, deren Praxis mit der nationalsozialistischen Machtübernahme, die den antisemitischen Volksstaat verwirklichte, keine Schranken mehr gesetzt wurden. Nicht nur in der nach wie vor übergroßen Liebe zu den Tieren hat diese »neudeutsche Entwicklung« den Sieg über Nazi-Deutschland überlebt. Bei Richard Wagner und seinem Anhängerkreis, in der ›fortgeschrittenen‹ romantischen und deutsch-revolutionären Ideologie – gerade auch der ›Kulturschaffenden‹ – des 19. Jahrhunderts, nahm diese Entwicklung freilich keineswegs den Anfang. Sie erfuhr hier aber bereits subjektiv ihre ideologische Totalisierung, der später der objektive Vollzug folgte.

Gerhard Scheit hat Popper-Lynkeus' Analyse des neudeutschen Typus aufgegriffen und den vielleicht einzigartigen Versuch unternommen, den ideologischen Elementen und Voraussetzungen dieses Vernichtungsantisemitismus im Spiegel der (vornehmlich deutschen) Kulturgeschichte dramatischer Inszenierungen nachzuspüren. Daraus ist eine von eigenwilligen Nuancierungen geprägte, überaus eindrucksvolle »Kulturgeschichte der Barbarei« geworden, die in der Tat, wie der Autor im Vorwort hofft, Grundlage bietet für künftige Diskussionen über die schrankenlose Ästhetisierung des Antisemitismus (etwa bei Wagner) wie ebenso über die Möglichkeit der ästhetischen Selbstreflexion des judeophoben Ressentiments (etwa in Shakespeares *Merchant of Venice* oder in Bachs »Matthäus-Passion«); im allgemeinen auch für eine Debatte darüber, was die Judenfeindschaft der westlich-bürgerlichen Hoch- und Populärkultur strukturell von ihrer deutsch-bürgerlichen Form scheidet.

Scheits Blick auf das obsessive Bedürfnis, die Phantasmagorien von Juden dramatisch in Szene zu setzen, also diejenigen, die man verachtet, verfolgt und ermordet, öffentlich zu spielen und physisch zu imitieren, zielt auf die unbewußten, projektiven Quellen des Antisemitismus. Das Moment der *Verkörperung* des Projizierten und Abgespaltenen, die im »mimischen Imitationswahn« ausagiert wird, erkennt Scheit hierbei zu Recht als Schlüsselaspekt der Judeophobie. Die allgemeine theoretische These, die der Autor aus dem umfangreichen Material zu destillieren trachtet, erscheint hingegen eigentümlich eng: »Mögen seiner Phantasie nun Gottesmörder oder Wucherer, schöne Jüdinnen oder ewige Juden, Ritualmörder oder raffende Kapitalisten entspringen – sie (die Verkörperung des Antisemitismus, L. R.) ist *stets vom selben Wunsch besessen*: das Unheimliche des abstrakt gewordenen Reichtums, das ›sich selbst vermehrende‹ Geld zu *personifizieren*.« Damit knüpft Scheit an die Theorie Moishe Postones an, die den Antisemitismus als ›fetischistischen Antikapitalismus‹ interpretiert, sowie an die dritte These der *Elemente des Antisemitismus* von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, derzufolge Juden als Repräsentanten der Zirkulation, von Geld und Geist, verfolgt werden, denen die Verantwortlichkeit für die ökonomische Ausbeutung ideologisch aufgebürdet wird. Die Komplexität der *Elemente* wird durch Scheit jedoch gestutzt. Die projektive Identifikation der Juden mit dem verteufelten Zins, ›Wucher‹ oder Geld wäre nicht nur als Ursprung all der anderen antisemitischen Projektionen zu begreifen, sondern zugleich als ein *Mittel* der Rationalisierung einer Verfolgungspraxis, an der der mörderische Feind der Ohnmacht sich unbekümmert schadlos halten kann. Denn im antisemitischen Bild erscheinen Juden der Zivilisation allzu weit zurück und voraus, verkörpern Juden alle möglichen abgespaltenen Selbstanteile, sado-masochistischen Phantasien und verdrängten Wünsche herrschaftlich Subjektivierter: die unheimlich machtvolle, unfaßbare Weltverschwörung, aber auch Glück und Lust ohne Macht und Grenzstein.

Scheits kritische Rekonstruktion der kulturellen Inszenierungen des Antisemitismus besticht durch archäologische Arbeit an den apokryphen Passagen der Kultur, durch den Blick auf das Ephemere, Unscheinbare. Der Autor folgt konsequent dem Imperativ, daß der Respekt vor dem kulturellen Erbe nicht verwehren sollte, es von nahe zu besehen. Dabei werden teilweise überraschende Einsichten ins Werk bürgerlicher Kulturgötzen freigelegt. Mit Scheits Ideologiekritik entpuppen sich maßgebliche Musikaufführungen und Theaterstücke, die bis heute im bürgerlichen Bewußtsein als fortschrittlichste Kunstwerke ihrer Epoche gelten, als Vor- oder Nachspiel zum Pogrom; ikonisierte Künstler erweisen sich als konsequente Antisemiten oder Claqueure der Verfolgung. Mit Ausnahme Lessings, der nicht nur als der tolerante Aufklärer erscheint,

der er war, sondern auf dünner Grundlage gleich zum »radikalen Kritiker der bürgerlich verbesserten Gesellschaft« gekürt wird, stellt Scheit niemanden auf einen Sockel, sondern bleibt der schonungslosen Kritik treu.

Die Studie eröffnet auch einen neuen Zugang zu den Ursprüngen des christlichen Judenhasses, der »ursprünglichen Akkumulation des Antisemitismus«. Die neutestamentliche reinliche Scheidung des Heiligen von der Geld- und Warenwirtschaft, die abgespalten und zugleich affirmiert wird, sowie die Opferdialektik des frühen Christentums, das das Judentum als teuflisches Kollektiv der absolut Bösen fixiert und als negativen Opferpriester ausmalt, an dem das Blut Christi klebe, begründen bereits zentrale Motive der Verfolgungsgeschichte. Doch der Antisemitismus bleibt hier noch Möglichkeitsform. Die inszenierten Blut- und Gewaltorgien der deutschen Passionsspiele, die oft über Wochen dauerten und nicht selten im Pogrom endeten, weiden sich dann exzessiv, mit Lust und Schrecken, am Leiden Christi und modernisieren anschließend den durch Jesu ›Schuldübernahme‹ stillgestellten Opferkult mit der Verfolgung der Juden. Im Fastnachtspiel des 15. Jahrhunderts, etwa eines Hans Folz, wird das grausame, sadistische Lachen über die Qualen Jesu – die autoritäre Freigabe der verbotenen Regung – zunehmend in das organisierte Gelächter der Judenfeinde überführt, das die zuschauende Gemeinde zum Kollektiv der Artgenossen werden läßt. Dort gestehen die Judenkarikaturen und »Judensäue« ihre vermeintlich niederen Motive hinter ›Zins‹ und ›Wucher‹.

Dabei reflektiert Scheit die sich kulturgeschichtlich entwickelnde Einheit und Differenz von christlicher, bürgerlicher und deutscher Moral. Luthers Reform des Antisemitismus, die die Juden zu »wuchernden«, »faulen«, »giftigen Würmern« degradiert, denen ein deutsches Arbeitsethos entgegengesetzt wird, ist beispielsweise vom Geist der englischen Puritaner zu scheiden, die mit dem abstrakten Reichtum wenig Probleme hatten. Luthers Programm hat zudem eine spezifisch eliminatorische Qualität: »Drumb immer weg mit ihnen.« Selbst Shakespeares Shylock-Figur wird im 17. Jahrhundert, beraubt ihres selbstreflexiven Moments, im Sinne Luthers ins Deutsche überführt.

In der dramatischen Rezeption und Produktion dieses Antisemitismus zeichnet sich dergestalt früh eine »nationale Ausprägung« von Ideologie und Mentalität ab, die auch einen »spezifisch deutschen Staatstypus« (Scheit) antizipiert, den antisemitischen Volksstaat, der sich von einer »jüdischen Weltverschwörung« bedroht sieht.

Das Totlachen über die Juden erreicht in der »Hep-Hep-Dramaturgie« des 19. Jahrhunderts einen Höhepunkt. Scheit belegt eindrucksvoll, wie die deutsche Dichtung der Zeit an der Vorbereitung des Pogroms beteiligt ist, Aufführungen der Possen von Julius von Voss und Alexander Borromäus Sessa mit antisemitischer Gewalt interagieren. Das ist kein Zufall, sondern verweist auf den säkularisiert-judenfeindlichen Kern jener deutsch-völkischen Version von bürgerlichen Revolutionsideen und ›nationaler Befreiung‹, die sich bei Fichte und in der romantischen Ideologie spiegelt, ja darin begründet wird. Achim von Arnim zum Beispiel beschränkt seine lustige antisemitische Rassenkunde nicht auf seine Reden bei der Christlich-Deutschen Tischgesellschaft. Er führt die Figur des »ewigen Juden« Ahasver ins Drama ein. In seinem humoristischen »Trauerspiel in zwey Lustspielen« *Halle und Jerusalem* wird ferner die Verkörperung des Zinses durch den Juden absolut; die komische Nebenfigur Nathan, jüdischer Kaufmann und eine Parodie auf Lessings Weisen, stirbt am Verlust des Geldes, das ihn unmittelbar ernährt: »Der Magen ist ein Beutel und mein Beutel ist der Magen – so neunzig Thaler fallen drein um nichts und wieder nichts.« Die romantische, ›innerliche‹ Erlösungsgemeinschaft der Liebe konstruiert sich dabei über die Vernichtung der durchweg als geldfixiert gezeichneten Juden, die nur über den Tod »getauft« werden könnten, sonst blieben sie »doch immer nur getaufte Juden«.

Keinem Künstler schenkt Scheit aber mehr Beachtung als demjenigen, der den Antisemitismus in der ästhetischen Dramatisierung als erster zum Äußersten trieb: dem »Staatsmusikanten« (Marx) Richard Wagner, dem wahren deutsch-völkischen Revolutionär und »Ahnen des Dritten Reiches« (Ludwig Marcuse), für den »der Jude« der »plastische Dämon des Verfalls der Menschheit«, »zersetzendes fremdes Element«, also »gewaltsam auszuwerfen« ist. Wagner unterscheidet überhaupt nicht mehr zwischen dem ehrlichen und dem wuchernden Geld; er verachtet Geld und Juden rundweg. Die polaren Strukturen in Musik, Handlung, Motiv und Figurengestaltung der Opern Wagners sind, wenn auch zumeist indirekt und auf vielfältigen Anspielungsebenen, durch den Judenhaß und die Konstruktion eines völkisch idealisierten Deutschtums geprägt, sie verbinden Verfolgungs- und Größenwahn, kontrastieren Geld und Blut, die »reine Menschheit« und ihren »jüdischen Feind«; hier erstrahlen heldenhaft der »Rassentheoretiker« (Scheit) Siegfried und der germanische Natur-Gott Wotan, dort erscheinen Judenkarikaturen: der »lüsterne«, goldgierige, kauzige Alberich, der Zwerg als Weltbeherrscher und Weltzerstörer, oder Mime und Hagen, die den Untergang in Gang halten. Nur im *Tristan* zeigt sich nicht das »resakralisierte Kunstwerk Wagners mit seiner antisemitischen Gebärdensprache«, spiegelt sich nicht dessen Weltdeutungs- und Erlösungsmodell.

In einer auch musiksoziologisch überzeugenden Interpretation treibt Scheit mit Walter Benjamin Adornos Kritik am antisemitischen Gehalt des Wagnerschen Werkes auch gegen dessen heutige linksdeutsche Liebhaber zur notwendigen Konsequenz. Adorno hatte zwar im *Versuch über Wagner* deutliche Töne angeschlagen, die die gegenwärtige Wagner-Diskussion weit hinter sich lassen: »Der Gold raffende, unsichtbar-anonyme, ausbeutende Alberich, der achselzuckende, geschwätzige, von Selbstlob und Tücke überfließende Mime, der impotente intellektuelle Kritiker Hanslick-Beckmesser, all die Zurückgewiesenen in Wagners Werk sind Judenkarikaturen.« Doch zugleich hatte Adorno versucht, Wagners Oeuvre

›dialektisch‹ zu retten; Benjamin erteilte diesem Anliegen 1938 eine deutliche Absage. Vor allem rekurriert Scheit hierbei auf die Arbeiten von Lawrence Paul Rose, Marc A. Weiners und Barry Millington, die schon in den 1980er Jahren ein für allemal mit der Vorstellung aufgeräumt haben, man könne Wagners Opern von seinem Antisemitismus trennen. Damit hebt Scheit die Auseinandersetzung auf den anglo-amerikanischen Stand der Forschung. Hierzulande hingegen provoziert noch immer ein öffentliches Skandalon, wer nur, wie der Germanist Hartmut Zelinsky, den Vernichtungsantisemitismus in Wagners privatem wie politischem Schrifttum benennt (die Wagner-Reihe des Goethe-Instituts in San Francisco etwa preist heute noch explizit auch den »politischen Denker« aus Bayreuth).

Der Nationalsozialismus nutzte Wagners Ästhetik – und reduzierte sie zugleich, so Scheit, zum bloßen »Vorprogramm des eigentlichen Gesamtkunstwerkes«, den der ästhetisierte Staat selbst bilden sollte. In den Filmen Veit Harlans etwa, Reklame-Filme für den Völkermord, ist die Vorgeschichte der Dramaturgie des Antisemitismus in der negativen Totalität aufgehoben; als »integrierter Bestandteil der Vernichtungsmaschinerie« (Scheit) entziehen sie sich der kunstästhetischen Reflexion.

Der Betrieb von Film und Theater im post-Holocaust-Deutschland hat sich im wesentlichen den Bruch mit der kulturellen Tradition erspart; die begründete Scheu, Juden-Figuren wieder ins Rampenlicht zu stellen, wurde, als man sie nicht mehr verspürte, bald zum »Tabu«, das nicht nur NS-Bewunderer wie Syberberg, sondern auch ›linke‹ Dramaturgen wie Faßbinder in progressiver Gebärde zu brechen suchten. Dessen Stoffe, Aktualisierungen der mittelalterlichen Passionsspiele, triefen nicht nur vor deutschem Selbstmitleid und beleben einen gesellschaftlich ungebrochenen Opfermythos; das Theaterstück *Der Müll, die Stadt und der Tod*, aber auch, wie Scheit zeigt, Filme wie »Lili Marleen« und »Die Sehnsucht der Veronika Voss« konstruieren überdies völkische Dichotomien von guten deutschen Frauen und teuflischen jüdischen Männern; und in Juden-Figuren werden Geld, Macht, Skrupellosigkeit und soziale Kälte, das ganze Elend der Zivilisation personifiziert. Dabei wird die NS-Vergangenheit, die Juden angeblich ›kapitalistisch‹ zum eigenen Vorteil ausbeuten, ganz offen zum »ständigen Reverenzpunkt einer neugewonnenen Mythisierung des Judentums«. Die »linken Söhne und Töchter, die mit ihren Eltern in der Frage des Antisemitismus nicht gebrochen haben, spielen sich nun das alte Verfahren der Schuldumkehr als tabulose antikapitalistische Haltung vor« (Scheit). Selbst Gustav Freytags *Soll und Haben*, ein Klassiker der deutschen antisemitischen Literatur, wollte Faßbinder inszenieren (was der WDR verhinderte).

Scheits Theorem, daß alle Projektionen des Antisemitismus der Geld-Personifikation untergeordnet sind, wird, unwahr nur in seiner Verabsolutierung, plausibel um ein Element erweitert – im Hinblick auf das Verhältnis des Antisemiten zum Staat: »Indem der Antisemit das eigene unehrenhafte Verlangen dem Judentum unterschiebt und dieses zugleich als Inkarnation der abstrakten Tauschverhältnisse beschwört, leistet er der verinnerlichten Obrigkeit seinen Tribut. Antisemitismus bedeutet immer ein heimliches Einverständnis mit dem Staat als dem Schutzherrn der Tauschabstraktion – bei gleichzeitiger Verdammung dieser Abstraktion; ja, er ist darum vielleicht das tiefste mögliche Einverständnis.« Solche Dialektik, im Buch zuweilen allzu verborgen, trifft jedoch nicht notwendig auf den historisch-realen Staat zu, sondern kann nur für den imaginären bruchlos Geltung beanspruchen. Scheit selbst lobt etwa gerade das (nicht unbedingt sozial gesonnene) Metternich-System dafür, zeitweise Barrieren gegen das antisemitisch strukturierte deutsche Nationalbewußtsein errichtet und den Einfluß der frühen völkischen Bewegung mit polizeilich-politischer Repression zurückgedrängt zu haben. Erst im nationalsozialistischen Volksstaat sind imaginärer und realer Staat – als Schutzherr von Kapital und Antisemitismus – vollends barbarisch ›versöhnt‹.

Jenseits von Postones Interpretation des Antisemitismus als verdinglichte, fetischistische Personifikation der abstrakten Dimensionen des Kapitalismus insistiert Scheit überdies darauf, daß die Gewalt der objektiven Abstraktion, der die Totalität des gesellschaftlichen Lebensprozesses im ›organisierten Kapitalismus‹ unterworfen ist, keinesfalls notwendig zur welterklärenden Identifikation der Juden mit dem abstrakten Tauschwert und seiner Geldform, schließlich zu einer ›fetischistisch-antikapitalistischen‹ Revolte für die totale Arbeit und gegen die Juden führen muß. Vielmehr ginge es beim Antisemitismus immer auch um eine »moralische Entscheidung jedes einzelnen«: »Der Fetischismus, der die Beziehungen der Menschen als Beziehungen der Dinge erscheinen läßt, mag, wie Marx sagt, von der Warenproduktion unzertrennlich sein; der Antisemitismus, der diese Beziehungen der Dinge in der Gestalt ›des Juden‹ bannen möchte, ist es nicht.« Damit wendet er sich gegen eine schematische Ausweitung der Marxschen These vom materiell begründeten ›gesellschaftlich notwendigen Schein‹ auf den Antisemitismus, mithilfe derer bis heute der deutsche Triumphzug judeophober Ideologie – zumeist von deutschen Nachkommen der Täter – als ›unausweichlicher‹ und ›unwiderstehlicher‹ Reflex auf kapitalistische Vergesellschaftung mystifiziert wird, und durch die auch die nazistischen Träger des Vernichtungswahns pauschal als ohnmächtige ›Subjekthülsen‹ erscheinen können.

Zugleich nimmt Scheit das zentrale theoretische Axiom seiner Arbeit, den Fetisch-Charakter der Ware als gesellschaftliche Bewußtseinsvoraussetzung, nicht ernst genug. Denn der Fetisch-Charakter als objektive Gedankenform kapitalistischer Vergesellschaftungs*strukturen* und der Vernichtungsantisemitismus als dessen spezifisch deutsche ideologische Formierung bilden eben einen Bewußtseinssschleier, der sich von unmittelbaren materiellen Gegebenheiten abkoppeln und verselbständigen kann. Doch Scheit drängt es wiederholt dazu, die Erfolgschancen antisemitischer Tendenzen direkt von materiellen Erscheinungen abzuleiten; so habe das Feindbild des jüdischen Wucherers im 18. Jahrhundert »mit der Rate des

Zinses« seinen Niedergang erlebt, und die Radikalisierung des Nazi-Antisemitismus erscheint als Ausdruck der Schuldenentwicklung in Hitler-Deutschland: »Weltverschwörung des internationalen Finanzjudentums – so lautete die Übersetzung von inflationistischer Kreditierung und negativer Handelsbilanz, Haushaltsdefizit und Staatsschuld in den NS-Jargon.«

Damit gerät auch die eigenständige antisemitische Volksbewegung ›von unten‹ hinter dem konkreten materiellen Interesse und dem rationalen Kalkül des Staates, der zuvor ein scheinbar passives Volk »staatstreu gemacht« habe, wieder aus dem Blick; die Judeophobie gerinnt zum bloßen Aufputz. Als scheute er vor seiner eigenen Erkenntnis der verselbständigten ideologischen Macht des Antisemitismus in Deutschland zurück, suggeriert Scheit zuweilen folgerichtig (besonders nachdrücklich im übrigen in seiner Antwort auf Matthias Küntzel; vgl. KONKRET 1/2000), es bedürfe der konkreten sozioökonomischen Krise, der (staats-)kapitalistischen Reproduktionskrise, um den Antisemitismus und den Drang zur Vernichtung zu entfachen und zu entfalten: »Wie zwangsläufig auch immer der historische Prozeß in Deutschland erscheint, die totale Realisierung jenes Volksstaates, der sich bereits am Ende des 19. Jahrhunderts in der deutschen Kultur abzeichnete, ist undenkbar (sic!) ohne jene weltweite Krise des Kapitals, die selbst der ahnungsvolle Wagner nicht ahnen konnte.«

Hier greift Scheit zu kurz. Dieses Krisenaxiom, in dessen Licht nicht nur die staatskapitalistische Umgestaltung der Ökonomie im Faschismus, sondern selbst die Vernichtung der europäischen Juden vornehmlich als immanent-rationale ökonomische Krisenbewältigung erscheint, ist selbstverständlich nichts als schlechte Metaphysik, die traditionslinkes Einverständnis zu erheischen in der Lage ist. Adorno und Postone haben auf jene Metaphysik konsequent verzichtet. Die ›weltweite Krise des Kapitals‹ konnte Wagner nicht ahnen, die praktische Verwirklichung des eliminatorischen Antisemitismus war ihm aber alles andere als undenkbar. Der Begriff der Krise wäre dagegen nicht als erklärungskräftig für konkrete antisemitische Reaktionsbildungen vorauszusetzen, sondern allenfalls, im Sinne einer permanenten Krise, als strukturelle, allgemeine Bedingung des autoritären Wahns in einer irrational verfaßten Gesellschaft theoretisch zu entwickeln, in der die zunehmend sinnloseren Opfer zunehmend willfähriger erbracht werden und somit die sozialpsychologische Regression des Bewußtseins quasi teleologisch gesetzt ist. In Deutschland zumal, in dem die autoritäre Identifikation mit der ›heiligen Staatsobrigkeit‹ und mit völkischen Prinzipien bestimmend für Vorgeschichte, Bildung und Verlauf nationalstaatlicher Entwicklung wie ›kollektiver Identität‹ ist, muß die Krise entweder mindestens zweihundert Jahre gedauert haben, oder sie ist als Erklärung für den Antisemitismus eine Schimäre.

Wer Scheits *Dramaturgie des Antisemitismus* liest, wird solche inneren Widersprüche und Verzerrungen verzeihen. Denn die Studie vermittelt, und dies ist ihr größtes Verdienst, in der zumeist überaus reflektierten und erkenntnisträchtigen Analyse des disparaten ästhetischen Materials einen nachhaltigen Eindruck von dem, was Adorno meinte, als er von der »deutschen Kultur-Reaktion« sprach und konstatierte: »Der Antisemitismus ist nicht erst von Hitler von außen her in die deutsche Kultur injiziert worden, sondern diese Kultur war bis dorthinein, wo sie am allerkultiviertesten sich vorkam, eben doch mit antisemitischen Vorurteilen durchsetzt.«

Gerhard Scheit: *Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus.* Ca ira Verlag Freiburg 1999, 587 Seiten, 68 Mark

---

Lars Rensmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Er hat 1997 das Buch »Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität« veröffentlicht (Argument Verlag)

Konkret 05/00, S. 59

Peter O. Chotjewitz

Das 18. Kamel

»Campus«-Autor Dietrich Schwanitz hat sich unter die Universalgelehrten verlaufen

Von Aristoteles weiß man, daß er zwei Arten von Büchern unterschied. Als Alexander sich in einem Brief aus Persien beschwerte, daß Aristoteles seine akromatische (höhere, für Auserwählte bestimmte) Wissenschaft veröffentlicht hatte, und ihm vorhielt: »... denn in welcher Hinsicht werde ich mich nun noch vor allen Anderen auszeichnen können, wenn das, was ich von Dir gelernt habe, jetzt überhaupt Gemeingut Aller wird?«, antwortete Aristoteles seinem Schüler: »Erfahre, daß die akromatischen Bücher weder als herausgegeben betrachtet werden können, noch auch als nicht herausgegeben, weil sie ja doch nur Denen allein verständlich sind, die mich selbst gehört haben.«

Wir wissen nicht, wie die allgemeinverständlichen Schriften des Aristoteles aussahen. Sie verschwanden spurlos, als die akromatischen im letzten Jahrhundert v. Chr. wieder auftauchten, aber wir dürfen davon ausgehen, daß sie auch für die wissenschaftliche Lehre von Nutzen waren. Dietrich Schwanitz verfaßt dagegen eine dritte Art von Büchern (und auch dieses Genre dürfte so alt sein, wie die Verschriftung des Wissens). Es sind jene nutzlosen Schriften, die bereits spurlos verschwinden, wenn ihr Corpus noch in den Regalen verstaubt. Jeder kennt das: Wenn man auf dem Flohmarkt oder in alten Katalogen stöbert. Das Erstaunen über die vielen Bücher, die nicht mehr gebraucht werden.

Bekannt wurde Schwanitz, als er gegen Ende seiner Midlife-Crisis zwei Romane über das hanseatische Universitätsleben vorlegte, die von Personen handelten, die unter den gebildeten Ständen (also den Konsumenten so nutzloser Periodika wie »Der Spiegel«, »Die Woche«, »Focus« etc.) als die indigene Bevölkerung des germanischen Hochschulmilieus gelten: willige, aber attraktive Studentinnen, muffige Professorengattinnen, dumme, aber ungebildete Studenten, intrigante Lehrkörper, zickige, aber feministische Frauenbeauftragte, inkompetente Professoren, die früher für Mielke arbeiteten. In einer solchen Kapuzinergruft ist eine wohlfeile Handlung leicht konstruiert.

Man täte Schwanitz Unrecht, würde man sagen, er habe seinen eigenen Lehrstuhl an den Nagel gehängt, um sich fortan der Literatur und seinen Studien zu widmen. Auch sein neues Buch liest sich, als hätte er ein paar Studis für sich arbeiten lassen, unklare Vorgaben gemacht und hinterher vergessen, ihre Relationen zu korrigieren. Bücher wie die von Schwanitz erwecken Sehnsucht nach der Zensur. Leider bestätigen die eindeutig von ihm stammenden Stellen, das alles von ihm stammen könnte. Ich denke da an jenes selbstangerührte Bühnenwerk des Titels »Dr. Godot oder sechs Personen suchen das 18. Kamel«, mit dem er die Seiten 260-280 zukleistert, und in dem Shaw, Pirandello, Brecht, Beckett u. a. auftreten und so blöd daherreden wie Schwanitz. Natürlich spielt das Stück in einer Irrenanstalt, so originell ist der Autor, aber was er mit dem »18. Kamel« meint, fällt mir nicht ein, weil ich nicht so gebildet bin.

Ich will jetzt nicht damit anfangen, daß es schwachsinnig ist, überhaupt ein Buch zu schreiben mit dem Untertitel: *Alles was man wissen mu*□ Schon die Ankündigung erinnert an den Verkäufer eines Reinigungsmittels, der einen schwarzen Fußabtreter mit ein paar Mal Wischen in einen leuchtenden Täbris verwandelt. In der Schule lernt meine Tochter schon in der sechsten Klasse, daß man einen Nachmittag in der Stadtbücherei verbringt, um drei Bücher zu suchen, die man zu Hause eine Woche lang durchackert, wenn man die Aufgabe erhält, ein zehnminütiges Referat über die wichtigsten Kakteen-Arten zu halten.

Freundliche Lobhudler haben deshalb gemeint, das Buch von Schwanitz sei ironisch gemeint. Davon kann keine Rede sein. Dieser Autor ist unfähig, uns auch nur das bißchen Bildung lesbar zu verkleckern, das man auf knapp 550 Seiten unterbringen kann. Am erfreulichsten ist das Buch dort, wo es nach Ansicht mancher Rezensenten Lücken aufweist. Hier kann der bildungshungrige Leser nichts Falsches lernen.

Schwanitz ist dem zutiefst oberflächlichen Bildungsideal verpflichtet, das schon meine Lehrer (meist u.k. gestellte alte Säcke und Kriegsinvaliden und Rentner) am Berliner Hohenzollerngymnasium, wo ich 1944 eingetreten wurde, mit einem gelegentlichen Augenzwinkern verzierten. Doch er beläßt es nicht beim Blinzeln. Er grimassiert (sprachlich) und bedient sich einer albernen Flapsigkeit, die signalisieren soll, daß er mehr ein Altachtundsechziger sei, und tatsächlich kommt man sich in seinem Buch manchmal so vor wie in meiner griechischen Stammkneipe, wo pensionierte Lehrer und Funkredakteure in den verschimmelten Resten ihres Schulwissens kramen: »Herr Chotjewitz, die Erweiterung der Psyche durch Freud um ein weiteres Appartement!« Der Satz stammt im wesentlichen von Schwanitz und steht auf Seite 371 unten.

Dabei ist Schwanitz kein respektloser Linker, ex und hopp oder was auch immer. Wo immer es geht oder auch nicht, mokiert er sich über Revoluzzer und Weltverbesserer. Die Welt in kleinen Bissen, wie sie ist, ist ihm eben recht, bis auf ihre dumme Angewohnheit, sich ständig zu verändern. Was ist Luther und Kolumbus vorzuwerfen? Seite 101: Daß sie »die Quellen, die die Schönheit der Renaissance hervorgebracht haben, nach 130 Jahren zugeschüttet haben«!

Gut, als Bildungsreiseleiter Mitte der 50er Jahre habe ich selber Frankfurter Büroangestellte und Fernmeldetechniker mit einfachen Worten in die europäische Baugeschichte eingeführt: Romanik ist rund, Gotik spitz, Romantik ist was ganz anderes und die Goten auch, und es ist mir natürlich eine nachträgliche Befriedigung, daß deutsche Professoren dergleichen noch immer für wichtig halten. Aber müssen Sie sich sowas anhören?: »Die Päpste formten aus der Ruinenstadt der Antike ein neues barockes Rom der Magnifizenz rund um den neuen Petersdom, die größte Kirche der Christenheit.« Das müssen Sie sich wirklich nicht anhören. Es ist nur erwähnenswert, weil Schwanitz lieber solche Stilblüten streut, als mal im dtv-Lexikon oder im Geschichtsbuch für die Mittelstufe nachzuschlagen, ob das überhaupt stimmt, an was er sich zu erinnern meint.

Ist unser Autor also nur ein schlampiger Faulpelz? Mitnichten. Er kann auch nicht schreiben. Er liebt die komischen Metaphern wie die rhetorischen Floskeln, die seine Gedankenlosigkeiten zu Behauptungen verknüpfen, die er für schlüssig hält. Füllwörter sind die Tranquilizer dieser Sätze, die man nur im Halbschlaf erträgt. Was lese ich über die »klassische Komödie«? Sie »ist die Umkehrung der Tragödie«. Über die Satire: »Sie ist die Umkehrung der Romanze.« Da hat es das Drama besser: »Das 19. Jahrhundert liebte das Drama, schuf aber vor den 1880er Jahren kaum ein bedeutendes Drama.« Wollte er vielleicht lieber sagen: Es liebte das Drama nicht oder nur zum Schluß, als angeblich alle Stücke nur von unglücklichen Eheleuten handelten, also dem Thema seiner Hochschulschwarte? Der Satz zeigt, warum Hebbel, Grillparzer, Grabbe, Nestroy, Kleist nicht erwähnenswert sind: »Bedeutende Dramen« werden nicht von Autorinnen oder Autoren geschaffen, sondern vom Jahrhundert. Vom liebenden, genau gesagt.

Der Satz zeigt übrigens auch, warum es gut ist, daß Schwanitz uns Wissenswertes gerne verschweigt. Auf die Weise kann er sich wenigstens nicht auch noch an Büchner vergreifen, vielleicht nach dem Schema: »Nietzsche ist zweifellos der größte Schocker unter den Philosophen.« Also: »Büchner ist zweifellos ...« Warum »zweifellos«? Weil »zweifellos« Leute wie Schwanitz immer sagen, wenn sie ahnen, daß etwas nicht stimmt.

Ist sein Werk also ganz von Unnutzen? Nicht nur. Es zeigt immerhin, daß es der Bildung nicht anders geht als anderen Disziplinen, wenn sie unter die Repetitoren fällt. Dieser hier beispielsweise: »Als die Religion in der Moderne endgültig ins Koma fiel, traten Weltanschauungen an ihre Stelle.« Ah, Bücher wie dieses machen Spaß und eignen sich bestens zum Vorlesen zu vorgerückter Stunde in angetrunkenem Zustand, wenn die Semiotik zur Semi-Idiotik gerinnt. Jede Seite Lachsalven satt.

Dietrich Schwanitz: *Bildung. Alles, was man wissen mu* Eichborn Verlag, 540 Seiten

---

Peter O. Chotjewitz schrieb in KONKRET 3/2000 über den neuen Roman von Thomas Pynchon

Konkret 05/00, S. 60

Georg Seeßlen

Das Ende der Aufklärung

Was die Titelbilder des »Spiegel« vom Zustand der Welt zu erzählen wissen

Der »Spiegel«, das haben Institutionen so an sich, treibt in den Prozessen von Alterung und innerer Erneuerung auf eine semantische Entropie einerseits, auf die Funktionalisierung in einer Art journalistischer Ringkanalisation zu. Das Magazin ist ein sich selbst regulierendes System, das freilich auch immer mehr sich selbst zum Inhalt hat. Zu einer narzißtischen Wort- und Bildmaschine ist es geworden, die den aufklärerischen Elan (die Welt ist alles, was uns neugierig macht) in die Saturiertheit einer Spätzeit überführte: Die Welt ist alles, was im »Spiegel« stand.

Das »Spiegel«-Titelbild, das zuerst jeden Sonnabend, dann mittwochs am Kiosk erschien, um schließlich zur rituellen Montagslektüre aufzurufen, irgend etwas zwischen Pflicht und Sucht, gehorchte zu Beginn noch den Regeln eines dynamischen Foto-Journalismus: Der rote Rahmen war nur nach oben und nach unten geschlossen (dort fand sich zum Bild eine längere, gelegentlich etwas blumig formulierte Legende), während das Foto seitwärts angeschnitten war, als zöge sich dort das Wirkliche ins Land. Diese Offenheit wurde noch betont, indem immer mal wieder eines der Porträtfotos über die weißen Balken hinaus montiert wurde, die zwischen den roten Flächen und dem Schwarzweiß-Foto ordentlich vermittelten. Selbst die vorherrschenden Porträts waren als *caught in the act* dynamisch inszeniert; die Porträtierten blickten, den Kopf in aktiver Schräglage, in weite Fernen, so nah, daß man besser das Magazin etwas an sich heranzog, wenngleich diskreter als jene Zeitung, hinter der man seinen klugen Kopf so vollständig zum Verschwinden bringen konnte. Es war dieser Blick, diese Gestik der politisch oder kulturell bedeutsamen Menschen, der dem Leser des »Spiegel« vermittelte, welch suggestive Fülle die Welt zu bieten hatte, aber auch, welche Konzentration sie uns abverlangen würde. Männer hatten damals Hüte auf, was, wie jeder Westernfan weiß, zu einer eigenen Sprache des Unterwegsseins gehört; und Frauen wie Ingrid Bergman oder Hildegard Knef rauchten auf den »Spiegel«-Titelbildern. Es sei denn, es handelte sich um Nonnen, dann bliesen sie in Waldhörner auf einem Bild, das man zu dieser Zeit – im Jahr 1947 – vermutlich durchaus als magischen Moment akzeptieren konnte. Die Männer hatten hinter ihren charakteristischen Köpfen immer einen beträchtlichen Ausschnitt der Welt, manchmal dräute da schon Katastrophales. Bei den Frauen genügte ein Scheinwerfer-Effekt.

Auch »allgemeine« Themen, etwa die Mode von Paris betreffend oder den Wiederaufbau eines Doms, wurden über die Gesichter konzentriert blickender Menschen vermittelt; ein »Spiegel«-Titelbild im Jahr 1947 vermittelte zweierlei: die Lust des Sehens und das schöne Drama der menschlichen Physiognomie. Ohne daß man auch nur eine Zeile zu lesen brauchte, definierte das Magazin die Beziehung seines Konsumenten zur Welt, vorwärts als Genuß der aufklärerischen Neugier, und rückwärts als Wiederkehr des Menschen als radikales Individuum.

Die Abfolge von Porträt, Dokument (kriegerische oder sportliche Handlung) und Inszenierung setzte sich ins Jahr 1948 fort – nun scheinbar bereits bewußt auf Abwechslung hin organisiert. Der Fotojournalismus des »magischen Moments«, durch betonte Lichteffekte oder immer wiederkehrende Gimmicks wie dem Blick in den »Spiegel« unterstützt, drohte bereits, die politische Ernsthaftigkeit zu unterminieren. Hatte Augstein nicht versprochen, sein Magazin habe dem »Bierernst« der Politik etwas entgegenzusetzen? Vielleicht war die erste »Spiegel«-Krise« – ein Verbot aufgrund der Berichterstattung über den Thronwechsel in den Niederlanden – da nicht unheilsam.

Macht jedenfalls inszenierte sich ernst, und die Mächtigen wurden auf den »Spiegel«-Titelbildern in einer kräftigen Untersicht aufgenommen (was sich vermutlich nur unvollkommen mit der Gestalt des Fotografen erklärt, wie es die Anekdoten-Sammlung um das Magazin will). Das Lächeln wurde Amerikanern, Kubanern und Frauen überlassen. Expressives Spiel der Hände war ebenso angesagt wie die rauchende Frau, bei der es wie bei Elisabeth Flickenschild auch einmal ein Bleistift tat. Ein Begehren der Zukunft, radikal entgegengesetzt dem Verlangen der Massen. Natürlich war das alles sehr amerikanisch, ganz direkt dem Stil des »Time Magazines« abgeguckt, aber es spukte nicht nur Weimarisches und Expressionistisches in diesen Titelbildern, sondern oft genug auch ein in Maßen zivilisierter Riefenstahlismus.

1950 wird das Layout unruhiger, die Hintergründe dunkler, Querbalken oder »Stempel« mit sehr stark variierenden Schrifttypen weisen auf weitere Attraktionen neben der Titelgeschichte hin, die Macht, so scheint es, inszeniert sich bereits aggressiver, man zeigt wieder Zähne. Die Porträtfotografie hat nun vollkommen die Oberhand; keine »gefundenen« Augenblicke mehr. Jedes »Spiegel«-Titelbild zeigt nun einen Menschenkopf in der immer fast gleichen Größe und den immer gleichen Bewegungs- und Kompositionsrichtungen. Es geht nicht mehr um den Augenblick, es geht um die »Galerie«; es geht um eine ikonische Essenz. Die versprochene Aufklärung gerät so in die Phase des Sammeln und Ordnens. Die Gleichförmigkeit der Porträts suggeriert eine Gleichform der Macht, und sie beginnt etwas anderes zu suggerieren: eine Gleichförmigkeit der Sprache, der Verwandlung der Welt (über die Person) in eine »Spiegel«-Story.

Tatsächlich ist es die Person, die über alle »Zweifelsfälle« gesiegt zu haben scheint, nicht nur über das Sinnbild der Masse und der Struktur, sondern auch über den Augenblick und seine Unwiederbringlichkeit. Die Person ist über das »Spiegel«-Titelbild zum einzigen Repräsentanten und Medium von Herrschaft geworden (und es scheint, als würde dieses Titelbild

Herrschaft von nun an als eine zweite, als mediale Legitimation begleiten), und die Gleichform der Ikonographie läßt überdies bereits die innere Verwandtschaft von Politik, Kultur und Showbusiness erahnen.

Frauen wie Sonja Ziemann rauchen auch nicht mehr auf einem »Spiegel«-Titelbild. Statt dessen erleben wir eine merkwürdige Art des unterschwelligen Rassismus: Die gesetzte, mitteleuropäische oder US-amerikanische Person ist sich für sich genug, schwarze Menschen hingegen definieren sich über mehr oder minder exotische Accessoires wie Trompete und Tuch (Louis Armstrong), die Pfeife (bei Nkrumah), und sogar Ella Fitzgerald muß frivol aus einem Bierhumpen trinken. Übrigens sind es auch Schwarze, Frauen, Kinder und Clowns, die sich den Blickkontakt mit der Kamera leisten, die mächtigen weißen Männer dagegen bleiben blickhaft unberührt. Natürlich hat das kaum etwas mit »Propaganda« zu tun. Das Blatt nennt sich nicht umsonst »Spiegel«. Da sehen die Menschen beinahe so heraus, wie sie hineinsehen. »Der Körper ist geschwätzig«, lautet die Legende zum Titelbild-Foto von Marcel Marceaus Gesicht (1954). Der geschwätzige Körper kommt im »Spiegel« zu dieser Zeit nicht mehr vor; der Mensch endet, wo die Krawatte des Mannes und das Dekolleté der Frau beginnt.

Liegt es am »Spiegel« oder an der Zeit selber, daß die Gesichter im Jahr 1954 immer mehr Maske und Karikatur werden, eine Galerie des Verschwimmens und der gebrochenen Blicke? Können wir hier schon eine Krise der bürgerlichen »Person« als letzte Legitimation nicht nur von Macht, sondern auch von Bedeutung ausmachen? 1955 wird der Rahmen des »Spiegel«-Titels geschlossen. Das erste farbige Titelbild erzählt von der Wunderkarriere einer schwarzen Amerikanerin: vom Baumwollfeld zum Broadway. Caterina Valente sieht uns so treuherzig in die Augen wie der Schimpanse J. Fred Muggs aus dem amerikanischen Fernsehen. Der geschlossene Rahmen (auch der weiße Balken ist schmaler geworden, der Schriftzug »Der Spiegel« steht nun in einer Linie: Er versteht sich nun soweit von selbst, daß er es nicht mehr, wie in den ersten Jahren, nötig hat, an Signalwirkung mit dem Titelfoto zu konkurrieren) macht eine innere Öffnung möglich, die Bilder werden wieder situativer, die Entfernung zwischen dem Kopf und der Kamera variiert; die Tiefe des Bildes schafft eine neue Bedeutungsebene. Während die Idealnähe des klassischen weißen Macht-Männerkopfs erhalten bleibt, die Pose indes an Pathos und inszenierter Dynamik verliert, zeugt Entrückung von Vergangenheit oder bringt charakteristische Accessoires ins Bild (Peter Frankenfeld, großkariert, mit einem jener Propeller-Spielzeuge, die seinerzeit höchst populär waren), während umgekehrt unziemliche Nähe wie bei Sophia Loren (»In den Augen ist immer Mitternacht«, Donnerwetter!) Eros und Skandal evoziert.

1956 beginnt der »Spiegel«-Titel mit einer zweiten Bild-Ebene zu spielen. Der Hintergrund muß die Person erklären: Autos beim Autokonstrukteur, Tafelschriften beim Gelehrten, Roman-Titel bei Agatha Christie, Porzellan bei Rosenthal. Während die politische Person auf ihrer Eindeutigkeit und Geschlossenheit (und auf dem Schwarzweiß) beharrt, gerät die kulturelle Person mehr oder weniger avantgardistisch in einen Sog von Spiel, Abstraktion und Selbstreflexion. Schließlich – wir schreiben das Jahr 1957 – gerät auch die politische Person in Bewegung: Franz Josef Strauß, farbig gezeichnet, bewirkt die Transformation eines Trachtenhuts in einen Stahlhelm über seinem, äh, Haupt. »Spiegel«-Titelbilder also können nun offen rhetorisch, ja sogar polemisch sein. Nun freilich trauen wir auch den traditionellen Titel-Porträts nicht mehr. Hat man vielleicht nicht hier und da mit Absicht ein Foto gewählt, das einen Menschen, sagen wir mal: etwas unvorteilhaft erscheinen läßt? Wer weiß. Die ikonische Phase der Aufklärung jedenfalls ist ebenso vorüber wie der Glaube an die letzte Eindeutigkeit der Person. Das »Spiegel«-Titelbild verleugnet nun nicht mehr den Grad der Inszenierung und verzichtet auf einen allgemeinen »objektiven« Code der Darstellung. Es propagiert förmlich Divergenz und Auflösung: Jedem »Problem«, so scheint es zu sagen, ist mit anderen Mitteln zu begegnen.

Karikaturen sind nun, 1958, als »Spiegel«-Titelbilder ebenso möglich wie Sinnbilder (Mondlandung) oder die Rückkehr zum (Pseudo-)»Schnappschuß« (Françoise Sagan), die Collage (»Die Brücke am Kwai«) ebenso wie das Dokument (»Jesus von Nazareth«). Zunehmend werden Probleme auch jenseits der mehr oder weniger gestaltenden Person in »Spiegel«-Titeln sichtbar. Die Formel »Die Person ist das Problem, das Problem ist eine Person, die Lösung eines Problems hat die Form einer Person« geht nicht mehr überall auf.

Auf die Gewißheit der historischen Aufgabe der Person folgt in den sechziger Jahren ein Optimismus der Vielfältigkeit. Die Menschen sind einfach vergnügter geworden, und wenn sie es nicht sind, macht das »Spiegel«-Titelbild etwas Vergnügliches aus ihnen. Aufklärung möchte nun nicht mehr auf einen Anteil von Entertainment verzichten, und was die Kultur anbelangt, können deren Helden gar nicht mehr exaltiert genug sein. Der würdevolle Gleichklang von Politik und Kultur jedenfalls ist dahin; die Kultur muß für den Gehalt an Erregung sorgen, den die Politik nicht mehr hergibt. Nur die Strauß-Titelbilder sind eine Sache für sich. Während sich die Porträtfotografie des »Spiegel« allgemein ihrer ästhetischen Verantwortung etwas bewußt zu werden scheint, Perspektive, Ausleuchtung und Anschnitt behutsamer genutzt werden, ist jedes Strauß-Titelbild eine persönliche Beleidigung. Vielleicht nicht so sehr für Strauß als für den Menschen schlechthin, für die Konzeption der Person. Wahrscheinlich war die »Spiegel«-Krise, die dann einfach kommen mußte, in Wahrheit eine Porträt- und Personen-Krise. Zufall oder nicht, es hat jedenfalls nie wieder so abgrundtief häßliche »Spiegel«-Titelbilder gegeben.

Statt dessen triumphiert neben der Vielfalt die Schnelligkeit. »Spiegel«-Titelbilder, wird behauptet, sind die Eingangspforten in die wunderbare Welt der politischen Aufklärung. Zu Mitte der sechziger Jahre muß man sich jede Woche einen neuen Eingang suchen. Das ist zwar einerseits lustig, bunt und spannend. Aber andrerseits ist man auch ziemlich schnell wieder draußen. »Spiegel«-Titelbilder erzählen nun heftig, und nicht einmal die klassischen Porträts kommen ohne ikonographische Spielereien am Rande aus. Die Person, das wissen wir jetzt, ist ein Akt der Schauspielerei. Statt dessen beginnt auch auf dem Titelbild dieses Magazins der zugleich hysterische und apathische Gebrauch der Zeichen. »Spiegel«-Titelbilder des Jahres 1965 enthalten so viele Zeichen, daß die Lektüre der dazugehörigen Story im allgemeinen eine Enttäuschung sein muß. Was sich nun begegnen und natürlich wieder einmal mißverstehen muß, sind Aufklärung und Pop. Die Titelbilder dieser Zeit sind die Vorläufer von Video-Clips. Sie setzen die Zeichen in Bewegung, und in dieser Bewegung bleibt den Personen nur noch das Taumeln oder die Spaltung. Wenn am Ende der fünfziger Jahre Personen durch Zeichen auf der zweiten Bildebene, dem »Hintergrund«, charakterisiert werden, so liebt man es nun umgekehrt, entweder Personen durch Personen in der zweiten Bildebene zu charakterisieren (Westrick durch Erhard, zum Beispiel) oder Zeichen durch Personen (das Mikrophon mit der Aufschrift DDR durch das Bild Brandts). Die Verschmelzung von Zeichen und Person (Erhard = D-Mark, natürlich) wird zugunsten einer dynamischen Collage aufgehoben. Ganz buchstäblich teilen sich die Köpfe, werden neu zusammengesetzt, und eine Person kann auf einem »Spiegel«-Titelbild nur noch in zweierlei Form zu sich kommen, entweder per Abgleichung mit mehr oder minder adäquaten Zeichen oder aber in Konfrontation mit einer anderen Person. Eine Person taugt eigentlich nur noch so viel, wie sie zugleich etwas eigenes und jemand anderes ist. Sie will definitiv aus ihrer »Natur« heraus. Sagen wir, wie es ist: 1967, spätestens, ist die politische Aufklärung des »Spiegel« in die Phase des Manierismus eingetreten.

Dem kann nur ein Barock der Scheinarchitekturen und gefälschten Wahrnehmungssituationen folgen. Der »Spiegel«-Titel sucht die Pointe, vergnügt sich am Ornament und am Widersprüchlichen des Einheitlichen. Das Zeichen steht nicht mehr allein als Kommentar der Person oder der Situation (oder »dem Ding«) gegenüber, nein, es drängt danach, alle Wahrnehmung zu verändern, wie etwa Hammer und Sichel zu einem Brennglas wurden, durch das bundesdeutsche Politiker mit dekorativem Hitler-Bärtchen erscheinen. Selbst das obligate Strauß-Titelbild zeigt einen, der, fast möchte man sagen: nachdenklich, den Blick gesenkt hat, Pompidou schaut verlegen weg, Dubcek bitter unter sich und Grass streitlustig zur Seite. Die Person, das ist nicht mehr das blickende Subjekt, es ist das Angeschaute, und das Angeschaute muß sich vor den Blicken in acht nehmen. Es benötigt daher das Zeichen als Komplizen. In den Wahl-Sondertiteln des Jahres 1969 werden die Kandidaten Kiesinger und Brandt (die natürlich nicht anders können, als sich als »ungebrochene« Personen zu inszenieren) mit einem »Stempel« versehen und als »Bild-im-Bild« gezeigt. So wenig traut man in diesem Jahr noch der (politischen) Person. Vielleicht liegt das ja auch an der »Hasch-Welle«, die uns ein höchst groovy »Spiegel«-Titelbild komplett mit Frau, Fingerring und Tüte nahebringt.

Die Zeichen beginnen 1970 noch beredter zu werden (um nicht zu sagen: geschwätzig); sie emanieren das Materielle, kippen weg wie die Buchstaben der FDP, speien Aktien aus wie IOS, verknoten sich wie Fahnen. Die Personen werden buchstäblich aufgeschnitten und verschwurbelt (wie Minister Ehmkes Kopf). Zerpuzzelt natürlich, wie Adolf Hitler. Die Person ist nur noch ein Witz im Reich der Zeichen.

Am schlimmsten aber ergeht es dem menschlichen Körper, zu dem das »Spiegel«-Titelbild von jeher eine höchst gespannte Beziehung aufwies. Und dabei am allerschlimmsten erwischt es den Körper der Frau. Er wird zum Torso mit Titten (»Zuviel Sex?«, 1970), zum nackten Dekorationsstück (»Popmusik«, 1970), zum Inhalt von Reagenzgläsern (»Biochemie – Der Mensch wird umgebaut«, 1970), segelt nackt auf einem fliegenden Teppich aus Reiseprospekten (»Abenteuer nach Katalog«, 1972), verschwindet im eigenen Hologramm (»Frauen lieben Frauen«, 1974), verliert Kopf und Körper (»Krebs – Rettung durch Frühdiagnose«, 1974) und muß ein Warnzeichen vorm Geschlecht tragen (»Nach Pille und sexueller Befreiung – Die neuen Krankheiten«, 1975). Der weibliche Körper löst in der Welt des »Spiegel«-Titelbilds eine Mischung aus panischer Angst und fetischistischer Bösartigkeit aus. Das hört bis zum »Bräunungskult« des Jahres 1985 nicht auf. Wahrscheinlich rächt sich die Welt der »Spiegel«-Titelbilder am Körper der Frau für das Scheitern des Konzepts der Person. Vielleicht aber ist er ihr auch nur perfektes Medium für einen Kurzschluß zwischen Körper und Zeichen. Eines der vielen Enden der politischen Aufklärung, von denen die »Spiegel«-Titelbilder erzählen.

Die Dekonstruktion der Person und ihre neue Zusammensetzung als Medien-Cyborg ist auf den »Spiegel«-Titelbildern am Beginn der achtziger Jahre ebenso abgeschlossen wie die Auflösung der Menschen im Reich der Zeichen. Die versprochene Aufklärung ist in einem lustvollen Arrangement mit der Welt als semiotischer Scherbenhaufen gelandet. Das Tautologische wird nun ebensowenig gefürchtet wie der unaufgelöste Widerspruch. Und der Meta-Widerspruch des »Spiegel«-Titels seit den späten achtziger Jahren ist die gleichzeitige Bewegung in die postmoderne Mehrfach-Codierung und das fundamentale Bild des Mythos. Mehr und mehr wird aus dem »Spiegel«-Titelbild das Zitat anderer, gültiger, ja »ewiger« Bilder, aber auch sich selbst muß man wiederholen und zitieren (Dali, und nochmal Dali, die rote Hand der Mafia). Einige Genres kehren immer wieder (die »Schatten-Montage«, das Umfunktionieren ikonographischen Allgemeinguts, die sprechenden Zeichen, das sadistisch-dekorative Körperfragment, das Puzzle-Bild der Person etc.), einige Illustratoren (von Artzybashew bis Michael Mathias Prechtl) steuern ein wenig konsistentere Sinnbilder bei. Die

romantische (bzw. postmoderne) Phase im visuellen Teil der versprochenen politischen Aufklärung hat nur eine sehr kurze Zeit gedauert. Der Neo-Klassizismus hat die Rhetorik verknappt und zugleich bombastischer gemacht; die Farben sind heftiger und eindeutiger geworden, und am Ende der achtziger Jahre beschränken sich die »Spiegel«-Titelbilder in der Regel wieder auf eine einzelne Aussage, auf eine einzelne sinnhafte Pointe. Das Gesicht erlebt als neu gestylte Maske ihre Renaissance. Die Person ist nicht mehr durch das Zeichen dekonstruiert, sondern erhebt sich erneut, nun im Bewußtsein ihrer Künstlichkeit, als Zeichnung und Zitat. Vor dem Blick braucht diese Person zweiten Grades keine Furcht mehr zu hegen, da sie sich bereits in ein Medienereignis verwandelt hat, das der »Spiegel« nur noch zitiert.

In den neunziger Jahren ist das »Spiegel«-Titelbild nicht mehr auf eine imaginäre Mitte hin konstruiert, die Fluchtlinien verschwinden, die Skizze dominiert (nicht zuletzt durch den Golfkrieg und seine Wahrnehmungsverluste befördert). Und wieder setzt daraufhin eine gewisse Form der Restauration ein. Es ist, als würde in der Welt der »Spiegel«-Titel auf jede ästhetische und politische Krise die Sehnsucht nach der Wiederkehr der alles erklärenden Person, der Beredsamkeit des menschlichen Gesichts folgen. Diese Person indes wird nicht nur durch die ästhetischen Abbildungsprozesse fiktionalisiert (Vorliebe für »fotorealistische Malerei«), sondern auch in der Darstellung selber: Schröder und Lafontaine sagen sich gegenseitig die Meinung, wie man sie sich ansonsten in einer Soap opera sagt. Die Geschichte der »Spiegel«-Titel spricht von dieser Sehnsucht nach der Person, vom Haß auf den Körper und von der Ohnmacht vor den Zeichen. Sie spricht von der Auflösung der History in Stories, und mittlerweile von der ewigen Wiederkehr des Immergleichen, das sich als Neuigkeit tarnt. HitlerEinsteinMonroeBismarck. Mehr ist nicht geblieben von den Personen als diese Pop-Ikonen. Tausend Augen, die auf einen nackten Frauenkörper starren (natürlich ohne Gesicht). Mehr ist von Aufklärung nicht geblieben. Im Jahr 2000 zeigen »Spiegel«-Titelbilder, daß nicht nur unser Vorrat an Personen erschöpft ist, sondern auch der Vorrat an Bildern.

Hans-Dieter Schütt/Oliver Schwarzkopf: *Die »Spiegel«-Titelbilder 1947-1999.* Schwarzkopf &Schwarzkopf, Berlin 2000, 352 Seiten, 68 Mark

---

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 4/2000 über den Film »Zug des Lebens«

Konkret 05/00, S. 64

Mark-Stefan Tietze

Dope fürs Ohr

Die Poptheorie bei der Arbeit: Vier Bücher zum Thema

»There are more love songs than anything else. If songs could make you do something, we'd all love one another.«

Frank Zappa

Da Musik eine prima Projektionsfläche ist, läßt sich auch allerhand Schlaues aus ihr herauslesen. Insbesondere aktuelle Popmusik lädt durch ihre massenhafte Resonanz regelrecht dazu ein, für den Puls der Zeit gehalten zu werden. Ihre Hörer befinden sich (wegen Pubertät, Adoleszenz und mittlerweile auch Postadoleszenz) zumeist in einer ungefestigten lebensgeschichtlichen Situation; deshalb scheinen die Wege und Umbrüche von morgen in den relevantesten Populärmusiken vielfach vorgezeichnet. Und seit man auf diesem Feld mit schwerem digitalen Gerät hantiert und ohne *Sampling* nicht mehr auskommen mag, läßt sich ja auch Postmoderne viel leichter begreifen.

Auf diese Weise ist Popmusik im vergangenen Jahrzehnt fürs gehobene Feuilleton und bestimmte Wissenschaften interessant geworden. Hier können sich auch, wie Todd Gitlin mit Blick auf die angloamerikanischen *Cultural Studies* argwöhnte, ansonsten brachliegende Utopiebedürfnisse gefahrlos austoben: »In der Populärkultur Vernunft und Wert, Brillanz und Energie aufzustöbern, das soll bestätigen, daß die Menschen – obwohl im Konflikt, gespalten, mißhandelt, verängstigt, arbeitslos und drogenkrank – immer noch nicht verloren haben.«

Dementsprechend hat eine sehr spezialisierte Sorte von Pop-Autoren aus dem Umfeld der mittlerweile heftig schlingernden Zeitschrift »Spex« über Jahre hinweg Zeichen von »Dissidenz« und »Subversion« in den Produkten des Musikmarktes, in Clubkultur und Dresscodes gesucht. Circa 1993 hat sie jedoch überwiegend den Glauben an die Jugendkultur verloren und 1996 ernüchtert den »Mainstream der Minderheiten« (Tom Holert/Mark Terkessidis) ausgerufen. Mit folgendem Tenor: Früher, als es noch eine konservative Hegemonialkultur gab, habe poppige Populärkultur diese (oft erfolgreich) attackieren und Gesellschaft progressiv transformieren helfen können. Im derzeitigen *Mainstream der Minderheiten* aber diene jegliche (auch kritische) Differenz nur mehr Distinktionsbestrebungen; Pop könne Gesellschaft also nicht mehr verändern, sondern stabilisiere sie in zunehmendem Maße.

Diese Lesart hat sich in den avancierten Pop-Diskursen mittlerweile durchgesetzt, ohne daß man aber vom zentralen kulturwissenschaftlichen Axiom, der Verdammung eines linken Kulturpessimismus, hätte abrücken wollen. Auf diesem Zwiespalt wachsen heutzutage Bestseller wie Gabriele Kleins *Electronic Vibration*, ursprünglich eine jugendsoziologische Habilitationsschrift über die Techno-Szene, die den Gedanken der politischen Wirkungslosigkeit von Pop aufgreift und in eine »Ethik des Ästhetischen« überführen möchte. Klein meint, daß der tanzende Körper in der bisherigen Theorie nicht genügend gewürdigt worden sei und daher Versuche, Pop als per se politische, kulturkritische oder subversive Praxis zu deuten, nicht taugen könnten. Sie möchte aber in Raves und Parties dennoch einen widerständigen Kern herausgearbeitet wissen.

An der Art, in der Klein nachzuweisen sucht, daß die Techno-Szene eine »Wertegemeinschaft« wider die gesellschaftliche Vereinzelung und unsinnliche Medialisierung sei (»Normsetzend sind hier der gut gestylte Körper und die Fähigkeit zur Genußfreude, zu Leichtigkeit und zu Spaß«), zeigt sich freilich nichts anderes als massive Anspruchslosigkeit. Daß ganz unterschiedliche Menschen auf Raves zusammenkommen, gilt als pluralitäres Engagement, und daß sie im Tanz ja quasi (!) miteinander (!) kommunizieren (!), reicht denn auch schon als Ausweis erlebter Intimität und Gemeinschaft.

So naiv sind die Leute aus dem »Spex«-Umfeld natürlich nicht mehr, wenn sie die Power der Populärkultur mittlerweile eher auf dem Gebiet von Differenz und Identität (Geschlecht, Ethnizität) suchen. Beispiele für solches Denken und Forschen finden sich in dem Sammelband *Globalkolorit*, herausgegeben von Ruth Mayer und Mark Terkessidis, der recht unterschiedliche Texte zur Multikulturalismus-Debatte präsentiert. Von Tourismus und deutsch-türkischem Rap über rassistische Stereotype bis zu Aliens und Kolonialmode gibt es hier alles, was nur irgendwie das Schema vom Eigenen und Anderen streift. Einerseits zeichnen einige Beiträge anregend nach, wie minoritäre Positionen und Kulturalismen in der Populärkultur, verstanden als »Maschinerie der Identitätsfindung über Begehren, Aneignung und Ausgrenzung«, verarbeitet werden. Andererseits scheint das wichtigste Werkzeug dieser Pop-Wissenschaftler die willkürliche Analogie zu sein, weshalb es im Kleinen wie im Großen oft doch an Stringenz gebricht und sich politische Implikationen nicht notwendig einstellen wollen.

Einen lobenswerten Weg, subjektive Eindrücke auch als solche zu benennen, beschreitet dagegen Jochen Bonz in *Meinecke, Mayer, Musik erzählt*. Bonz schlägt sich zwar klar auf die Seite von Holert und Terkessidis: »Ganz offensichtlich ist es heute nicht mehr möglich, die Gesellschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern, indem man anders ausschaut, andere

Haarfarben bevorzugt, andere Musik hört oder sich überhaupt JUGENDLICH verhält. Vielmehr scheint heute das Funktionieren der Gesellschaft – und damit die Macht – unter anderem von derartigen Unterschieden an der Körperoberfläche und im Konsumverhalten abhängig zu sein.« Aber er fragt anschließend (ohne Wissenschaftsanspruch und auftrumpfenden Gestus), ob diese Einsicht einen begeisterten Popmusikfreund davon abhalten sollte, sein Wissen zu verbreiten: Wissen über den Zusammenhang von einerseits Musik und ihrem sozialen und historischen Kontext und von andererseits Musik und ihrem persönlich-biographischen Kontext. Recht hat er: Bücherfreunde, Literaturwissenschaftler und das Feuilleton schweigen ja auch nicht, bloß weil man von Literatur schon lange keine Dissidenz oder Subversion mehr erwartet.

Wieviele Ungleichzeitigkeiten und Gleichförmigkeiten überhaupt in der Popmusik-Kultur herrschen – das zeigt schließlich das *Kursbuch JugendKultur*. Dieses plattformübergreifende Sammelsurium enthält Beiträge von drögen Sozialwissenschaftlern, durchgeknallten Schriftstellern und so unterschiedlichen Promis wie Jürgen Laarmann und Georg Seeßlen. Es beschränkt sich nicht auf die jeweils angesagte Popkulturmode, die mangels erwiesener Harmlosigkeit oftmals immer noch als potentiell subversiv gelten darf, sondern enthält auch zu gestrigen, aber immer noch präsenten Richtungen wie Heavy Metal und Gothic und zu nichtmusikalischen Jugendkulten wie Fußball und Sprayen aufschlußreiche Texte. Aufschlußreich deshalb, weil hier manchmal recht präzise die sozial und biographisch relevanten Merkmale und Distinktionsmechanismen der jeweiligen Szenen herausgearbeitet werden, die, nebeneinandergestellt, ein doch recht einfarbiges Bild der Popkultur vermitteln.

Deren typische Medienkarrieren und betonartige Beharrungskräfte lassen einen sonst so klugen Kopf wie Martin Büsser verzweifelt auf die Hoffnung setzen, »jugendliche Identifikationsmodelle mitsamt ihren strengen Selektionsmechanismen« könnten sich eines Tages so weit auflösen, daß die Jugend fähig würde, »ein Gegenbild zu dieser auf Klassen und Identitäten angewiesenen Gesellschaft zu entwerfen«. So daß man also, im Gegenteil, mit einiger Sicherheit sagen kann: Aus popkulturellen Zusammenhängen wird da auch in übernächster Zeit nichts kommen.

Jochen Bonz: *Meinecke, Mayer, Musik erzählt.* Intro, Osnabrück 1998, 126 Seiten, 23 Mark

Gabriele Klein: *Electronic Vibration. Pop Kultur Theorie.* Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, Hamburg 1999, 352 Seiten, 36 Mark

Ruth Mayer/Mark Terkessidis (Hg.): *Globalkolorit. Multikulturalismus und Populärkultur.* Hannibal Verlag, St. Andrä/Wördern 1998, 330 Seiten, 35 Mark

SPoKK (Arbeitsgruppe für Symbolische Politik, Kultur und Kommunikation) (Hg.): *Kursbuch JugendKultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende.* Bollmann Verlag, Mannheim 1997, 405 Seiten, 18,90 Mark

---

Mark-Stefan Tietze schrieb in KONKRET 2/2000 über Paco Taibo

Konkret 05/00, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Herrn Ulrich Greiner

in Zeitung »Die Zeit«

Lieber Uli. Wir begegneten uns Ende 1998 im Restaurant Ganzoni in der Eppendorfer Landstraße zu Hamburg. Ich hatte grade mit einer gereimten Glückwunschadresse auf das doppelt promovierte Brautpaar Anette und Wilhelm geendet, als Altgewerkschaftler Rainer L. und Brigitte H., das KONKRET-Titel-Görl vom Dezember 1966, mich auf Sie aufmerksam machten. Ach, sagte ich, *das* ist der Greiner-Uli von der »Zeit«? Von dem hab ich kürzlich erst eine wunderschöne Reportage über das Mietmotorradfahren in den Alpen gelesen, die mich sehr angerührt hat. Ins Gespräch selber kamen wir nicht. Ihre feine Gestalt indes war mir seither in genehmer Erinnerung. War? Ja – war! Denn was mußte ich dieser Tage, Ihr Blatt aufschlagend, vorfinden? Ein Morztrumm Eloosche auf einen der schlimmsten Finger im deutschen Tastaturbereich: »Der Rebell des Gesetzes – Botho Strauß und sein neuer Prosaband *Das Partikular*«, wo bereits der Startsatz mich am Sensus communis des Verfassers der schönen Mietmotorradreportage zweifeln hieß, lautete der doch: »Unter den deutschen Schriftstellern ist Botho Strauß der letzte Gesellschaftskritiker.« Dieser Satz, lieber Uli, ließ mich an Louis de Funès denken, der in seinem Riesenwerk »Brust oder Keule« als als US-Tourist verkleideter Gastrophiler in einer Verköstigungsabsteige einen »Burrrschuoläää verrry juuung« probiert. Und was Louis über diese Rebenplörre sagt, das sage ich über diesen Ihren, die Leugnung des Wohnortes Gottes inkludierenden Satz: »He pulls me the shoes out!«

Uli, lieber Uli! Wie anmutig und korrekt schilderten Sie seinerzeit das Mietmotorradfahren in den Alpen. Und nun – soo ein Gekauder:

»Vom offenen Meer, das Strauß mit seinen Büchern besegelt, schickt er zuweilen Botschaften, von denen nicht immer klar ist, an wen sie sich richten. Jedenfalls nicht an Gesinnungsgenossen. Die hat er nicht, die will er nicht. Vielleicht richten sie sich an diejenigen, die imstande sind, die Hohlräume im Common-Sense-Gefasel wahrzunehmen, und die ahnen, daß Literatur in Wahrheitsdingen radikal sein, die Oberfläche durchdringen muß. Und zwar nicht im Namen einer Tabuverletzung, von der Arnold Gehlen einmal bemerkt hat, sie gehe unter die Haut, aber nicht tiefer ... Es gibt derzeit keinen Autor, der ähnlich scharfsinnig, unnachsichtig, unversöhnt auf seine Zeit blickte. Das gibt seinen Texten einen hochfahrenden Ton. Darin verbirgt sich die Einsamkeit desjenigen, der auf verlorenem Posten steht, weil er nicht wollen kann, daß sein Standpunkt von einer Mehrheit geteilt wird ... Im neuen Prosaband klingen Trauer und Einsamkeit deutlich heraus. Wenn die autobiographische Skizze *Die Fehler des Kopisten* ein Buch des Lebens war, weil es auch von den glückhaften Erfahrungen des frischen Vaters und Hausbesitzers sprach, so ist *Das Partikular* ein Buch des Todes. In seinem zweiten Teil, einer Sammlung dialogischer Gedichte, sprechen zwei Liebende zueinander wie aus großer Ferne: ›Immer leichter verstehen wir uns, in immer schöneren / Umschweifen gelingt uns zu sprechen, seitdem wir / durch die Siebe des Todes glitten wie Regen.‹ In der Fähigkeit, die scheinbar aufgeklärte Gefühlswelt auf den Grund ihrer Dunkelheit zu setzen, ist Strauß unübertroffen. Da ist zum Beispiel die wilde Gilda, die sich von ihrem Ludwig losmacht und dem Ich-Erzähler überraschend aufs schönste entgegenkommt, in Wahrheit aber einen anderen will: ›Der gesamte Schwung der Lossagung hatte sie über das eigentliche Ziel, nämlich den Ortwin, hinausgetragen.‹ Am Ende kommt es zwischen den Männern zu einem gräßlich komischen Spuk-Duell, und die allseits Umworbene unterwirft sich dem Sieger: ›Da schmiegte sich Gilda auf einmal jämmerlich an den Stärkeren und sagte: ›Töte mich!‹ Doch Ludwig wandte sich ab und erwiderte verächtlich: ›Töte dich selbst.‹ Diese hellen, scharfen Pointen kennen wir aus den Dramen und Prosastücken ... Es gibt wohl kaum jemanden, der so skrupulos und bedacht formuliert wie Strauß ...« - - -

Uli!!! Uli!!! Hamsese noch alle? Oder haben Sie Schulden beim Botho, daß Sie glauben, ihn derart hitzig bebaggern zu müssen? Diesen Botho, der noch gestern als aprilfrischer, im »Verein nicht zur Miete hausen müssender Deutscher« organisierter Vati aufs hedonistische Blech schlug und schon tags darauf die Eierbriketts namens Trauer und Einsamkeit begluckt. Ja, der gar / In seinem *Partikular* / Uneingeladen Platz nimmt / Am Tisch des Tods / Zwecks Verzehr mitgebrachten / Butterbrots. Eine ganze Tapete lang määren Sie sich ultraloyal aus über so Sachen wie die wilde Gilda zwischen dem Ortwin und dem Ludwig und dem Ich-Erzähler, aber da ist keine einzige Silbe des Rememberns an Ihres Lieblings »Anschwellenden Bocksgesang«, dieses Gebläke seinerzeit im »Spiegel«, dem Willi Winkler zum Entzücken Al Bundys und des Baumwollproletariats, ja: aller Menschen guten Willens, in seinem *Bestiarium der Deutschen* (Botho als »beleidigte Leberwurst«) eine Königseeecho vergleichbar nachhallende Tschinellenwatschn eingeschenkt hat. Doller letzter Gesellschaftskritiker das, wa, der wo sich umzingelt fühlt von der »Verhöhnung von Kirche, Tradition und Autorität«, der

die »Volkszugehörigen« unter »Demokratismus und Gewaltlosigkeit« wähnt, der die Skinheads zu »verwahrlosten Jugendlichen« adelt, der Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einen »ursprünglich sakralen und ordnungsstiftenden Sinn« nachruft und der die Gesellschaft, weil sie »verbraucht« sei und »debil«, gerne »ausgeblutet« respektive »abgeräumt« sähe, wo doch »weder der Einzelne noch die Menge die geringste Verbindung (unterhalten) zu Prinzipien der Entbehrung und des Dienstes oder zu anderen preußischen Tugenden, die sich ein Hitler noch nutzbar machte«. Und was für eine Erektion der Herr letzte Gesellschaftskritiker hat, seiner steht ihm (weil er Latein kann) auf eine »Resurrektion des Führers«.

Uli, Uli! Soo wie Sie, statt ihn zu gebrauchen, Ihren Kopf in den Strauß stecken, also wissense, nee! In den Arsch von einem gesinnungsgenossenlosen Einsamkeitsmann / Der vor Weltabgewandtheit kaum laufen kann, und der, wiewohl er das Aqua für seinen Thee am Kamin seiner Wüstenrotenei aus dem Massenwasserhahn bezieht und sein Piescher in die gesellschaftliche Kanalisation entsorgt, als Elitär rumkothurniert, noch dazu als führerwiedergeburtsgeiler. Das ist doch einfach nur Scheiße, lieber Uli, und »Rebell des Gesetzes«, hörnse, die Afrikaner und Australier müssen doch glauben, die in Europa sind meschugge. Ich weiß nicht, ob Sie Ihre Sachen gelegentlich nachlesen. Bei der Bothoeloosche riete ich stracks ab, denn leicht loderte der Sod auf in Ihrem Magen, wenn. »Letzter Gesellschaftskritiker«, mal von Botho abgesehen, wissen Sie, wie das klingt? Wie »Dreitagebartdirigent« oder »Milchmädchen für alles«. So klingt das. Und erst das offene Meer, das der Botho mit seinen Büchern besegele. Uli, Uli! Eine solcherne aus krachendem Juchten geschnittne Metapher / Schlägt nit selten wie ein böser Gaul aus auf ihren Erschaffer. Wie man auch leicht geneigt sein könnte sinnzusprücheln: Während Naddel und Verona bloß ihre Titten schwingen / Muß die Literatur radikal sein in Wahrheitsdingen. Nicht etwa in Heizdeckenfragen. Bewahre. In Wahrheizdingen. Und las man jee in den germanischen Seminaren der Universitäten von Paris bis Warszawa und Oslo bis Basel / Über den Horror vacui Evidenteres denn die von Ihnen entdeckten Hohlräume in Common Senses Gefasel? Mein Beruf ist:die Fliegen gewähren zu lassen. Aber in mir wüthet auch die Sehnsucht dadernach, daß der Rott wenigstens amal a paar Minutn pausiert, vaschdängas, und daß so a Buaberl wia da Botho, der in seinem unglaublich riskanten Wortstellleben noch nie eine rote Ampel überfahren hat, mit so Führerresurrektionsfantasien bissi nachläßt und nicht ununterbrochen aufsagt: »Die Epoche der deutschen Nachkriegsliteratur wird erst dann vorüber sein, wenn allgemein offenbar wird, daß sie vierzig Jahre lang vom Jüngerschen Werk überragt wird.« Und, last not least, Uli: von wegen *Das* Partikular. Die lachenden Hühner im Duden wissen es besser: **Partikular** *der* : -s, -e (schweiz. veraltet) Privatmann, Rentner, Partikülier.

Es würde mich freuen, lieber Uli, wenn Sie Einsicht zeigten und ich Sie auf der Basis Ihrer Mietmotorradreportage wieder liebhaben könnte. Herzlichst Ihr Hotte T.

Konkret 05/00, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Die »Frankfurter Rundschau« läßt den Sender Gleiwitz noch einmal überfallen:

Die englische Zeitung »Independent« veröffentlichte am Donnerstag Auszüge eines Briefes, der nach Aussage des Blattes am 3. Februar von einem im Tschernokosowo-Lager dienenden russischen Wehrpflichtigen geschrieben wurde. Demnach werden dort rund 700 Tschetschenen festgehalten, von denen nur sieben verdächtigt würden, Rebellen zu sein. Die Tschetschenen »werden hier buchstäblich umgebracht«, schreibt der Soldat. »Man muß die Schreie robuster, gesunder Burschen hören, denen die Knochen gebrochen werden. Sie zwingen einige von ihnen, sich gegenseitig zu vergewaltigen.

Wie der Erfinder der Möglichkeit, Soldaten zur gegenseitigen Vergewaltigung zu zwingen, wohl heißt? Ich tippe auf Iwan Rudolfowitsch Scharpingsky, den Küchenbullen vom »Serbischen Fötengrill«.

Immer noch höher hinaus will die Nachrichtensprecherin Dagmar Berghoff:

Ich würde gern einmal eine psychisch kranke Frau spielen. Das würde mir großen Spaß machen.

Eine Gesellschaftelhuberin mit Schizophrenie? Nein? Zu viele Proben? Dann vielleicht einfach eine komische Alte mit Größenwahn.

Ganz gewiß hier aber ist eine Hauptrolle für die Berghoff drin:

Das jüngste Buch von Nobelpreisträger Günter Grass, »Mein Jahrhundert«, kommt im Hamburger Thalia-Theater auf die Bühne.

Verunglückte Leitartikel vorlesen □ das hat sie gelernt.

Wolfgang Gibowski, Sprecher der Bande, die ihre Opfer ein Leben lang um den Lohn für ihre Zwangsarbeit betrogen hat, trifft den passenden Ton:

Man sollte nun endlich mit dem Geschachere aufhören und dieses Geld nehmen und dafür sorgen, daß es die doch sehr betagten überlebenden Opfer bekommen.

Wer sorgt dafür, daß die sehr betagten überlebenden Opfer kein Geld bekommen? Die Schacherer aus New York. Man müßte sie zu anständiger Arbeit zwingen.

Auch wurden alle gefragt:

Was denken Prominente aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien über die Wahl Angela Merkels zur CDU-Vorsitzenden? Wird das die Parteienlandschaft verändern? Ist die Ostdeutsche als künftige Kanzlerkandidatin geeignet?

Wer nicht ganz so toll prominent ist, wie er gern wäre □ die stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft, der Vorsitzende der Angestelltengewerkschaft, der Unterschriftsteller, die Chefredakteurin der »Tageszeitung«, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, der Filmemacher, die Landesbischöfin, die Verfassungsrichterin und der Chefredakteur der virtuellen Wochenzeitung □ , beeilte sich zu antworten. Den Anfang machte die Ursula Engelen-Käfer, vom DGB, nicht von der Feinkost:

Angela Merkel zeigt Zivilcourage und hat nicht nur Anpassungspolitik vertreten,

sondern auch. Nach Engelen-Käfer versuchte sich Bissinger-Manfred zugunsten der guten Sache ein weiteres Mal in seinem so glücklos geliebten Deutsch:

Eine Frau, die so unverbraucht, so unpathetisch und klar ist wie Angela Merkel, ist ein Glücksfall für die Politik. Sie wird die Politik in ihrem ganzen Auftritt verändern. Die Partei wird nicht mehr mit Kohls Zeiten vergleichbar sein.

Es blieb des Kavaliers süßes Geheimnis, ob in Merkels ganzem Auftritt die Politik verändert wird oder die Politik durch Merkel in ihrem (der Politik) Auftritt und ob die Partei, statt mit der CDU zu Kohls Zeiten, gleich mit den Zeiten vergleichbar ist wie Äpfel mit Birne gleichviel: Den Glücksfall, daß eine neue Vorsitzende auch eine Chance ist, neben den Gefälligkeitsanzeigen der SPD-regierten Länder und ihrer Zentralbanken auch die der CDU-regierten zu akquirieren, durfte man nicht unverbraucht verstreichen lassen. Die Verfassungsrichterin Jutta Limbach nahm die Gelegenheit wahr, eine ganz neue Regelung, wie in Deutschland das Kanzleramt vergeben wird, bekanntzugeben:

Ich hoffe, die anderen Parteien brauchen nicht erst eine Krise, um eine Frau an die Spitze zu wählen; sei es als Partei- oder Fraktionschefin oder als Bundeskanzlerin.

Aber vielleicht meint sie das Richtige und kann es bloß nicht so sagen wie ihre Schwester in Christo (aber leider unverpackt), die Maria Jepsen:

Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, daß wir eine Frau mit Kompetenz und Verantwortungsbewußtsein bekommen. Wir brauchen einfach mehr Frauen – und auch Männer – , die sich besonders um den Bereich Frauen und Kinder kümmern.

Warum Frau Jepsen nicht gesagt hat: »Wir brauchen mehr Leute, die sich um Frauen und Kinder kümmern«? Weil diesem Satz das speziell evangelische Brio der inbrünstigen Verlogenheit fehlt, das erst die Bischöfin macht. Den Ralph Giordano, der nie fehlt, wo er nicht fehlen darf, wollen wir samt seinem »Bruch mit den selbstverständlichen Traditionen« (zuungunsten der nicht selbstverständlichen) dennoch übergehen, um gleich zu den emanzipatorischen Problemen zu kommen, welche die Bascha Mika von der »Taz« mit dem Schreiben hat:

Die Wahl von Frau Merkel ist schon ein fortschrittliches Zeichen. Es ist natürlich traurig, daß es als Zeichen wahrgenommen wird, denn eigentlich sollte es bereits eine Selbstverständlichkeit sein.

Auch Frau Mika wollte vielleicht das im allgemeinen Falschen speziell Richtige sagen, nämlich nicht, daß ein Zeichen des Fortschritts als Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden sollte, sondern daß Merkels Wahl, die einen Fortschritt bedeute, leider keine Selbstverständlichkeit sei. Weil aber Leser der »Taz« nicht besser lesen können als Schreiber der »Taz« schreiben, ist es eigentlich gestammelt wie gestottert. Das Finale im Reigen der zweiten Prominentengarnitur durfte der Filmemacher Heinrich Breloer gestalten:

Die Wahl Merkels war eine hochinteressante Kür. Allerdings bin ich nun auf die Pflicht gespannt. Für die Frauen wird diese Wahl jedoch eine Sogwirkung auslösen.

Ich habe noch keinen Film von Breloer gesehen. Und doch hätte man mir nicht sagen müssen, daß der eine so ein Scheiß ist wie der andere, denn das weiß ich, seit dem Einfall, der dem Breloer bezüglich der Sogwirkung gekommen ist, welche die hochinteressante Kür für (nicht: auf) Frauen auslöst, selber.

Nichts auf der Welt könnte wurschter sein als die Trennung beziehungsweise Verbindung von Amt und Mandat bei der Partei Bündnis 90/Die Grünen, also die Frage, ob der Herr Kühn und die Frau Kunast künftig jeweils 20.000 Mark im Monat abgreifen dürfen oder bloß die Hälfte. Allein die Frage, wie man bzw. frau, nämlich die Parteizeitung, es anstellt, für das höhere Salär zu werben, ohne von Geld zu reden, hat sogar mich betört:

Aufgebahrt und balsamiert – Mumifizierte Altrituale verhindern bei den Grünen den Aufbruch zu einer effizienten Parteistruktur. Grüne Identität ist nur mit Persönlichkeiten und einem professionellen Management möglich.

Was ist der schnöde Mammon, wo es um Bahren, Balsam, Mumien, Alt-(und keinesfalls Neu-)rituale, Effizienz, Aufbruch, Struktur, Identität, Persönlichkeit, Profession und Management geht? Allerdings muß man bzw. frau sich diese Übung auch was kosten lassen. Unter einem »Psychoanalytiker und Publizisten« namens Micha Hilgers kommt man nicht weg.

Die erste Hälfte seines Lebens lang hat Gero von Randow sich bei der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend und in der Chefredaktion des Zentralorgans »Elan« gemüht, uns von dem Übel zu erlösen. Und auch in der zweiten Hälfte, die er nun in der Redaktion der Wochenzeitung »Die Zeit« verbringt, kann er nicht davon lassen. Nicht gerade »Wacht auf, Verdammte dieser Erde!«, aber immerhin »Freiwillige vor!« heißt sein Aufmacher auf der ersten Seite der von Helmut Schmidt (Langenhorn) herausgegebenen Schrift, den von Randow der These widmet:

Der Gemeinsinn wächst – trotz Geldfiebers und schwarzer Konten. Ehrlichkeit und Mitmenschlichkeit gehen nicht unter.

Die Deutschen machen reinen Tisch mit dem Bedränger, schieben die Müßiggänger beiseite und erkämpfen das Menschenrecht. Klasse!